

# Niedersächsischer Landtag

# Stenografischer Bericht

# 73. Sitzung

# Hannover, den 8. Oktober 2025

#### Inhalt:

	Reinhold Hilbers (CDU)6053
Tagesordnungspunkt 1:	Claus Seebeck (CDU)6054
	Pippa Schneider (GRÜNE)6056
Mitteilungen der Präsidentin6015	Gerald Heere, Finanzminister 6057
Feststellung der Beschlussfähigkeit6015	
ğ ş	Tagesordnungspunkt 4:
Tagesordnungspunkt 2:	
	Erste Beratung:
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Mi-	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nieder- sächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich -
nisterpräsidenten mit dem Titel "Automobildialog	Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503
der Bundesregierung am 9. Oktober: Zukunfts-	6059
pakt Mobilität 2035 jetzt!" - Unterrichtung - Drs.	Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport
19/8551	und Digitalisierung6059
Olaf Lies, Ministerpräsident6016, 6041	Birgit Butter (CDU)
<b>Sebastian Lechner</b> (CDU)6024, 6039, 6042	Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)
Stefan Politze (SPD)	Jan-Philipp Beck (SPD)6062
Jürgen Pastewsky (AfD)6034  Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)6037	Nadja Weippert (GRÜNE)6064
Detiev Schulz-Hender (GNONE)0037	Ausschussüberweisung6064
Tagesordnungspunkt 3:	, tabbanasaban walaang
ragesorunungspunkt 5.	Tagesordnungspunkt 5:
Aktuelle Stunde6043	agessianangspanik si
	Erste Beratung:
a) Union stoppt das Tierwohlprogramm: Rück-	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nieder-
schlag beim Stallumbau statt Planungssicherheit	sächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutz-
für die Landwirtschaft - Antrag der Fraktion Bünd-	maßnahmen für psychisch Kranke - Gesetzentwurf
nis 90/Die Grünen - Drs. 19/85916043	der Fraktion der CDU - Drs. 19/85426065
Christian Schroeder (GRÜNE)6043, 6051	Thomas Uhlen (CDU)6065
Dr. Marco Mohrmann (CDU)6044, 6050	Oliver Lottke (SPD)6067
Karin Logemann (SPD)6046	Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)6069
Alfred Dannenberg (AfD)6047	Delia Klages (AfD)6070
Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Land-	Dr. Andreas Philippi, Minister für Soziales, Ar-
wirtschaft und Verbraucherschutz 6048, 6051	beit, Gesundheit und Gleichstellung
b) Familien steuerlich entlasten statt belasten.	Eike Holsten (CDU)
Ehegattensplitting erhalten - Antrag der Fraktion	Daniela Behrens, Ministerin für Inneres, Sport
der AfD - Drs. 19/85926051	und Digitalisierung
Peer Lilienthal (AfD)6051, 6057	Carina Hermann (CDU)6073
Riörn Meyer (SPD) 6052 6053	Ausschussüberweisung 6073

١

#### Tagesordnungspunkt 6:

# Erste und abschließende Beratung:

# Tagesordnungspunkt 7:

#### Abschließende Beratung:

# Tagesordnungspunkt 8:

#### Abschließende Beratung:

a) Neuer Zukunftsplan für Schloss Marienburg ein einzigartiges kulturelles Erbe erhalten und touristisch nachhaltig nutzen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6107 - b) Masterplan Marienburg 2030 - kultur- und landesgeschichtliche Bedeutung bewahren und erschließen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6281 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 19/8367.. 6086 Martina Machulla (CDU)......6087 Jessica Schülke (AfD)......6088 Eva Viehoff (GRÜNE).....6089 **Sebastian Penno** (SPD)......6089 Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur......6091 

#### Tagesordnungspunkt 9:

#### Abschließende Beratung:

Lehrkräfteausbildung praktisch und vernetzt denken - Qualität stärken, Fachkräftemangel bekämpfen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6807 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/8368

	6092
Philipp Meyn (SPD)	
Harm Rykena (AfD)	6094, 6095
Lukas Reinken (CDU)	6096, 6097
Lena Nzume (GRÜNE)	6098, 6099
Christian Fühner (CDU)	6098
Julia Willie Hamburg, Kultusr	ninisterin 6100
eschluss	6101

#### Tagesordnungspunkt 10:

#### Abschließende Beratung:

a) EU-Entwaldungsverordnung: Die Kohärenz der Regelungen und Politiken sicherstellen, die Umsetzung erleichtern und ein "Bürokratiemonster" vermeiden - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4565 - b) EU Deforestation Regulation (EUDR): Mit einer praxistauglichen und anwendungsfreundlichen EU-Entwaldungsverordnung den weltweiten Waldschutz vorantreiben - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7632 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Drs. 19/8454 ...... 6101 Alfred Dannenberg (AfD)......6101, 6107 **Sebastian Penno** (SPD)......6103 Uwe Dorendorf (CDU)......6104 Christian Schroeder (GRÜNE)......6106 Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz...... 6107 

#### Tagesordnungspunkt 11:

#### Abschließende Beratung:

# Tagesordnungspunkt 12:

# Abschließende Beratung:

Tagesordnungspunkt 13:

#### Abschließende Beratung:

Beschluss ......6125

Tagesordnungspunkt 14:

# Abschließende Beratung:

#### Vom Präsidium:

Präsidentin Hanna Naber (SPD) Vizepräsident Marcus Bosse (SPD) Vizepräsidentin Sabine Tippelt (SPD) Vizepräsident Jens Nacke (CDU)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast (CDU) Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE) Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführer René Kopka (SPD) Schriftführerin Corinna Lange (SPD) Schriftführer Guido Pott (SPD) Schriftführerin Annette S c h ü t z e (SPD)

Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Schriftführerin Lara Evers (CDU) Schriftführer Axel Miesner (CDU) Schriftführer Alexander Wille (CDU) Schriftführerin Evrim Camuz (GRÜNE) Schriftführerin Eva Viehoff (GRÜNE) Schriftführerin Delia Klages (AfD)

Schriftführer Jürgen Pastewsky (AfD)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Frank Doods,

Olaf Lies (SPD) Staatskanzlei

Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung Staatssekretär Stephan Manke, Daniela Behrens (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette, Finanzminister

Gerald Heere (GRÜNE) Finanzministerium

Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretärin Dr. Christina Arbogast,

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Minister für Wissenschaft und Kultur Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Schachtner,

Falko Mohrs (SPD) Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Kultusministerin Staatssekretär Stephan Ertner,

Julia Willie Hamburg (GRÜNE) Staatssekretärin Andrea Hoops, Kultusministerium

Staatssekretär Matthias Wunderling-Weil-Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Grant Hendrik Tonne (SPD) bier,

Dr. Andreas Philippi (SPD)

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-Staatssekretärin Frauke Patzke,

schutz Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-

Miriam Staudte (GRÜNE)

Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung

Melanie Walter (SPD)

Staatssekretär Dr. Thomas Smollich, Justizministerin

Dr. Kathrin Wahlmann (SPD) Justizministerium

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Staatssekretärin Anka Dobslaw,

Christian Meyer (GRÜNE) Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 09:02 Uhr.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir blicken dieser Tage auf den Nahen Osten. Am gestrigen 7. Oktober jährte sich der Angriff der islamistischen Terrormiliz Hamas auf Tausende von Zivilpersonen in Israel zum zweiten Mal.

Ein Festival für Kreativität und kulturelle Vielfalt, voller Glück, Frieden und Gemeinschaft mit Menschen aus aller Welt, Dörfer und Kibbuzim wurde aus blankem Israel- und Judenhass mit brutalster Gewalt überzogen, die israelische Zivilbevölkerung in unvorstellbares Leid gestürzt. Noch immer werden 48 Menschen als Geiseln festgehalten, darunter sieben Deutsche. Sie alle müssen umgehend freigelassen werden. Bring them home now!

Der Überfall am 7. Oktober 2023 war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden in der Geschichte des Staates Israel, des Landes, dessen Existenz darauf gründet, sichere Heimstatt für jüdisches Leben zu sein. Der Überfall der Hamas hat in der Folge das menschliche Leid auch massenhaft nach Gaza getragen: Hunger, Vertreibung und Tod.

Jedes menschliche Leid in diesem Konflikt bedeutet einen Verrat an den Grundsätzen, die wir als Menschheit insgesamt zu verteidigen haben: Menschenwürde und Menschenrechte wollten uns die Lehre aus zwei Weltkriegen sein. Und so richtet sich all unsere Hoffnung darauf, dass endlich Frieden kommt.

Wir blicken auf den Nahen Osten, und wir blicken auf unser Land, auf Deutschland, auf Niedersachsen. Denn seit dem 7. Oktober 2023 hat sich das Klima bei uns dramatisch verändert: Jüdinnen und Juden werden aufgefordert, sich von Israel zu distanzieren. Sie erleben Ausgrenzung, Anfeindungen, verbale und körperliche Gewalt - bei Kundgebungen, an den Universitäten und tagtäglich auf der Straße.

Die Freiheit und Sicherheit von Jüdinnen und Juden in unserer Mitte zu verteidigen - auch das ist die Lehre der Menschlichkeit, die aktuell mehr denn je auf dem Prüfstand steht. Unsere Menschlichkeit kann angesichts des zunehmenden Antisemitismus in unserem Land nicht stumm bleiben. Gemeinsam blicken wir auf unser Land, und wir schweigen nicht. Am Israel Chai!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 73. Sitzung im 28. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1: Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat heute die Abgeordnete Veronika Bode.

(Beifall - Sebastian Lechner [CDU] übergibt Veronika Bode [CDU] ein Geschenk)

Liebe Frau Bode, der Fraktionsvorsitzende übermittelt Ihnen eine Flasche Wein. Ich übermittle Ihnen im Namen des Hauses herzliche Glückwünsche: Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr!

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrags liegen Ihnen vor. Mit der Tagesordnung mit aktualisierten Redezeiten haben Sie Informationen über die von den Fraktionen umverteilten und die von dem fraktionslosen Mitglied des Hauses angemeldeten Redezeiten erhalten. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten feststellen? - Das ist der Fall.

Die heutige Sitzung soll demnach gegen 19 Uhr enden.

Bis zum 19. Oktober präsentiert das "Bündnis für gute Nachbarschaft in Niedersachsen" in der Portikushalle die Ausstellung "Was ist uns gute Nachbarschaft wert?". Das Konzept der Ausstellung stammt von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V. als Geschäftsstelle des "Bündnisses für gute Nachbarschaft in Niedersachsen" in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen.

Im Zuge des Formats "Leibniz im Landtag" finden heute und morgen Gespräche zwischen Abgeordneten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der niedersächsischen Leibniz-Institute statt. So soll der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft gefördert werden. Die für das Projekt verantwortliche Leibniz-Gemeinschaft in Niedersachsen präsentiert sich heute zudem mit einem Informationstisch in der Portikushalle.

Für die Initiative "Schulen in Niedersachsen online" werden in den kommenden Tagen Schülerinnen des Evangelischen Gymnasiums Nordhorn mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Abgeordnete Reinhold Hilbers übernommen.

(Beifall)

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Schriftführer von Danwitz mit. Herr von Danwitz, bitte!

# Schriftführer Dr. Karl-Ludwig von Danwitz:

Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung in der Staatskanzlei Melanie Walter ab 11:30 Uhr, von der Fraktion der CDU Uwe Dorendorf bis zur Mittagspause, Sophie Ramdor und Laura Hopmann, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stephan Christ und von der Fraktion der AfD Dennis Jahn und Holger Kühnlenz.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr von Danwitz.

Ich rufe auf:

# Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten mit dem Titel "Automobildialog der Bundesregierung am 9. Oktober: Zukunftspakt Mobilität 2035 jetzt!" - Unterrichtung - Drs. 19/8551

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort für die angekündigte Regierungserklärung. Bitte schön, Herr Lies!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Olaf Lies, Ministerpräsident:

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Niedersachsen - wie übrigens in ganz Deutschland - ist derzeit durch tiefe Unsicherheiten geprägt. Wir erleben eine anhaltende Investitionszurückhaltung in allen Branchen. Zudem bleiben die Energiepreise ein weiterhin belastender Standortfaktor. Gleichzeitig wiegen die Zollpolitik der USA sowie geopolitische Spannungen schwer auf unserer exportorientierten Industrie. Diese wirtschaftliche Lage nehme ich in fast allen Branchen

wahr: in Gesprächen mit der Stahl- und Chemiebranche, aber auch mit anderen energieintensiven Branchen wie Glas und Papier. Gerade für unser Automobilland Niedersachsen sehen wir aktuell besonders große Herausforderungen.

Daher ist es gut, und ich begrüße es sehr, dass der Bundeskanzler morgen zum Automobildialog in das Kanzleramt geladen hat. Dieser Dialog ist wichtig. Denn es geht um die Automobilindustrie, um Hunderttausende Arbeitsplätze und um Wertschöpfung bei unseren Herstellern wie Volkswagen und vielen Zulieferbetrieben gerade auch in unseren Regionen und in Niedersachsen. Es geht um die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Daher nutze ich die Möglichkeit der Regierungserklärung, Ihnen auch vorab die Haltung des Landes mitzuteilen, mit der wir morgen in diesen Dialog eintreten werden.

Die Autoindustrie ist ein Herzstück unserer Wirtschaft, sie ist Innovationsmotor und Garant für Wohlstand. In Niedersachsen hängt jeder dritte Industriearbeitsplatz direkt oder indirekt am Auto. Deshalb ist es für die Menschen bei uns auch besonders spürbar, dass sich die Branche in einer schwierigen Lage befindet: Die Absätze sind eingebrochen, die Pkw-Flotten altern, und die Verunsicherung ist groß, bei Kundinnen und Kunden ebenso wie bei den Beschäftigten.

Laut einer Studie der Beratungsgesellschaft EY wurden deutschlandweit von Juni 2024 bis Juni 2025 rund 50 000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gestrichen. Das entspricht fast 7 % der gesamten Branche. Keine andere Industrie ist so stark betroffen.

Darum ist auch klar: Wir brauchen jetzt keine Schlagwortdebatten um den richtigen Antrieb. Wir brauchen einen realistischen Blick auf die Lage und einen pragmatischen und verlässlichen Pfad für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau dafür stehen die Politik dieser Landesregierung und der ebenfalls von mir vorgelegte Zukunftspakt Mobilität 2035.

Morgen, am 9. Oktober, müssen wir uns gemeinsam auf einen Kurs verständigen und stabile Rahmenbedingungen für Industrie und Beschäftigte in Deutschland gestalten. Wir brauchen einen gemeinsamen Pakt für die Zukunft unserer Automobilindustrie.

Es geht jetzt vor allem darum - das muss man auch in den Mittelpunkt stellen -, die Arbeitsplätze in der Industrie, bei den Herstellern und bei den Zulieferern zu sichern. Wir brauchen gerade hier einen verlässlichen Pfad, der beides im Blick behält: Arbeitsplätze und den Weg, ein Klimaschutzziel zu erreichen. Deswegen auch ein Appell: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Lassen Sie uns nicht über einzelne Schlagworte streiten! Lassen Sie uns deutlich machen, dass wir in Niedersachsen gemeinsam hinter der Automobilindustrie stehen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausgangslage kennen wir: Während 2019 europaweit ca. 15,8 Millionen Pkw abgesetzt wurden, waren es 2024 nur 12,9 Millionen - ein Rückgang von fast 3 Millionen Fahrzeugen. In Deutschland liegen die Neuzulassungen auch in diesem Jahr wieder unter dem Vorjahr. Gleichzeitig - das ist ja auch spürbar - nimmt das Alter der Flotte weiter zu. Im Schnitt sind es 10,6 Jahre. Vor zehn Jahren waren es noch neun Jahre. Auch das ist ein klares Signal für die Kaufzurückhaltung, die wir erleben.

Die Menschen zögern, weil sich die Inflation bemerkbar macht und viele sich dreimal überlegen, ob und wofür sie Geld ausgeben. Aber auch die allgemeine wirtschaftliche Situation ist für viele Menschen beunruhigend. Da gibt es eine natürliche Zurückhaltung bei der Anschaffung von Wirtschaftsgütern: weil Förderungen und Anreize begonnen, aber zuweilen überraschend beendet wurden, weil Strompreise zu hoch sind, weil die Menschen durch Debatten um das angebliche Verbrennerverbot verunsichert wurden. Alles das trägt dazu bei, dass wir diese Kaufzurückhaltung erleben. Übrigens: Das ständige Infragestellen der Zielsetzung 2035 schwächt die Industrie, verunsichert die Beschäftigten und hält am Ende damit auch Investitionen zurück.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Deshalb sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen jetzt Klarheit im Ziel und Realitätssinn auf dem Weg dorthin. Wir müssen dafür sorgen, dass die E-Mobilität einen neuen Schub bekommt, auf allen Ebenen. Es bedarf jetzt vor allem eines massiven Hochlaufs der E-Mobilität. Daher gilt es, hierauf den Fokus zu setzen und die entscheidenden Stellschrauben zu drehen - so, wie wir es mit Sicherheit auch morgen im Diskurs erleben werden.

Als Land leisten wir einen großen Teil dieser Hausaufgaben, um dafür zu sorgen, dass die Automobilindustrie verlässliche Rahmenbedingungen hat und der notwendige Wandel auch unterstützt wird. Hierzu gehören zum Beispiel auch der massive Ausbau der erneuerbaren Energien als Grundvoraussetzung für verlässliche, bezahlbare und am Ende auch klimaneutrale Mobilität.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Hierzu gehören der Ausbau der Ladeinfrastruktur, aber auch der enge Dialog, den wir mit den Unternehmen, mit den Beschäftigten, mit den Gewerkschaften, mit der Industrie insgesamt, mit den Betriebsräten der Unternehmen der Hersteller-, aber genauso der Zulieferindustrie führen.

Meine Damen und Herren, was ist der Kern, den wir jetzt in der Mobilität 2035 angehen müssen? Ich habe es vorhin gesagt: Wir brauchen einen notwendigen Realitätssinn. Das ist der Kern des Zukunftspakts Mobilität 2035.

Erstens - das gehört dazu -: Die Zielmarke bleibt. Ab 2035 soll es durch die Neuzulassungen keine zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen geben. Daran rütteln wir nicht. Wir können die Klimaziele nicht immer wieder infrage stellen. Man muss auch einmal sagen: Mit dem, was wir in der Mobilität nicht leisten, belasten wir andere Branchen, die noch viel größere Herausforderungen haben, ihre CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen. Wir bekennen uns zum Green Deal und zu den damit verbundenen Klimazielen der Europäischen Union. Auch für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und um Mobilität für alle zu ermöglichen, ist dieser Zielpfad wichtig.

Zweitens: Elektromobilität ist und bleibt die Leittechnologie. Wir haben das hier oft diskutiert. Ich hatte den Eindruck, dass daran mindestens in einem ganz großen Teil des Parlaments kein Zweifel besteht. Warum auch? Der Antrieb ist effizienter, und kein Konzept bietet mehr Potenzial für den Massenmarkt. Ich sage das hier nicht nur als Politiker, ich kann das auch als Ingenieur sagen und für mich feststellen: Die Mobilität von morgen fährt elektrisch. Das muss uns klar sein, und daran müssen wir festhalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Diese Mobilität funktioniert auch schon heute. Es ist eines unserer Probleme, dass wir eher über die Dinge reden, die nicht funktionieren, als über die

Dinge, die funktionieren. Sie ist längst alltagstauglich. Das wissen wir. Das sehen wir bei den Neuzulassungen, und das nehmen wir auch wahr. Das berichte ich aus eigener Erfahrung: Ob als Umweltoder Wirtschaftsminister bin ich in den letzten Jahren vollelektrisch in einem Flächenland wie Niedersachsen unterwegs gewesen. Wir alle wissen, wie voll die Kalender der Abgeordneten sind und wie viel sie unterwegs sind. Das ist sehr gut machbar. Man kann in Niedersachsen vollelektrisch auch eine Strecke von 80 000 km im Jahr zurücklegen. Das ist möglich. Das geht hervorragend. Ich finde, das geht auch hervorragend mit Elektrofahrzeugen, die wir auch in Niedersachsen bauen. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Also auch ein großer Dank an die Kolleginnen und Kollegen dort!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir wissen auch: Das ist nicht bei jedem angekommen, und nicht jeder ist davon überzeugt. Das ist auch gut so in unserer Gesellschaft. Das kann am Ende auch jeder für sich entscheiden. Aber: Diese Alltagserfahrung müssen wir erlebbar machen. Darum gilt es auch, gemeinsam daran zu arbeiten, dass die E-Mobilität durch einen solchen Zukunftspakt - denn dann ist es erst ein Zukunftspakt; nicht, wenn ich etwas aufgebe, sondern wenn ich etwas für die Zukunft gestalte - am Ende auch einen entscheidenden Schub bekommt.

Drittens: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Realismus heißt aber auch: Es gab bislang kein pauschales Verbrennerverbot, und es wird, ehrlich gesagt, auch keines geben. Auch das ist die klare Botschaft, die damit verbunden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gab es bisher nicht.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist für manchen schwer zu verstehen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Ich weiß, das ist Ihre Methode: etwas in den Mittelpunkt einer Debatte zu stellen, was es gar nicht gibt.

> (Carina Hermann [CDU]: So kann man sich die Dinge dann auch schönreden! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

In der EU-Kommission hat man sich darauf verständigt, dass Mobilität CO<sub>2</sub>-frei ist. Sie hat eben keine Vorgaben über die Technik gemacht. Ich bitte alle darum, diese falsche Debatte endlich zu beenden. Sie verunsichert unsere Gesellschaft immer weiter.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen Sie doch auch.

(Carina Hermann [CDU]: Das drehen Sie sich jetzt so hin! - Gegenruf von Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Wer schreit ist nicht im Recht, Frau Kollegin! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dazu bedarf es doch nur eines Gesprächs mit der eigenen EU-Kommissionspräsidentin, die genau das immer wieder betont: dass es kein Verbrennerverbot gibt, dass es um die Frage der Klimaneutralität geht und dass es uns jetzt darum gehen muss - da bitte ich einfach um einen gemeinsamen Weg -, diesen Realitätssinn auch darzustellen. Es ist ein schöner politischer Versuch, das darauf zu fokussieren. Das wollen wir aber nicht.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist ein schöner politischer Versuch, sich herauszureden! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD] - Unruhe)

- Nein, das ist es nicht.

#### Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Fraktionen, glauben Sie mir - Herr Siebels, Herr Thiele! -, Sie werden alle genug Zeit zur Erwiderung erhalten.

Fahren Sie fort, Herr Ministerpräsident!

Olaf Lies, Ministerpräsident:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich glaube, die Details sind auch allen bewusst. Wir müssen einfach davon wegkommen, die absatzschädliche - das ist sie nämlich - Scheindebatte über die vermeintliche Forderung nach einem Aus vom Verbrenner-Aus zu führen. Sie muss endlich beendet werden. Das ist Gift für die gesamte Automobilbranche. Wir müssen diese Debatte beenden! Das muss unser gemeinsames Ziel sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Denn richtig ist: Wir haben uns in der Europäischen Union gemeinsam darauf verständigt: Neuwagen müssen ab 2035 klimaneutral sein.

(Stephan Bothe [AfD]: Nein, das ist falsch!)

- Nein, das ist überhaupt nicht falsch.

Dafür kann es unterschiedliche Technologieoptionen geben, und genau darüber reden wir heute doch: über die Frage, welche Technologieoptionen es dafür geben kann. Aber uns muss auch klar sein: Das Wirtschaftlichste wird dabei immer die Elektromobilität bleiben, weil das der günstigste Weg der Mobilität ist. Darüber haben wir bisher auch gar nicht gestritten. Aber weiterhin muss klar sein: Andere Optionen wie Range-Extender oder Plug-in-Antriebe können möglich sein. Ich glaube, das ist die Debatte, die wir führen müssen. Es gibt kein Verbrenner-Aus. Die Elektromobilität wird der Weg sein, aber Plug-ins oder Range-Extender werden genauso auch nach 2035 weiterhin möglich sein. Das ist die Erkenntnis aus dem, worüber wir diskutieren.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir brauchen sie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: für die Zeit des Übergangs. Sie werden perspektivisch ebenso klimaneutral betrieben werden können. Ob der Anteil wirklich groß ist, ist schwer vorherzusagen, weil es bis dahin noch zehn Jahre dauert und die Kostenreduktion, die wir gerade bei E-Mobilität erleben, hoch ist.

Aber noch einmal: Die Botschaft bzw. der Realitätssinn ist: Auch nach 2035 werden Plug-in-Antriebe und Range-Extender möglich sein und auch zugelassen werden können. Auch darauf muss sich die Industrie natürlich einstellen können.

Deswegen habe ich einen Vorschlag gemacht, weil wir ja trotzdem ein Klimaziel erreichen wollen. Das Klimaziel ist: Wir wollen mit den Beimischquoten darauf hinarbeiten, dass die fehlenden Spitzen bei den Neuzulassungen, die wir durch Verbrenner, Range-Extender oder Plug-ins haben, trotzdem wieder auf null gebracht werden können. Dann bleibt die Flotte in Summe klimaneutral. Wir würden das dadurch erreichen, dass wir ab 2035 die ohnehin bestehenden Beimischungsquoten für synthetische und biogene Kraftstoffe Jahr für Jahr anpassen. So erreichen wir 100 % Klimaneutralität - ohne Bruch, ohne Stillstand und, ehrlich gesagt, auch ohne Illusionen. Das ist ein pragmatisches Modell.

Das ist der eine Punkt, den wir mit der EU-Kommission klären müssen. Die EU-Kommission sagt: Es muss dafür synthetische Kraftstoffe geben, die zu 100 % klimaneutral angesetzt werden. Ich will offen sagen: Dass wir ab 2035 überall noch weitere Zapfsäulen haben, an denen es nur den synthetischen

Kraftstoff gibt, und wir sozusagen prüfen müssen, welches Auto wie tankt, erschließt sich mir praktisch nicht. Deswegen die Idee der Beimischungsquoten: Wir tanken mit der Flotte, egal, ob die Fahrzeuge nach 2035 oder vor 2035 zugelassen sind. Die Beimischungsquote wird angepasst. Wir haben die Klimaziele erreicht, aber wir haben nicht noch einmal zusätzlichen Aufwand dafür betrieben, sodass es kompliziert oder komplex ist.

(Stephan Bothe [AfD]: Das ist doch Unsinn!)

Das ist ein Realitätssinn, mit dem wir es schaffen, Mobilität bezahlbar zu machen und mit Mobilität auch Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Übrigens überfordern wir damit auch nicht unsere Kundinnen und Kunden.

Eines ist mir dabei aber wichtig. Ich habe vergangenes Jahr schon gesagt - ich will das noch einmal betonen -: Wer E-Fuels als Lösung predigt - es ist ein Unterschied, ob ich eine Technologieoption habe und sage, das ist die Lösung dafür -, der predigt technologische Orientierungslosigkeit. Daran hat sich leider nichts geändert. Das wird sich auch nicht ändern, und dabei bleibe ich auch. Wir brauchen eine klare Orientierung und Fokussierung. Das braucht auch die Wirtschaft. Sie muss wissen, in welche Richtung sie sich entwickelt, ohne dass man 2035 diesen harten Bruch hat - und nur über den reden wir gerade. Der Staat gibt hier die Ziele vor - ich komme gleich noch auf das Thema der Quoten -, also das Ziel der Elektromobilität.

Ich bleibe dabei: Technologieoffenheit darf da, wo wir gerade sind, eben nicht in eine neue Orientierungslosigkeit führen. Technologieoptionen müssen möglich sein, aber Orientierungslosigkeit lassen wir nicht zu. Das muss unsere klare Botschaft sein, und das wissen wir doch auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

E-Fuels und im Übrigen auch Biokraftstoffe sind doch nicht die finale Antwort. Das habe ich bisher auch nicht so wahrgenommen. Ich habe noch niemanden sagen hören, dass das die finale Antwort ist. Also ist das doch eine Lösung. Sie sind - nicht mehr, aber auch nicht weniger - Brücke für Bestandsflotten und eine mögliche Ergänzung für das, was nach 2035 zugelassen wird. Aber es ist klar,

dass sie für Autofahrerinnen und Autofahrer voraussichtlich eine teure Ergänzung sind. Auch das muss uns klar sein, wenn wir darüber reden, dass das eine Lösung ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - und das ist meine Sorge, weil ich das in der Vergangenheit immer wieder erlebt habe, wenn darüber debattiert wurde -, sie dürfen aber auch nicht als Ausrede dienen, den Hochlauf der Elektromobilität auszubremsen. Damit würden wir ein fatales Signal geben, und das dürfen wir nicht tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Richtung und das Ziel sind damit klar: Es muss bezahlbar sein, es muss industriefreundlich sein - und damit Arbeitsplätze sichern -, es muss klimafreundlich sein, und es wird auch technologisch autonom werden. All das, was dazu führt, ist der Weg zu dem Ziel, das wir am Ende nur über die Elektromobilität erreichen werden.

Wer heute schon zu Hause oder im Büro laden kann, für den ist das Elektroauto im Betrieb jetzt schon günstiger als der Verbrenner. Dann ist man mit 2 bis 7 Euro pro 100 km unterwegs. Das ist schwer schlagbar, das muss man einfach sagen.

(Stephan Bothe [AfD]: Die Anschaffungskosten!)

- Ich höre gerade "Anschaffungskosten". Der ID.3 kostet so viel wie der VW Golf, und der Passat kostet so viel wie der ID.7. Ich würde sagen, die Elektroautos haben inzwischen das Preisniveau der Verbrenner erreicht. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Widerspruch bei der AfD)

Das gilt auch für die zusätzlichen Kosten. Zum Bespiel bleiben Elektroautos auch künftig von der Kfz-Steuer befreit. Dazu hat Bundesfinanzminister Lars Klingbeil gerade einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Das ist genau die richtige Entscheidung. Dafür danke ich ihm sehr.

Die E-Mobilität bleibt der Leitweg. Ergänzende Regelungen wie Beimischungsquoten für synthetische und biogene Kraftstoffe tragen am Ende aber auch dazu bei, dass die letzten Prozente der Flotte ebenfalls klimaneutral sind. Aber diese Beimischung funktioniert eben nur - sonst schaffen wir die Mengen nicht -, wenn die Mehrheit der Neufahrzeuge in zehn Jahren, also nach 2035, elektrisch fährt.

Viertens: Wir brauchen Planungssicherheit statt Sprungbelastungen. Deshalb fordern wir einen indikatorbasierten Gleitpfad für die europäischen Flottengrenzwerte. Wir werden gleich sehen, ob alle davon überzeugt sind, dass diese Flottengrenzwerte richtig sind. Ich bin zutiefst davon überzeugt, weil die Flottengrenzwerte die Grundlage dafür sind, dass wir einen Weg in die Elektromobilität haben und bis 2035 nicht sozusagen einen Irrweg beschreiten, auf den sich die Industrie nicht verlassen kann.

Wir brauchen diesen Gleitpfad - und nicht die harten Abbruchkanten, die wir derzeit alle fünf Jahre haben. Das heißt: Ladeinfrastruktur, Batteriekapazitäten, Energiepreise - all das bestimmt das Tempo. Kein Zickzack-, sondern ein stetiger, überprüfbarer Kurs. Konkret heißt das: Anfangs sinken die Grenzwerte langsamer - das erleben wir gerade - und später dafür stärker, weil dann die Zunahme der Fahrzeuge im Markt und der Absatz im Markt deutlich gestiegen sind. Das schafft Verlässlichkeit für die Hersteller und für die Kunden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich die Notwendigkeit von Flottengrenzwerten betonen. Ohne diese wären wir mit Blick auf die Elektromobilität heute bei Weitem noch nicht da, wo wir sind. Wir sind auf diese Vorgaben angewiesen, wenn wir wollen, dass der Weg zur Erreichung der Klimaziele, der Klimaschutz auch mit Innovationen und modernen Technologien verbunden ist. Deswegen ist die Entscheidung der EU, diesen Weg zu gehen, richtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wir können diesen Weg nicht allein dem Markt überlassen. Die Vorgaben müssen aber auch realistisch sein. Sie müssen mit Augenmaß getroffen werden, sie müssen transparent und auch nachvollziehbar sein. Davon sind wir im Moment noch weit entfernt. Das sehen wir an den harten Abbruchkanten. Im Übrigen setzt das kontinuierliche Monitoring, das wir dafür brauchen, auch die Politik unter Druck, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die Ladeinfrastruktur stetig zu verbessen und dafür zu sorgen, dass genau dieser Weg eingeschlagen werden kann.

Dieser Zukunftspakt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr als ein technisches Konzept. Wenn wir das gemeinsam machen, ist es ein gesellschaftlicher Vertrag: zwischen Industrie und Politik, zwischen Bund und Ländern, zwischen den Beschäf-

tigten in den Werken und den Kundinnen und Kunden an der Ladesäule. Er verbindet drei Dinge miteinander: die Sicherung von Beschäftigung und industrieller Wettbewerbsfähigkeit, die wir dringend brauchen, das Klimaschutzziel, das wir nicht einfach beiseiteschieben können, und die soziale Gerechtigkeit, die dafür sorgt, dass Menschen in unserem Land sich Mobilität - auch individuelle Mobilität - leisten können.

Genau dieser Dreiklang macht uns stark, wenn wir diesen Weg gehen. Arbeitsplätze, Produktion in Deutschland, Wertschöpfung, Klimaschutz und Industriepolitik stehen damit eben nicht im Widerspruch, wie immer wieder versucht wird zu suggerieren. Sie müssen zusammen gedacht werden, und Lösungen müssen zusammen gefunden werden. Nur in der Verbindung liegt der Weg in die Zukunft. Transformation funktioniert am Ende nur, wenn wir alle mitnehmen. Umso entscheidender ist es - das will ich betonen -, all dies möglichst sozial gerecht zu gestalten.

Ich kenne diese Debatten: Man muss nur den CO<sub>2</sub>-Preise anheben, dann wird sich am Ende alles regeln. Den CO<sub>2</sub>-Preis müssen sich die Menschen in unserer Gesellschaft aber auch leisten können und das kann sich nicht jeder leisten. Deswegen brauchen wir eine sozial gerechte Lösung, mit der wir die Menschen nicht verlieren, sondern mitnehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit dieser Position ja nicht alleine unterwegs. Deswegen lohnt es sich, darüber nachzudenken: Ist das nicht etwas, worauf man sich auch mal gemeinsam verständigen kann?

(Sebastian Lechner [CDU]: Sie sind mit der Regierung alleine unterwegs!)

Wir sind uns mit dem Verband der Automobilindustrie und der IG Metall einig - die haben noch vor der IAA ein Papier dazu herausgegeben -, dass der Weg bis 2035 und darüber hinaus realistisch und planbar sein muss, dass wir kluge Flexibilität in der Regulierung brauchen und Lösungen für Technologieoptionen genau, wie ich gerade dargestellt habe, dort, wo sie ökologisch und industriell sinnvoll sind. Genau das ist die Botschaft, die der Verband der Automobilindustrie und die IG Metall ausgesandt haben.

Das kann ja erst mal nicht so falsch sein. Wenn sich diese zwei darauf verständigen, sollte das eigentlich zumindest für einen größeren Teil unseres Parlaments eine gute Grundlage für die Diskussion sein, ob das nicht etwas sein könnte, auf das auch wir uns verständigen können. Das ist doch der Ansatz für einen auch parteiübergreifenden Weg, den wir gehen können. Wenn es schon gelingt, dass es einen sozialpartnerschaftlich übergreifenden Weg in Deutschland gibt, dann sollten wir uns dem auch anschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das heißt aber auch: Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit der Pakt auch trägt. Das ist die Aufgabe, die wir als Politik haben.

Erstens - es führt kein Weg daran vorbei -: Die Energiepreise müssen weiter runter. Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, Ladestrompreise gerade in Regionen mit viel überschüssiger erneuerbarer Energie reduzieren, Netzentgelte senken -Sie kennen das alles. Aber natürlich ist das ein wesentlicher Faktor infolge der Erkenntnis, dass der fossile Kraftstoffpreis durch den CO2-Preis immer weiter steigen wird. Weil wir Menschen ein Angebot machen müssen, ist das der richtige Weg. Es darf nicht teurer sein, ein Auto zu laden, als ein Auto zu betanken. Das ist doch völlig klar, denn das ist die Grundlage für die Entscheidung, die die Menschen treffen werden. Ich möchte die Menschen nicht nur über den CO<sub>2</sub>-Preis zum Umdenken bewegen, denn diesen können sich Menschen, die nicht umsteigen können, nicht leisten. Und an die müssen wir auch denken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Deshalb fordern wir: Die niedrigen Haushaltsstromtarife müssen auch an den Ladesäulen im öffentlichen Raum gelten. Es ist richtig, dass die Bundesnetzagentur ab April dieses Jahres die Netzentgelte für netzdienliches Laden an den Ladeinfrastrukturpunkten deutlich gesenkt hat. Wer im öffentlichen Raum bei Überschuss lädt, muss entlastet werden. Das sind doch ganz logische Dinge, die der Gesamtelektrifizierung des Systems zugutekommen.

Auch hier gilt: Laden und Speichern statt Abregeln - auch das ist eine der Botschaften, die wir brauchen. Das gilt gerade für Niedersachsen, für Regionen, in denen wir eine große Menge erneuerbarer Energien haben und damit auch dynamische und

vor allem niedrige Ladestrompreise anbieten können.

Auch hier geht es um Digitalisierung und Preisanzeigen per App. Es ist doch völlig klar: Wer zu Hause für 30 Cent laden darf, der ist doch nicht bereit, zu akzeptieren, dass er im öffentlichen Raum das Doppelte zahlen muss. Daran müssen wir arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zweitens die immer wieder diskutierte Frage: Ist die Infrastruktur eigentlich ausreichend? Ladeinfrastruktur rauf - natürlich -, Schnellladepflicht an Tankstellen, Recht auf Laden im Quartier und beim Arbeitgeber, einheitliche Bezahlsysteme - Laden muss so einfach wie Tanken werden. Den Rahmen dafür müssen wir, Bund und Länder, jetzt gemeinsam schaffen. Wenn ich an die Diskussion, die wir länderübergreifend führen und die wir auch morgen führen werden, denke: Das ist genau der Weg, der, ehrlich gesagt, gerade aus Niedersachsen - aber das muss auch eine gemeinsame Forderung sein - getragen werden muss.

Niedersachsen steht im Ländervergleich relativ gut da: 12 000 Normalladepunkte, 4 500 Schnellladepunkte - das ist Platz 4. Trotzdem hat jeder den Eindruck, es müsste noch mehr sein. Wir sehen, dass in den Ländern, in denen Elektromobilität erfolgreich funktioniert - davon gibt es übrigens eine ganze Menge -, die Themen Ladeinfrastruktur und Ladestrompreis natürlich ganz entscheidende Aspekte sind.

Drittens: Wir brauchen bezahlbare Modelle - natürlich. Die kommen. Deswegen brauchen wir auch Lösungen dafür, wie wir das schaffen. Super-Credits für kleine und günstige Fahrzeug sind der richtige Weg. Es muss sich für die Hersteller lohnen, kleine Fahrzeuge zu produzieren, indem ihnen für die kleinen Fahrzeuge - das ist die Idee - der eingesparte CO<sub>2</sub>-Wert doppelt auf die Flottengrenzwerte angerechnet wird. Denn die kleinen Fahrzeuge, die Teil der Mobilität sind, fehlen uns im Markt.

Das ist auch eine der gemeinsamen Forderungen von VDA und IG Metall. Ich halte das für richtig: Mit befristeten Super-Credits für Hersteller, mit denen man Kleinwagen doppelt anrechnen kann, schaffen wir die Anreize dafür, dass das funktioniert, und für die Hersteller ist es spannend, weil sie damit ganz anders wirtschaftlich kalkulieren können. Das ist ein vernünftiger Weg.

Social Leasing, steuerliche Entlastungen - wir müssen diese Impulse jetzt setzen. Warum? Weil wir gerade auch in Niedersachsen Standorte haben, an denen erfolgreich Elektroautos gebaut werden. Und wir müssen ihnen bei all der Debatte über die Frage der Technologieoptionen nach 2035 auch eine Antwort darauf geben, wie wir die Standorte heute auslasten, wie dort heute mehr Autos gebaut werden können und wie wir heute dafür sorgen, dass die Beschäftigung dort gesichert ist. Das ist die Verantwortung, die wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Eines will ich noch dazusagen: Bei all der Förderung müssen wir schon heute im Blick haben, dass das Thema "european local content" eine Rolle spielt. Wir wissen, dass gerade die chinesischen Hersteller mit subventionierten Fahrzeugen in den Markt kommen. Wenn diese noch weiter subventioniert werden, wird es extrem schwierig, gegenzuhalten. Also bitte, gerade, wenn wir uns auf einen Weg verständigen: european local content! Die Sicherung der Beschäftigung in Europa, das muss dabei für uns eine ganz hohe Priorität haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Viertens: Wir müssen den Gebrauchtmarkt stärken, also Sicherheit für den Gebrauchtmarkt geben. Batteriepass, Garantien, fairer Zugang zu Finanzierung - auch da: steuerliche Entlastung für den Gebrauchtkauf -, das ist entscheidend. Denn nur, wenn Käufer sicher sein können, dass auch das, was sie gebraucht kaufen - wie die Batterie -, geprüft und garantiert ist, dann werden sie bereit sein zu investieren.

Fünftens: europäische Souveränität sichern. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Wenn wir von E-Mobilität reden, dann - das wissen wir - sind ein zentrales Element die Themen Batteriezellenproduktion und auch Rohstoffversorgung. Das erfordert erhebliche Investitionen: zweistellige Milliardenbeträge, weniger werden nicht reichen.

(Zuruf: Wir haben's ja!)

Heute stammen 70 % aller Batterien für E-Autos aus China, nur 13 % aus Europa. Das ist ein Risiko für uns, das ist ein Risiko für unsere technische Souveränität. Wir brauchen Batterien an vielen Stellen. Deswegen muss es der Anspruch in Europa, in

Deutschland sein, dass wir in die Lage versetzt werden, dass Batteriezellenproduktion in Deutschland und Europa im Wettbewerb möglich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ja, das wird nicht ohne Investitionen gehen. Aber die Investition in europäisches Recycling und in europäische Rohstoffversorgung und in europäische Zellfertigung ist auch eine Investition in Beschäftigung, die wir damit auf Dauer sichern können. Das ist, glaube ich, ganz zentral und wichtig. Und das Thema Industriestrompreis für die Batteriezellenfertigung diskutieren wir nicht nur für diesen, sondern - ich habe es eingangs gesagt - für ganz viele Bereiche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Transformation darf kein Bruch sein. Jede Flexibilität wird an Investitions- und Beschäftigungszusagen gebunden. Das klingt hart, aber dafür machen wir das. Wir machen das, weil es Kolleginnen und Kollegen in immer größerer Zahl gibt, die sich Sorgen machen: Wie geht es eigentlich mit meiner Beschäftigung morgen weiter?

Deswegen brauchen wir morgen, wenn wir eine gemeinsame Handlungsebene finden - und davon bin ich zutiefst überzeugt -, auch die Zusage der Automobilindustrie, der Zulieferbetriebe, dass sie bereit sind, Standorte zu stabilisieren und zu sichern und ein klares Signal an die Beschäftigten auszusenden: Dieser Pakt trägt dazu bei, dass ihre Arbeit zukünftig gesichert ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zulieferer brauchen Unterstützung bei der Umstellung. Beschäftigte brauchen Qualifizierung und Perspektive. Ich will die Zahl noch einmal nennen: Es geht um 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland, um Hundertausende in Niedersachsen. Noch mal: Viele von denen sind schon auf dem Weg der Transformation. Diese dürfen wir jetzt nicht abbrechen, damit würden wir einen großen Fehler machen. Deswegen müssen Klimaschutz, Innovation und gute Arbeit zusammengeführt werden. Das darf und muss gar kein Gegensatz sein, und wir dürfen es auch nicht gegeneinander ausspielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau darum geht es im Zukunftspakt Mobilität 2035: klimaneutral, industriefreundlich, Arbeitsplätze sichern, sozial gerecht, aber - vielleicht ist das das Wort, das uns einen kann - mit Realitätssinn. Wir müssen erkennen, dass die Situation zu dem Zeitpunkt, als wir uns einmal Daten gesetzt hatten, anders war als heute. Denn viele der geopolitischen Fragestellungen - der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Energiepreise, die geopolitischen Verwerfungen, die Zölle in den USA, die Märkte in China - haben sich verändert. Deswegen ist das Stichwort "Realitätssinn", glaube ich, richtig.

Für die Umsetzung brauchen wir etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen, das gerade mit Blick auf Europa entscheidend sein wird: Wir brauchen einen gemeinsamen Kurs Deutschlands, einen Kurs, den wir in Brüssel gemeinsam vertreten können, einen Kurs, hinter dem sich alle - Länder, Bund, Industrie, Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch wir hier im Parlament - versammeln können.

Deswegen bin ich zutiefst überzeugt: Der Automobildialog morgen, am 9. Oktober, ist genau die Chance dafür. Und, ehrlich gesagt, gibt es auch ein Stück weit die Erwartungshaltung, diesen Konsens zu besiegeln. Die Erwartungshaltung ist nicht, dass wir uns morgen treffen und all das, was ich an Problemen beschrieben habe, noch einmal beschreiben.

Das Ziel, mit Realitätssinn, ist nicht, morgen zu diskutieren, dass das Verbrenner-Aus - das es gar nicht gibt - weg muss,

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Lachen bei der CDU)

sondern der Sinn ist, sich morgen einmal anzuschauen, wie die Realität aussieht, und zu sagen - - -

(Zurufe von der CDU)

- Mir erschließt sich nicht, warum das immer wieder zu Fragezeichen führt.

Für morgen ist wichtig: Wir halten Kurs auf 2035, wir halten Kurs auf Elektromobilität, wir halten Kurs mit dem Zukunftspakt Mobilität 2035 - für eine starke Automobilindustrie,

(Lachen bei der AfD)

für zukunftssichere Arbeitsplätze und vor allen Dingen mit einer Botschaft, die wir gemeinsam aussenden.

Lassen Sie uns gemeinsam eine Debatte beenden, die dieses Land nicht braucht! Lassen Sie uns gemeinsam in die Zukunft blicken und daran arbeiten, was notwendig ist!

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Regierungserklärung.

Das Orakel hier oben lag gar nicht so ganz falsch: Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 29 Minuten gedauert hat. Für die nun folgende Aussprache erhalten vereinbarungsgemäß die beiden großen Fraktionen ebenso viel Redezeit, wie die Landesregierung benötigt hat, also ebenfalls jeweils 29 Minuten. Die beiden kleineren Fraktionen erhalten jeweils halb so viel Redezeit wie die beiden großen Fraktionen. Für jede der beiden kleineren Fraktionen ergibt sich danach eine Redezeit von jeweils 14,5 Minuten. Das fraktionslose Mitglied des Hauses erhält, wenn es das Wort ergreifen möchte, 1,5 Minuten Redezeit.

Ich rufe zur Besprechung auf: den Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Sebastian Lechner. Herr Lechner, bitte!

(Beifall bei der CDU)

# Sebastian Lechner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Lies, am 18. November 2016 haben Sie als Wirtschaftsminister Folgendes in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums regelrecht bejubelt. Ich zitiere:

"Und Volkswagen geht konsequent den Weg in Richtung Elektromobilität und Digitalisierung. Dies sind die Zukunftsfelder. VW wird hier in Niedersachsen investieren und auch Tausende Arbeitsplätze neu schaffen".

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Davon hat er geträumt!)

Fast neun Jahre danach stellen wir fest: Das ist leider nicht so eingetreten. Ganz im Gegenteil: Es sind in Niedersachsen keine neuen Arbeitsplätze in der Automobilindustrie geschaffen worden, sondern es sind allein im letzten Jahr Tausende Arbeitsplätze bei Volkswagen und den Zulieferern abgebaut worden. Es werden Tausende Arbeitsplätze in diesem

Jahr abgebaut, und die Autoindustrie in Niedersachsen befindet sich in einer schwerwiegenden Krise. Dafür tragen Sie, Herr Ministerpräsident, Verantwortung!

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Diese Krise liegt nicht nur daran, dass die Menschen, wie von Ihnen beschrieben, im Moment grundsätzlich weniger Autos kaufen. Zu dem von Ihnen eben eingeforderten realistischen Blick hätte auch gehört, dass man sich anschaut, dass bei Volkswagen in vielen Werken heute Schichten ausfallen.

Nur nicht in Wolfsburg! Dort werden aktuell Sonderschichten gefahren, weil nämlich der damalige Betriebsratsvorsitzende Osterloh die von Ihnen bejubelte Passage zur einseitigen Ausrichtung von Volkswagen auf die Elektromobilität nie geglaubt hat. Er hat deswegen in den Planungsrunden von Volkswagen dafür Sorge getragen, dass nach Wolfsburg bis heute nur Verbrennermodelle kommen. Und der Verbrenner ist es, der im Konzern aktuell boomt. Er stabilisiert diesen Konzern. Er ermöglicht, dass überhaupt Geld verdient wird, um in die Elektromobilität investieren zu können. Das ist der Grund für die Sonderschichten.

Deswegen: Es ist eben nicht nur die Zurückhaltung der Menschen beim Autokauf allgemein, sondern auch die Zurückhaltung beim Kauf von Elektromodellen.

Es wäre Zeit gewesen, diesen Fehler hier einfach mal einzugestehen und sich bei den Niedersachsen auch mal für das zu entschuldigen, was Sie 2016 gemeinsam als rot-grüne Regierung entschieden haben - und zwar falsch entschieden haben!

(Beifall bei der CDU - Jörn Domeier [SPD]: Als VW-Werker schäme ich mich für diesen Satz! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin!)

- Ich freue mich sehr, dass Sie Volkswagen noch weiter ins Spiel bringen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Einen Moment, Herr Lechner!

(Wiard Siebels [SPD]: Sie sind eher Teil des Problems als Teil der Lösung!)

- Herr Siebels!

#### Sebastian Lechner (CDU):

Ich habe die freudige Botschaft für Sie: Gerade hat der Chef des Volkswagen-Konzerns, Oliver Blume, den Mut gehabt, das im ZDF-Interview einzugestehen. Er hat klar gesagt, dass man sich damals, 2016, hätte entscheiden sollen, eine gemeinsame Plattform für alle Antriebsformen zu schaffen, und zwar für den Verbrenner, für die Hybriden und für die Elektromodelle.

Genau diesen Ton, diesen Sound, hätte ich mir auch vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewünscht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist im Übrigen auch ganz logisch. Denn es kam noch nie auf den Antrieb an, und es kam auch noch nie auf die Antriebstechnik an, sondern einzig und allein darauf, welchen Kraftstoff man verwendet. Ein Elektroauto, dessen Akku mit Kohlestrom aufgeladen wird, ist in der Klimabilanz viel schlechter als ein sparsamer Diesel.

(Zurufe von den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Wenn der Strom nicht grün ist, hilft auch der beste Akku nicht.

(Thordies Hanisch [SPD]: Nennen Sie doch mal die CO<sub>2</sub>-Werte!)

Ein Diesel, der mit HVO 100 - einem Biokraftstoff - betankt wird, kommt der Bilanz eines Elektroautos mit dem aktuellen Strommix in Deutschland schon sehr nahe. Und ein Verbrenner, der synthetische, klimaneutrale Kraftstoffe tankt - deren Herstellung der Luft CO<sub>2</sub> entzieht, das später wieder in gleichem Maße freigesetzt wird -, ist genauso klimaneutral wie ein Elektroauto.

Es ist nicht der Antrieb - es ist der Kraftstoff, der entscheidend ist!

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Aber der fällt doch nicht vom Himmel! - Zuruf von Thordies Hanisch [SPD] - Anhaltende Unruhe)

# Präsidentin Hanna Naber:

Frau Hanisch!

(Carina Hermann [CDU]: Sie schreien, weil Sie mit dem Rücken an der Wand stehen!)

Wir kommen jetzt - - -

#### Sebastian Lechner (CDU):

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Das sind einfach simple Botschaften.

(Zurufe)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Lechner, wir warten einen Moment! - Wir kommen jetzt alle mal wieder zur Ruhe.

#### Sebastian Lechner (CDU):

Ich sage es gerne noch mal: Man könnte sich auch anschauen, wie eine erfolgreiche Technologieoffenheit im Hinblick auf Antriebstechnik gerade in dem Markt funktioniert, der in der Elektromobilität am erfolgreichsten ist. Es ist nämlich ein vielfach vorgetragenes Märchen, dass sich die Chinesen nur auf die Elektromobilität fokussieren würden.

Die Chinesen wollen laut ihres Fünfjahresplans die technologische Führerschaft bei der Elektromobilität, beim Hybrid, bei den synthetischen Kraftstoffen und beim Verbrenner. Da steht nirgendwo, dass man sich nur auf die Elektromobilität konzentrieren möchte.

Und es ist auch falsch - das wird auch in diesem Haus immer gern vorgetragen -, dass dort millionenfach reine Elektroautos von den Bändern rollen. Mehr als die Hälfte der sogenannten Elektroautos in China sind Range-Extender mit einem eingebauten kleinen Verbrenner. Und China baut auch heute noch sparsame Verbrenner und forscht in dieser Technologie.

Wir waren einmal - und sind es vielleicht auch noch - führend bei Hybriden und Verbrennern. Wir sind es nicht bei den Elektromodellen. Aber wir holen auf. Darin sind wir uns einig.

(Wiard Siebels [SPD]: Aber nicht mit solchen Reden!)

Bei den synthetischen Kraftstoffen treten wir leider immer noch auf der Stelle. Wir haben aber selbst in Niedersachsen dazu gute Ansätze, Herr Siebels. Wir könnten hier synthetische Kraftstoffe produzieren.

(Wiard Siebels [SPD]: Für 6 Euro den Liter!)

Wir könnten auch ganz vorne sein: beim sogenannten HVO 100 und bei Biokraftstoffen.

Ich finde, die Erfolglosigkeit Ihrer Strategie der letzten neun Jahre muss einem doch die Augen öffnen, sodass man sich jetzt endlich einmal in Richtung Technologieoffenheit orientieren sollte - genauso wie in den anderen großen Automärkten in dieser Welt.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Wer war denn hier Wirtschaftsminister? Das Lebenswerk von Bernd Althusmann so kaputtzureden!)

So, Herr Siebels, jetzt kommt der spannendste Part für Sie!

(Wiard Siebels [SPD]: Jetzt geht's los! Jetzt bin ich gespannt! Jetzt kommen die Inhalte!)

Die Technologieoffenheit umfasst auch Elektromobilität. Und ich bin sogar der Meinung, dass Elektromobilität eine echte Leittechnologie sein kann.

(Wiard Siebels [SPD]: Das war der vorläufige Höhepunkt der Rede! Ab jetzt kann es nur noch bergab gehen!)

Ich glaube auch, dass wir bei der Elektromobilität erst am Anfang der technologischen Entwicklung stehen.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Um Gottes willen!)

Ich bin mir sogar ziemlich sicher - und da bin ich mir mit dem Ministerpräsidenten sogar einig -,

(Immacolata Glosemeyer [SPD]: Was? - Wiard Siebels [SPD]: Herr Lechner! - Zurufe von den GRÜNEN)

dass in entfernter Zukunft die Elektromobilität der Hauptantrieb in der individuellen Mobilität sein wird - weil es kaum einen effizienteren Weg gibt, Energie in Antrieb zu übersetzen, als bei der Elektromobilität.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oho! - Wiard Siebels [SPD]: Man könnte meinen, Sie kriegen noch die Kurve!)

Aber das Entscheidende zwischen uns und Ihnen ist:

(Wiard Siebels [SPD]: Okay, jetzt geht's wieder kaputt!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Siebels, bitte!

#### Sebastian Lechner (CDU):

Wann und wie sich die Elektromobilität in diesem Land durchsetzt, entscheidet nicht die Politik, das entscheiden auch nicht Sie - weder Grüne noch Rote -,

(Ulf Thiele [CDU]: Zum Glück! - Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

sondern das entscheiden die Menschen draußen mit der Nachfrage nach diesen Modellen - und wie gut wir am Ende in der Technologie sind!

(Wiard Siebels [SPD]: Da machen wir keine Vorgaben!)

Genau das ist doch das Entscheidende: Man kann Elektromobilität nicht verordnen. Man muss sie ermöglichen und anreizen, aber Verordnen kann man sie eben nicht!

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Aber man muss sie auch nicht kaputtreden! - Weitere Zurufe von der SPD)

Natürlich sollten wir das anreizen, das ist richtig. Dieser Part Ihrer Regierungserklärung hat mir auch gut gefallen. Da habe ich auch kaum einen Punkt gefunden, bei dem wir im Widerspruch stehen.

(Wiard Siebels [SPD]: Ach so!)

Der Preis für Ladestrom muss runter, und Überschussenergie muss man gezielt einsetzen. Das ist ein guter Ansatz. Dass wir die Ladeinfrastruktur ausbauen, ist ebenfalls richtig. Da sind wir uns einig. Social Leasing und steuerliche Entlastung sind richtig. Den Gebrauchtmarkt mit einem Batteriepass anzukurbeln - ist richtig.

Und wir brauchen in der Elektromobilität - das kam jetzt nicht vor, aber ich glaube, das ist ein entscheidender Schlüssel - endlich auch bidirektionales Laden, damit wir dort vorwärtskommen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine von Ihnen vorgetragene Mär, dass Technologieoffenheit impliziert, die Elektromobilität auszubremsen. Das exakte Gegenteil ist der Fall!

(Beifall bei der CDU)

Aber wir müssen eben auch sehen, dass es mit der von Ihnen geschilderten europäischen Souveränität bei der Elektromobilität und auch bei der Batterietechnik, die wir uns alle wünschen, noch nicht sonderlich weit her ist. Das haben die CEOs der großen Autokonzerne auch selbst eingestanden und auch vor diesem Hintergrund noch einmal den Blick in Richtung Technologieoffenheit gelenkt.

Denn es geht nicht nur um die Batterietechnik, sondern es geht vor allem um die Rohstoffe - Lithium, Kobalt, Nickel und vor allen Dingen die Seltenen Erden. Manche Seltenen Erden, die wir heute in der Batterietechnik verwenden, kommen sogar ausschließlich in China vor.

Wer bei VW in den Werken, in denen Batterien gefertigt werden, unterwegs ist, weiß, dass dort ausschließlich chinesische Maschinen für die Batteriefertigung stehen. Wir können mit Fortschritten in der Produktion - auch in der Batterieproduktion - einiges erreichen; wir können auch mit Fortschritten im Recycling einiges erreichen. Aber es gehört einfach zu dem von Ihnen eingeforderten Realismus, dass die aktuelle Situation noch lange Zeit so bleiben wird.

Es ist einfach keine kluge Idee, sich von unserem größten Konkurrenten - und China ist der größte Konkurrent in der Autoindustrie - besonders abhängig zu machen. Ich glaube nicht, dass die Chinesen besonders wohlwollend mit uns umgehen werden, sondern sie werden dieses Instrument nutzen, um Einfluss auf ihre Verkaufszahlen zu nehmen und Druck auf den europäischen Automarkt auszuüben. Deswegen ist es auch vor diesem Hintergrund klug, endlich Technologieoffenheit zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen sagen: Es war schon spannend, Sie dabei zu beobachten, wie Sie versucht haben, in dieser Regierungserklärung um den Begriff der Technologieoffenheit irgendwie herumzulamentieren.

(Thordies Hanisch [SPD]: Olaf Lies war da sehr deutlich!)

Sie nennen es dann lieber "Technologieoptionen", weil Sie diesen Begriff nicht in den Mund nehmen wollen. Er scheint bei Ihnen regelrecht körperliche Schmerzen auszulösen,

(Wiard Siebels [SPD]: Die habe ich eher bei dieser Rede!)

obwohl er doch sogar in unserem schwarz-roten Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht. Ich zitiere: "Wir bekennen uns klar zum Automobilstandort Deutschland". Und: "Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit." Das haben Sie in Berlin doch selbst unterschrieben! Dann können Sie dieses Wort doch auch mal benutzen!

(Beifall bei der CDU)

Aber ich ahne schon, woran das liegen könnte.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir haben in den letzten Wochen in den Zeitungen zumindest ganz hoffnungsfroh stimmende Schlagzeilen lesen können. Ich zitiere aus der *NOZ* vom 14. September 2025: "Verbrenner-Aus ab 2035 ,unrealistisch": Olaf Lies fordert alternative Wege". Ähnlich heißt es in vielen anderen Zeitungen.

(Zurufe von der CDU: Ui!)

Sie haben im Anschluss auch nicht widersprochen. In den Zeitungsartikeln klang das übrigens auch anders, als Sie hier heute vorgetragen haben.

Sogar die Grünen haben erst mit Verzögerung widersprochen, dann allerdings mit der Aussage, Sie als Ministerpräsident hätten das Verbrennerverbot gar nicht infrage gestellt.

(Anne Kura [GRÜNE]: Weil es kein Verbrennerverbot gibt!)

Spätestens nach dieser Aussage von Ihnen, Herr Detlev Schulz-Hendel, dachte ich: Heute wird es besonders spannend, weil ich mir diesen Widerspruch, die Auflösung dieser Dialektik, kaum erklären konnte.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Welcher Widerspruch? Da ist doch gar kein Widerspruch!)

Herr Ministerpräsident, ich habe mir angewöhnt, auf jedes Wort, das Sie vortragen, genau zu achten,

(Immacolata Glosemeyer [SPD]: Das ist aber schön! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

weil ich Sie mittlerweile für einen der größten Illusionskünstler in unserem Land halte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Das ist schon frech und ungehörig! Sie sollten sich schämen!)

- Herr Siebels, ich will das jetzt auch begründen.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie sprechen mich immer an: Ich darf ja nichts mehr sagen!)

Herr Ministerpräsident, Sie behaupten hier allen Ernstes: "Die Zielmarke bleibt. Ab 2035 soll es durch die Neuzulassungen keine zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen geben."

(Julius Schneider [SPD]: Das ist ein europäisches Ziel!)

Das klingt gut. Aber ich weiß noch nicht, welche Zielmarke Sie meinen, denn diese Zielmarke gibt es im europäischen Recht nicht.

(Ministerpräsident Olaf Lies: 0 g CO<sub>2</sub>!)

Genauso wenig gibt es im europäischen Recht eine Verständigung darauf, dass Neuwagen ab 2035 klimaneutral sein müssten.

Es tut mir leid, Herr Ministerpräsident, Sie haben das hier drei- oder viermal vorgetragen, aber es ist schlicht und einfach falsch. Ich weiß auch nicht, wer Ihnen das aufschreibt. Deswegen zitiere ich einmal aus der überarbeiteten Verordnung 2019/631 der Europäischen Union, die ziemlich klar vorschreibt, dass es nicht auf die Klimaneutralität ankommt, sondern auf die CO<sub>2</sub>-Emissionsfreiheit, und zwar gemessen am Auspuff. Das heißt: 0 g CO<sub>2</sub> darf aus dem Auspuff rauskommen.

Wir hatten mal die Idee, das für E-Fuels zu öffnen. Dazu hätte die Kommission noch einen delegierten Rechtsakt erlassen müssen. Aber diesen delegierten Rechtsakt gibt es bis heute nicht - und das ist exakt das Problem. Um Range-Extender und Hybride zu ermöglichen, muss man diese Regel aufheben, weil Range-Extender und Hybride über den Auspuff selbstverständlich CO<sub>2</sub> ausstoßen.

Deswegen gehört zur einfachen Wahrheit dazu, dass Ihr Mobilitätspakt, den Sie heute vorgetragen haben, nur möglich ist, wenn man die CO<sub>2</sub>-Emissionsfreiheit streicht, wenn man den ab 2035 geplanten CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwert von 0 g aufhebt und damit das sogenannte Verbrennerverbot. Anders geht es überhaupt nicht, Ihren Mobilitätspakt zu ermöglichen und zu erfüllen!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin mir nicht sicher, ob Ihnen das nicht klar war oder ob Sie es einfach verdrängt haben.

Besonders spannend wird es jetzt - hören Sie genau zu! -:

(Wiard Siebels [SPD]: Auch wenn es schwerfällt! - Immacolata Glosemeyer [SPD]: Ich muss sagen, bis jetzt war es eher langweilig! - Glocke der Präsidentin)

Genau das Gleiche, was ich Ihnen eben geschildert habe, schreiben Sie sogar in der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die wir Ihnen zum Verbrennerverbot gestellt haben. Sie hat uns heute Morgen um 8:35 Uhr erreicht. Wissen Sie was da drinsteht? Darin steht, dass man den Range-Extender und die

hybriden Formen erst auf europäischer Ebene ermöglichen muss. - Exakt das ist es, was Sie ermöglichen müssen! Das antworten Sie selbst. Ihre eigene Landesregierung antwortet das.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, es ist eben nicht so, dass es aktuell kein Verbrennerverbot gibt. Es ist eben nicht so, dass in Europa nur auf die Klimaneutralität abgestellt wird. Die CO<sub>2</sub>-Emissionsfreiheit ist das Thema!

Auch Ihre Aussage zu E-Fuels und Biokraftstoffen war in höchstem Maße irritierend. Denn Sie postulieren hier die stärkere Beimischung von E-Fuels und Biokraftstoffen - was ich richtig finde; das begrüße ich sehr -,

(Ministerpräsident Olaf Lies: Sehr gut!)

und Sie wollen durch die Beimischung bei der neuzugelassenen Fahrzeugflotte bis 2035 in Richtung 100 % Klimaneutralität. So habe ich das verstanden, und das finde ich grundsätzlich okay.

Was Sie aber nicht dazu gesagt haben: Wenn man den Hochlauf der Elektromobilität, wie er all den Prognosen zufolge, die es heute gibt, bis 2035 sein wird, realistisch betrachtet, dann wird klar, dass wir eine ganze Menge an synthetischem und Biokraftstoff für diese Beimischung brauchen. Wir halten das für in Ordnung.

Aber dann, einen Absatz weiter, allen denjenigen, die deswegen E-Fuels und Biokraftstoffe postulieren, Orientierungslosigkeit vorzuwerfen, finde ich ein ziemlich starkes Stück. Ich habe die Vermutung, dass die Einzigen hier im Saal, die im Moment nicht ganz wissen, was sie sagen, und die orientierungslos sind, nicht wir sind, sondern die regierungstragenden Fraktionen und der Ministerpräsident.

(Wiard Siebels [SPD]: Das sind Sie!)

Denn in Wahrheit brauchen Sie sowohl E-Fuels und Biokraftstoffe als auch den Verzicht auf das Verbrennerverbot, um Ihren Mobilitätspakt überhaupt umzusetzen. Das ist der Kern Ihres Konzeptes - und wir wollen das auch.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Unruhe Glocke der Präsidentin)

Ja, wir wollen das auch!

Ich nehme Ihre Reaktion zur Kenntnis: "Oh, jetzt hat der Lechner gesagt: Das wollen wir auch." Wenn Sie das wollen und wenn wir das wollen, dann frage ich Sie, warum Sie hier einen solchen Eiertanz aufführen, wenn es um die Wegnahme des Verbrennerverbots geht. Denn das ist genau das, was Sie uns hier heute vorgeschlagen.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Eine Rede zu halten, wenn man ein Thema nicht durchdrungen hat, ist gefährlich!)

Ich habe eine These, warum Sie diese Wortakrobatik versuchen, warum Sie versuchen, diese Illusion zu erzeugen. Ich bin mir ziemlich sicher: Wenn Sie sich hierhin gestellt und gesagt hätten: "Wir müssen in Europa die Emissionsfreiheit streichen, wir müssen in Europa das Datum ,2035' streichen und müssen das Verbrennerverbot wegnehmen, wir müssen in der Europäischen Union andere Kraftstoffe etablieren und voll anrechnen, und wir müssen dort massiv investieren", wenn Sie hier einen solchen Vortrag gehalten hätten - das ist im Kern Ihr Konzept -, dann hätten Sie keine Zustimmung in Ihrer Landesregierung bekommen. Das ist der einzige Grund, aus dem Sie hier eine solche Wortakrobatik versuchen!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen mache ich Ihnen eine schlichten Vorschlag, Herr Ministerpräsident: Wir nehmen als Ergebnis für den morgen anstehenden Gipfel als Erstes auf, dass es nicht auf die Antriebe ankommt, sondern auf den Kraftstoff. Wir lassen die Beimischung von synthetischen und Bio-kraftstoffen, von HVO 100, zu und rechnen sie auf europäischer Ebene voll an. Wir nehmen die Emissionsfreiheit ab 2035 als Kriterium weg und setzen stattdessen tatsächlich auf Klimaneutralität. Wir passen meinetwegen auch die Flottengrenzwerte jedes Jahr an; ohne das feste Datum 2035 ist das auch überhaupt kein Problem. Wir begleiten das mit Unterstützungsmöglichkeiten für den Hochlauf der E-Mobilität vom günstigen Strom bis zum Leasing.

Das hört sich doch nach einem guten, klugen und einigungsfähigen Konzept an!

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Die Grünen brauchen wir dafür nicht!)

Sie haben recht: Die EU steht jetzt vor dem Review-Prozess. Wir müssen in Deutschland endlich einheitlich gegenüber der EU auftreten. Sie müssen sich jetzt entscheiden, ob das, was Sie hier vorgeschlagen, eine Illusion bleiben soll oder Basis eines echten Konzeptes ist.

(Heiko Sachtleben [GRÜNE]: Es ist ein Konzept!)

Machen Sie sich einfach von Ihrem grünen Koalitionspartner frei! Übernehmen Sie endlich Führung, und sorgen Sie auch in den eigenen Reihen dafür, dass dieser Weg gangbar ist! Dann kann das morgen auf dem Autogipfel zu einem klugen und guten Ergebnis führen.

(Beifall bei der CDU)

Niedersachsen ist nicht irgendein Land - Niedersachsen ist das Herz der deutschen Automobilindustrie. Diese Verantwortung duldet kein Zaudern, kein Zögern, keine Illusionen, sondern braucht Klarheit und deutliche Entscheidung. Das ist, was die Menschen von Ihnen erwarten.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Mit der Gasheizung habt ihr es genauso gemacht, und am Ende lasst ihr die Leute wieder im Stich!)

#### Präsidentin Hanna Naber:

Herr Bajus!

(Wiard Siebels [SPD]: Herr Bajus hat recht!)

- Ich bitte um Ruhe, damit ich für die Fraktion der SPD deren Vorsitzenden Stefan Politze das Wort erteilen kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Politze, wir warten, bis es ruhig ist. - Bitte schön, Herr Politze!

# Stefan Politze (SPD):

Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Sebastian Lechner, ich habe mir eben kurz die Antwort der Landesregierung aufgerufen. Das war auch nur in Kürze möglich. Wie man hier so aus dem Zusammenhang gerissen zitieren kann, erschließt sich mir nicht. Ich finde es einfach unglaublich, nur Wortzitate rauszugreifen und hier als Fakten darstellen zu wollen. Das sind Fake News, lieber Kollege Sebastian Lechner!

(Beifall bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Unseriös!)

Der Ministerpräsident hat Ihnen hier eindeutig die Hand zu einer gemeinsamen Strategie gereicht,

(Sebastian Lechner [CDU]: Die habe ich angenommen!)

im Übrigen gemeinsam mit dem Bundeskanzler; sie haben gemeinsam für morgen zum Autodialog eingeladen. Aber Sie waren nicht in der Lage, darauf einzugehen, sondern haben hier eine Rede gehalten, von der ich sagen würde: Nur das Land schlechtzureden, reicht nicht aus, Herr Lechner. Es reicht insbesondere nicht aus, wenn man Ministerpräsident in diesem Land werden will. So wird man nicht Ministerpräsident!

(Beifall bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie zugehört, Herr Politze?)

Es geht hier um Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Automobilmarkt und in der Zulieferindustrie. Es geht um eine Landesbeteiligung bei VW. Es geht darum, dass man diesen Staat wieder fit macht.

(Ulf Thiele [CDU]: Sagen Sie das uns oder Ihrem Koalitionspartner?)

Und was tun Sie? Sie tun so, als habe es die letzten neun Jahre mit Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und einer riesigen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Es ist einfach unglaublich, was Sie sich hier geleistet haben, Herr Lechner!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Wiard Siebels [SPD]: Unter einem Wirtschaftsminister Althusmann! Schon ganz vergessen, den armen Mann?)

Ich will Ihnen noch eines dazu sagen: Jedem Fahranfänger wünscht man gute Fahrt. Aber so weit, wie Sie von der Straße abgekommen sind, kann man Ihnen eigentlich nur wünschen, wieder auf die Straße zurückzukommen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Widerspruch bei der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Olaf Lies sehr, dass er heute diese Regierungserklärung auf die Tagesordnung gebracht hat.

Der von ihm mitinitiierte Zukunftspakt Mobilität 2035 bildet einen wichtigen Rahmen für die Verlässlichkeit, die wir in der Automobilindustrie brauchen - und die Sie gerade schlechtreden, weil Sie das Papier dazu überhaupt nicht gelesen haben, wie man feststellen kann. Denn er festigt die Elektromobilität als entscheidenden Weg in eine gute Zukunft. Er

benennt Brückentechnologien - und nichts anderes - und weist ihnen eine untergeordnete Rolle zu. Er bringt Wettbewerbsfähigkeit und Klimaziele in Einklang.

Gleichzeitig räumt er aber mit Phantomdebatten auf - sie werden im Wesentlichen von Ihnen und von der rechten Seite des Hauses geführt -, die von Ihnen immer wieder und aufs Neue ins Land getragen werden und unter denen die Automobilbranche leidet - und zwar nicht nur die Automobilbranche, sondern auch die Beschäftigten in der Automobilbranche. Deswegen ist es so unverantwortlich, was Sie hier machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Damit geht die Landesregierung auf die gemeinsamen Forderungen des Verbandes der Automobilindustrie - der sicherlich nicht der Sozialdemokratie nahesteht - und der IG Metall ein, die genau das zum Gegenstand haben. Die Sozialpartner sind sich ganz offensichtlich einig - nur die CDU hat es nicht verstanden. Das tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

In der gemeinsamen Erklärung vom 11. September fordern VDA und IG Metall eine Offensive für die Elektromobilität - das steht in dem gemeinsamen Papier - und eine Flexibilisierung der CO<sub>2</sub>-Regulierung; auch das ist Inhalt dieser gemeinsamen Erklärung. Sie stellen die derzeitige Situation dar und zeigen auf, welche Maßnahmen nötig sind, um die wirtschaftlich und politisch gesetzten Ziele am Ende erreichen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Dr. Kurt Schumacher, der Gründer der SPD, hat nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt: "Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit." Genau das haben VDA und IG Metall mit ihrer Erklärung gemeinsam gemacht. Nichts anderes hat auch unser Ministerpräsident gerade in der Regierungserklärung gemacht, aber auch mit all seinen Äußerungen und dem Anstoßen dieses Dialogs.

Der Zukunftspakt Mobilität 2035 betrachtet die Wirklichkeit und zieht daraus strategische Schlüsse, die den Automobilstandort Deutschland und damit auch die Automobilindustrie in Niedersachsen sichern werden. Das halten wir als SPD für absolut richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Deshalb, lieber Kollege Lechner, gibt es auch keine Widersprüchlichkeit, wie Sie sie gerne herbeireden möchten, sondern es gibt politische Ziele, die wir haben, die immer wieder am Status quo gemessen und ausgerichtet werden müssen.

Das hat Olaf Lies gerade mit seiner Einordnung in der Regierungserklärung gemacht. Er hat ausgesprochen, was ist. Gleichzeitig hat er die bisherige Strategie bestätigt und unterstützt. Und ja, er hat sie auch um Erfahrungswerte ergänzt und in eine realistische Betrachtung eingeordnet. Ich finde, das gehört zur Politik dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber was machen Sie, Herr Lechner? Sie ziehen sich in Ihre Wagenburg zurück. Sie stellen Ihr parteipolitisches Interesse vor die Interessen des Landes Niedersachsen und vor die Interessen der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie. Das ist politisch und moralisch verkommen, Herr Lechner!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Widerspruch bei der CDU)

Anstatt das Haar in der Suppe zu suchen, sollten Sie vielleicht auch einfach mal in der Opposition alles vermeiden, was der Automobilindustrie schadet.

(Ulf Thiele [CDU]: Das sollten Sie erst einmal in der Regierung vermeiden!)

Das wäre nämlich verantwortungsvolles Handeln - auch für eine Opposition, Herr Thiele.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Herr Politze!)

Sie sind als Union nicht nur falsch abgebogen, sondern Sie haben permanent den Rückwärtsgang eingelegt.

(Widerspruch bei der CDU)

Für uns als SPD-Landtagsfraktion steht deswegen unmissverständlich fest:

(Jörg Hillmer [CDU]: Das hat doch gar nichts mit der Debatte zu tun!)

- Natürlich! Auch wenn Sie das nicht begreifen, Herr Hillmer.

Wir stehen an der Seite der deutschen Automobilindustrie sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stehen an der Seite von Hunderttausenden von Beschäftigten, die davon abhängig sind, dass der Laden funktioniert. Diesen Laden wieder zum Laufen zu bringen, hat sich Olaf Lies auf die Verantwortungsfahne geschrieben. Wir unterstützen sie mit der Umsetzung dieser Strategie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Wahrheit, die wirklich dazugehört. Genau darum stehen wir auch an der Seite von Olaf Lies, der alles tut, um unseren Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen zu stärken und gute Arbeitsplätze zu sichern, anstatt ihn ständig schlechtzureden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Automobilindustrie ist mitten in einem Prozess, der sie fit für die Zukunft machen soll. Zugleich ist wahrzunehmen - und im Übrigen ist es auch nicht überraschend, dass wir das wahrnehmen -, dass ein solcher Prozess immer herausfordernd ist. Auch das hat Olaf Lies gerade beschrieben. Der Absatz der Elektrofahrzeuge wächst bei Weitem nicht so schnell, wie wir es uns wünschen und wie wir es brauchen, um unsere Ziele für 2035 erreichen zu können. Gerade deswegen dürfen wir alle miteinander, als Regierungsfraktionen, als Opposition, keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die strategische Ausrichtung wichtig ist. Ein Hin und Her können wir uns nicht leisten!

Denn eines ist doch klar: Wir brauchen kein Auseinanderklaffen von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Wir brauchen kein Gegeneinander von Mobilität und Klimaschutz. Und vor allen Dingen brauchen wir keine Gefährdung von Guter Arbeit und Wertschöpfung in unserem Land.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Umstellung auf den Elektroantrieb richtig und wichtig. Denn sie hilft gleichermaßen den Automobilherstellern und uns als Politik dabei, viele der Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Ich glaube, das ist wichtig. Sie ermöglicht uns, die Herstellung bei uns vor Ort in Niedersachsen langfristig zu sichern.

Ich bin, ehrlich gesagt, froh, dass VDA und IG Metall in ihrer Erklärung die Dimensionen aufgezeigt haben, mit denen wir es zu tun haben - die Dimensionen, die gerade ausgeblendet werden -: 320 Milliarden Euro an Investitionen der Automobilindustrie in die Forschung und Entwicklung bezüglich der Elektromobilität bis 2029 weltweit. Zusätzlich 220 Milliarden Euro an Investitionen zum Aufbau und Umbau von Werken, sodass die Produktionskapazitäten aufgebaut werden können. Und etwa 200 batterieelektrische Modelle bis 2030 auf dem Markt!

Ich glaube, dass sich diese Ankündigungen sehen lassen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Förderung der Elektromobilität bedeutet aber natürlich auch, dass sich einiges ändern muss. Das ist ein sich stetig weiterentwickelnder Prozess:

Erstens. Neue Technik heißt immer auch neue Arbeit. Darum ist es von großer Bedeutung, dass der eingeschlagene Weg nicht infrage gestellt wird. Denn heute findet die Ausbildung der Fachkräfte von morgen statt, die wir in der Automobilindustrie dringend brauchen.

Zweitens. Neue Technik heißt immer auch neue Infrastruktur. Deshalb ist es entscheidend, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, die Ladeinfrastruktur auszubauen und damit überhaupt erst die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umstellung auf den Elektroantrieb zu schaffen.

Drittens. Neue Technik heißt immer auch neue Innovationen. Darum ist es wichtig, die Automobilindustrie darin zu unterstützen, den Elektroantrieb und die Batterieeffizienz weiterzuentwickeln, um im zukünftigen Wettbewerb - insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des chinesischen Marktes - bestehen zu können. Bei dem chinesischen Markt blenden Sie übrigens sehr gerne aus, dass China jedes Elektroauto mit 10 000 Dollar staatlich unterstützt und subventioniert und damit eigene Wettbewerbsvorteile schafft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Für Sie aber, Herr Lechner, hieß es in der Vergangenheit: Neue Technik heißt vor allen Dingen immer neue Probleme. Sie haben alles getan, um den eingeschlagenen Weg infrage zu stellen, aber nichts, um die Probleme zu lösen. Das ist der große Unterschied zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten und uns. Darum fordern wir Sie auf, endlich den Kurs der Zukunft zu unterstützen und damit auch Ihrem eigenen Bundeskanzler an die Seite zu springen und nicht ständig am Spielfeldrand zu stehen, zu meckern und das Land schlechtzureden. Das hilft niemandem in Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Ja, es gibt eine Übergangsphase, und in dieser Übergangsphase brauchen wir Brückentechnologien. Das ist keine Überraschung, das hat Olaf Lies auch immer deutlich gemacht.

Diese Brückentechnologien völlig unverhältnismäßig zu überhöhen, ist übrigens auch Augenwischerei, Herr Lechner.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind und bleiben Brückentechnologien und sind damit nicht das strategische Ziel des Zukunftspaktes, der morgen weitergegangen wird, sondern sie bilden, wie der Name schon sagt, Brücken in eine neue Zeit.

Man tut gut daran, einen solchen Prozess, wie wir ihn gerade erleben, aktiv zu gestalten, zu begleiten und immer wieder zu evaluieren und neu auszurichten. Zur Begleitung des Prozesses gehört allerdings auch, dass man sieht, wie sich das Marktgeschehen entwickelt, und darauf am Ende auch reagiert: Welche Zielgruppen sollen mit welchen Fahrzeugen erreicht werden? Können sich diese Zielgruppen - das ist für uns als SPD besonders wichtig - diese Fahrzeuge überhaupt leisten? Was muss man tun, damit sich der Markt erfolgreich entwickelt und man sich zukunftssicher aufstellen kann?

Sich diese Fragen zu stellen und zu guten Antworten zu kommen, ist eigentlich unsere gemeinsame Aufgabe hier im Parlament, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daran können Sie sich gerne beteiligen, Herr Lechner. Denn es wird höchste Zeit, dass insbesondere Sie endlich verstehen, dass es hier um einen gemeinsamen Anstoß geht, weil es ein sehr, sehr großes Vorhaben ist!

Das Papier zum Zukunftspakt Mobilität 2035 gibt die richtigen Antworten, zeigt Zusammenhänge und skizziert einen erfolgreichen Weg in die Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es stellt klar, dass der Elektroantrieb für den Pkw-Markt "am effizientesten, am günstigsten und am schnellsten skalierbar" ist. Das steht in dem Papier drin. Das bedeutet: Elektromobilität hat den höchsten Wirkungsgrad, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wie Sie daraus einen Strategiewechsel ablesen wollen, ist mir und vermutlich auch einigen anderen schleierhaft. Denn genau das Gegenteil ist der Fall: Diese klare Formulierung ist eine Bestätigung der Strategie und keine Änderung, um es in aller Deutlichkeit zu sagen. Wenn überhaupt, dann kann man in dem Zukunftspakt eine Ergänzung der Strategie sehen. Andere Behauptungen sind schlicht unredlich und sollten unterlassen werden.

Des Weiteren zeigt der Zukunftspakt auf, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur und des Netzes weiter beschleunigt werden muss. Das hat auch der Ministerpräsident gerade in seiner Regierungserklärung betont.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das haben wir vor. Mit unserem Entschließungsantrag "Niedersachsen 2030 - starker Standort, starke Wirtschaft", der im Beratungsverfahren ist, haben wir das neben anderen wichtigen Punkten im Juni-Plenum gerade erst gefordert. Doch das scheint schon in Vergessenheit geraten zu sein. Mit dem Zukunftspakt wird uns das Strategiepapier zu genau diesem Thema immer wieder präsentiert. Wenn das keine gute Zusammenarbeit von Parlament und Landesregierung ist, was ist denn dann gute Zusammenarbeit für die Zukunft?

Übrigens genauso entscheidend ist das Thema Kaufanreize. Auch das hat der Ministerpräsident gerade angesprochen. Unser Antrag aus dem Juni-Plenum, den ich eben bereits erwähnt habe, trifft auch hierzu eine klare Aussage. Wir wollen eine wirkungsvolle Prämie für Elektrofahrzeuge, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sich jede und jeder ein solches Auto leisten kann.

Ein besonders wichtiges Thema bleibt die Bezahlbarkeit von Fahrzeugen, ob es die Steueranreize sind, die der Finanzminister gerade auf den Weg gebracht hat, ob es Kaufanreize sind oder aber die Produktion des ID. 2all bei VW, dem ersten Auto für 20 000 Euro, das für die breite Masse erschwinglich sein sollte. Es nützt natürlich nichts, wenn Fahrzeuge gebaut werden, die sich nur wenige Menschen leisten können. Deswegen ist die Strategie des VW-Konzerns, die gerade gegangen wird, auch die richtige. Dafür bin ich dem Konzern dankbar.

Wir dürfen nicht vergessen: Viele Menschen sind auf das Auto angewiesen. Sie haben Familie, müssen Besorgungen machen, sie pendeln zu ihrer Arbeitsstätte, oder sie nutzen das Fahrzeug eventuell auch wirtschaftlich, weil sie als Handwerker oder als Freiberufler unterwegs sind. Gerade deswegen ist es entscheidend, zu welchem Preis die Fahrzeuge angeboten werden, aber natürlich auch, wie kostenintensiv die Energie ist, um diese Fahrzeuge laden zu können.

Der Zukunftspakt stellt dazu unmissverständlich klar, dass die Energiekosten eingedämmt werden müssen - auch darauf ist der Ministerpräsident gerade eingegangen -, beispielsweise durch die Senkung der Netzentgelte. So sorgt man dafür, dass

das Fahrzeug im Betrieb bezahlbar bleibt. Das halten wir für sehr wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist zukunftsorientierte Politik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Wodurch man allerdings nicht für Bezahlbarkeit sorgt, ist, wenn man die Strategie der Elektromobilität ständig wieder infrage stellt, so wie Sie das ständig tun. Ja, ich meine genau Sie, sehr geehrter Herr Kollege Lechner! Sie führten und führen zum Teil immer noch Phantomdebatten - das haben wir gerade wahrnehmen können - über angebliche Verbrennerverbote.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Noch mal zum Mitschreiben: Es gibt kein Verbrennerverbot!

(Lachen bei der CDU und bei der AfD - Sebastian Lechner [CDU]: Belegen Sie mir das doch mal! Wo steht das rechtlich? Das ist doch wirklich absurd! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Was es gibt, ist eine Strategie zur Etablierung der Elektromobilität, und diese ist absolut sinnvoll.

(Ulf Thiele [CDU]: Was ist das denn anderes, wenn hinten aus dem Auspuff kein CO<sub>2</sub> rauskommen darf, Herr Politze?)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich, lieber Kollege Thiele: Mit solchen Scheindebatten helfen Sie niemandem.

(Carina Hermann [CDU]: Sie versuchen, sich Ihre Welt schönzureden! Und den Zukunftspakt gibt es auch nicht!)

weder der Industrie noch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und schon gar nicht den Kundinnen und Kunden in Deutschland. Denn die brauchen eines: Sie brauchen Verlässlichkeit in dieser Debatte und nicht, dass ständig irgendwelche neuen Phantomdebatten durch dieses Land getrieben werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Genau dafür werden wir mit dem Zukunftspakt Mobilität 2035 sorgen.

Wir alle miteinander müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir an einigen Stellen noch deutlich besser werden müssen - auch das gehört zu dem Strategiepapier -, zum Beispiel in der Batteriezellenfertigung. Das ist völlig unbestritten. Dass lediglich 13 % der weltweit hergestellten Batterien für die Fahrzeuge aus europäischer Produktion stammen, kann uns nicht zufriedenstellen. Da haben wir alle miteinander noch Hausaufgaben zu erledigen. Aber auch darauf ist unser Ministerpräsident eingegangen. Das ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und der Automobilindustrie. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen werden.

Die Strategie liegt auf dem Tisch, auch und insbesondere dank des Einsatzes von unserem Ministerpräsidenten Olaf Lies. Wir als SPD werden unseren Teil dazu beitragen, dass dieses Papier in die Tat umgesetzt wird. Denn das wird am Ende den Erfolg für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die Automobilindustrie in Deutschland bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich habe am Anfang auf das Zitat von Kurt Schumacher hingewiesen: "Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit." Das haben wir getan. Was bleibt, ist der Auftrag, etwas daraus zu machen, den Weg konsequent weiterzugehen und letztlich wieder erfolgreich zu sein. Darum schließe ich mit dem Zitat eines Schülers von Kurt Schumacher, nämlich von Herbert Wehner. Er sagte: "Wir unterscheiden uns von den anderen nicht dadurch, dass wir weniger entschieden sind, sondern dadurch, dass wir weniger furchtsam sind."

In diesem Sinne schlage ich vor: Lassen Sie uns nicht furchtsam sein! Lassen Sie uns bei dieser Debatte mutig sein - mutig, um den Zukunftspakt Mobilität 2035 zum Erfolg zu führen: zum Erfolg für die Automobilindustrie und zum Erfolg für die über 100 000 Beschäftigten in der Automobilindustrie, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank.

Bevor wir der Fraktion der AfD das Wort erteilen, nehmen wir einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

> (Vizepräsident Jens Nacke übernimmt den Vorsitz)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihre Geduld.

Wir fahren fort. Zunächst hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD Herr Kollege Pastewsky. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Jürgen Pastewsky (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorgestern hat Volkswagen mitgeteilt, dass wegen der schwachen Nachfrage nach E-Autos die Produktion in Zwickau und Dresden für eine Woche gestoppt wird - während in Wolfsburg zusätzliche Schichten gefahren werden, um die hohe Nachfrage nach Verbrennern zu bedienen. So weit die Realität!

Es wäre zu begrüßen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, erkennen, dass Ihre Politik - nicht nur die Automobilindustrie betreffend - und die damit einhergehenden Behauptungen der letzten Jahre falsch waren und dass das, was Sie uns seit Jahren erzählen, nicht eingetreten ist und auch nicht eintreten wird. Immer wieder haben Sie und andere selbsternannte Experten der regierungstragenden Fraktionen behauptet, die Produktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor müsse enden, die E-Mobilität sei die alleinige Zukunft. Wir haben dem immer widersprochen.

Ich habe es an diesem Pult mehrfach gesagt und wiederhole es: Ihre Wirtschaftswende, Ihre Energiewende, Ihre Verkehrswende, Ihre Transformation - alles ist gescheitert!

(Beifall bei der AfD)

Übrigens: Einer dieser selbsternannten Experten stellt sich regelmäßig hier hin, himmelt die E-Mobilität an und hat keine Probleme damit, anschließend sein Fahrzeug auf dem Abgeordnetenparkplatz zu starten, mit dem er immense Mengen fossiler Treibstoffe verbrennt.

(Wiard Siebels [SPD]: Bei der AfD ist es wahrscheinlich genau andersherum! Die schleichen sich nachts mit dem E-Auto auf den Parkplatz!)

Solche Menschen haben entweder null Kompetenz, oder sie haben zumindest noch nie wertschöpfend gearbeitet oder ahnen gar nicht, was Wertschöpfung ist. Solchen Menschen traue ich noch nicht einmal zu, dass sie erfolgreich einen Kiosk führen können: Sie würden abends die Kasse öffnen und glauben, das Geld, das da drin liegt, ist der Gewinn.

Sie transformieren von Wohlstand in Armut. Der Markt will sich nicht vorschreiben lassen, welche Fahrzeuge er zu kaufen hat. Sie zerstören die Automobilindustrie. Sie ruinieren die industrielle Basis unseres Bundeslandes.

Und, liebe CDU, Herr Kollege Lechner, wir vergessen alle bitte nicht, welcher Partei die Dame angehört, die auf europäischer Ebene die Axt an vor allem auch die deutsche Automobilindustrie legt.

#### (Beifall bei der AfD)

Es hat dieser Frau und Ihnen offensichtlich nicht gereicht, dass sie schon, leider erfolgreich, damit beschäftigt war, die Bundeswehr zu ruinieren. Herausragende deutsche Ingenieurskunst soll auf den Müllhaufen der Wirtschaftsgeschichte.

Aber noch einmal zurück zur Wirklichkeit: Als Diplom-Kaufmann mit dem Schwerpunkt Marketing habe ich schon im Studium gelernt, dass erfolgreiche Unternehmen ihre Strategie am Markt orientieren. Der Markt entscheidet, nicht grüne Ideologen.

# (Omid Najafi [AfD]: Aha!)

Und auch Volkswagen muss das produzieren, was der Markt will: eben auch Verbrenner. Leider haben wir ja erfahren, dass der Auftrag des Innenministeriums nicht nach Niedersachsen geht, sondern: Die Elektroautos für die Polizei werden in Bayern gekauft.

# (Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Na ja, die Menschen lassen sich eben nicht zwingen, E-Autos zu kaufen. Und warum brauchen Sie eigentlich so viel staatliche Eingriffe? Denn wenn das Produkt so überlegen wäre, dann würde es sich selbstständig am Markt durchsetzen. Sie, Herr Ministerpräsident, folgen dennoch leider weiter der grünen Ideologie. Und diese basiert, wie wir wissen, auf vollkommen irrationaler Klimahysterie.

#### (Beifall bei der AfD)

Deswegen hat Ihr Koalitionspartner ja auch gleich Ihr Positionspapier entsprechend eingeordnet. Wenn Sie darin wirklich vom bisherigen Irrweg abweichen wollen, dann wäre das ja gut. Meine Oma sagte häufig: Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Das hat bei Ihnen ja nichts genützt!)

Aber Ihr Koalitionspartner, mit dem Sie nach eigener Aussage auch nach der nächsten Landtagswahl regieren wollen und mit dem Sie angeblich so vertrauensvoll zusammenarbeiten, setzt seine autofeindliche Politik fort, und Sie werden sich fügen. Und nochmals meine Oma: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Zinke [SPD]: Das sagen gerade Sie? - Wiard Siebels [SPD]: Höcke und so meinen Sie?)

Denn Herr Schulz-Hendel hat es Ihnen im *Rundblick* ja schreiben lassen: "Jeder, der das Verbrenner-Aus infrage stellt, ist fehlgeleitet, was seine politische Weitsicht und sein Verantwortungsbewusstsein angeht." Ja, wieder so ein Experte! Das erinnert sehr an seine Aussage zur A 39: Der Ausbau dieser Autobahn, so der Kollege Schulz-Hendel, sei "unverantwortlich." Na dann, Herr Ministerpräsident, Sie wollen doch sicher keine unverantwortliche Politik betreiben! Und ich vermute, er lässt sich nicht umstimmen - egal, wie oft Sie ihn umarmen.

# (Beifall bei der AfD)

Anschließend müssten Sie dann auch noch den Bundesumweltminister umstimmen. Auch Herr Schneider möchte am Verbrenner-Aus festhalten. Wir haben ja gelernt, das gibt es gar nicht. Dann rate ich noch einmal zur Nachhilfe in Berlin. Und wir wissen ja, dass der Wahlverlierer SPD in der Bundesregierung die Richtlinien der Politik bestimmt.

Es ist schon angesprochen worden von meinem Vorredner: Vor 80 Jahren setzte sich Kurt Schumacher in Wennigsen durch und wurde ein Jahr später Vorsitzender der SPD. Und er hat ja zu Recht gesagt: "Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit". Aber, Herr Politze und andere, was würde er wohl heute zu Ihrer katastrophalen Politik sagen?

#### (Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Lage ist sehr ernst. Ich darf aus der Pressemitteilung von NiedersachsenMetall zitieren. Dort heißt es nach Vorlage der Ergebnisse der September-Umfrage wörtlich:

"Wir haben keine gesamtwirtschaftliche Dynamik. Wir stehen im neunten Rezessionsquartal in Folge und damit in der längsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Die erhoffte Stabilisierung bleibt aus - im Gegenteil: "Die meisten Unternehmen sehen derzeit kein Licht am Ende des

Tunnels', erklärte NiedersachsenMetall-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Schmidt. "Wir erleben eine strukturelle Krise mit tiefgreifenden Folgen für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovationskraft in unserem Bundesland. Steigende Sozialversicherungsbeiträge, ausbleibende Reformen des Sozialstaats, nicht wettbewerbsfähige Energiepreise: Wenn es dabei bleibt, müssen wir uns über Investitionen in Deutschland keine Gedanken mehr machen - die finden dann woanders statt."

Außerhalb des Zitats: Ich habe gerade heute Morgen einen Artikel darüber gelesen, dass MAN die geplante Batteriefabrik nicht in Salzgitter errichtet, sondern in Osteuropa. So viel zu Ihrer Transformation!

Und weiter:

"Dramatisch sei die Entwicklung in der Automobilindustrie. Dort berichten 59 % der Unternehmen von Auftragsmangel - ein deutlicher Anstieg gegenüber Juni 2025 (47 %)."

Ja, Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Ist der Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall, Herr Schmidt, jetzt ein Verschwörungstheoretiker, ist er gesichert rechtsextrem, oder ist er zumindest Rechtspopulist? Natürlich nicht! Denn wie wir beschreibt er die Wirklichkeit: Sie ruinieren durch falsche Entscheidungen unsere Industrie.

(Beifall bei der AfD)

Aber nicht nur sachlich falsche Entscheidungen treffen Sie, Herr Ministerpräsident. Sie sind schließlich seit fast 13 Jahren Mitglied des Landeskabinetts, setzen den Fehler Ihres Vorgängers fort und befürworten - wenn Sie denn zuhören würden! -, dass Ihre Stellvertreterin Mitglied des Aufsichtsrates von Volkswagen ist. - Aber ich will gerne warten, bis der Herr Ministerpräsident seine Besprechung beendet hat.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das ist auch besser so! Dann sagen Sie weniger!)

Ich hatte Frau Ministerin Hamburg vor Längerem gefragt, wie sie es geschafft hat, die Genehmigung der BaFin zu erhalten. Die Antwort steht noch immer aus. Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, auf, dem Landtag und der Öffentlichkeit zu erklären, was damals gelaufen ist. Wie ich im Herbst 2024 anlässlich eines Wirtschaftstreffens in Wolfsburg erfahren habe, hat die BaFin zunächst die Genehmigung zur

Übernahme dieses Aufsichtsratsmandates nicht erteilen wollen mit der - Achtung, Überraschung! - verblüffenden Begründung: mangelnde Kompetenz.

(Beifall bei der AfD)

Was sollen die Mitarbeiter von Volkswagen denken, wenn eine Frau im Aufsichtsrat sitzt,

(Jörn Domeier [SPD]: Das ist Ihr eigentliches Problem! Das ist ja hanebüchen! - Weiterer Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

die - ich versuche, das höflich zu formulieren - dem Produkt dieses Unternehmens in herzlicher Abneigung verbunden ist? Kann man seine Gleichgültigkeit - vielleicht sogar Verachtung - gegenüber der Belegschaft deutlicher zum Ausdruck bringen als mit solch einer Fehlbesetzung?

(Marie Kollenrott [GRÜNE]: Absurd!)

Anders als für uns, Frau Ministerin Hamburg, mag es für Sie tröstlich sein, dass Sie im Kabinett nicht die einzige Fehlbesetzung sind. Sie aber verleihen dem Begriff "Fachkräftemangel" ein besonders nachhaltiges Gesicht.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Watermann [SPD]: Sie sind die größte Fehlbesetzung in diesem Parlament! - Marie Kollenrott [GRÜNE]: Frauenfeindlichkeit, das merkt man überall!)

Herr Ministerpräsident, die Menschen wollen Ihre Politik mehrheitlich nicht. Rot-Grün hat aktuell in Niedersachsen 33 % Zustimmung. Sie unterbieten also noch die schlechten Werte der Bundesregierung. Zwei von drei Niedersachsen wollen diese Landesregierung nicht.

Wir alle wissen, wie wichtig die Automobilindustrie für unser Bundesland ist. Herr Ministerpräsident, hören Sie nicht länger auf Ihre grünen Deindustrialisierer! Handeln Sie endlich im Interesse der großen Mehrheit!

Und es geht nicht nur um Arbeitsplätze. Gerade im ländlichen Raum sind viele Menschen auf ein Auto angewiesen. Ich erlebe gerade im Landkreis Wolfenbüttel, dass der Regionalverband Großraum Braunschweig die Taktung von Buslinien verringern will. Die fehlenden Millionen will das Land nicht aufbringen. Niedersachsen zahlt im Vergleich zu anderen Bundesländern ohnehin viel zu wenig für den ÖPNV: 15 bis 16 Euro - Hessen 66 Euro.

Vor Kurzem hat die Verbandsversammlung - übrigens im Wesentlichen mit den Stimmen der SPD - diese Kürzung der Taktung beschlossen. Beim Abend der Regionen in Braunschweig hatte der Genosse Tanke noch vergeblich um zusätzliches Geld gebeten. Verkehrswende - gescheitert!

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie die Kraft zu politischer Führung nicht haben, obwohl die Vorbereitungszeit für dieses Amt recht lang war, dann erlösen Sie sich und uns und lassen die Wählerinnen und Wähler nicht erst in zwei Jahren entscheiden, sondern bereits im kommenden Frühjahr! Reihen Sie sich demütig in den Kreis der Kurzzeit-Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes ein!

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD, stehen bereit: mit qualifizierten Frauen und Männern, die unser schönes Bundesland lieben und die es wieder vom Kopf auf die Füße stellen wollen und werden. Wir sind bereit.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Glück auf Niedersachsen!

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Pastewsky. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Schulz-Hendel. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# **Detlev Schulz-Hendel** (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit mehr als nun vier Jahren fahre ich ein Auto mit Elektroantrieb aus der Volkswagen-Familie. Darauf bin ich - das sage ich immer ganz offen und ehrlich - verdammt stolz, denn ich habe die Erfahrung gemacht, dass die E-Mobilität funktioniert und verlässlich ist. Ich kann Ihnen an dieser Stelle nur Positives berichten: Mein E-Auto macht die Luft besser, die Straßen leiser. Und: Die laufenden Betriebskosten für Wartung und Reparaturen liegen deutlich unter denen eines Autos mit Verbrennungsmotor. Eine Wartung innerhalb von vier Jahren für 300 Euro und ein Satz Autoreifen, das war es dann aber auch schon.

Meine Begeisterung für die umweltfreundliche Mobilität und die Freude auf eine nachhaltige Zukunft teilen im Übrigen viele E-Auto-Fahrende mit mir. Es

ist doch ein kluger Beitrag zum Schutz unserer Umwelt und des Klimas.

Ich möchte einmal Herrn Bundesumweltminister Schneider zitieren, der gesagt hat: "Das sind richtig geile Autos!"

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber die Kernfrage unserer heutigen Debatte ist doch, was der Autoindustrie und uns in Niedersachsen wirklich weiterhilft. Das ist sicher nicht, Herr Lechner, der rückwärtsgewandte Kurs von Merz und Söder, am Verbrennungsmotor festzuhalten. Die Zukunft fährt eindeutig elektrisch und effizient. Der Wettlauf um die besten Batterien und modernsten Fahrzeugkonzepte ist doch längst voll im Gang.

Wenn wir in Europa, in Deutschland und bei uns in Niedersachsen zulassen, dass andere Weltregionen bei der klimafreundlichen Mobilität einen Vorsprung erreichen, bedeutet das für die europäischen Automobilhersteller und somit auch für VW bei uns in Niedersachsen, dass sie den Anschluss an die Märkte mit all ihren Wettbewerbschancen einbüßen werden

Um bei VW in Niedersachsen zu bleiben: Der Volkswagen-Konzern hat längst massiv in neue Produkte, Anlagen und auch in die Qualifizierung der Mitarbeitenden investiert, um die Antriebswende zum Erfolg zu führen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Realität gibt diesem Weg recht. Deutschland ist zweitgrößter E-Auto-Exporteur hinter China. Volkswagen ist europaweit inzwischen deutlich vor Tesla, was die Neuzulassungen von E-Autos betrifft, und gleichzeitig auf Platz 1 der Wachstumsraten in Europa. Das alles zeigt doch sehr eindrucksvoll: VW ist mit seiner konsequenten Strategie der E-Mobilität auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich wissen auch wir, dass der notwendige Strukturwandel eine Herausforderung war, ist und bleiben wird. Das gilt gerade jetzt umso mehr in der Übergangszeit bis zum Jahr 2035.

Auch an dieser Stelle zitiere ich gerne noch einmal den SPD-Bundesumweltminister Carsten Schneider kurz vor dem Autogipfel, der da sagt: "Es sind noch zehn Jahre Zeit - das traue ich unseren Ingenieuren auch zu." Und recht hat er! Jetzt das Tempo rauszunehmen, wäre ein fatales Signal für VW, für die Wirtschaft, aber eben auch für die Arbeitsplätze.

Was ist das denn für eine fehlgeleitete Botschaft der Union, wenn man der eigenen Stärke und Innovationskraft in diesem Land nicht mehr vertraut, wie wir es gerade, Herr Kollege Lechner, in Ihrer Partei erleben?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Uwe Schünemann [CDU]: Genau das Gegenteil hat er gerade gesagt! Wenigstens mal zuhören!)

Ihr Bundeskanzler und auch Markus Söder müssen endlich aufhören, der deutschen Autoindustrie ihre Zukunftsperspektiven kaputt zu machen.

(Uwe Schünemann [CDU]: Oh!)

Wissen Sie, bei diesen Rollback-Versuchen kommen bei mir sehr erschreckende Erinnerungen an eine unionsgeführte Bundesregierung, die schon einmal in Deutschland dafür gesorgt hat,

> (Wiard Siebels [SPD]: Das war der Herr Altmaier! In Ostfriesland konnten wir das messen!)

dass Tausende Arbeitsplätze durch eine fehlgeleitete Politik - in der Solarbranche - vernichtet worden sind, auf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer sich auf die Union verlässt, wird im Stich gelassen. Das ist die Kernbotschaft. Ich frage Sie, Herr Lechner: Was ist denn mit dem Koalitionsversprechen, beispielsweise ein Sozialleasing für E-Autos einzuführen? Ich frage Sie, Herr Lechner: Wann kommt denn die versprochene Strompreissenkung für alle aus Ihrem Sofortprogramm der Bundesregierung? Waren und sind das alles inhaltsleere Worthülsen?

Wenn Sie, Herr Lechner, eine verantwortungsvolle Politik für Niedersachsen wollen, dann setzen Sie sich in Berlin dafür ein, dass Versprechen auch eingelöst werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in der Mobilität 2035 nicht eiskalt einkassiert wird!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Sebastian Lechner [CDU])

- Ich mache mal weiter.

Elektromobilität ist und bleibt der einzige Weg, Arbeitsplätze zukunftstauglich zu gestalten und somit auch langfristig zu sichern.

Meine Damen und Herren, die Elektromobilität ist und bleibt ohne Wenn und Aber die Leittechnologie der Zukunft. Darüber besteht, so sehr Sie das Gegenteil herbeireden mögen, bei Rot-Grün in Niedersachsen klare Einigkeit. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für uns ist eindeutig: Wir stehen zur E-Mobilität made in Niedersachsen. VW ist auf dem richtigen Weg. Die konzerneigene Batteriezellenfabrik in Salzgitter ist ein Beispiel für die richtigen Innovationen, genauso wie die Elektromodelle aus Wolfsburg, Emden und Hannover-Stöcken. Auch die konkreten Planungen des Konzerns, Modelle wie den "ID. für alle" auf den Markt zu bringen, unterstützen wir voll und ganz.

Das Ziel der Klimaneutralität steht. Wir stehen für die notwendige Planungssicherheit sowohl für die Verbraucher\*innen, für die Wirtschaft und vor allem auch für die Arbeitnehmer\*innen in Niedersachsen und insgesamt in der Automobilindustrie.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Klimaziele und Klimaneutralität 2035 in der Mobilität zu erreichen, bedeutet eben nicht das bewusste Schüren, Herr Lechner, von Verunsicherung, sondern eine klare Linie für Elektromobilität. Es darf keine Nachspielzeit für fossile Verbrenner geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Alle Ressourcen müssen auf die E-Mobilität konzentriert werden, und das kommt dann am Ende den Kund\*innen sowie der Industrie mit all ihren Arbeitsplätzen zugute.

Noch einmal, Herr Kollege Lechner: Die aktuelle Kaufzurückhaltung hat wenig mit mangelndem Vertrauen in die Elektromobilität zu tun, sondern damit, dass ein Kanzler Merz und auch sein Schattenkanzler Söder aus Bayern mit ihrer Rollback-Politik bewusst große Verunsicherung betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Verbraucher\*innen brauchen keinen unionspolitischen Eiertanz. Sie wollen keine Orientierungslosigkeit. Sie wollen Klarheit, und dafür braucht es jetzt eine Reihe von Maßnahmen.

Dazu gehören Strompreissenkungen für alle ebenso wie ein deutlicher Ausbau der Ladeinfrastruktur, auch wenn - das haben wir ja schon gehört - wir in Niedersachsen da schon vieles gut auf den Weg gebracht haben. Das Laden an Ladestationen im öffentlichen Raum darf nicht teurer sein als der Haushaltsstromtarif. Wir brauchen Schnelllademöglichkeiten an Tankstellen ebenso wie das Recht auf Laden im Quartier oder bei den Arbeitgeber\*innen, am Arbeitsplatz.

(Ulf Thiele [CDU]: Genau! Wir machen wieder volkseigene Betriebe, und dann läuft's! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Bei der Glühbirne haben wir es genauso gemacht, und es hat funktioniert! Da habe ich hier die gleichen Debatten gehört!)

- Ich habe Zeit.

(Wiard Siebels [SPD]: Ich wollte es nur sagen!)

Auf den Punkt gebracht: Laden muss deutlich einfacher werden als Tanken. Hierfür brauchen wir auch einheitliche Bezahlsysteme und übersichtliche, faire Tarife.

Wir brauchen eine eigene Batteriezellenproduktion - so wie in Salzgitter -, und wir brauchen europaweit massive Investitionen in das Recycling und in die Rohstoffversorgung. Ich möchte das anhand zweier Zahlen konkretisieren - ich meine, sie sind hier schon genannt worden -: Derzeit kommen 70 % aller Batterien aus China und nur 13 % aus Europa. Das zeigt uns ganz deutlich, was für eine Herausforderung unsere Aufgabe ist, auf der europäischen Ebene den entsprechenden Rahmen zu setzen.

Wir brauchen verlässliche Kaufanreize für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sowie soziale Leasingangebote. Wir brauchen Unterstützung beim Kauf gebrauchter E-Fahrzeuge. Und wir brauchen eine Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos. Gut, dass der Vizekanzler da schon ein Signal gegeben hat.

Wir in Niedersachsen brauchen aber auch Unterstützung für unsere Zulieferbetriebe, die vor der Herausforderung stehen, ihre Geschäftsmodelle anzupassen und zu verändern. Für eine gelungene Transformation - wir in Niedersachsen nehmen diese Verantwortung wahr - braucht es gezielte Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Ich kann auch lauter, Herr Hilbers.

Meine Damen und Herren, während andere Länder schon mit Vollgas in Richtung Zukunft fahren, darf Deutschland jetzt nicht an der Raststätte stehen bleiben und über den Rückwärtsgang diskutieren.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Alles Sprüche!)

Die kommenden Jahre entscheiden darüber, ob Deutschland Vorreiter oder Nachzügler in der Mobilitätswende wird. Um das noch einmal sehr deutlich zu sagen: Wer jetzt bremst, gefährdet Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Industriearbeitsplätze sichern wir nur, wenn wir die Autoindustrie zukunftsgerecht aufstellen, und nicht, wenn wir eine künstliche fossile Nachspielzeit schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Elektromobilität made in Niedersachsen steht für Klarheit, steht für Planungssicherheit und steht für den Mut zu einer klimaneutralen Zukunft. Die Botschaft für den Autogipfel ist doch klar: Es braucht jetzt einen Pakt für den Hochlauf der E-Mobilität und eben keinen Pakt für Verunsicherung, Herr Lechner!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Schulz-Hendel. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Fraktionsvorsitzender Lechner. Sie haben eine Restredezeit von ca. fünfeinhalb Minuten.

(Beifall bei der CDU)

# Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will auf einige der Anwürfe reagieren.

Der erste Anwurf war, wir hätten die Antwort auf die Kleine Anfrage aus dem Zusammenhang gerissen. Ich lese den von mir gemeinten Satz aus der Vorbemerkung der Landesregierung im Wortlaut vor:

"Um den Kundenbedürfnissen auch künftig vollständig Rechnung zu tragen und die Automobilindustrie bei der Transformation nicht zu überfordern, ist es notwendig, auch über das Jahr 2035 hinaus die Neuzulassung etwa von Plug-in-Hybridfahrzeugen oder Fahrzeugen mit Range Extender zu ermöglichen."

Es steht da sogar wortwörtlich: "zu ermöglichen".

(Beifall bei der CDU)

Herr Politze, exakt das ist es, worum es hier geht.

Sie haben hier jetzt wiederholt behauptet, es gebe kein Verbrennerverbot. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt und wiederhole das gerne: Die EU schreibt aktuell vor, dass ab dem Jahr 2035 jedes neu zugelassene Fahrzeug 0 g CO<sub>2</sub> aus dem Auspuff ausstoßen darf.

Jetzt frage ich Sie, Herr Politze: Welche Verbrennertechnologie gibt es auf dieser Welt, die 0 g CO<sub>2</sub> ausstößt? Ja, da können Sie nur schweigen, denn es gibt keine. Verbrennungsprozess ist Freisetzen von Kohlenstoff. Deswegen gibt es in der Europäischen Union heute schlicht und einfach ein faktisches Verbrennerverbot. Das, was Sie hier behauptet haben, ist einfach sachlich falsch.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt stellt der Ministerpräsident darauf ab - das habe ich in meiner Rede erwähnt -, dass bei der Überarbeitung der Verordnung die Möglichkeit der Anrechnung von E-Fuels geschaffen wurde. Aber - das sagen Sie sogar selbst in der eben veröffentlichten Pressemitteilung - die dafür notwendigen delegierten Rechtsakte über Typklassen usw. liegen noch nicht vor. Nichts anderes habe ich vorhin in meiner Rede gesagt! Die EU-Kommission muss hier noch einen Schritt gehen, damit das überhaupt möglich wird.

Auch deshalb ist Ihre Behauptung, es gebe aktuell kein Verbrennerverbot, schlicht falsch. Solange die EU-Kommission nicht gehandelt und diese Rechtsakte erlassen hat, gibt es dieses Verbot in der Europäischen Union. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn wenn wir die Anrechnung von E-Fuels über Rechtsakte der Europäischen Union ermöglichen, dann passiert exakt das, was wir uns seit drei Jahren wünschen und in diesem Parlament von Ihnen verlangen. Denn wenn diese Rechtsakte

kommen, wenn wir Anrechnungsmöglichkeiten schaffen, wenn wir damit E-Fuels und andere Kraftstoffe ermöglichen, dann ist das heute geltende Verbrennerverbot abgeschafft, weil dann über 2035 hinaus auch kleine Verbrenner in Hybridfahrzeugen und kleine Verbrenner in Range-Extendern möglich sind. Dann beseitigen Sie das heute geltende Verbrennerverbot! Das ist schlicht und einfach Sachlage, und das wollte ich Ihnen sagen.

Sie sind nicht bereit, das einzugestehen, sondern machen hier jede Menge Übungen, um irgendwie an dieser Wahrheit vorbeizukommen. Deswegen ist der Einzige, den ich jetzt frage, ob er dazu bereit ist, der Ministerpräsident - denn das ist sehr entscheidend für morgen, für den Autogipfel -: Ist der Ministerpräsident bereit, morgen auf dem Autogipfel mit uns gemeinsam zu beschließen,

(Wiard Siebels [SPD]: Sie sind doch gar nicht dabei! - Weitere Zurufe von der SPD)

dass wir gegenüber der Europäischen Kommission einheitlich und gemeinsam so auftreten, dass die CO<sub>2</sub>-Freiheit ab 2035 beseitigt wird und Hybride und Range-Extender möglich werden? Denn dann ist das Verbrennerverbot ad absurdum geführt.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Sie hat keiner eingeladen! Sie können draußen zugucken!)

Wenn Sie dazu bereit sind, Herr Ministerpräsident, dann habe ich Ihnen am Ende einen Vorschlag unterbreitet und wird es morgen nicht mehr schwierig werden. Nur, Sie müssen dann auch noch Herrn Klingbeil, Herrn Schneider, Herrn Miersch und alle anderen, die den gleichen faktischen Fehlschlüssen aufgesessen sind, die Sie hier heute vorgetragen haben, noch einmal erklären, worum es im Detail geht, damit wir morgen vorwärtskommen.

Bringen Sie Ihre SPD auf Linie! Lassen Sie uns das morgen entscheiden! Das wäre für die Autoindustrie in Niedersachsen eine gute Botschaft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Lechner. -In der Debatte zu Wort gemeldet hat sich: für die Landesregierung der Herr Ministerpräsident. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD - Sebastian Lechner [CDU]: Sag einfach Ja!)

## Olaf Lies, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lechner, ich muss Sie enttäuschen: Wir beide sind da morgen nicht.

(Beifall bei der SPD - Sebastian Lechner [CDU]: Du schon! - Wiard Siebels [SPD]: Das tut uns leid, Herr Lechner! Vielleicht im Fernsehen nachverfolgen!)

Das will ich hier noch einmal offen ansprechen, damit hier kein falscher Eindruck entsteht.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Kennen Sie da niemanden, oder warum gibt es heute diese Regierungsklärung? - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Brauchst du Hilfe?)

- Ich bin gerne bereit, Fragen zu beantworten. Ich habe Sie aber leider nicht verstanden.

Ich würde mich freuen, wenn uns das gemeinsam gelingt. Ich finde, Sie machen es schon wieder, wie immer: Sie sagen, es gibt ein Verbrennerverbot - ich komme gleich noch einmal auf das Thema -, weil es Ihr Ziel ist, dass es darum gehen muss, dass da steht: Wir haben das Verbrennerverbot.

(Sebastian Lechner [CDU]: Nein, Sie können es auch "Emissionsfreiheit" nennen, das ist mir egal!)

Wissen Sie, das ist etwas ganz anderes. Unser Ziel ist: Wir wollen die Arbeitsplätze in unserem Land sichern. Das ist unser Ziel, und darum sollte es uns gemeinsam gehen.

(Beifall bei der CDU - Marcel Scharrelmann [CDU]: Genau wie 2016!)

- Bleiben Sie doch gelassen! Ich bin doch noch hier. Es ist doch alles gut!

Vorsicht mit 2016, würde ich sagen, Vorsicht damit! Denn ich glaube, dann diskutieren wir gerade darüber, ob es richtig ist, dass Volkswagen Batterieentwicklung macht, dass Volkswagen Elektroautos baut und dass die Kolleginnen und Kollegen einen tollen Job machen. Darüber sollten wir, glaube ich, nicht diskutieren. Sie machen nämlich einen tollen Job. Das möchte ich wirklich offen sagen. Diese Kritik ist unangemessen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Nein, war es nicht.

Ich komme auf das Papier zurück. Ich glaube, wenn wir mal nicht über Worte, sondern über Inhalte reden, dann sind wir von einer Verständigung gar nicht entfernt. Inhaltlich steht in dem Papier, das ich vorgelegt habe:

"Daher müssen Verbrenner, insbesondere Plug-in-Hybride und Fahrzeuge mit Range-Extender, auch über 2035 hinaus neu zugelassen werden dürfen."

Was heißt das? Dass man das machen muss! Genau das habe ich doch gesagt. Das steht doch in dem Papier drin!

(Marcel Scharrelmann [CDU]: Finden die Grünen das auch gut? - Reinhold Hilbers [CDU]: Verbrennerverbot weg!)

- Herr Hilbers, warum ist "Verbrennerverbot weg" Ihr einziger Satz, den ich hundert Mal in dieser Debatte höre? Warum geht es Ihnen nicht einmal um das, was wir wollen? Warum ist das nicht mal Ihre Botschaft? Das erschließt sich mir wirklich nicht.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir von der Wortwahl wegkommen müssen.

Erst einmal zu Herrn Lechner: Herr Lechner, bei den Punkten, die Sie am Ende aufgeführt haben, habe ich nicht groß gesehen, wo da Unterschiede sind. Die sind mir jetzt nicht aufgefallen. Das ist übrigens auch gut so. Denn wir wollen ja nicht nur Unterschiede in den Mittelpunkt stellen, wir wollen ja gemeinsame Lösungen in den Mittelpunkt stellen.

Jetzt will ich das noch einmal sagen: Was ist die Position der EU? - Das nur, damit wir einmal den Sachverhalt nehmen, und dann, wenn irgendeiner meint, er müsse sein Wording verwenden, kann man das machen. Ich glaube übrigens, es wäre schön, wenn wir nicht über Schlagworte, sondern über Inhalte reden würden. - Die Botschaft ist, die Position der EU ist: Eine Zulassung von Fahrzeugen mit Range-Extender und Hybridfahrzeugen über 2035 stellt grundsätzlich kein Problem dar.

Die Haltung der EU ist also: Das geht. Dafür muss man - das ist völlig richtig - eine Typenklasse definieren, weil man sonst alles zulassen kann. Das funktioniert ja nicht. Es muss ja gesagt werden: Wie sieht dieser Fahrzeugtyp, von dem wir reden, der zugelassen werden muss, eigentlich aus? Genau das ist nämlich die Botschaft: Die entsprechende Typenklasse muss noch in einem entsprechenden Rechtsakt umgesetzt werden.

Das ist genau das, was Herr Lechner gerade gesagt hat. Das hat Anfang des Jahres übrigens auch schon die Kommissionspräsidentin gesagt. Das schreibe ich auch. Dagegen, dass wir uns darauf verständigen, dass dieser Rechtsakt, der noch geschaffen werden muss, umgesetzt werden muss, hat doch keiner etwas.

(Sebastian Lechner [CDU]: Doch!)

weil er die Grundlage dafür ist.

Aber ich finde immer: Warum muss es unter Schlagworten definiert werden? Warum können wir es nicht in der Sachlichkeit definieren? Denn wenn ich sage: "Nach 2035 müssen auch Range-Extender und Plug-ins möglich sein", dann muss natürlich auch die formale Voraussetzung dafür geschaffen werden.

Also, ich verstehe den Streit nicht, und ich verstehe die Debatte nicht, warum es immer nur um Schlagworte geht. Lasst uns doch mal über Inhalte reden! Bei den Inhalten sind wir, glaube ich, oftmals gar nicht auseinander.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Fraktionsvorsitzender Lechner. Der Ministerpräsident hat eine weitere Redezeit von ca. vier Minuten in Anspruch genommen. Mit der Restredezeit Ihrer Fraktion gebe ich Ihnen viereinhalb Minuten. Bitte schön!

#### Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich festhalten - weil es eben bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, so klang, als sei das bei uns anders -: Das ist genau unsere Motivation!

(Zuruf von der SPD: Dann sagen Sie es doch auch!)

Wir stellen fest, dass gerade die Strategie der letzten neun Jahre zu Arbeitsplatzverlust in Niedersachsen führt und in den nächsten Jahren noch führen wird. Uns geht es genau um diesen Fakt. Wir wollen eine andere Strategie, ein anderes Vorgehen, ein offeneres Vorgehen, weil es um Arbeitsplätze und um Wirtschaft in Niedersachsen geht, weil es uns darum geht.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Zwei Stunden Debatte sind an Ihnen vorbeigegangen! Das ist unglaublich! Sie sind wirklich gegen jedes Argument resistent!)

Herr Ministerpräsident, jetzt kommen wir langsam zum Casus knacksus. Da ich ja weiß, dass Sie sich, immer wenn man das Wort "Verbrennerverbot" benutzt, hier in der Koalition von Rot und Grün auf gar nichts mehr einigen können, will ich jetzt einfach nur von "Emissionsfreiheit null" sprechen, die nach wie vor ab 2035 gilt. Denn Sie haben ja eben selbst vorgetragen: Die jeweiligen Rechtsakte müssen noch erlassen werden.

Zur Wahrheit gehört: Es gibt aktuell keine gemeinsame Linie zwischen den Koalitionsfraktionen von SPD und CDU in Berlin, ob wir gegenüber der Kommission darauf drängen sollten, dass diese Rechtsakte erlassen werden und dass E-Fuels, Biokraftstoffe usw. usf. auch tatsächlich ermöglicht werden. Exakt darum geht es uns: Sie müssen in Berlin Ihre Parteifreunde auf Linie bringen, damit wir diese Regeln jetzt auch schaffen können und damit wir einheitlich kommunizieren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das tun, dann können wir von der Emissionsfreiheit null wegkommen. Diese Emissionsfreiheit null muss auch dringend weg. Dann sind wir auf einem gemeinsamen Pfad.

Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass, wenn man das in diesem Detail jetzt ausdifferenziert, eine Fraktion Ihrer Landesregierung diesen Weg nicht mitgehen wollte und auch nicht mitgeht. Das ist der einzige Grund, warum Sie sich in Ihrer Regierungserklärung hier nie getraut haben, das so klar und einfach zu sagen.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie so klar und einfach morgen in Berlin entscheiden!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Sie sind doch nicht dabei! Das ist ja schon mal gut!)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Lechner.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zur Regierungserklärung. Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 3:

#### **Aktuelle Stunde**

Wie aus der Tagesordnung zu ersehen ist, hat der Ältestenrat die Aktuelle Stunde in der Weise aufgeteilt, dass heute die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD besprochen und morgen die Anträge der beiden anderen Fraktionen behandelt werden.

Die in unserer Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen setze ich als bekannt voraus.

Ich erinnere daran, dass der Ältestenrat sich in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 darauf verständigt hat, dass einem fraktionslosen Mitglied des Hauses für die Behandlung der Anträge zur Aktuellen Stunde eine Redezeit von insgesamt einer Minute pro Tagungsabschnitt zur Verfügung steht.

Ich eröffne die Besprechung zu:

a) Union stoppt das Tierwohlprogramm: Rückschlag beim Stallumbau statt Planungssicherheit für die Landwirtschaft - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8591

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet: Herr Kollege Schroeder. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Christian Schroeder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Ende des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung ist mehr als eine haushaltspolitische Entscheidung. Es ist ein politisches Signal - und, wie ich finde, leider ein fatales. Denn dieses Programm war eines der ganz wenigen Instrumente, die konkret dabei helfen sollten, die Tierhaltung in Deutschland nachhaltiger, tiergerechter und zukunftsfähiger zu machen. Und es war eine Zusage an unsere Landwirtinnen und Landwirte: Wer in Tierwohl investiert, wer Ställe umbaut, wer Verantwortung übernimmt, den lassen wir nicht alleine.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was wir nun erleben, meine Damen und Herren, ist aber genau das Gegenteil. Minister Rainer hat das Programm abrupt gestoppt - ohne Übergang, ohne klare Anschlussregelung und ohne Planungssicherheit für unsere Betriebe. Und das in Zeiten, die für die Betriebe ohnehin schwierig sind: gestiegene Kosten, gesellschaftliche Erwartungen und Investitionskostendruck.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer Politik so gestaltet, verliert Vertrauen, und zwar auf allen Seiten. Viele Betriebe - gerade in Niedersachsen, dem Land mit der höchsten Tierhaltungsdichte - hatten sich auf dieses Programm eingestellt. Ein Drittel des Geldes ging nach Niedersachsen. Weitere Pläne liegen in den Schubladen, Genehmigungen sind beantragt, Investitionen vorbereitet. Und nun? Die Bundesregierung, der Minister zieht den Stecker, und die Betriebe bleiben auf ihren Planungskosten sitzen.

Die Folgen wurden gestern in der "Tagesschau" um 20 Uhr eindrucksvoll geschildert. Der Deutsche Bauernverband nennt das Ganze einen "herben Rückschlag", die Interessengemeinschaft der Schweinehalter spricht gar von "Wortbruch" und "Vertrauensverlust", und selbst konservative Stimmen aus der CDU sagen: Die Hürden waren zwar hoch, aber das Programm einfach so zu beenden, ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das zeigt, dass diese Kritik nicht parteipolitisch motiviert und kein üblicher Reflex ist, sondern die Kritik ist berechtigt und kommt von vielen Seiten.

Wenn wir es ernst meinen mit dem Umbau der Tierhaltung, dann brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte klare langfristige Perspektiven. Wir können nicht von ihnen erwarten, Millionenbeträge in tiergerechte Stallhaltung zu investieren, und dann plötzlich die Fördergrundlage entziehen. Statt eines Stopps hätte der Bund prüfen müssen, wie es mit dem Programm vereinfacht, entbürokratisiert und vielleicht auch länderübergreifend besser verzahnt weitergehen kann. Aber diese Arbeit wurde nicht gemacht. Statt Reformen kam der Kahlschlag.

Wir haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode das Diversifizierungsprogramm für die Schweinehalter aufgelegt, weil wir einen zusätzlichen, einen dritten Weg neben dem "Weiter so!" und der Förderung im Stallumbau ermöglichen wollten, nämlich die gezielte Schaffung von Einkommensalternativen. Die Betriebe erhalten so die Möglichkeit, sich divers aufzustellen und auch in schwierigen Zeiten zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu schaffen.

Eigentlich brauchen wir aber einen Dreiklang zwischen diesen ganzen Dingen. Denn ohne den eigentlichen Stallumbau hin zu besseren Haltungsformen wird die Schweinehaltung in Niedersachsen schlechtere Zukunftsaussichten haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Ziel muss klar bleiben: Wir wollen einen Umbau der Stallhaltung, der Tierhaltung; denn Tiere, die besser aufwachsen, nutzen auch unseren Betrieben selbst.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Verlässlichkeit, mehr Kooperation, mehr Mut. Der Bund hat mit dem Ende der Förderung leider das Gegenteil bewiesen. Wir sollten jetzt gemeinsam mit den Verbänden, mit den Betrieben im Land Druck auf den Bund ausüben, damit die Abwicklung überdacht wird. Ich setze da, meine Damen und Herren hier auf der rechten Seite, auch auf die CDU. Denn Sie haben auch ein Mitspracherecht in Berlin, und ich hoffe, dass Ihr Einfluss geltend gemacht wird. Und wo ist an dieser Stelle eigentlich die Bundestierschutzbeauftragte? Ich vermisse ihre Stellungnahme dazu sehr deutlich.

Im Zweifel werden wir auch über eine Nachfolgeregelung reden müssen. Ja, das wissen wir. Aber das wird keinesfalls einfach, meine Damen und Herren.

Wer Tierhaltung fördern will, wer mehr Tierwohl im Blick haben will, der muss in die Zukunft gucken und der muss auch dem Vertrauen gerecht werden, das die Landwirtinnen und Landwirte in uns haben. Herr Rainer tut das zurzeit leider nicht, meine Damen und Herren.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin wegen der Uhr gerade ein bisschen verwirrt.

# Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege, Sie weisen zu Recht darauf hin, dass die Uhr zu spät gestartet hat. Sie haben jetzt noch 30 Sekunden.

# Christian Schroeder (GRÜNE):

Danke schön.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Sie sind fertig? Dann danke ich Ihnen. Sie haben die Redezeit eingehalten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Kollege Dr. Mohrmann. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Schroeder, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen, wir als CDU nehmen vorerst mit Erstaunen zur Kenntnis, dass Sie neuerdings Ihr Herz für die Tierhalter entdeckt haben wollen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ach!)

Denn bislang - das will ich hier deutlich sagen - haben Sie ja kaum eine Gelegenheit ausgelassen, deutlich zu machen, dass Sie vor allen Dingen eines wollen: die Tierhaltung in diesem Land deutlich reduzieren.

(Beifall bei der CDU)

Anton Hofreiter sprach gerade davon, dass in Deutschland bis 2036 die von ihm so genannte Massentierhaltung vollständig und komplett verboten werden sollte - was auch immer Sie unter dem Begriff "Massentierhaltung" verstehen. Ihre Forderung nach deutlich weniger Tierhaltung hatten Sie auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl verankert. Ich zitiere aus der letzten Wahlperiode Ihre Bundestagsabgeordnete Dr. Anne Monika Spallek:

"Wir haben ein Riesenproblem mit der Tierhaltung. Wir müssen runter mit der Tierhaltung - mindestens 50 %."

Bei solchen Aussagen erfordert es schon eine gewisse Fantasie, um zu glauben, dass Sie hier nun auf einmal tatsächlich für die Tierhalter sprechen wollen.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Herr Rainer macht nichts!)

Das Ganze findet dann ja auch logischerweise, Herr Leddin, hier in Niedersachsen seinen Fortgang. Sie als agrarpolitischer Sprecher haben sich dann ja auch mit Blick auf die niedersächsischen Geflügelhalter recht plakativ und pauschal in der *HAZ* dazu eingelassen und gesagt, dass man das Tierwohl mit

Füßen tritt. Ihre Äußerung ist sehr pauschal gegenüber den niedersächsischen Geflügelhalter\*innen.

(Beifall bei der CDU - Evrim Camuz [GRÜNE]: Es geht um das Tierwohl!)

Auch Ihr Diversifizierungsprogramm hat vor allem eines im Sinn: die Reduzierung der Tierhaltung. Immerhin muss man mindestens 30 Großvieheinheiten abbauen, um überhaupt in den Genuss dieses Programms kommen zu können.

(Wiard Siebels [SPD]: Haarscharf am Thema vorbei!)

Verehrter Kollege Siebels und auch verehrte Kollegin Ministerin Staudte, ich will Sie kurz daran erinnern, dass Sie selber es waren, die 2024 das Programm zur niedersächsischen Ringelschwanzförderung abgeschafft haben. Das hatte massive Nachteile für die niedersächsischen Schweinehalter, für die niedersächsischen Sauenhalter, da de facto niemand die sogenannten Premiumanforderungen - sprich: Tierwohlstufe 3 und höher - erreichen konnte. Viele Betriebe sind aus dem Programm, aus der Förderung herausgeflogen. Wir haben unsere Bedenken seinerzeit sehr deutlich adressiert. Das war Ihnen allerdings egal.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund will ich Ihnen sagen - insbesondere mit Blick auf die Grünen -: Es sind ein bisschen Krokodilstränen, die Sie hier heute weinen.

(Beifall bei der CDU - Christian Schroeder [GRÜNE]: 1,5 Milliarden Euro!)

Meine Damen und Herren, dass wir insgesamt etwas für die Sauenhaltung in diesem Land tun müssen, steht für uns außer Frage. Wer Mäster ist, der kann auf eine höhere Tierwohlstufe umsteigen, beispielsweise weil er meint, dass er damit gute Marktchancen hat. Wer weiterhin Ferkel erzeugen will und muss, der muss seine Ställe aufgrund der Gesetzeslage umbauen: bis 2029 im Deckzentrum, bis 2035 im Abferkelbereich. Insbesondere im letztgenannten Bereich ist der Umbau sehr aufwendig und teuer.

Und ja: Hier brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Wir brauchen verlängerte Übergangsfristen, vereinfachte Förderbedingungen - etwa die Anerkennung des Bauantrags statt nur der erteilten Baugenehmigung - und eine realistische Prüfung der Ziele für das Jahr 2035. Vor allem auch deswegen müssen das Bau- und das Immissionsschutzrecht angepackt werden, so wie es im Koalitionsver-

trag von Union und SPD auf Bundesebene vereinbart ist: Das ist die notwendige Anpassung des Baugesetzbuches in § 35 Abs. 4. Eine kleine Modifizierung, nämlich die Streichung des Wortes "Änderung", wäre ein sofort wirksamer Schritt, um Umbau möglich zu machen, um Landwirte zu mobilisieren, zu investieren und daran zu gehen. Das ist ferner die Überarbeitung der überzogenen Anforderungen der TA Luft. Und das ist ein Bundes-Immissionsschutzgesetz, das derzeit viel zu kompliziert in den Verfahren ist, von der Emissionsermittlung bis hin zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Wenn Ihnen die Tierhaltung tatsächlich so am Herzen liegt, dann helfen auch Sie als Landesregierung von Niedersachsen, dass es zu einer schnellen Umsetzung der vereinbarten Forderungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene kommt!

Ihre Kritik an der Verlagerung der Tierwohlförderung vom Bundesprogramm "Umbau Tierhaltung" hin zur GAK hat nach unserer Überzeugung vor allem einen Grund: Sie müssen jetzt vor allem hier in Niedersachsen ganz schön Hausaufgaben erledigen. Daher: Bringen Sie Ihr Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) auf Vordermann! Noch ist Niedersachsen Tierhalterland Nummer eins. Schaffen Sie praxistaugliche Bedingungen! Räumen Sie Hürden beiseite, insbesondere die starre 2-GV-Grenze! All das ist ohnehin über das Fachrecht geregelt. Das müssen wir nicht zusätzlich über eine Förderhöhe im AFP doppelt regeln.

Zweitens. Machen Sie sich auf den Weg, möglichst viel Geld der deutlich auf 278 Millionen Euro erhöhten Bundesförderung nach Niedersachsen zu holen, indem Sie sich um die Kofinanzierung kümmern!

(Volker Bajus [GRÜNE]: Ihre Zeit läuft ab! Sie wollen nur ablenken!)

Herr Kollege, auch ein Blick in das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz kann sehr hilfreich sein, wenn es um die Frage der Kofinanzierung geht.

Packen Sie also an! Zeigen Sie, dass Ihnen die Tierhaltung tatsächlich am Herzen liegt! Wir werden Sie daran messen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Christian Schroeder [GRÜNE]: Erst mal die eigenen Hausaufgaben machen!)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mohrmann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Logemann. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

# Karin Logemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen wir heute in der Aktuellen Stunde über das Thema "Union stoppt das Tierwohlprogramm: Rückschlag beim Stallumbau statt Planungssicherheit für die Landwirtschaft".

An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Koalitionspartner ausdrücklich bedanken, der dieses wichtige Thema, auf das wir alle ungläubig staunend bis erschaudernd schauen, auf die Tagesordnung gebracht hat - und auch bei Ministerin Miriam Staudte, die sich unter anderem hier im Plenum mehrfach dazu geäußert und deutlich gemacht hat: Diese Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten Olaf Lies an der Spitze macht sich konsequent für mehr Tierwohl und für den Umbau der Tierhaltung stark.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ob ASP, Blauzungenkrankheit, Tierwohl oder Stallumbau - die Lage für die tierhaltenden Landwirtinnen und Landwirte ist herausfordernd; das wissen wir alle. Umso wichtiger ist es, dass wir in der Politik fest an der Seite der Betriebe stehen, in Notlagen unterstützen, aber vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit für die Landwirtschaft bieten.

Hierzu, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ein Appell: Sprechen Sie doch bitte mit Bundesagrarminister Rainer! Denn das, was er bei dem Tierwohlprogramm gemacht hat, ist das Gegenteil von dem, was ich eben beschrieben habe.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Das ist keine Planungssicherheit, und zwar aufgrund politischer und, wie ich finde, verfehlter Entscheidungen. Das ist nicht die so dringend benötigte Unterstützung für unsere Landwirtinnen und Landwirte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die niedersächsischen Betriebe haben sich darauf verlassen, sich mithilfe des Bundesprogramms für den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung zukunftsfähig aufstellen zu können. Niedersachsen ist Agrarland Nummer eins. Die Tierhaltung ist - das wurde schon gesagt - ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Niedersachsen ist ein wichtiges Tierhaltungsland in Deutschland und hat daher auch einen vergleichsweise großen Umbaubedarf.

Statt Steuergelder zielgerichtet dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden, verteilt Bundesagrarminister Rainer Förderungen in Zukunft bevorzugt an die finanzstarken Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg. Genau das passiert nämlich, wenn die Mittel künftig über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - das sind die sogenannten GAK-Mittel - ausgegeben werden.

Statt den Umbau der Tierhaltung als bundesweite Aufgabe wahrzunehmen, schiebt man einen Großteil der finanziellen Verantwortung an die Länder ab. Schon jetzt haben einige Länder, darunter Bayern, eigene Förderprogramme parallel zur Finanzierung des Stallumbaus über die GAK. Damit wird der Flickenteppich noch größer werden.

Statt verlässliche politische Rahmenbedingungen zu schaffen, wird ein Bundesförderprogramm nach einem Jahr abrupt eingestellt. Wir haben es gestern in der "Tagesschau" gesehen: Minister Rainer war dort und hat gesagt: Das ist alles viel zu kompliziert.
- Dann machen Sie es doch einfacher, aber schaffen Sie es nicht ab!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Im vergangenen Jahr lag die Zahl der Anträge insgesamt bei 162, davon 52 aus Niedersachsen. In diesem Jahr liegen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bereits mehr als 400 Anträge mit einem Volumen von über 170 Millionen Euro vor. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir alle wissen doch ganz genau: Gerade bei investiven Maßnahmen braucht es einen gewissen Vorlauf, denn Bauplanung und Genehmigung - auch das wurde schon gesagt - nehmen Zeit in Anspruch.

Was mich besonders verärgert, ist die Situation der Sauenhalter. Hier werden einerseits Betriebe zu millionenschweren Umbaumaßnahmen verpflichtet und andererseits bei der Finanzierung nach einer bereits erfolgten politischen Unterstützungszusage im Regen stehen gelassen. Ein Beispiel: 100 neue Abferkelplätze für einen Betrieb mit 350 Sauen kosten ca. 1,2 Millionen Euro. Wie soll das finanziell zu

stemmen sein? Wie schaffen wir für die Betriebe zumindest bei den niedersächsischen Bestimmungen und Fördervoraussetzungen im Bereich der GAK künftig Entgegenkommen und Erleichterung?

Beim Bundesprogramm für den Stallumbau wird es voraussichtlich - wir hoffen, dass es nicht so sein wird - bei der Antragsfrist 30. April 2026 bleiben. Aber auch hier kann den Antragstellenden noch entgegengekommen werden, zum Beispiel mit einer Fristverlängerung für die Vorlage der Baugenehmigung.

Herr Mohrmann, ich habe verstanden, Sie haben sich schon so ziemlich ergeben. Ich habe das noch nicht. Ich fordere: Herr Rainer, nehmen Sie den Stopp, die Beerdigung des Umbauprogramms zurück!

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle mir ernsthaft die Frage: Wird im Bundesagrarministerium von einem Minister Rainer (CSU) Politik für Bayern gemacht, oder ist es nicht vielmehr seine Aufgabe, für gleiche Chancen und Verhältnisse in allen 16 Bundesländern zu sorgen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Bürgerinnen und Bürger, die Landwirtinnen und Landwirte erwarten zu Recht verlässliche politische Rahmenbedingungen. Nicht reden, sondern machen, Herr Rainer!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Logemann. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der AfD Herr Kollege Dannenberg. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Alfred Dannenberg (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute Vormittag, während wir hier im Niedersächsischen Landtag debattieren, findet bei einem guten Bekannten von mir, der ein sehr engagierter und innovativer Schweinehalter mit großem Betrieb ist, eine Krisensitzung statt - ungefähr jetzt gerade.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Boah!)

Es geht um das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl, das erst letztes Jahr vom grünen Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir gestartet wurde. In Aussicht gestellt wurden Förderzahlungen bei Maßnahmen zu mehr Tierwohl, wie zum Beispiel für Stroheinstreu, mehr Platz oder Außenklimaanreize.

Mein Bekannter hat ein Konzept gemacht. Er hat im Vorfeld aufwendig und umfangreich mit seinen Abnehmern verhandelt, damit ihm dieses Mehr-Tierwohl-Fleisch am Ende auch angemessen bezahlt werden würde. Und er wollte sich jetzt mit seinem Team dem Bauantrag widmen. Ursprünglich hieß es, bis 2030 könne man in dieses Programm einsteigen. Jedoch: Jetzt wurde nach nur anderthalb Jahren Laufzeit das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung schon wieder beendet, abrupt und ohne Vorwarnung durch den amtierenden Bundeslandwirtschaftsminister von der CSU.

Mein Bekannter wird mit hoher Wahrscheinlichkeit jetzt alles absagen. Denn die paar Monate, die noch als Restfrist für die Antragstellung gewährt werden, reichen ihm bei Weitem nicht aus. Seine ganzen Bemühungen und Verhandlungen im Vorfeld - für die Katz. Er ist stinksauer und sagte mir gestern noch am Telefon: Alfred, das zeigt, dass man der Politik nicht trauen kann. - Politikverdrossenheit lässt grüßen!

Ja, meine Damen und Herren, wir werden hier tatsächlich gerade wieder live und in Farbe Zeuge, wie schlecht es mitunter um die Verlässlichkeit der Politik steht. Zwar beschwören immer alle bei jeder Gelegenheit, wie wichtig doch Planungssicherheit für die Landwirte sei, aber gelebt wird es dann doch nicht - siehe dieses Debakel.

Ich habe bewusst ein wenig gewartet mit der Abgabe meines Redezettels, um erst einmal die Debattenbeiträge der beiden Gegenpole abzuwarten, also der Grünen, die dieses Thema gesetzt haben, und der Union, die in der Überschrift adressiert wird.

(Uwe Schünemann [CDU]: Das haben Sie doch aufgeschrieben!)

Natürlich will jeder die Fehler beim jeweils anderen sehen.

Vonseiten der Grünen hörte es sich ein bisschen so an, als wäre es um das Tierwohl jetzt ganz schlecht bestellt. Jedoch - das ist mitnichten so. Auch die konventionelle Tierhaltung in der Basisstufe ist keine Qualhaltung, sondern lässt angesichts der hohen Standards, die wir hierzulande haben, die Tiere bereits gedeihen. Sie legen an Gewicht zu und bringen Nachzucht hervor, wozu ein leidendes Tier gar nicht in dem Maße fähig wäre. Ich möchte hier unsere Landwirte ausdrücklich in Schutz nehmen, egal mit welcher Haltungsstufe sie arbeiten. Sie sind die Praktiker, sie kennen ihre Tiere, und sie können in der Regel deren Wohl und Wehe am besten einschätzen.

Und vonseiten der CDU? Da klang es sinngemäß ein bisschen so: Das Fördergeld sei nicht weg, es komme halt nur woanders her. Irgendwie kommt mir dieses Bonmot bekannt vor. Es gebe ja andere Förderwege, wie zum Beispiel über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings: Eine etwaige Förderung über diesen anderen Weg ist aktuell nicht gesichert und erscheint im Gegensatz zu einem gut ausgestatteten Förderprogramm des Bundes auch weniger attraktiv.

Welcher Ausblick bleibt - Stand heute? Aus Sicht der AfD kann ich hier nur einen dringenden Appell absetzen: Lasst unsere Landwirte nicht hängen, und erspart ihnen dieses "Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln"!

Planungssicherheit, meine Damen und Herren, ist eben mehr als nur ein Wort. Es gibt übrigens eine Reihe von Landwirten, die genau wegen dieser Sprunghaftigkeit der etablierten Politik überhaupt kein Vertrauen mehr haben in Förderprogramme des Staates. Denen ist das alles viel zu riskant, die lassen sich darauf überhaupt nicht mehr ein. Stattdessen besinnen sich diese Bauern auf das, was auch ohne Förderung läuft. Sie forcieren nichts, was der Markt nicht nachfragt, erst recht nicht aus ideologischen Gründen. Und sie lassen sich auch nicht mit Fördergeldern locken, um dann zum Beispiel zu erhöhten Kosten Fleisch aus höheren Haltungsstufen zu erzeugen, wenngleich noch ungewiss ist, ob am Markt auch stets ein höherer Preis dafür gezahlt wird.

Unabhängig davon, dass von der Regierung angebotene Förderprogramme auch angemessen lange laufen müssen, gilt ein Grundsatz: Umsichtig zu bleiben und Maß zu halten, hat schon so manchen Bauern betriebswirtschaftlich gesund gehalten. Mental gesund übrigens auch, meine Damen und Herren - seelische Gesundheit, die ich unseren Landwirten mehr wünsche denn je angesichts der Achterbahnfahrt der Gefühle, die ihnen von der etablierten Politik zugemutet wird.

In dem Sinne: Mögen die in Regierungsverantwortung Stehenden an ihrer Verlässlichkeit arbeiten!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dannenberg. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Landesregierung Frau Ministerin Staudte. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Miriam Staudte**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Mohrmann, Ihr Ablenkungsmanöver ist gescheitert. Jeder hier im Raum hat gemerkt, dass Sie kein Wort zu dem Umbauprogramm, das eingestampft wird, gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben versucht, alle möglichen Zitate aus der Vergangenheit als Argumentation heranzuziehen. Sie haben unerwähnt gelassen, dass das Umbauprogramm von einem grünen Bundesagrarminister ins Leben gerufen worden ist: Cem Özdemir hat als Erster überhaupt 1 Milliarde Euro lockergemacht, um den Umbau der Tierhaltung in Deutschland zu finanzieren. Das lassen Sie unter den Tisch fallen und behaupten hier, die Grünen würden sich nicht für die Tierhaltung in Deutschland einsetzen. Das ist die Unwahrheit!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie hätten ja vielleicht auch noch etwas zu Ihrer Tierschutzbeauftragten Frau Breher sagen müssen, wenn Sie über das Thema geredet hätten - Frau Breher, die anscheinend in Berlin keinen Einfluss hat, denn hier werden niedersächsische Interessen verletzt.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Oder es nicht will, weil sie als Staatssekretärin andere Aufgaben hat!)

Also: Es geht um die investive Förderung, die eingestampft wird, es geht um die konsumtive Förderung, die eingestampft wird - beides zulasten Niedersachsens.

Man muss sich das in Bezug auf die Fristen wirklich einmal anschauen! Nur derjenige, dessen Umbau bis zum 31. Dezember dieses Jahres anerkannt ist, bekommt auch die konsumtiven, also die laufenden Mehrkosten erstattet. Alle diejenigen, deren Anträge noch bis April bewilligt werden, gehen leer aus. Es ist also absolut kurzfristig, was da vom Bundesminister angezettelt worden ist.

Letztendlich pfeifen es die Spatzen von den Dächern, warum er das gemacht hat: Er hat im Wahlkampf den Ausstieg aus dem Stufenplan Agrardiesel versprochen. Er hatte keine Gegenfinanzierung. Deshalb hat er die eine Milliarde aus dem Umbauprogramm als Steinbruch benutzt, um dieses Versprechen schnell umzusetzen.

Gleichzeitig - das ist das Interessante - spricht er sich aber auch gegen den Tierwohl-Cent und gegen die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft aus, die in der letzten Runde gesagt hat, dass bei dem normalen Mehrwertsteuersatz von 19 % auf tierische Produkte genügend Geld da wäre, um diesen großen Umbau der Tierhaltung in Niedersachsen zu finanzieren.

Er verabschiedet sich also von der Borchert-Kommission - Borchert war ein CDU-Bundesagrarminister, der das mit den Umwelt- und Tierschutzverbänden sowie den Landwirtschaftsverbänden angeschoben hat -, er verabschiedet sich von der Zukunftskommission Landwirtschaft und bleibt letztendlich ohne Antwort. Da ist doch festgelegt worden: Der Umbau der Tierhaltung kann eben nicht allein von der Branche finanziert werden, sondern er muss gesamtgesellschaftlich getragen werden.

Nun hat er für den Haushalt 2026 kein Geld bekommen, und im beschlossenen 2025er-Haushalt ist der Agrarhaushalt des Bundes in absoluten Zahlen sogar noch etwas gekürzt worden.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Hier doch auch!)

- Nein! In absoluten Zahlen haben wir mehr Geld. Das wissen Sie ganz genau, Herr Hilbers. Versuchen Sie hier nicht, einen falschen Eindruck zu vermitteln!

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Christian Schroeder [GRÜNE]: Keine Ahnung vom Thema, aber rumbölken!)

Also immer schön bei der Wahrheit bleiben! Aber man kann es ja mal probieren.

Apropos Unwahrheiten: Der Bundesagrarminister erklärt: Das Umbauprogramm ist total schlecht nachgefragt worden, es gibt nur ganz niedrige Zahlen. Aber was nennt er für Zahlen? Die der bewilligten und ausgezahlten Mittel! Er nennt nicht die Zahlen der Antragstellungen. Allein aus Niedersachsen gab es 80 Anträge. 60 Millionen Euro Bundesmittel würden damit für den Umbau der Tierhaltung bereitstehen. Das ist die Wahrheit und nicht diese Schlechtrederei!

Fakt ist auch - einige Vorredner haben es angesprochen -: Diejenigen, die sich auf den Weg gemacht haben, bleiben zum Teil auf ihren Planungskosten sitzen. Und wir wissen doch alle, wie lange es dauert, bis man eine Baugenehmigung bekommt. Das Paradoxe ist doch, dass der Bundesagrarminister das auch ständig kritisiert, indem er sagt, es sei so schwer, eine Umbaugenehmigung zu bekommen Aber er berücksichtigt es nicht bei seiner Politik! Er sagt nicht: Die brauchen bestimmt zwei Jahre, bis die Baugenehmigung da ist, deswegen muss es Übergangsfristen geben usw. Nein, ratzfatz werden die Entscheidungen gefällt.

Die Umbaunotwendigkeit im Sauenbereich ist groß - das wurde auch schon angesprochen -: 2029 muss das Deckzentrum umgebaut sein, 2036 der Abferkelbereich. Das sind immense Summen.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Auf dem Rücken der Landwirte!)

Darauf brauchen wir Antworten.

Der Bundeslandwirtschaftsminister verspricht, dass 2029 Mittel über die GAK kommen, also Bundesmittel, die von den Ländern kofinanziert werden. Ich habe mich immer gefragt: Wie kommt er eigentlich auf 2029? Denn die Lücke bis dahin ist ja ganz schön groß. Aber das ist ganz einfach erklärt, wenn man einmal nachdenkt: Im Februar 2025 gab es Bundestagswahlen, plus vier Jahre, dann landet man im Februar 2029. Die Tierhalterinnen und Tierhalter müssen also mit ihrem Umbau warten, bis wieder die Zeit für Wahlkampfgeschenke gekommen ist. Das kann doch wohl nicht die Wahrheit sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Entscheidung trifft also die umbauwilligen Tierhalterinnen und Tierhalter ins Mark. Sie bedeutet einen Vertrauensverlust in die Politik und damit auch in die Demokratie. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, welchen Kollateralschaden er mit dieser Entscheidung angerichtet hat - das ist gerade schon von der rechten Seite aus angedeutet worden.

Aber in den überregionalen Medien lesen wir tolle Interviews mit unserem Bundesagrarminister, in denen er ganz stolz berichtet, wie viel Fleisch bei ihm zu Hause gegessen wird - und gar kein Tofu! Er suggeriert damit Unterstützung der Tierhaltung, garniert mit etwas Kulturkampfrhetorik. Wer aber genau nachdenkt, erkennt: Die pflanzlichen Proteine sind auch landwirtschaftliche Produkte. Also: Er isst viel Fleisch zu Hause. Das ist schön für ihn. Aber dafür können sich die niedersächsischen Tierhalterinnen und Tierhalter nichts kaufen.

Bitte, Herr Bundesminister: Fördern Sie den Umbau der Tierhaltung! Geben Sie finanzielle Zusagen! Und halten Sie nicht nur schöne Bierzeltreden, und geben Sie nicht nur Kulturkampfinterviews! Das reicht nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Noch ein Satz zur GAK: Die Länder müssen da immer 40 % zuschießen. Es ist gesagt worden: Für die reichen Länder ist es immer einfacher, alle Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Die Summen sind bislang nicht erhöht worden. Auf Bundesebene stehen konstant 907 Millionen Euro an GAK-Mitteln zur Verfügung. Wo ist also die große Umschichtung, von der gesprochen wird?

Ich habe auf der Agrarministerkonferenz, der AMK, versucht, das Thema zu platzieren. Ich habe natürlich einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von den Unionsländern abgelehnt worden ist. Mit Unterstützung von Mecklenburg-Vorpommern haben wir dann aber immerhin in einem anderen Beschluss zum Thema GAK aufgenommen - gemeinsam mit allen Ministerinnen und Ministern -, dass es für den Umbau der Tierhaltung mehr GAK-Mittel braucht.

Also: Vielleicht hat der Bundesminister noch ein bisschen Welpenschutz, aber ich glaube nicht, dass die anderen Agrarminister und -ministerinnen das auf Dauer so mitmachen werden.

## Vizepräsident Jens Nacke:

Frau Ministerin, ich erlaube mir den Hinweis, dass Sie Ihre Redezeit um drei Minuten überschritten haben.

Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vielen Dank, Ich komme zum Schluss.

Festzuhalten bleibt: Bundesminister Rainer ist bei seinem Haushalt leer ausgegangen. Er versucht, die Lücke zulasten der Tierhalterinnen und Tierhalter, zulasten Niedersachsens zu schließen. Und die Tierhaltung muss mit dem Umbau leider warten, bis mal wieder Zeit für Wahlkampfgeschenke ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin Staudte. - Es gibt eine weitere Wortmeldung: aus der CDU-Fraktion von Herrn Kollegen Dr. Mohrmann. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um dreieinhalb Minuten überzogen. Sie haben ebenfalls dreieinhalb Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Dr. Marco Mohrmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, herzlichen Dank. - Frau Ministerin Staudte, es bleibt die Frage - und dazu haben Sie sich mit keiner Silbe geäußert -, ob Sie sich jetzt auf den Weg machen, tatsächlich mehr GAK-Mittel für Tierwohl in Niedersachsen zu binden, ob Sie bereit sind, AFP-Programme anzupacken, und ob Sie noch mal überlegen, ob Ihr damaliger Ausstieg aus der Ringelschwanzprämie in Niedersachsen die richtige Entscheidung war.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Kein Wort zum Thema! Sprachlosigkeit!)

Darauf sind Sie in Ihren Ausführungen nicht eingegangen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mohrmann. - Herr Kollege Schroeder, Sie müssen einen Moment warten, da sich Frau Ministerin Staudte zu Wort gemeldet hat. Ich nehme sie jetzt erst noch dran.

(Zuruf von Ministerin Miriam Staudte)

- Nein, Frau Ministerin Staudte, das entscheide immer noch ich, wer hier redet.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Sie haben sich zu Wort gemeldet und um die Möglichkeit zur sofortigen Stellungnahme gebeten. Bitte schön!

**Miriam Staudte**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Mohrmann, selbstverständlich machen wir uns Gedanken darüber, wie wir da einsteigen können. Aber Sie wissen auch, dass zum Beispiel die AFP-Mittel begrenzt sind. Ich habe vorhin von 60 Millionen Euro gesprochen. Die AFP-Mittel umfassen 18 Millionen Euro für alles, was wir fördern, also Spot Spraying oder den Umbau von Ställen anderer Tierarten. Und das Geld wird ja nicht mehr.

Neulich waren Sie doch bei der Geflügelbranche und haben sich da starkgemacht. Haben Sie dort auch gesagt, dass die Geflügelbranche weniger Geld bekommt, wenn wir Mittel aus dem AFP-Bereich für die Schweinehaltung verwenden müssen?

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Natürlich nicht!)

Wir schauen selbstverständlich, was wir machen können. Wir werden uns mit der Branche darüber austauschen, an welchen Stellen die Notwendigkeit am größten ist.

Zum Thema Ringelschwanzprämie - Sie haben es jetzt zum zweiten Mal falsch dargestellt -: Die Ringelschwanzprämie in Niedersachsen konnte nicht fortgeführt werden, weil es ein Bundesförderprogramm ebenfalls für laufende Kosten gab. Das wissen Sie ganz genau. Versuchen Sie nicht, den Eindruck zu erwecken, wir hätten ein gut funktionierendes Programm eingestampft! Es ist fortgesetzt und um investive Maßnahmen ergänzt worden.

Das war die einzige konkrete Antwort, die es in den letzten Jahren für die Tierhalterinnen und Tierhalter gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Ministerin Staudte. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Schroeder. Bitte schön!

#### Christian Schroeder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Mohrmann, ich verstehe, dass Sie noch mal versuchen abzulenken. Nur, die klare Aussage von uns, von der SPD und den Grünen,- war doch: Wir gucken erst mal, wie wir das Geld sichern, das uns zugesagt worden war, das wir den Landwirtinnen und Landwirten versprochen haben. Und wenn das nicht klappt - wenn Sie uns nicht dabei unterstützen, dieses Geld zu retten -, dann müssen wir uns über alternative Finanzierungsmöglichkeiten unterhalten.

Das habe ich vorhin auch gesagt. Aber lassen Sie uns doch bitte erst mal versuchen, das zugesagte Geld zu retten und nicht einfach so herzugeben!

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Schroeder.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt der Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wir kommen zu:

b) Familien steuerlich entlasten statt belasten. Ehegattensplitting erhalten - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8592

Dazu hat sich zu Wort gemeldet: für die einbringende Fraktion der AfD Herr Kollege Lilienthal. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich möchte den Landtag heute einladen, mit uns über ein wichtiges Thema zu diskutieren, nämlich über den wahrscheinlich brachialsten Steuererhöhungsvorschlag der letzten Dekaden - zum Nachteil von Familien, zum Nachteil von Ehen. Das hat mich nicht wirklich gewundert, denn die Institution Ehe und die Institution Familie sind linken Kräften sowieso immer suspekt.

(Eva Viehoff [GRÜNE]: What?)

Dabei sind sie der Glutkern jeder funktionierenden Gemeinschaft, aber auch der Ort, an dem Selbstbestimmung gelebt wird.

Sie, meine Damen und Herren, wollen die Axt an das Ehegattensplitting legen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Dabei sah das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene noch ganz gut aus, in dem es heißt: Wir stellen Leistungsträger und Familien in den Mittelpunkt. Jetzt ist es nicht immer gut, im Mittelpunkt zu stehen, aber ich fürchte, die Leistungsträger und die Familien haben sich das anders vorgestellt - anders als das, was jetzt gekommen ist.

Sie reiten hier einen Frontalangriff gegen den Geldbeutel der Familien, vor allem aber auch gegen die Gestaltungsfreiheit des ehelichen Zusammenlebens. Dabei wäre doch das Gegenteil richtig, liebe Kollegen: Familien müssen doch Wertschätzung erfahren und gefördert werden. Es ist doch uninteressant, ob nun der Vater und/oder die Mutter arbeitet, ob man sich abwechselt, ob phasenweise nur einer arbeitet - das ist das von Ihnen so verhasste Modell der Alleinverdienerfamilie, das früher auch mal möglich war. In diese Entscheidung braucht sich Politik nicht einzumischen. Diese Entscheidung liegt ausschließlich in den Händen der Familie, liebe Kollegen.

### (Beifall bei der AfD)

Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes hat ein Alleinstellungsmerkmal. Dort wird von einem natürlichen Recht gesprochen - das gibt es im Grundgesetz sonst nicht. Und zwar ist dort die Rede vom natürlichen Recht der Eltern, die Pflege und Erziehung ihrer Kinder selbst auszugestalten.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Können auch zwei Frauen Eltern sein?)

Für diese Pflege und Erziehung brauchen die Familien nicht die Ratschläge des Papstes, nicht von Ihnen, Frau Camuz, nicht vom Kaiser von China und mit Sicherheit nicht von der SPD-Bundestagsfraktion.

# (Beifall bei der AfD)

Die Regelungen des Ehegattensplittings unterstreichen diese Freiheit, und sie sind übrigens diskriminierungsfrei. Das Steuerrecht diskriminiert nicht, es ist egal, ob ein Mann oder eine Frau arbeitet - oder ob Partner in einer gleichgeschlechtlichen Ehe arbeiten. Das kennt das Steuerrecht nicht. Hautfarbe, Ethnie - ist völlig egal. Es geht einfach nur um Gestaltungsfreiheit der Familien.

Liebe Kollegen, das Ehegattensplitting wäre doch allenfalls in Richtung eines Familiensplittings weiterzuentwickeln. Das wäre doch mal ein Ansatz, der dem familienpolitischen Weiterkommen dieses Landes wirklich Rechnung tragen würde. Wir sind ein

rohstoffarmes Land. Wir sind doch auf Kinder angewiesen. Wir wissen doch seit Jahrzehnten, dass Fachkräfte hier selber gemacht werden, gut ausgebildet werden und nicht mit dem Schlauchboot übers Mittelmeer kommen.

## (Beifall bei der AfD)

Aber letztendlich ist das ein Tarnvorschlag, der in den Medien als sozialpolitischer Vorschlag verkauft wird - und das ist er nicht. Es ist ein finanzpolitischer Vorschlag, weil Sie nämlich trotz hoher Steuereinnahmen, trotz Schulden ohne Ende, trotz Sondervermögen immer noch nicht klarkommen. Sie wollen die 25 Milliarden Euro heben, die diese Steuererhöhung für Familien bedeuten würde.

Sie kommen einfach nicht klar. Sie kriegen es nicht hin, die Ausgabenseite im Blick zu behalten, und greifen deshalb jetzt diejenigen an, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind - nämlich unsere Familien. Aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir sind der Stock im Getriebe.

(Dr. Andreas Hoffmann [GRÜNE]: Der Stock im Getriebe!)

Wir werden Ihnen auf jeden Fall das Handwerk legen: für unsere Familien, für die Freiheit und vor allem für die Selbstbestimmung.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von den GRÜNEN: Meine Güte!)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Lilienthal. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD Herr Kollege Meyer. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

# Björn Meyer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute Morgen musste ich erst mal gucken, ob ich mit Hannover den richtigen Bahnhof ausgewählt habe, denn wir sprechen gerade über ein Thema, das eigentlich in Berlin diskutiert wird - aber okay.

(Zurufe von der AfD)

Wir haben über den Bundesrat natürlich gewisse Eingriffsmöglichkeiten, und meinetwegen können wir uns mit dem Thema einmal grundsätzlich beschäftigen.

Aber ich muss auch sagen: Wenn Sie in einer Aktuellen Stunde Bundespolitik auf die Tagesordnung

heben, spricht das ja wohl ganz eindeutig für die Arbeit unseres Ministerpräsidenten Olaf Lies und seiner Mannschaft. Denn dann haben Sie offensichtlich in Niedersachsen keine Themen gefunden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, haben Sie einen Ehegatten schon einmal sagen hören: "Für mich wird es sich wohl nicht lohnen, noch mehr zu arbeiten"? Ich glaube, wohl. In der Regel sind diese Ehegatten gerade dann nicht im Unrecht, wenn der andere Partner - und meistens ist es *der* Partner - besonders viel verdient. Freibeträge sind schon verbraucht, und der sogenannte Grenzsteuersatz, der für jeden zusätzlich verdienten Euro bezahlt werden muss, liegt im Extremfall über 50 %. Es ist also möglich, dass man selbst relativ wenig verdient, aber trotzdem für jeden dazuverdienten Euro schon den Höchststeuersatz zahlen darf.

Sehr geehrte Damen und Herren, das motiviert nicht unbedingt dazu, mehr zu arbeiten. Das ist übrigens auch ganz unabhängig davon - und das ist das Entscheidende bei der Frage, ob ich über Familien spreche oder über ein Steuerprivileg -, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht. Denn das Ehegattensplitting bevorteilt auch Menschen, die keine Kinder haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Damit, meine Damen und Herren, wird ein althergebrachtes Rollenbild zementiert.

Sehr geehrte Damen und Herren der AfD, Sie wollen mit dieser Aktuellen Stunde vermeintlich die Familie verteidigen, doch in Wahrheit verteidigen Sie ein Rollenbild der 1950er-Jahre, ein Familienbild, das längst nicht mehr der Lebensrealität vieler Menschen in Niedersachsen entspricht.

(Stephan Bothe [AfD]: Vielleicht ja schon! Das haben Sie ja nicht zu entscheiden!)

Sie sprechen vom Erhalt des Ehegattensplittings und auch von der Erweiterung auf das Familiensplitting, als ginge es darum, Familien zu schützen. Doch tatsächlich schützt dieses System vor allem eines: das traditionelle Alleinverdienermodell.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Ulf Thiele [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

- Genau so ist es.

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Herr Kollege Meyer, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: vom Kollegen Hilbers. Wollen Sie dem entsprechen?

Björn Meyer (SPD):

Gerne.

### Vizepräsident Jens Nacke:

Bitte schön, Herr Kollege!

## Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Kollege Meyer, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass, wenn Sie das Ehegattensplitting abschaffen, dies zunächst einmal eine massive Steuererhöhung für ganz viele bzw. für die überwiegende Anzahl der Familien in Deutschland bedeuten würde?

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

## Björn Meyer (SPD):

Herr Kollege Hilbers, das wäre grundsätzlich so, wenn man kein Alternativmodell einführen würde, das mittlere und geringere Einkommen entsprechend entlasten würde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Denn das aktuelle Modell bevorteilt vor allen Dingen besserverdienende Familien und benachteiligt solche mit mittleren und geringeren Einkommen. Insofern müsste man natürlich über Alternativmodelle nachdenken. Dann hätten wir keine Steuererhöhung, sondern eine Entlastung an der richtigen Stelle.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Klaus Wichmann [AfD]: Das machen wir dann nachher! Erst mal abschaffen!)

Zurück zu den Kollegen von der AfD.

Bei der Einführung im Jahre 1958 war der Gedanke wahrscheinlich sogar fortschrittlich.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts!)

Heute aber ist es schlicht nicht mehr gerecht, das Ehegattensplitting so beizubehalten, auch wenn es wahrscheinlich noch Jahre lang bleiben wird.

Der Kollege Hilbers hat ja gerade schon gefragt, was finanziell dahintersteckt: Rund 20 Milliarden

Euro geben wir als Staat im Jahr für das Ehegattensplitting aus. Das ist Geld, das überwiegend an Haushalte mit hohem Einkommen fließt. Das ist Geld, das überwiegend an Haushalte fließt, in denen einer sehr viel verdient und die andere Person sehr wenig.

Sie sprechen auch das Familiensplitting an: Das kostet uns noch einmal ungefähr 20 Milliarden Euro - das ist die Minimalschätzung. Wenn wir das auf Niedersachsen runterrechnen würden, wären wir bei ungefähr 1 Milliarde Euro. Das ist übrigens das nächste Steuergeschenk, das Sie - nach der Grunderwerbssteuer im letzten Monat - hier versprechen. Diese Milliarde sehe ich dann hoffentlich auch in Ihrem Änderungsantrag zum Haushalt 2026.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, damit wirkt das Familiensplitting weniger familienpolitisch und mehr einkommenspolitisch, und zwar zulasten vieler kleinerer und mittlerer Einkommen. Wenn Sie Familien also wirklich entlasten wollen, dann sagen Sie bitte ehrlich, welche Familien Sie meinen: Sind es die Alleinerziehenden, die jeden Monat kämpfen, um Miete und Lebensunterhalt zu stemmen? Sind es Eltern, die beide arbeiten, um Wohnen, Energie und Lebensmittel zu bezahlen? Oder sind es Ehepaare mit hohem Einkommen, bei denen der eine Partner viel verdient und der andere wenig? Genau die wollen Sie nachhaltig entlasten, und das, meine Damen und Herren, ist nicht gerecht.

Übrigens, nebenbei bemerkt: Gerade, wenn Sie das Familiensplitting noch dazunehmen wollen, ist Ihre Aktuelle Stunde auch nicht gerade ein Vorschlag zum Bürokratieabbau. Das Ehegattensplitting macht das Steuerrecht nicht gerade einfacher, sondern komplizierter.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: So kompliziert ist das nun auch nicht!)

Herr Lilienthal, Sie haben in der Finanzverwaltung gearbeitet. Die Zusammenveranlagung ist das eine. Aber das andere ist, wenn ein Ehegatte die Aufteilung der steuerlichen Gesamtschuld beantragt. Dann wird es richtig kompliziert. Wenn ich mir das für Familien vorstelle, wird es richtig spannend. Dann wird die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern nicht unbedingt weniger.

Unsere Haltung als SPD ist klar: Wir wollen Familien stärken - alle Familien. Wir wollen gezielt in Kinder investieren, in Betreuung, in Chancengerechtigkeit.

Dazu finden Sie - und da kommen wir endlich zur Landespolitik - vieles im Haushalt 2026:

(Beifall von Marten Gäde [SPD])

zum Beispiel die Unterstützung der Kommunen mit 250 Millionen Euro für Kita-Personal, zum Beispiel 1 350 zusätzliche Lehrkräfte, zum Beispiel Tablets für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse. Familienpolitik ist zum Glück mehr als Steuerpolitik.

Wir als Sozialdemokraten möchten alle Familien entsprechend entlasten. Dazu gehören die klassischen Ehepaare mit Kindern - zum Beispiel meine Familie -, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien und Patchwork-Familien. Denn alle Kinder haben das Recht auf Unterstützung, und alle Kinder haben das Recht auf Bildung und gute und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU Herr Kollege Seebeck. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

#### Claus Seebeck (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig in Ordnung, eigentlich sogar normal, dass wir uns in der Aktuellen Stunde auf bundespolitische Themen beziehen. Das war gerade vorher auch der Fall.

Aber das, was die AfD hier regelmäßig betreibt, ist keine politische Auseinandersetzung, sondern im Grunde schon eine Inszenierung.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Klaus Wichmann [AfD]: Das ist eine steile Behauptung!)

Die AfD nutzt den Landtag als Bühne für bundespolitische Stimmungsmache. Das haben wir eben schon an der Tonalität gehört. Bei jedem Stöckchen, das in Berlin fallen gelassen wird, wird losgesprungen, und die AfD lädt zu einem neuen Akt ihres Dauerstücks "Wie treibe ich einen Keil in Gesellschaft und Politik?" ein - laut, populistisch, inhaltlich fragwürdig.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der AfD) Und warum? Weil es sich gut anhört, wenn man sich, wie in diesem Fall, vermeintlich als Partei der Familien aufspielt, weil man mit großen Worten punkten will, aber ohne Verantwortung, ohne Konzept und, wie hier, ohne Zuständigkeit. Statt über die tatsächlichen Herausforderungen unserer Familien zu sprechen, über Kita-Plätze, Ganztagsschule oder Entlastung in der Pflege, wird hier aufgrund von Äußerungen aus den hinteren Reihen der Bundespolitik ein Steuerthema aufgeblasen, das mit unserer Landespolitik und mit seriöser Familienpolitik nichts zu tun hat.

Meine Damen und Herren, das ist kein Beitrag zur Familienpolitik. Das ist reine Showpolitik auf Kosten der Ernsthaftigkeit dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für uns Christdemokraten ist klar: Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Sie verdient Respekt, Unterstützung und vor allem Verlässlichkeit. Das Ehegattensplitting ist Ausdruck dieser Verlässlichkeit. Es sorgt für steuerliche Gerechtigkeit, weil es anerkennt, dass Partner füreinander einstehen, auch dann, wenn einer der beiden weniger verdient, weil er Kinder erzieht oder Angehörige pflegt. Und es steht unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes. Artikel 6 ist da ganz eindeutig.

(Beifall bei der CDU)

Das Ehegattensplitting ist kein Privileg, sondern Ausdruck steuerlicher Fairness. Die Einkommen beider Ehepartner werden zusammengezählt, halbiert, dann wird die Steuer jeweils nach dem entsprechenden Tarif berechnet und anschließend die Summe verdoppelt. Dadurch wird die steuerliche Progression gemildert; es wird also verhindert, dass ein Ehepaar stärker besteuert wird, nur weil ein Partner mehr verdient als der andere. Das Splitting schützt damit Familien vor einer höheren Steuerbelastung und stärkt das gemeinsame Wirtschaften in der Ehe. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist das Splitting ein wichtiger Stabilitätsfaktor für Familienhaushalte.

Es entlastet vor allem Familien mit mittleren Einkommen und schafft Planungssicherheit - das, was Familien am meisten brauchen. Deswegen sagen wir als CDU: Das Ehegattensplitting bleibt! Aber wir werden es weiterentwickeln, mit Maß und Vernunft, und zwar nicht, weil wir mit Traditionen brechen, sondern weil wir Verantwortung tragen. Familien sind heute vielfältiger. Die Lebensmodelle haben sich verändert, und Kinder gehören dabei ins Zentrum moderner Familienpolitik. Darum wollen wir, dass Kinder künftig stärker berücksichtigt werden, eventuell über einen Kinderfaktor. Denn wer Familien stärkt, muss auch diejenigen fördern, die unsere Zukunft tragen. Im wirklichen Leben sind die Kinder unsere Zukunft und das wahre Gold unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Familien sind der Ort, an dem Verantwortung, Werte und Zusammenhalt gelebt werden. Wenn sie stark sind, ist auch unser Land stark. Deshalb brauchen sie keine politischen Experimente, sondern verlässliche Rahmenbedingungen. Familien planen ihr Leben langfristig, mit Blick auf Arbeit, Wohnen, Kinder, Pflege und auch Finanzen. Wenn steuerliche und gesetzliche Regelungen ständig geändert werden, entsteht Unsicherheit. Verlässliche Familienpolitik bedeutet, Rahmen zu setzen, die bleiben und Stabilität schaffen.

Damit dies so bleibt, brauchen wir niemanden, der einen Stock ins Getriebe wirft, wie es eben von der AfD gesagt wurde, sondern dafür steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit konstruktiven Lösungen. Unter der Leitung von Friedrich Merz und Carsten Linnemann wird ein Konzept erarbeitet, das Folgendes vorsieht: Ehegattensplitting erhalten, Kinder stärken, Familien entlasten - mit Bedacht, ohne Chaos, ohne Populismus.

Die AfD versucht, diese Debatte zu kapern; wir haben es hier gehört. Sie nimmt ein kompliziertes und sensibles Steuerthema und verwandelt es in eine populistische Schlagzeile. Doch das ändert nichts an der Tatsache, dass das Ehegattensplitting verfassungsrechtlich begründet, sozialpolitisch bewährt und gesellschaftlich gerechtfertigt ist. Wir machen Familienpolitik mit Prinzipien und nicht mit Parolen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Verantwortung statt Verführung. Das ist Politik mit Haltung statt Theater mit Applaus. Das ist christdemokratische Familienpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Seebeck.

Bevor der nächsten Rednerin das Wort erteilt wird, wechseln wir im Sitzungsvorstand. Deswegen bitte ich um einen kleinen Moment Geduld.

# (Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer übernimmt den Vorsitz)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Rednerin ist: von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Schneider. Bitte kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Pippa Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zugeben: Als ich den Titel der Aktuellen Stunde der AfD-Fraktion gelesen habe, war ich doch ein bisschen überrascht: Ehegattensplitting. Ja, dazu gab es in der schwarz-roten Koalition auf Bundesebene Diskussionen, aber eben genau dort - auf Bundesebene. Es ist also spannend, dazu hier jetzt eine landespolitische Runde zu machen.

(Zurufe von der AfD: Das haben Sie doch eben auch gemacht!)

Aber vielleicht sind Ihnen die Landesthemen für dieses Plenum einfach ausgegangen.

Ich vermute leider, dass es Ihnen hier überhaupt nicht darum geht, irgendeinen landespolitischen Beitrag zu leisten. Es geht Ihnen doch vielmehr darum, gegen die Selbstbestimmung von Frauen zu hetzen, die Gleichstellung - Ihr Hassthema - anzugreifen und damit ganz plumpen Antifeminismus zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber gut, beschäftigen wir uns mal inhaltlich mit dem Ehegattensplitting! Die SPD hat hierzu auf Bundesebene einen sehr richtigen Vorstoß gewagt, nämlich mit der Forderung nach einer Reform dieses Splittings. Das Ehegattensplitting wurde 1958 eingeführt und kommt damit aus einer Zeit, in der es durchaus sinnvoll war, Frauen durch eine Ehe finanziell abzusichern. Heutzutage hat sich aber die gesellschaftliche Realität längst weiterentwickelt. Und damit ist das Ehegattensplitting nur noch eines: überholt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Ehegattensplitting bevorzugt Alleinverdienerehen. Das heißt, in der Entscheidung, wer von zwei Ehepartnern wie viel arbeiten geht, kommt oft die Frage auf: Lohnt sich das überhaupt mit einem zweiten, kleineren Einkommen, oder geht davon eh ein Großteil wieder durch die Steuern verloren? Das setzt genau den falschen Anreiz, nämlich für Zweitverdiener in Gutverdienerehen den Anreiz, gar nicht oder nur sehr wenig zu arbeiten. Leidtragende sind dabei in den allermeisten Fällen die Frauen. Sie haben nämlich keine echte Wahlfreiheit, sondern sind in ökonomischen Zwängen gefangen.

Und genau diese Wahlfreiheit für Frauen ist uns als Grünen-Fraktion besonders wichtig. Wir wollen nicht Ehen stärken, sondern Familien!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit dieser Meinung stehen wir auch nicht furchtbar alleine da. Laut dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung reduziert die Abschaffung des Ehegattensplittings die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt. Auch der Sachverständigenrat für Wirtschaft, der die Bundesregierung berät, rät zu einer Reform des Ehegattensplittings. Und sogar der IWF rät zur Abschaffung: Von ihm wird das Ehegattensplitting als einer der Gründe aufgeführt, warum in Deutschland 2,3 Millionen Frauen weniger als Männer erwerbstätig sind. Dieser Anreiz wird noch dadurch verstärkt, dass nicht arbeitende Ehefrauen über den Partner in der Krankenversicherung mitversichert sind. Damit stecken Frauen häufig in steuerbegünstigten Minijobs fest. Das führt dann später häufig in die Altersarmut.

Vor diesem Hintergrund, was Sie uns hier vorgeworfen haben, können Sie diese Kritik also genauso gut an Wissenschaftsinstitute, an die Wirtschaftsweisen und an den IWF richten - alle nicht unbedingt die Speerspitze von linksradikaler Politik. Und trotzdem sind diese sich einig, was den Reformbedarf hierzu angeht.

Für die Umsetzung dieses Reformbedarfs gibt es gute Konzepte. In neuen Ehen sollen die Menschen individuell besteuert werden, mit einem übertragbaren Grundfreibetrag. Das sorgt auch dafür, dass damit nicht mehr immens große Einkommensunterschiede zwischen den Partnern belohnt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber um all diese Inhalte geht es Ihnen von der AfD-Fraktion doch auch eigentlich gar nicht. Es geht Ihnen nur darum, Ihr veraltetes Familienbild, Ihr veraltetes Rollenmodell zu verbreiten. Gleichstellung ist Ihnen ein Fremdwort. Frauen sollen Ihrer Meinung nach an den Herd, sollen sich um Haus und Hof kümmern. Das ist ein Rollenbild von vorgestern, mit dem Sie hier versuchen, rechten Kulturkampf zu fahren.

Aber da machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir setzen uns für selbstbestimmte Entscheidungen von Frauen, für Wahlmöglichkeiten und für den Feminismus ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Schneider. - Erneut zu Wort gemeldet hat sich: von der Fraktion der AfD Herr Lilienthal. Herr Lilienthal, kommen Sie nach vorne! Sie haben noch 1:24 Minuten Redezeit.

(Beifall bei der AfD)

### Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich will mal beim Frauenbild anfangen. Das ist schon ziemlich frivol: Wir haben eine Bundesvorsitzende, die in einer gleichgeschlechtlichen Ehe lebt. Das ist bei uns überhaupt kein Thema.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das steht im Wahlprogramm!)

Immer zuzuspitzen, dass wir die Frau am Herd sehen wollen - ich denke, ich habe gerade erst ausführlich ausgeführt, dass das gar nicht unsere Intention ist.

Wir wollen aber - jetzt komme ich zum Thema - die Familie stärken. Richtig, Kollege Meyer, Sie haben recht, ich habe das in den Mittelpunkt meiner Rede gestellt - und halte das auch für richtig. Ich freue mich darüber, dass es in den 1950er-Jahren möglich war, dass nur ein Verdiener - in Klammern: Geschlecht egal - in der Lage war, eine Familie zu ernähren.

(Beifall bei der AfD)

Das ist ein Zustand, den ich persönlich für richtig und erstrebenswert halte. Er ist im Moment aber nicht hergestellt, weil zum Beispiel die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün im Bund, aber auch im Land katastrophal ist. Da nimmt das seinen Anfang.

Zur Sozialpolitik der SPD sei noch eines angemerkt: An die wirklich heißen Themen gehen Sie doch nicht ran, weder auf Bundes- noch hier auf Landesebene! Wir haben doch im Moment den Zustand, dass Besserverdiener mit Kindern über den Kinderfreibetrag de facto mehr Kindergeld bekommen. Das wissen Sie so gut wie ich. Das ist tatsächlich ein unerträglicher Zustand, so nach dem Motto: Die Kinder reicher Leute brauchen ja auch mehr Geigenunterricht und so.

Da gehen Sie, da geht die SPD seit Jahrzehnten nicht bei. Das wäre mal ein Punkt, damit könnten Sie hier wirklich was bewegen. Aber dazu kommt es nicht. Stattdessen wird sich hier hingestellt und uns - nachdem wir jetzt den dritten Tagesordnungspunkt in Folge über bundespolitische Themen und sogar über Europathemen gesprochen haben - das jetzt vorgeworfen. Wenn Sie nichts anderes ins Feld führen können, bin ich sehr zufrieden.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet: der Finanzminister Herr Heere. Herr Heere, kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Gerald Heere, Finanzminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich betonen, dass die Überschrift zu dieser Aktuellen Stunde komplett irreführend ist: Erstens möchte niemand Familien zusätzlich steuerlich belasten. Zweitens ist die hier von Ihnen an die Wand gemalte ersatzlose Abschaffung des Ehegattensplittings unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Gegebenheiten ohnehin nicht möglich.

Hier werden nur Befürchtungen geschürt, die keine faktische Grundlage haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Derzeit ist - durchaus zu meinem Bedauern - nicht mal eine konkrete gesellschaftliche Debatte zu einer begrenzten Reform des Ehegattensplittings erkennbar. Es handelt sich bei dieser überhaupt nicht aktuellen Stunde insofern nur um eine wortgewaltige Gespensterdebatte.

Um es klar zu sagen: Eine steuerliche Unterstützung von Familien, insbesondere mit Kindern, ist nicht nur in der Landesregierung, sondern auch heute hier im Haus breiter politischer Konsens, und alle Fraktionen haben hier auch Weiterentwicklungsbedarfe angemahnt. Das ist ein gutes Signal, das mich ausdrücklich freut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Kern der Sache. Der Kern des Ehegattensplittings ist durch das Grundgesetz und die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geschützt. Sinngemäß steht dahinter der Gedanke, dass in einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft die Partner\*innen - also Partnerinnen oder Partner in unterschiedlichen Konstellationen - auch wirtschaftlich füreinander einstehen. In unserem progressiven Steuersystem würde es zu einem steuerlichen Nachteil führen, wenn eine bzw. einer der Partner\*innen erheblich mehr verdient. wofür es zahlreiche Gründe geben kann. Dem wirkt das Ehegattensplitting entgegen, indem effektiv nur das Durchschnittseinkommen beider Personen besteuert wird. - So weit der nachvollziehbare Grundgedanke.

Heutzutage - das ist in der Debatte vielfach angesprochen worden - gibt es Gründe, warum es Reformbedarf gibt und warum hier alle auch eine Reform diskutieren würden:

Zum einen hat sich - auch das ist angesprochen worden - das Bild davon, was Familie ist, seit der Einführung des Splittings in den 50er-Jahren erheblich weiterentwickelt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Familie bedeutet nicht mehr nur Alleinverdiener, Ehemann, Ehefrau, leibliche Kinder, sondern ist vielfältiger geworden - und das ist auch gut so. Mehr Ehen werden heute geschieden, viele Partnerschaften ohne Trauschein sind dagegen über Jahrzehnte stabil. In Familien mit oder ohne Trauschein werden liebevoll Kinder großgezogen, von modernen Patchwork- oder Regenbogenfamilien ganz zu schweigen.

Dieser Vielfalt von Familienkonstellationen wird das gegenwärtige System nur eingeschränkt gerecht. Insofern muss sicher diskutiert werden, ob weiter vor allem der Trauschein oder nicht doch viel stärker die solidarischen Familienleistungen steuerlich gefördert werden sollten.

Außerdem kann das aktuelle System des Ehegattensplittings durchaus den Anreiz verringern, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen oder mehr Stunden zu arbeiten. Herr Kollege Meyer hat es eben angesprochen. Das ist der Fall, weil die Steuerbelastung bereits für den ersten hinzuverdienten Euro relativ hoch ist.

Dies betrifft vor allem Frauen etwa nach der Familienphase und führt nach meiner Einschätzung sowie laut vielen Experten und Expertinnen dazu, dass potenziell nicht nur hergebrachte Rollenbilder gefestigt werden. Nein, dieser Fehlanreiz sorgt auch dafür, dass dem Arbeitsmarkt in großer Zahl hervorragend ausgebildete Fachkräfte entzogen werden ein Umstand, den wir uns gerade angesichts des demografischen Wandels nicht mehr leisten können und auch nicht mehr leisten sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt zahlreiche Reformansätze, die dieses Problem mildern könnten und die in Fachkreisen diskutiert und in anderen Staaten auch angewendet werden. Konzepte mit Namen wie "Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag", "Realsplitting mit übertragbarem Grundfreibetrag" oder "Kinder- bzw. Familiensplitting" zeigen schon, dass die Feinheiten, wie gewohnt, sehr komplex sind. Sie zeigen aber auch, dass sinnvolle Reformansätze möglich wären und auch einen Mehrwert für die Familien und die Gesellschaft bieten können.

Eine gesellschaftliche und politische Debatte über eine echte und sinnvolle Weiterentwicklung des Ehegattensplittings hielte ich daher in einem sachlichen und unaufgeregten Rahmen für dringend und sehr wünschenswert.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Herr Minister.

Wir haben damit den Punkt b der Aktuellen Stunde beendet und damit auch die gesamte Aktuelle Stunde beendet. Wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

Zur Einbringung hat sich die Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung Frau Behrens gemeldet. Frau Behrens, kommen Sie gern nach vorne!

(Beifall bei der SPD)

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bringe heute den Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich ein. Damit, meine Damen und Herren, erfüllen wir eine wesentliche verfassungsrechtliche Verpflichtung. Denn die Verteilung der Mittel des Landes auf die Kommunen muss regelmäßig überprüft und, sofern erforderlich, gesetzlich angepasst werden. Genau das tun wir mit diesem Gesetzentwurf.

Dabei geht es nicht um Kürzungen. Es geht auch nicht um weniger Geld für unsere Kommunen. Es geht alleine darum, die vorhandenen Mittel fair und zeitgemäß zu verteilen. Die Mittel, die das Land den Kommunen insgesamt bereitstellt, bleiben unverändert und unangetastet. Pro Jahr vergeben wir über den kommunalen Finanzausgleich etwa 5,6 Milliarden Euro. Diese Summe ist unverändert. Aus dem Landeshaushalt fließt weiterhin jeder dritte Euro an die Kommunen. Auch das wird durch diesen Gesetzentwurf nicht berührt.

Darüber hinaus haben wir, wie Sie wissen, erhebliche Unterstützungs-, Investitions- und Entlastungsmaßnahmen sowohl vom Bund als auch vom Land aufgebracht, um die Kommunen zu stärken. Auch das alles wird von diesem Gesetzentwurf zum kommunalen Finanzausgleichs nicht berührt.

Wir reden heute über den kommunalen Finanzausgleich und die Frage, wie diese Mittel innerhalb der kommunalen Familie - also zwischen den Landkreisen, den Gemeinden und Städten und kreisfreien Städten - gerecht verteilt werden. Zur Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs haben wir eine unabhängige

Expertenkommission eingesetzt, die mit Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie einem externen Wissenschaftler besetzt war. Die Kommission hat den Gutachtenauftrag einvernehmlich abgestimmt und die transparente und methodisch sauber durchgeführte Begutachtung auch eng begleitet.

Das Ergebnis ist eindeutig. Die Grundstruktur des Finanzausgleichs in Niedersachsen hat sich bewährt. Ein kompletter Systemwechsel ist daher nicht nötig. Aber es gibt deutliche Verschiebungen bei den Aufgaben und Finanzen zwischen den kommunalen Ebenen und innerhalb der Kreisebene, die wir berücksichtigen müssen.

Die letzte grundlegende Überprüfung liegt fast zehn Jahre zurück. Seither hat sich viel verändert, und genau deshalb ist die Anpassung überfällig und auch verfassungsrechtlich geboten.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, das Gutachten zeigt: Rund 142 Millionen Euro verschieben sich zugunsten der Gemeindeebene.

Innerhalb der Mittelverteilung auf der Kreisebene sinkt der Soziallastenansatz, weil der Bund in den vergangenen Jahren höhere Erstattungen für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II zahlt.

Auch der Anteil, der nach der Fläche der Landkreise verteilt wird, ist leicht rückläufig. Maßgeblich dafür sind die Zuschussbedarfe im Bereich Schülerbeförderung und Kreisstraßen, die nur moderat angestiegen sind.

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Behrens, entschuldigen Sie, dass ich Ihnen ins Wort falle! Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: von Herrn Marzischewski-Drewes. Möchten Sie die zulassen?

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Nein, ich trage zum Gesetzentwurf vor, und danach beginnt die Beratung.

Der Anteil der Mittel auf der Kreisebene, der ausschließlich über die Einwohnerzahl verteilt wird, steigt demzufolge zwangsläufig an.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass diese Veränderungen kontrovers diskutiert werden. Das werden Sie in der Ausschussberatung sicherlich intensiv auch tun. Der Landkreistag lehnt die Neuberechnung des Aufteilungsverhältnisses ab und hat ein Gegengutachten hierzu vorgelegt. Diese Kritik nehmen wir ernst. Es ist aber auch deutlich zu sagen: Das Gegengutachten basiert auf einer anderen Datenbasis und ist mit dem Gutachten des Landesamtes für Statistik nicht vergleichbar. Kurz gesagt: Es werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Daher, meine Damen und Herren: Das - übrigens auch mit den kommunalen Spitzenverbänden - vereinbarte Verfahren der Expertenkommission halten wir für korrekt, und deswegen halten wir daran auch fest.

Wir alle wissen: Viele Kommunen stehen aktuell unter großem finanziellem Druck. Die Überprüfung der gerechten, verfassungsrechtlich gebotenen Verteilung ist ein sehr schwieriges Thema, da es zur Unzeit kommt, denn die öffentlichen Haushalte sind auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landesebene in schwerem Fahrwasser. Sie alle wissen das aus den Beratungen, und Sie kennen das auch aus Ihren Kommunen.

Gerade deshalb wollen wir als Landesregierung den Anteil der Bedarfszuweisungen für finanzschwache Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen, um die Folgen für die negativ betroffenen Landkreise abzumildern. Das ist ein ganz klares Signal der Unterstützung, das wir vor allen Dingen den Landkreisen geben: Wir wollen keine Kommune im Stich lassen und natürlich im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen, Härten abzumildern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir drei Dinge: Verlässlichkeit - der Finanzausgleich bleibt stabil und verfassungskonform -, Gerechtigkeit - die Verteilung der Mittel orientiert sich an den realen Entwicklungen; deswegen gibt es Verschiebungen zwischen den kommunalen Ebenen - und natürlich auch Planungssicherheit für alle Kommunen - ob groß oder klein, ob finanzstark oder strukturschwach; sie brauchen Planungssicherheit, und diese bekommen sie mit diesem Gesetzentwurf. Das ist der Kern dieses Vorschlages.

Ich bitte Sie um konstruktive Beratungen in den Fachausschüssen - ich weiß, dass Sie sich intensiv damit beschäftigen -, und ich hoffe, dass wir relativ zügig zum Beschluss des Gesetzes kommen, damit

wir den kommunalen Finanzausgleich in Niedersachsen nach zehn Jahren wieder verfassungskonform gestalten können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion der CDU. Frau Butter, kommen Sie gerne nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

## Birgit Butter (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder von uns kennt einen Rettungsring, mit dem sich Ertrinkende oder Schiffbrüchige über Wasser halten und überleben können. Was hat nun ein Rettungsring mit dem kommunalen Finanzausgleich zu tun? Ich sage es Ihnen: Bei der Einbringung des Haushalts 2025 hielt der Landrat meines Landkreises Stade einen Rettungsring in die Höhe - ein sinnbildlicher Hilferuf für alle Kommunen, da ihnen bereits letztes Jahr das Wasser bis zum Halse stand.

Die gemeinsamen Appelle, ja, die Hilferufe der kommunalen Spitzenverbände in den vergangenen Jahren, sich auf das Finanzier- und Machbare zu konzentrieren, verhallten allerdings ungehört. Folge: Der aktuelle Haushaltsentwurf des Landkreises Stade prognostiziert ein Defizit von 29,3 Millionen Euro. Selbst mit der vorgesehenen Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt auf 49,0 % kann eine Deckung des Haushaltes nicht erreicht werden.

Die Lage aller kommunalen Haushalte in Niedersachsen wird ohne gravierende und nachhaltige Änderungen auf der Landesebene immer dramatischer. Der Landkreis Stade steht stellvertretend für alle Landkreise in Niedersachsen und die Region Hannover. Aber auch immer mehr Städte und Gemeinden verfügen 2025 über einen unausgeglichenen Haushalt.

Auch im Haushaltsvollzug ergibt sich keine Verbesserung. Die aktuelle Haushaltsplanung für 2026 weist flächendeckend in ganz Niedersachsen dramatische Defizite aus. Die Haushaltsentwicklung ist vor allem von den Kostensteigerungen im Sozialbereich geprägt und von Lasten, die immer mehr auf die kommunale Ebene abgewälzt werden und die

die Kommunen nicht nur an, sondern über ihre Leistungs- und Belastungsgrenzen bringen.

In Stade beispielsweise sind die Sozialausgaben in den letzten drei Jahren von 128 auf 163 Millionen Euro gestiegen. In zahlreichen anderen Bereichen ist ein Ende der Kostenexplosion ebenfalls nicht absehbar. Die Kommunen werden seit Jahren von Bund und Land mit immer neuen Aufgaben überhäuft, ohne dass für eine ausreichende Finanzierung gesorgt wird. Das Ergebnis: eine permanente Überforderung vor Ort.

Dass das Land nun 4,7 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität pauschal an die Kommunen weitergeben will, statt sie in komplizierte Förderverfahren zu zwingen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Wahrheit ist: Seit den 1990er-Jahren hat das Land den Kommunen über 1 Milliarde Euro jährlich entzogen - durch Kürzungen beim Finanzausgleich und die Streichung der Mitfinanzierung nach dem SGB II.

Deshalb liegt Niedersachsen heute bundesweit auf dem letzten Platz beim kommunalen Finanzausgleich. Während andere Länder im Schnitt 1 010 Euro pro Einwohner zahlen, sind es bei uns weniger als 690 Euro. Das ist ein strukturelles Ungleichgewicht, das unsere Städte und Gemeinden seit Jahrzehnten schwächt und endlich beendet werden muss.

#### (Beifall bei der CDU)

Die kommunale Ebene steht dieser Entwicklung nahezu machtlos gegenüber und wartet auf den dringend notwendigen Rettungsring. Der vorliegende Gesetzentwurf ist dies jedoch nicht.

Meine Damen und Herren, mit dem Gesetzentwurf soll der sogenannte horizontale Finanzausgleich zwischen den Landkreisen und den übrigen Kommunen neu geregelt werden. Das heißt, der Finanzkuchen wird nur anders verteilt, er wird aber nicht größer. Der Gesetzentwurf gibt daher keine Antwort auf das vorhandene strukturelle Finanzierungsdefizit der Kommunen. Hier muss die Landesregierung endlich handeln!

## (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der im März beschlossene Pakt für Kommunalinvestitionen in Höhe von 600 Millionen Euro ist zwar ein wichtiges Signal, aber eben keine dauerhafte Lösung. Denn trotz steigender Steuereinnahmen kämpfen unsere Kommunen weiterhin mit massiven strukturellen Defiziten.

Wer die Städte und Gemeinden wirklich stärken will, muss die Einnahmebasis nachhaltig verbessern, die Schlüsselzuweisung und die Verbundquote erhöhen, um eine jährliche Entlastung von mindestens 1 Milliarde Euro für die Kommunen zu erreichen, und vor allem das Konnexitätsprinzip konsequent durchsetzen. Denn es gilt: keine neuen Aufgaben ohne gleichzeitige finanzielle Entlastung. Das muss ebenso für bereits übernommene Aufgaben gelten.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich eine schonungslose und ehrliche Aufgaben- und Ausgabenkritik. Es muss klar gesagt werden: Was wollen wir uns leisten, und was können wir uns leisten? Alles andere führt die Kommunen immer weiter in die Sackgasse.

## (Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine radikale Neuordnung der Förderpolitik: weniger Programme, dafür einfache Verfahren, weniger Kontrolle, mehr Vertrauen, weniger Bürokratie. Nur so kommen die Mittel schnell und unbürokratisch dort an, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen vor Ort.

Ob das Niedersächsische Kommunalfördergesetz die Lianen des Förderdschungels durschlägt, bleibt abzuwarten. Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden brauchen alle auskömmliche Finanzmittel, eine transparente, faire und vereinfachte Mittelverteilung, damit alle wieder eigenverantwortlich und nachhaltig handeln können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Danke, Frau Butter. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion der AfD. Herr Marzischewski-Drewes, kommen Sie bitte nach vorne! Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

#### Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Lies und Frau Behrens, die Realität erkennen!

Die Realität: Defizite aller kommunalen Haushalte in Niedersachsen 2024 - 3,7 Milliarden Euro. Die Realität: Von allen Flächenländern im Bund unterstützt Niedersachsen die Kommunen am geringsten - letzter Tabellenplatz, Schlusslicht! So ist die Realität nach 13 Jahren SPD-Regierung. Gesperrte Brücken, marode Schulen, Schlaglöcher auf den Straßen zeigen den Bürgern, wie es in Niedersachsen unter einer SPD-Regierung aussieht.

Die Lösung, die Sie jetzt präsentieren: Man nimmt den Landkreisen etwas Geld und gibt es den unteren Gebietseinheiten. Mehr Geld für die kommunale Familie? Fehlanzeige, Herr Ministerpräsident Lies!

Die Realität: In 2025 hat kein einziger Landkreis in Niedersachsen einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Und jetzt nehmen Sie den Landkreisen noch Geld weg? Was sollen diese Hütchenspiele?

Die Realität, Herr Ministerpräsident Lies: Gestern wurde die Stellungnahme des Deutschen Land-kreistages veröffentlicht - ich zitiere für Sie; Frau Behrens, hören auch Sie gut zu! -:

"Die Landkreise sind am Limit. Angesichts unvermindert rasant steigender Ausgaben und einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung droht sich die ohnehin dramatische Finanzlage der kommunalen Ebene in diesem Jahr noch einmal erheblich zuzuspitzen. Nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände laufen die Kommunen 2025 auf ein Defizit von deutlich über 30 Milliarden Euro zu."

Was wird passieren? Wir wissen es alle: Die Kreisumlage wird steigen. Die Kreise nehmen es also wieder den Gemeinden - rechte Tasche, linke Tasche. Das sind eben keine Lösungen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der AfD)

Die AfD fordert seit Jahren eine grundlegende bessere Finanzausstattung für alle Kommunen. Das geht eben nur, wenn das Land bei sich im Haushalt spart, auf Ideologieprojekte verzichtet und die Stellen in der Ministerialbürokratie abbaut. Wir wissen, das Gegenteil ist der Fall. Sie ignorieren beharrlich jeden Bericht des Landesrechnungsprüfungsamts. Aufblähung der Verwaltung statt schlanker Staatdas ist die Realität unter einer SPD-Regierung.

Die aktuelle Landesregierung lässt die Kommunen auf allen Ebenen seit Jahren im Stich. Das ist die Realität, Herr Ministerpräsident Lies! Die Kommunen ertrinken in Schulden. Und vermutlich kommt zum Haushaltsjahr 2026 statt einer besseren Finanzausstattung der sogenannte dritte Behrens-Erlass. Ich nehme das schon mal vorweg: Vermutlich

dürfen alle kommunalen Haushalte sich zu 150 % überschulden und brauchen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorzulegen.

Unsere Kommunen, Herr Ministerpräsident, brauchen keinen 100-seitigen Gesetzentwurf, sondern endlich eine Strukturreform mit einer grundlegenden besseren finanziellen Ausstattung. Sie, Herr Ministerpräsident, sind dazu offenkundig nicht bereit. Sie sind der Totengräber der kommunalen Familie und dem Amt des Ministerpräsidenten nicht gewachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion der SPD. Herr Beck, kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Jan-Philipp Beck (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der kommunale Finanzausgleich, über den wir jetzt hier im Niedersächsischen Landtag beraten, ist wahrlich ein sehr umfassendes und komplexes Thema. Vieles mag sperrig klingen, aber der vorliegende Gesetzentwurf ist eine wichtige Grundlage der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und hat daher eine sehr hohe Bedeutung für die kommunale Ebene.

Vor diesem Hintergrund ist Verfassungstreue sehr wichtig, und eine verfassungsrechtliche Vorgabe ist nun mal die regelmäßige Überprüfung und Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs. Diese Vorgabe setzen wir mit dieser Gesetzesänderung, die wir heute beraten, entsprechend um.

Und wie es bei einer Anpassung und Überprüfung naturgemäß nun einmal so ist, gefällt diese nicht allen in der kommunalen Familie gleich gut. Die Neuberechnung ergibt eine Verschiebung in Höhe von 142 Millionen Euro zugunsten der Gemeinden und zulasten der Kreisebene. Die drei wichtigen Kriterien Einwohnerzahl, Flächenfaktor und Sozialkosten sind mit dem Gesetzentwurf neu austariert worden. Die Ministerin hat dies bei der Einbringung ausgeführt.

Für uns ist diese Anpassung und Überprüfung nachvollziehbar - ursächlich begründet in der Übernahme von Sozialkosten durch den Bund in den

vergangenen Jahren -, und wir tragen sie so mit. Es sind die gleichen Kriterien wie bei vorherigen Überprüfungen angewendet worden. Für uns ist das plausibel und nachvollziehbar, auch wenn wir die Auswirkungen auf die Kreisebene sehen. Wir danken dem Innenministerium sehr für die gute und fachliche Vorbereitung des Gesetzentwurfs. Das ist eine gute Grundlage für die vertieften Beratungen, die jetzt anstehen. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie in den vergangenen Debatten zum kommunalen Finanzausgleich schon diskutiert, sind Vergleiche zwischen den Bundesländern extrem schwierig, weil die einzelnen Ausgleichssysteme in den Bundesländern doch immer ein Stück weit anders sind.

Niedersachsen verteilt über den Finanzausgleich aktuell 5,6 Milliarden Euro. In Bezug auf den gesamten Haushalt fließt jeder dritte Euro an die kommunale Ebene. Bei allen berechtigten Wünschen nach immer mehr Geld im System, die man als kommunale Ebene hat, zeigen diese Zahlen nach meiner Einschätzung aber auch sehr deutlich, dass die Landesregierung die Finanznöte in den Kommunen wahrnimmt, dass sie handelt und dass darin auch ein ganz klar erkennbarer Schwerpunkt liegt. Das halten wir auch für den richtigen Weg, und den wollen wir fortsetzen. Denn die Botschaft, die die Innenministerin heute ausgesendet hat, ist klar: Wir stehen an der Seite der Kommunen. Darauf ist Verlass, und das gilt auch in Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Zudem halte ich es für wichtig, themenbezogene Hilfe zu gewähren, statt pauschal immer mehr Geld ins System hineinzugeben. Gerade hier ist in der jüngsten Vergangenheit eine ganze Menge passiert; einiges ist schon angesprochen worden. Ich will noch einmal den Pakt für Kommunalinvestitionen mit einem Umfang von 600 Millionen Euro erwähnen - genauso wie die zusätzlichen Mittel für die Behörden, für Veterinärämter in Höhe von 40 Millionen Euro, für die Erhöhung der Kita-Hilfe, die schon lange schon von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert worden ist, in Höhe von 250 Millionen Euro jährlich plus einer Dynamisierung bei den Personalkosten. Auch 60 % der Bundesmittel aus dem Sondervermögen gehen an die kommunale Ebene. Das sind rund 5,6 Milliarden Euro.

Diese Maßnahmen werden ganz konkret und spürbar in den Kommunen vor Ort helfen. Hiervon werden auch gerade strukturschwache Regionen profitieren. Das wird vor Ort bemerkbar sein, und es zeigt, worauf es ankommt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es geht darum, themenbezogene, partnerschaftliche Lösungen gemeinsam zu finden. Das muss auch das Ziel für die Zukunft sein. Wir wollen eine leistungsstarke, wir wollen eine lebenswerte kommunale Ebene haben, und deshalb werden wir sie auch weiterhin bei den vielfältigen Aufgaben unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Aber es gilt auch, es den Kommunen insgesamt einfacher zu machen. Wir wollen Verfahren und Förderprogramme vereinfachen und digitalisieren. Das gilt gerade für Antragsverfahren, für Förderprogramme. Der bürokratische Aufwand muss für alle Seiten reduziert werden. Das angekündigte Kommunalfördergesetz ist hier ein wirklich guter erster wichtiger Schritt, und weitere müssen folgen. Hier werden wir am Ball bleiben - einfach weil wir uns als Staat untereinander mehr vertrauen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist völlig unbestritten, dass die Haushaltslage in den Kommunen derzeit äußerst angespannt ist. Viele Kommunen werden in den nächsten Wochen Haushaltsplanentwürfe präsentieren, die stark defizitär sind. Wir sind uns der angespannten Lage der Kommunen durchaus bewusst, aber es wird uns eben auch nur gemeinsam, mit einem gemeinsamen Schulterschluss gelingen, die Lage der öffentlichen Haushalte insgesamt wieder zu drehen. Dabei setzen wir auf Kooperation und ein gutes Miteinander mit unseren Kommunen.

Und wir haben die Vielfältigkeit unserer kommunalen Ebene im Blick. Es ist ein wichtiges Ziel unserer Landesregierung und der unserer Fraktionen, die die Regierung tragen, die gleichen Lebenschancen in Großstadt und im ländlichen Raum herzustellen und zu sichern.

Diesen Weg werden wir auch in Zukunft in Kooperation und in einem guten Miteinander mit unseren Kommunen fortsetzen. Das ist das Ziel unserer Politik, und das werden wir auch entsprechend weiter verfolgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Weippert, Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Nadja Weippert (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Niedersächsischen Landesregierung zur Änderung des Finanzausgleichs kommen wir der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur regelmäßigen Überprüfung und zur gesetzlichen Nachjustierung im Bedarfsfall nach.

Obwohl es sich hierbei um ein rein technisches Gesetz handelt, hat es im Vorwege der heutigen Einbringung ins Parlament bereits sehr viel Aufregung darum gegeben. Ein Stück weit war das erwartbar, und es ist auch verständlich, weil es um die Neuund Umverteilung von viel Geld geht. Kurz gesagt: Diejenigen, die zukünftig weniger bekommen sollen als bisher, sind gegen die vorliegende Gesetzesänderung, und diejenigen, die mehr bekommen sollen, sind dafür.

Daher ist es auch nicht überraschend, dass es in der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens unterschiedliche Ansichten zur geplanten Änderung gibt. Insbesondere vom Landkreistag und vom Städtetag liegen jeweils diametrale Stellungnahmen vor. Aber auch innerhalb der Landkreisfamilie gibt es durchaus unterschiedliche Haltungen zum vorliegenden Gesetzentwurf. Die einzelnen Meinungen sind, wie gesagt, davon abhängig, ob ein Landkreis durch die Gesetzesänderung profitiert oder eben nicht.

Aber wir alle hier wissen ebenso gut wie alle Vertreterinnen der kommunalen Spitzenverbände, dass die Grundlage für die vorgesehenen Änderungen in unserer Verfassung sowie in der anhängigen Rechtsprechung dazu liegt und nicht etwa im Gutdünken. Die Ausgestaltung des vorliegenden Gesetzentwurfs erfolgte daher auf Basis aktueller finanzwissenschaftlicher Erkenntnisse. Die letzte vorherige Überprüfung - das hat unsere Ministerin eben schon gesagt - fand zuvor im Jahr 2015 statt. Pandemiebedingt wurde eine erneute Analyse in diese Legislaturperiode verschoben. Eine Anpassung ist also längst überfällig, liebe Kolleg\*innen.

Im Ergebnis werden die Finanzmittel zukünftig zwischen den Kommunen zugunsten der Gemeindebene verschoben. Die Gründe dafür liegen in den geänderten Aufgaben und Finanzverhältnissen zwischen Gemeinde- und Landkreisebene und den Änderungen bei der Aufteilung der Zuweisungsmasse. Das Geld wird also zukünftig gerechter verteilt. Denn tendenziell führt die Anpassung der Verteilparameter dazu, dass die Landkreisebene, nachdem sie bisher bevorteilt worden war, in Zukunft weniger Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich erhält und die bisher benachteiligten Städte und Gemeinden dafür mehr.

Aber tatsächlich geht den niedersächsischen Kommunen insgesamt kein Cent verloren. Jeder dritte Euro des Landesetats geht nach wie vor an unsere Kommunen. Denn uns allen sind die großen Herausforderungen der Kommunen bekannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb setzen die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen zusätzlich auf einfache themenbezogene Entlastungs- und Investitionsmaßnahmen zugunsten unserer Kommunen, unter anderem auf den Pakt für Kommunalinvestitionen, die Kita-Hilfen und das Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern.

Liebe Kolleg\*innen, unsere Ministerin hat es gesagt: Wir wollen keine Kommune im Stich lassen. Uns ist bewusst, dass einige wenige Landkreise besonders stark von der angedachten Änderung betroffen sind. Ob und gegebenenfalls wie man diese Härten etwas abmildern kann, werden die Beratungen im Innenausschuss zeigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen kommen wir jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport, mitberatend sollen der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Damit ist das beschlossen.

Wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/8542

Wenn ich es richtig gesehen habe, hat sich zur Einbringung von der Fraktion der CDU Herr Uhlen gemeldet. Herr Uhlen, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

# Thomas Uhlen (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie lassen die Menschen im Stich!

In der letzten Plenarwoche hat der Kollege Lühmann gesagt: Lassen Sie uns die komplexe Reform des Psychisch-Kranken-Gesetzes vorantreiben! Er hat uns vorgeworfen, dass wir keinen eigenen Vorschlag auf den Tisch gelegt hätten, und gesagt, wir sollten den Regierungsfraktionen keine Vorwürfe machen.

Wieder einmal müssen wir als CDU-Fraktion nun die Handlungsfähigkeit wiederherstellen und einen Gesetzentwurf einreichen - weil die Landesregierung und die Regierungsfraktionen nicht in die Hufe kommen!

(Beifall bei der CDU)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist nichts, was die Landesregierung nicht in kurzer Frist hätte lösen können. Das liegt seit Monaten, seit Jahren auf dem Tisch der Ministerialbürokratie, und es gibt Absprachen zwischen den verschiedenen Häusern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Frau Ministerinnen aus dem MJ und dem MI und lieber Herr Minister aus dem MS, die Menschen in diesem Land sind das Stille-Post-Spiel leid. Sie sind es leid, dass betroffene Menschen, die konkrete Hilfen erwarten, immer nur hin- und hergeschoben werden. Aber die Menschen in diesem Land sind nicht nur das Stille-Post-Spiel leid, sie sind vor allem das Betroffenheitstheater leid.

(Beifall bei der CDU)

Sie lassen die Menschen im Stich. Sie lassen die Menschen mit seelischen Erkrankungen im Stich,

die auf oftmals langen Wartelisten stehen, um endlich einen Therapieplatz zu bekommen, und die stigmatisiert sind, weil es immer neue tragische Fälle gibt, dass jemand der Gewalt von Menschen mit psychischen Erkrankungen ausgesetzt ist. Denn natürlich hat man als psychisch Erkrankter Angst, mit diesen Menschen in einen Topf geworfen zu werden. Auch das ist eine Folge dieser Politik der Unterlassung, die es nicht schafft, Menschen vor Fremdgefährdung zu schützen, aber auch Betroffene zu schützen, denen Eigengefährdung droht.

(Beifall bei der CDU)

Sie lassen die Opfer von Gewalt im Stich. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, Sie lassen auch die Angehörigen der Opfer im Stich, die sich zu Recht fragen: Warum wurde diese Tat nicht verhindert?

Sie lassen aber auch die Angehörigen der Täter im Stich, die ohnmächtig zusehen müssen, dass ein psychisch Kranker unter einer Psychose leidet und sein Krankheitszustand immer weniger beherrschbar ist, und die zu oft sagen müssen: Wir haben es doch kommen sehen! Warum hat uns denn niemand geholfen?

Keiner bleibt mehr dran. Die betroffenen Menschen bleiben zunehmend in ihrem Wahn stecken. Mit Stimmen im Kopf hoffen sie auf eine langfristige Behandlung - die ihnen aber nicht zuteilwird, weil sie in unseren psychiatrischen Anstalten und unseren Hilfestationen einem Drehtüreffekt unterliegen: Sie werden eigentlich nur hin- und hergereicht, ohne dass man ihnen wirklich hilft. Auch das, liege Kolleginnen und Kollegen, ist ein Im-Stich-Lassen von Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen sind es zu Recht leid, gerade auch diejenigen, die bei der Bewältigung dieser Problematik an vorderster Front stehen: die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kommunen, vor allem aber auch die Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegerinnen und Pfleger. Sie stehen zu oft vor der Situation, dass einem Menschen nachhaltiger geholfen werden müsste. Zu oft erleben sie den Drehtüreffekt. Zu oft erleben sie, dass der Sozialstaat die derzeitige Lage achselzuckend in Kauf nimmt und das Recht auf Krankheit über das Recht auf Gesundung stellt. Zu oft müssen die Kommunen vor der Herausforderung kapitulieren, mit Menschen mit psychischen Erkrankungen umzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sicherlich verfolgt, was in Buxtehude passiert ist. Ich will den Sachverhalt noch einmal schildern. Es wurde geschrieben:

"Seit der vergangenen Woche"

- das ist gerade einen Monat her -

"schränkt die Stadtverwaltung Buxtehude ihren Betrieb für den Publikumsverkehr stark ein. ... Grund dafür ist ein psychisch kranker Mann, der trotz Hausverbots erneut das Verwaltungsgebäude betrat und derart aggressiv auftrat, dass er nur mit dem Einsatz von vier Polizeibeamten überwältigt werden konnte. ... Trotz der Vorgeschichte"

- so hat es Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt berichtet -

> "wussten einzelne Behörden nicht, dass der Mann unter Hausverbot stand oder bereits mehrfach auffällig wurde."

Der Pressesprecher des Landkreises Stade sagt dazu:

"Die Behörden dürfen sich - wenn auch aus gutem Grund - nicht so umfassend austauschen, wie es im Einzelfall wünschenswert wäre.' Das bedeutet: Die Stadt wusste oft nicht, wen sie im Haus hatte."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon nicht in der Lage sind, die Sicherheit der Menschen in diesem Land in öffentlichen Gebäuden, in denen wir das Hausrecht haben, sicherzustellen, wie sollen wir denn dann den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass es ihnen auf unseren Straßen und Plätzen tags wie auch nachts gut geht und ihnen hier keine Gefahren durch Menschen zustoßen, die offenkundig psychiatrischer Behandlung bedürfen?

(Beifall bei der CDU)

In diesem Artikel beschrieben wird auch der noch bedrohlichere Fall eines 39-Jährigen aus Dangersen bei Buchholz, der in Hamburg mit einem Hammer und Molotowcocktail Passanten angriff und nur durch Schüsse der Polizei gestoppt werden konnte. Hier steht:

"Auch dieser Mann war psychisch krank und zuvor auffällig gewesen, sodass selbst seine Mutter Angst vor ihm und mehrfach um Hilfe gebeten hatte."

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine ich, wenn ich sage, dass wir auch die Angehörigen von

Tätern und die Täter selbst im Stich lassen. Sie werden im Stich gelassen, wenn den Menschen keine Behandlung zuteilwird, sondern sie immer nur hinund hergereicht werden, statt ihnen nachhaltig aus ihrem Wahn zu helfen.

Ein Polizist wird hier zitiert:

"Ich treffe dieselben Leute nach wenigen Tagen wieder auf der Straße … Die Täter nehmen uns nicht mehr ernst.' Bei psychisch kranken Personen sei es eine zusätzliche Problematik, dass sie jederzeit entscheiden könnten, ihre Medikamente nicht mehr zu nehmen. 'Dann spielt die gleiche Person wieder wilde Sau und wir werden zu Hilfe gerufen. Das wiederholt sich von Tag zu Tag. Das kann ein schon wütend machen und verzweifeln lassen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was für eine Bankrotterklärung einer Landesregierung, die seit Monaten im Karussell zu sitzen scheint, anstatt wirklich vernünftige Politik im Sinne der Menschen in diesem Land zu machen!

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen in diesem Land wollen keinen achselzuckenden Sozialstaat. Alle Menschen, die ich eben zitiert habe, wollen einen nervenden Sozialstaat, der an den Menschen dranbleibt und dafür sorgt, dass Menschen nach einem Aufenthalt in der Psychiatrie nicht einfach ins Nichts entlassen werden, in dem sie dann herumlaufen, bis sie wieder in ein Loch fallen, bis sie schlimmstenfalls Straftaten begehen und zu einer Gefahr für Menschen in unserem Land werden.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir als CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf vorgelegt, der vier zentrale Punkte zusammenbringt:

Erstens verbessern wir die Prävention. Wir nehmen substanzbezogene Störungen als Krankheitsbilder in das Gesetz auf und sorgen damit dafür, dass auch Menschen, die im Rausch stehen und mit drogenbedingten Psychosen unterwegs sind, unter das NPsychKG fallen und endlich in Behandlung gebracht werden können. Wir richten verpflichtende Fallkonferenzen ein. Und wir erkennen die Dauergefahr an. Bisher haben wir in Fällen wie den eben zitierten keine Handhabe gegenüber diesen Menschen. Und ob wir es dann "Dauergefahr" nennen oder anders umschreiben - wie es NRW und andere Bundesländern tun -: Wir müssen sehen, dass wir hier einen Rechtsbegriff einführen, der in der Lage ist, diesen Menschen Hilfe zuteilwerden zu lassen,

bzw. der sie nicht immer wieder ins Nichts fallen lässt.

Wir müssen darüber hinaus den Schutz Dritter stärken, indem wir die Zwangsbehandlung auch mit Blick auf die Fremdgefährdung erweitern. Wir haben alleine in der Psychiatrie in Osnabrück - ohne dass ich jetzt die Psychiatrie bei uns in Osnabrück in den Fokus rücken möchte - über 2 000 Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Jahr - weil es bei der Zwangsbehandlung zu häufig um die Eigengefährdung geht und die Fremdgefährdung nicht mit einkalkuliert wird. Diese Gesetzeslücke schließen wir. Wir stellen sicher, dass es einen schnelleren Informationsfluss, eine Meldepflicht und auch eine Gefährderansprache gibt - ein nervender Sozialstaat, der an den Menschen dranbleibt, der dafür sorgt, dass sie eben nicht unter das Radar fallen.

Wir sorgen auch dafür - das ist uns besonders wichtig -, dass die Betroffenenrechte und die Rechte des Landespsychiatrieausschusses gestärkt werden. Wir als CDU-Fraktion wissen diesen Expertinnenund Expertenausschusses sehr zu schätzen, aber haben manchmal das Gefühl, dass insbesondere die Landesregierung und die Ministerialbürokratie gar nicht wissen, was für ein Schatz es ist, dass sich Besuchskommissionen ehrenamtlich auf den Weg machen, um in unsere Einrichtungen zu gehen und zu schauen, wie es den Menschen dort geht, und uns Rückmeldungen geben. Diese lassen wir manchmal einfach so ins Leere laufen.

Das darf nicht sein. Dort müssen wir nachhalten. Wir müssen die Arbeit unserer Besuchskommissionen und des gesamten Landespsychiatrieausschusses stützen. Dafür setzen wir uns als CDU-Landtagsfraktion ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

## (Beifall bei der CDU)

Es geht nicht um Banales - es geht um Grundrechtseingriffe, es geht darum, dass Menschen dadurch in ihren Grundrechten eingeschränkt werden. Daher müssen wir ein Verhältnis zwischen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und den Freiheitsrechten eines jeden Einzelnen herstellen.

Ich möchte klarstellen: Die überwiegende Mehrheit der Menschen mit psychiatrischen und psychischen Erkrankungen ist nicht gewalttätig. Das Risikoprofil lässt sich häufig schon relativ eng fassen: die Kombination aus unbehandelten Symptomen, junge, männliche Personen, die oftmals auch Drogengefahren ausgesetzt waren, die sozial isoliert sind, in

Armut oder auch in Wohnungslosigkeit. Das sind die Risikofaktoren, die regelmäßig benannt werden. Das Problem ist anzugehen. Eine Lösung ist hier machbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das scheinbar Unvermeidliche ist vermeidbar, wenn wir gemeinsam handeln. Deswegen lassen Sie uns jetzt ein vernünftiges niedersächsisches Psychiatriegesetz auf den Weg bringen. Bringen Sie Ihr Gesetz endlich ins Parlament, Herr Minister - wir warten seit Monaten darauf -, damit wir gemeinsam beraten und dafür sorgen können, dass wir als Parlamentarier die Menschen bei uns im Land nicht im Stich lassen!

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Danke für die Einbringung, Herr Uhlen. - Von der Fraktion der SPD hat sich nun zu Wort gemeldet: Herr Lottke. Bitte schön, Herr Lottke!

(Beifall bei der SPD)

## Oliver Lottke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich meine Rede zu diesem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion mit ein paar persönlichen Erfahrungen beginnen. Ich habe viele Jahre psychisch kranke Menschen sowohl im ambulanten als auch im stationären Setting betreut und mit vielen Kolleginnen und Kollegen wie Ärztinnen und Ärzten und Pflegenden aus den psychiatrischen Krankenhäusern und sozialpsychiatrischen Diensten, mit den gesetzlichen Betreuern, Richterinnern und Richtern, mit der Polizei und nicht zuletzt mit den Angehörigen dieser psychisch kranken Menschen immer gut zusammengearbeitet. Dabei liefen viele Absprachen, auch wenn es in der Zusammenarbeit mal schwierig wurde, problemlos und gut.

Wir hatten Situationen - das ist in diesem Arbeitsfeld häufig so -, in denen es unterschiedliche Interessenlagen und auch Einschätzungen gab, welche Maßnahme zum Wohle des Patienten die beste wäre oder wie lange eine Behandlung im Krankenhaus noch sinnvoll wäre. Ich habe aber immer Menschen erlebt, die in ihrer Arbeit sehr verantwortungsvoll und fachlich versiert gearbeitet haben, teils auch unter hohem Druck in manchmal sehr spannungsgeladenen Situationen und bei schwierigen personellen Ressourcen. Ich gehe davon

aus - das sollten wir festhalten -, dass die Mitarbeitenden immer das Ziel haben, das Beste zum Wohle des Patienten zu erreichen. Das sollten wir bei den Beratungen über dieses wichtige Thema immer im Hinterkopf haben, um an dieser Stelle auch immer den Respekt vor den Mitarbeitenden gewähr zu haben, dass sie im Sinne des Systems auch wirklich Gutes tun wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Sozialministerium hat uns im Sozialausschuss im Juni über die Versorgung psychisch erkrankter Menschen in Niedersachsen unterrichtet. Der Gegenstand der Unterrichtung war auch vor dem Hintergrund der seinerzeit schlimmen Taten in Hamburg die Novelle des NPsychKG. Folgende Maßnahmen hat das Ministerium für die Novelle unter anderem angekündigt:

Zur Gefahrenabwehr und für mehr Sicherheit soll die Anpassung des Gefahrenbegriffs durch das Aufgreifen des Vorschlags der kommunalen Spitzenverbände, den Begriff der Dauergefahr ausdrücklich einzubeziehen, erfolgen. Damit soll eine Unterbringung auch möglich werden, wenn eine Gefahr nicht unmittelbar bevorsteht, aber jederzeit zu erwarten ist.

Zur besseren Krisenkoordination soll die Einrichtung einer außerhalb der Geschäftszeiten erreichbaren Koordinierungsstelle bei den sozialpsychiatrischen Diensten - ähnlich dem Krisendienst in der Jugendhilfe - erfolgen mit dem Ziel, akute psychische Krisen auch abends und nachts effektiver zu managen und schneller Hilfe einleiten zu können.

Zur Verbesserung des Entlassungsmanagements sollen Kliniken die zuständigen sozialpsychiatrischen Dienste bei Entlassung verpflichtend informieren.

Weiter ist die Einführung eines verpflichtenden Follow-ups durch die sozialpsychiatrischen Dienste geplant, um sicherzustellen, dass den Patientinnen und Patienten bei jeder Entlassung konkret Behandlung angeboten wird, damit auch kein Mensch verloren geht. So sollen besonders wohnungslose Menschen berücksichtigt werden, die sonst nach einer Entlassung leicht aus dem Versorgungssystem herausfallen können.

Außerdem: die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden durch Einführung regelmäßiger Treffen zwischen Klink, sozialpsychiatrischem Dienst und Polizei, um Verfahren abzustimmen und Vertrauen aufzubauen. Bei besonderem Gefährdungspotenzial soll die Polizei direkt über die Entlassung informiert werden, sodass präventive Maßnahmen ergriffen werden können.

Um die hier erforderlichen Kriterien aus den bekanntgewordenen Fällen herauszufiltern, ist Expertise notwendig. Daran arbeitet zurzeit eine Landesarbeitsgruppe "Früherkennung und Bedrohungsmanagement" unter der Leitung des Landeskriminalamtes. Zum anderen gibt es im Rahmen der Innenministerkonferenz einen Arbeitskreis, an dem auch die Gesundheitsministerien und das Bundeskriminalamt beteiligt sind. Alle diese Arbeitsgruppen haben das Ziel, ein Risikoprofil zu erstellen, das dann sowohl in der polizeilichen als auch in der psychiatrischen Praxis genutzt wird.

Es geht nicht darum, alle psychisch erkrankten Menschen oder alle Menschen mit einer bestimmten Diagnose in einem Register zu erfassen - diese Forderung gab es, glaube ich, einmal von der CDU aus Hessen -, sondern es geht darum, sehr sorgfältig zu prüfen, ob von einem konkreten Menschen eine Gefahr ausgeht. Wir müssen festhalten, dass der Anteil psychisch kranker Gefährder, von denen mit höherer Wahrscheinlichkeit eine erhebliche Gewalttat zu erwarten ist, gering ist.

Weiter wurde in der Unterrichtung mitgeteilt, dass es erste Planungen für das Modell einer Präventionsambulanz in Niedersachsen gibt. Dort sollen Patientinnen und Patienten mit Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis und/oder schweren Persönlichkeitsstörungen behandelt werden, bei denen es im Falle eines strafrechtsrelevanten Verhaltens die Voraussetzung für eine Behandlung im Maßregelvollzug gemäß § 63 StGB wahrscheinlich gibt.

Herr Uhlen, Sie können hier nicht sagen, dass die Landesregierung untätig ist. Aber es geht auch um Sorgfältigkeit vor Schnelligkeit.

(Carina Hermann [CDU]: Bei Ihnen dauert es immer zu lange!)

Jetzt kommen wir einmal zu Ihrem Gesetzentwurf.

Der Gesetzentwurf, der uns hier vorliegt, beinhaltet aus meiner Sicht ein paar Übereinstimmungen. Die kennen Sie aber aus der Unterrichtung, von der ich Ihnen gerade erzählt habe. Die in § 16 Abs. 2 genannte "gegenwärtige erhebliche Gefahr im Sinne des Absatzes 1" ist mit drin. Auch bei der Änderung des § 27 Abs. 4 im Entwurf der CDU-Fraktion gibt

es im Kern keinen Dissens. Ich glaube aber, das könnte man noch schärfen.

Bei den Änderungen zu § 30, Erweiterung der Rechte des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung, müssen wir uns, glaube ich, in den Gesetzesberatungen noch einmal angucken: Wer ist eigentlich für was zuständig? Denn dort geraten Sie ein bisschen durcheinander: Was macht eigentlich der Psychiatrieausschuss, was macht der Landesfachbeirat, und was sind eigentlich auch originäre Aufgaben des Ministeriums bei der Aufsichtspflicht?

(Carina Hermann [CDU]: Legen Sie doch selber mal etwas vor!)

Kleiner Hinweis: Sie fordern einen Landespsychiatriebericht. Den gibt es schon seit 2020. Den Punkt können Sie also schon als erledigt ansehen.

Wir gucken uns auch die konstruktiven Vorschläge in Ihrem Gesetzentwurf an und diskutieren darüber. Denn wir haben natürlich das Interesse, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, mit dem genau das verhindert wird, wovon wir in den letzten Wochen viel gehört haben, und mit dem wir den Menschen eine gute psychiatrische Versorgung im Notfall bieten können.

(Thomas Uhlen [CDU]: Kommen Sie ins Handeln!)

Aber ich würde den Fokus dabei auf "konstruktiv" legen.

(Carina Hermann [CDU]: Ein Gesetz ist eigentlich immer konstruktiv!)

Heute war von Ihrer Seite wieder viel Alarmismus dabei. Ich glaube, wir sollten uns das mit der gebotenen Sorgfalt angucken. Dann reden wir weiter. Ich bin mir sicher, dass wir in diesem Sinne in Bälde ein gutes Gesetz auf den Weg bringen werden.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Mülbrecht Breer, kommen Sie bitte nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Würde des Menschen ist unantastbar. Um Würde kann man nicht feilschen. Menschen haben Würde - immer, ohne Voraussetzungen, unabhängig davon, was sie tun, welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder welches Geschlecht sie haben, und auch dann, wenn sie krank sind.

In der Zeit des Nationalsozialismus war das nicht so. Zwischen 1933 und 1945 wurden fast 400 000 psychisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung zwangssterilisiert, und über 250 000 wurden durch das Hitler-Regime im sogenannten Euthanasie-Programm getötet.

Den Anspruch jedes Menschen auf Würde garantiert Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Nicht Artikel 5, nicht Artikel 30 und auch nicht Artikel 100 nein, ganz bewusst haben die Mütter und Väter unserer Verfassung diesen Artikel als ersten Satz im Grundgesetz so niedergeschrieben und an vorderster Stelle platziert. Die Menschenwürde ist die wichtigste Regel in unserer Verfassung. Niemand darf die Würde eines Menschen verletzen, selbstverständlich auch nicht unser Staat. Es ist sogar staatliche Aufgabe, diese zu schützen.

Gleichzeitig kommt es vor, dass eine unmittelbare Anwendung von Zwang zum Schutz der Patientinnen und Patienten und zum Schutz unserer Bevölkerung erfolgen muss. Die Psychisch-Kranken-Gesetze der jeweiligen Bundesländer schaffen die gesetzliche Grundlage für Hilfen bei akuter Fremdund Eigengefährdung von psychisch erkrankten Menschen. Wie die folgenden Daten zeigen, ist von dieser gesetzlichen Regelung nur ein Bruchteil der Menschen betroffen.

Deutschlandweit erfüllen ca. 18 Millionen Menschen im Zeitraum eines Jahres die Kriterien einer psychischen Erkrankung. Das sind fast 30 % der Erwachsenen und über 20 % der Kinder und Jugendlichen. Auf unser Parlament würden demnach fast 44 betroffene Abgeordnete entfallen. Auch wenn nicht jede bzw. jeder von Ihnen betroffen ist, werden Sie früher oder später im Familien- oder Freundeskreis auf Hilfesuchende treffen.

Psychische Erkrankungen sind nicht direkt sichtbar wie ein Arm- oder ein Beinbruch. Psychische Erkrankungen sind keine Charakterschwäche, sondern oft eine komplexe Wechselwirkung aus Erbanlagen, belastenden Lebensumständen und chemischen Veränderungen im Gehirn. Psychische Er-

krankungen sind für große Teile unserer Gesellschaft noch immer ein Tabuthema. Betroffene empfinden Scham aufgrund einer vermeintlichen Schwäche. Aber viele psychische Erkrankungen sind behandelbar und können in vielen Fällen sogar geheilt werden.

In unserer Gesellschaft treten am häufigsten Angststörungen, Depressionen und Störungen durch Alkohol- oder Medikamentengebrauch auf. Die aktuellen Daten zeigen, dass die allermeisten Gewalttaten nicht auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen sind und die weit überwiegende Mehrheit der Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht gewalttätig ist. Manche Erkrankungen wie Psychosen oder Suchterkrankungen können das Risiko für Gewalt erhöhen, vor allem wenn Betroffene keine Behandlung erhalten oder beispielsweise Drogen oder Alkohol missbrauchen. Die meisten schweren Gewalttaten werden von Menschen verübt, die vielleicht auffällig, aber nicht im engeren Sinne psychisch krank sind.

Personen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung eine Straftat begehen, zum Tatzeitpunkt nicht oder nur vermindert schuldfähig waren und bei denen eine weitere Gefährdung zu erwarten ist, können im Maßregelvollzug untergebracht werden. Gegenwärtig sind deutschlandweit etwa 13 000 Plätze belegt. Schwere Gewalttaten aufgrund einer psychiatrischen Diagnose bleiben seltene Ereignisse, und eine verlässliche individuelle Vorhersage ist nicht möglich, weshalb allein aus einer psychiatrischen Diagnose niemals auf die individuelle Gewaltbereitschaft geschlossen werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Carina Hermann [CDU]: Das ist falsch!)

Warum braucht es eine Novelle des NPsychKG? Wir als rot-grüne Koalition wollen dieses Gesetz erneuern, um eine bessere Planung, Koordination und Steuerung der psychiatrischen Versorgung in Niedersachsen zu ermöglichen. Deshalb begrüße ich, dass die CDU unserem Anliegen gefolgt ist und einen Gesetzentwurf einbringt.

(Carina Hermann [CDU]: Wir haben das vorgeschlagen! - Thomas Uhlen [CDU]: Der Bremsklotz scheint die SPD zu sein!)

Ich bin mir aber sicher, dass das Sozialministerium dem zeitnah ebenfalls nachkommen wird, sodass wir beide Entwürfe gemeinsam beraten können. Lassen Sie uns gemeinsam für ein menschenwürdiges Psychisch-Kranken-Gesetz eintreten, das nicht von Angst getrieben ist und das den Schutz und die Rechte psychisch Erkrankter sicherstellt!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Carina Hermann [CDU]: Es gab eigentlich eine Zwischenfrage dazu!)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Habe ich die Zwischenfrage übersehen?

(Carina Hermann [CDU]: Ja! - Eike Holsten [CDU]: Wir melden uns dann einfach beim Minister!)

- Okay. Sie haben ja noch die Ausschussberatungen vor sich. Ich glaube, da können Sie noch viel diskutieren und klären.

Jetzt würde ich von der Fraktion der AfD Frau Klages nach vorne bitten.

(Beifall bei der AfD)

# Delia Klages (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage in der psychiatrischen Versorgung in Niedersachsen ist ernst, und sie ist nicht abstrakt. Eine Novellierung des NPsychKG ist längst überfällig.

In jüngster Zeit haben uns beunruhigende Zwischenfälle in stationären Einrichtungen vor Augen geführt, wie dünn die Sicherheits- und Versorgungsnetze für Patienten, für die Angehörigen, aber auch für das Personal sind. Das ist ein Alarmsignal, das wir nicht überhören dürfen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Initiative zur Verbesserung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke.

Die geplante Ausweitung, nämlich die verbindlichen Fallkonferenzen, und die Diskussion um die Kategorien der Dauergefahr greifen die jüngsten Ereignisse auf. Sie fördern die interdisziplinäre Zusammenarbeit und können dazu beitragen, Risiken früher zu erkennen und Gefahren abzuwenden.

Gleichzeitig ist es mir wichtig, auf offene Fragen und Risiken hinzuweisen. Künftig soll eine Unterbringung nicht nur bei einer konkret gegenwärtigen Gefahr möglich sein, sondern auch dann, wenn - ich zitiere - "jederzeit damit zu rechnen ist", dass eine erhebliche Gefahr eintreten könnte, "auch wenn offenbleibt, wann der Schadenseintritt erfolgt". Das ist

nichts anderes als eine prognostische Gefahr, die mit dem rechtsstaatlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit schwer vereinbar ist. Es geht darum, Sicherheit zu schaffen, ohne Grundrechte ins Ungefähre zu verschieben.

Der Schutz vor Stigmatisierung, rechtsstaatliche Sicherungen bei erweiterten Eingriffsbefugnissen, datenschutzkonforme Regeln für den Informationsfluss, Nachentlassungen sowie die konkrete Ausgestaltung der sogenannten Dauergefahren - ohne klare Kriterien und wirksame Kontrollmechanismen besteht die Gefahr von Überregulierung, Missbrauch und zusätzlicher Belastung für das System.

Deshalb muss der Vorschlag Hand in Hand mit einer spürbaren Stärkung der Besuchskommission gehen. Sie braucht weitreichende, praxisgerechte Befugnisse, feste Prüfintervalle und die Mittel, um unabhängig und zeitnah auf Missstände reagieren zu können. Die enge Verzahnung zwischen dieser Besuchskommission, dem Psychiatrieausschuss des Landes und der Politik ist essenziell notwendig. Ergänzt um die Methode von Schutzmechanismen für Personal und Betroffene ergibt sich hier eine gute Basis.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat sich der Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Herr Dr. Philippi, zu Wort gemeldet. Herr Dr. Philippi, kommen Sie gerne nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Andreas Philippi**, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unser Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke ist nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer Novellierung, nicht zuletzt, weil die Gesetzessystematik nicht mehr dem heutigen Standard entspricht.

Lieber Herr Uhlen, vielen Dank für Ihre Ausführungen zu psychisch kranken Menschen. Wir sprechen heute aber nicht über die ambulante oder stationäre psychiatrische Versorgung, sondern wir sprechen

heute ganz explizit über die Veränderung, die Novellierung des NPsychKG. Das ist wichtig. Denn wenn wir das miteinander vermischen, dann führt das zu erheblichen Verunsicherungen bei den Menschen im Land.

(Beifall bei der SPD - Thomas Uhlen [CDU]: Das ist uns sehr bewusst! Das haben wir sehr deutlich gemacht! Klar abgegrenzt haben wir das!)

Das Niedersächsische PsychKG hat sich nämlich bewährt, und zwar durch seinen dualen Charakter. Präventiv regelt das Niedersächsische PsychKG, dass Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen besseren Zugang zu Behandlungen bekommen. Reaktiv regelt das Gesetz, dass bei Eigenoder Fremdgefährdung Menschen schnell und unter Abwägung aller Rechtsgüter auch gegen ihren Willen in eine stationäre Behandlung eingewiesen werden können.

Deshalb befassen sich spezialisierte Juristinnen und Fachpersonen damit -

(Thomas Uhlen [CDU]: Seit Monaten?)

und zwar nicht ohne Grund, meine Damen und Herren! Es wurde umfangreich recherchiert. Akteurinnen und Akteure in der Versorgung, Betroffene und die relevanten Ressorts, wie die für innere Sicherheit und Justiz und vor allem für den Datenschutz, wurden mit einbezogen.

Aufgrund der sich in letzter Zeit mehrenden wirklich schrecklichen Ereignisse, in denen Menschen mit vermuteter oder bestätigter psychischer Erkrankung die öffentliche Sicherheit bedroht haben, wird der Gesetzentwurf neue Herausforderungen adressieren. Daher haben wir den faktisch fertigen Gesetzentwurf noch einmal nachgeschärft, um ihn an diese Herausforderungen anzupassen - in enger Abstimmung mit dem Innen- und dem Justizministerium.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Ziel muss es sein, ein Gesetz zu schaffen, das seinen alten, dualen Charakter behält, die aktuellen Sicherheitsanforderungen adressiert, nicht zuletzt aber auch anwenderfreundlich ist.

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Herr Minister, entschuldigen Sie, dass ich Ihnen ins Wort falle. Es gibt den Antrag von Herrn Holsten, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Lassen Sie sie zu?

**Dr. Andreas Philippi**, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Bitte, Herr Holsten!

## Eike Holsten (CDU):

Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Wie lange arbeiten Ihre Häuser bereits daran? Was dauert da so lange? Und warum ist der Gesetzentwurf vorgestern von der Tagesordnung des Kabinetts verschwunden?

(Beifall bei der CDU)

**Dr. Andreas Philippi**, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Wir arbeiten intensiviert seit letztem Herbst an diesem Gesetzesvorschlag.

(Carina Hermann [CDU]: Seit letztem Herbst!)

Ich will jetzt nicht im Einzelnen aufzählen, was seit letztem Herbst nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland passiert ist. Wir haben natürlich aus diesen Dingen auch gelernt und festgestellt, dass Sicherheitsbedürfnisse neu definiert worden sind. Dabei geht - wir haben das eben schon mal gehört - Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Deshalb arbeiten wir noch daran.

Der Gesetzentwurf ist nicht auf der Tagesordnung gewesen, weil es klug ist, an bestimmten Stellen noch nachzuschärfen und später möglicherweise auch Ihren Gesetzesvorschlag bzw. Änderungsvorschlag zu besprechen und zu bedenken.

(Eike Holsten [CDU]: Das ehrt uns!)

Meine Damen und Herren, der Novellierungsvorschlag, den die CDU nun vorlegt, ist allerdings ein Sammelsurium an - ich muss es leider so deutlich sagen - überwiegend inkomplett ausgearbeiteten Vorschlägen, die von einer Unkenntnis der Aufgabenbereiche der psychiatrischen Gremien und der längst etablierten Instrumente wie dem Landespsychiatriebericht künden.

(Thomas Uhlen [CDU]: Das ist eine andere Baustelle!)

Zumindest konnte man heute Morgen im *Rundblick* nachlesen, dass nicht bekannt war, dass es seit 2020 einen Landespsychiatriebericht gibt.

(Thomas Uhlen [CDU]: Es geht um verbindliche Stellungnahmen!)

Wir finden in Ihrem Vorschlag auch eine Reihe von - man kann es leider nicht anders bezeichnen - echten juristischen Kuriositäten.

(Thomas Uhlen [CDU]: Jetzt bin ich mal gespannt!)

Nicht zuletzt zeugt der Vorschlag der CDU von weitgehendem Unverständnis der Komplexität des Datenschutzes insbesondere in Bezug auf das Persönlichkeitsrecht psychisch kranker Menschen.

(Thomas Uhlen [CDU]: Werden Sie mal konkret!)

Ich schlage daher vor, unsere kostbare gemeinsame Zeit zu nutzen, um unseren Novellierungsvorschlag im Ausschuss zu erläutern

(Thomas Uhlen [CDU]: Wann kommt er denn?)

und die konstruktiven Ideen in Ihrem Entwurf, insbesondere zum Thema Fallkonferenzen, zu prüfen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in diesem Land ein belastbares, aktuelles NPsychKG,

(Thomas Uhlen [CDU]: Wann kommt das? - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Als ob ihr noch nie regiert habt! - Eike Holsten [CDU]: Ja, so schwer ist das nicht!)

damit Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen wie auch Menschen, die vor Gefahren geschützt werden müssen, sich auf eine Gesetzgebung verlassen können, die die Bedürfnisse aller klarstellt, einer Demokratie würdig ist und diese vor allen Dingen schützt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Thomas Uhlen [CDU]: Ich glaube, die Häuser stehen sich selbst im Weg! Das ist das Problem!)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu Wort gemeldet hat sich auch unsere Innenministerin, Frau Behrens. Frau Behrens, kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) **Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe den inhaltlichen Ausführungen meines geschätzten Kollegen Dr. Philippi nichts hinzuzufügen. Ich finde nur, dass wir bei aller schwierigen Debatte immer fair miteinander umgehen sollten.

Die Behauptung der CDU-Fraktion, die eben gefallen ist, das sei gestern auf der Tagesordnung für das Kabinett gewesen und davon heruntergenommen worden, ist falsch. Ich bitte Sie daher, solche Falschbehauptungen nicht zu verbreiten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Widerspruch bei der CDU -Thomas Uhlen [CDU]: Ist das eine Geschäftsordnungsdiskussion oder was? - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Das kommt davon, wenn man zu viel *Rundblick* liest!)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Fraktion der CDU hat zusätzliche Redezeit beantragt. Sie hat keine eigene Redezeit mehr. Deswegen gebe ich Ihnen anderthalb Minuten. Frau Hermann, kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei der CDU)

# Carina Hermann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Alleine, dass zwei Minister der Landesregierung zu der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs sprechen, spricht für sich.

(Wiard Siebels [SPD]: Ist das jetzt auch wieder verkehrt?)

Sie arbeiten jetzt seit einem Jahr an der Vorlage des Niedersächsischen PsychKG. Sie haben hier bislang überhaupt nichts vorgelegt.

(Widerspruch von Dr. Dörte Liebetruth [SPD])

Was wir jetzt als Kritik an diesem Gesetzentwurf hören, ist, dass irgendetwas mit den Zuständigkeiten nicht stimmt. Zu den Kernpunkten, die wir einführen - zur Dauergefahr, zu dem verpflichtenden Informationsaustausch zwischen den Behörden, den wir so dringend brauchen -: keine Kritik!

Stimmen Sie doch einfach unserem konstruktiven und juristisch sauberen Gesetzentwurf zu!

(Lachen bei der SPD)

Geben Sie zu, dass Sie nicht zurande kommen, dass Sie sich innerhalb Ihrer Koalition nicht einigen, dass Sie mit Rot-Grün keine Einigung zu diesem Gesetz hinkriegen und dass Sie wie bei anderen Themen in diesem Land das Ding einfach nicht auf die Kette kriegen!

(Beifall bei der CDU)

Einführung der elektronischen Fußfessel - bislang Fehlanzeige! Einführung eines Gesetzes zum polizeilichen Einsatz und zur Abwehr von Drohnen - Fehlanzeige! Auch das Niedersächsische PsychKG - Fehlanzeige!

Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, das, was die CDU vorgelegt hat, sei alles gar nicht so toll. - Wir wollen in diesem Land endlich gestalten! Wir wollen die dringenden Themen anfassen.

(Glocke der Präsidentin)

Wir hören von Ihnen nichts. Sie können sich in dieser Koalition nicht einigen.

### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Frau Hermann, letzter Satz!

## Carina Hermann (CDU):

Herr Philippi, im Übrigen kann man Änderungsanträge und konstruktive Vorschläge auch in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren vorlegen. Man hätte das Gesetz jetzt einfach ins Kabinett einbringen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sein, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist das beschlossen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt vor der Mittagspause:

Tagesordnungspunkt 6:

Erste und abschließende Beratung:

Einsetzung eines 26. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Umgang der niedersächsischen Behörden und Gerichte mit dem tatverdächtigten Ausländer im Tötungsfall Liana K. seit seinem erstmaligen Aufgriff in Niedersachsen" - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8538

Zur Einbringung hat sich Herr Wichmann gemeldet. Herr Wichmann, kommen Sie gerne nach vorne!

(Beifall bei der AfD)

## Klaus Wichmann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss heißt deshalb "parlamentarischer Untersuchungsausschuss", weil sich das Parlament damit eine Aufklärungsmöglichkeit für Sachverhalte gibt, die auf Missstände hindeuten. Letztlich ist er eine Form der parlamentarischen Kontrolle über die Regierung eine besondere Form mit besonderen Rechten für besondere Sachverhalte.

Wir glauben, dass dieser Sachverhalt, wenn man es so nennen kann, ein solcher ist. Warum? Weil hier ein Menschenleben ausgelöscht wurde. Liana, ein junges Mädchen, 16 Jahre alt, vor einem Krieg geflohen, voller Pläne, voller Hoffnung - und wir als Gesellschaft sind nicht in der Lage, sie zu schützen. Wir lassen zu, dass unsere Rahmenbedingungen in diesem Land so gefährlich werden, dass das Liana passiert, dass es jedem unserer Kinder hätte passieren können. Und das nicht, weil ein Mensch sich entscheidet, plötzlich böse zu werden - was man nie verhindern kann -, sondern weil gefährliche Menschen in unserem Land frei herumlaufen bzw. herumlaufen dürfen, obwohl der Staat längst alle Möglichkeiten hatte, um diese Gefahr zu beseitigen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Auftrag des Staates ist Gefahrenabwehr für seine Bürger. Wenn eine Regierung diese Gefahrenabwehr nicht leistet, dann fragt das Volk: Warum nicht? Woran lag es? In einer repräsentativen Demokratie übernimmt diese Aufgabe zu einem Teil die Presse, sofern sie an umfänglicher Aufklärung interessiert ist.

Aber vor allem übernimmt diese Frage die parlamentarische Opposition.

Wir holen mit diesem Antrag das schärfste Schwert der Opposition hervor: den parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der Tod von Liana hat uns alle aufgerüttelt. Wir, die AfD, wollen nicht einsehen, dass man ihren Tod nicht hätte verhindern können. Wir wollen wissen, wo Behörden versagt haben, und wir wollen wissen, wo die Aufsicht über Behörden versagt hat. Was war menschliches Versagen? Was war systemisches Versagen? Was war und ist Regierungsversagen? Wofür trägt diese Regierung die Verantwortung?

Um es einmal klar zu sagen: Es ist nicht diese Regierung, die Liana in einen fahrenden Zug gestoßen hat. Nicht sie hat Liana ermordet. Aber es war ihre Verantwortung, sie zu schützen. Und wir wollen wissen, ob sie tatsächlich alles unternommen hat. Wir wollen wissen, ob sie Liana nicht schützen konnte oder ob sie Dinge hat schleifen lassen, Missstände hat laufen lassen. Und wenn sie etwas hätte tun können, es aber nicht tat, dann muss sie die politische Verantwortung übernehmen.

Kurz: Es geht um Ausübung parlamentarischer Kontrolle über diese, über unsere Regierung.

Und warum nicht, wie üblich, im zuständigen Ausschuss? Zunächst einmal, meine Damen und Herren, haben wir das bereits getan. Es war Stephan Bothe, es war die AfD, die die Unterrichtung im Ausschuss beantragt hat. Das wollen wir alle bitte nicht vergessen. Die Antworten dort haben uns aber nicht befriedigt. Es sind mehr Fragen offen als vor der Ausschusssitzung.

Als Nächstes kam die Plenardebatte. Auch da hat uns die Regierung nicht überzeugen können. Innenministerin Behrens hat sich dort darüber beklagt, dass über Behördenversagen überhaupt gesprochen werde. Die Schuld des Täters werde in der öffentlichen Debatte immer kleiner, das Behördenversagen immer größer, sagte sie. Das muss man sich in der Tat auf der Zunge zergehen lassen. Denn zwei Sätze vorher - ich habe es mir extra noch mal angeguckt - sagte sie: Derjenige, der dringend verdächtig ist, diese grauenvolle Tat begangen zu haben, hätte nicht mehr im Land sein sollen. Das stimmt, Frau Ministerin, und das nennt man Behördenversagen!

(Beifall bei der AfD)

Und dann gibt es da noch diesen einen bedeutenden Unterschied zwischen PUA und Ausschuss: Im Ausschuss gilt immer das Mehrheitsprinzip. Sie beantragen dort als Opposition etwas, und die Regierungsfraktionen, die dort die Mehrheit haben, stimmen es weg. In einem PUA - das ist der entscheidende Unterschied - gilt das Mehrheitsprinzip nur eingeschränkt. Wir haben dort insbesondere das Recht, Beweisanträge zu stellen, also etwa Zeugen zu laden und dort zu befragen.

Nun nehmen Sie doch einmal folgende Fragen: Warum wurde der Haftantrag durch die Ausländerbehörde erst am 16. Juli gestellt, wenn der Tatverdächtige doch seit 1. Juli bereits in Haft war? Oder: Wer erstellte den Haftantrag? Unter welchen Arbeitsbedingungen arbeitete derjenige? Welche Hilfen hatte er in der konkreten Situation? Oder: Wieso wird keine Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluss in der Haftsache eingelegt? Es gibt hierzu nämlich unterschiedliche Aussagen. Wie wollen Sie darauf Antworten erhalten und gegebenenfalls überprüfen, wenn Sie keine eigenen Beweisrechte haben, also zum Beispiel die Person selber anhören können? Das ist nicht möglich.

Wir hoffen sehr darauf, dass die CDU diesen Antrag unterstützt. Wenn sie dies nicht tut, dann sollten Sie alle die CDU fragen, ob sie einen PUA in dieser Sache für unangemessen hält und warum sie dann einen PUA in einer Gehaltsaffäre für angemessen hält. Dieser PUA der CDU war eine ziemliche Luftnummer. Das war der Versuch, sich als Opposition gegen die Regierung zu positionieren: Wir passen auf, wir sind der Wächter der Regierung. Damals ging es um eine unrechtmäßige Beförderung und um Zahlungen. Hier geht es um zentrales Regierungsversagen bei der Gefahrenabwehr zum Schaden des Volkes, das bereits ein Leben gekostet hat.

## (Beifall bei der AfD)

Wo ist ein PUA wichtiger? Diese Frage wird die CDU zu beantworten haben. Ich habe persönlich überhaupt nichts dagegen, wenn die CDU, wie zum Teil schon irgendwie kolportiert, einen eigenen Antrag auf Einsetzung eines PUA stellen will. Den werden wir natürlich unterstützen. Ein Rumreiten auf "Mein Antrag, dein Antrag" ist in der Sache mehr als kindisch. Das ist einfach nicht angemessen.

## (Beifall bei der AfD)

Was ist denn, wenn wir in einem PUA systemisches Versagen feststellen würden, das dann vielleicht noch zum nächsten Mord führt? Wollen wir den Opfern und den Hinterbliebenen dann sagen: "Ja,

sorry, aber wir als CDU konnten den PUA ja nicht mit beantragen, weil die AfD da schon einen Antrag gestellt hat"? Ist das die Brandmauer? Wenn das die Brandmauer ist, dann, werte Union, schaffen Sie sich gerade selber ab.

## (Beifall bei der AfD)

Diese Sache ist uns wichtig. Daher biete ich der CDU, wie auch an anderer Stelle bereits gesagt, an: Stellen Sie einen eigenen Antrag auf Einrichtung eines PUA, und wir nehmen unseren Antrag zurück, wenn Sie das möchten! Unsere Zahl an Abgeordneten - das wissen wir alle - reicht nicht aus, um einen PUA selbst durchzusetzen. Meine Damen und Herren, ich appelliere hier auch nicht an einzelne CDU-Abgeordnete. Ich fordere Sie, Herr Lechner - auch wenn Sie gerade nicht da sind -, und Sie, Frau Hermann, auf: Treffen Sie hier und jetzt als Fraktion eine Entscheidung darüber, ob der Tod von Liana, ob die vielen offenen Fragen und ob das Verhalten dieser Regierung einen PUA wert ist, ja oder nein! Und dann erklären Sie das nicht mir, sondern der Öffentlichkeit!

Die 140 Fragen der CDU sind gut und schön. Viele davon sind natürlich die Fragen, die auch ich habe. Aber Stand jetzt ist, dass die CDU eine Anfrage stellt, die Antworten durchgelesen werden, eine Pressemitteilung gemacht wird und meinetwegen noch zwei, drei Folgeanfragen gemacht werden, und das war es dann. Keine eigenen Beweisanträge, keine Zeugenvernehmung, Nachfragen mit einer Verzögerung von Wochen oder gar Monaten!

Liefern Sie mir bitte zwei, drei oder liefern Sie mir doch wenigstens ein Argument, warum das hier angemessen sein soll! Wenn irgendetwas Oppositionsaufgabe ist, dann das hier.

Wir beantragen die sofortige Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Wortmeldung ist von der Fraktion der SPD. Herr Saade, kommen Sie gern nach vorne! Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

## Alexander Saade (SPD):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fall Friedland bewegt uns alle: eine 16-jährige junge Frau, brutal aus dem Leben gerissen, eine Familie, die ihr Kind verloren

hat - ein Ereignis, das uns alle erschüttert, das uns alle sprachlos macht. Aber gerade deshalb, gerade weil dieser Fall emotional trifft, haben wir eine besondere Verantwortung: Wir müssen klären, was passiert ist. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Fall politisch missbraucht wird.

Genau das versucht die AfD mit ihrem Antrag. Die Aufklärung läuft längst, und sie läuft gründlich. Seit Wochen arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft, Ausländerbehörden und Ministerien an der vollständigen Aufklärung. Der Innenausschuss wurde unterrichtet. Das Justizministerium hat transparent berichtet. Die wesentlichen Fakten liegen schon auf dem Tisch. Noch offene Fragen werden beantwortet. Es gibt keine Vertuschung, es gibt keine geheimen Akten, es gibt kein Schweigekartell. Es gibt komplexe Verfahren, ja, die auch mit rechtlichen Hürden und manchmal auch mit Zuständigkeitsfragen versehen sind. Aber das Ganze macht noch keinen Skandal aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist eigentlich ein Instrument der Aufklärung. Der AfD geht es aber hier gar nicht um Aufklärung. Es geht um Empörung, um Aufmerksamkeit und Schlagzeilen. Wer den Antrag liest, merkt sofort: Das, was die AfD vorgelegt hat, ist keine sachliche Aufarbeitung, das ist eine politische Anklageschrift.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Über 70 Einzelfragen - die meisten davon wurden längst beantwortet, andere sind spekulativ oder suggestiv formuliert. Da ist die Rede von vorsätzlicher Desinformation des Staates und von Katastrophen.

Ich sage es ganz klar: So schreibt niemand, der aufklären will. So schreibt jemand, der Skandale will.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die AfD will diesen Ausschuss nicht, um Strukturen zu verbessern. Sie will eine Bühne, auf der sie Misstrauen gegenüber Behörden, gegenüber der Polizei, der Justiz und letzten Endes auch gegenüber Geflüchteten säen kann. Das ist sehr durchschaubar - aber auch gefährlich. Ich bin mir sicher: Mit meiner und den folgenden Reden werden die Zuschauer ihre wahren Absichten erkennen.

Der eigentliche Beweis liegt längst schon vor. Schauen wir uns den zeitlichen Ablauf an! Am 18. September hat die CDU eine sehr umfangreiche Kleine Anfrage mit über 140 Einzelfragen gestellt.

(Klaus Wichmann [AfD]: Wie lange brauchen die Antworten?)

Wer wirklich Aufklärung will, der wartet doch zunächst die Antworten auf diese Fragen ab, zumal die Fragen der CDU exakt dieselben Themen abdecken: Einreise, Dublin-Verfahren, Haftentscheidung, Polizeiarbeit, Kommunikation, Personal - all das.

Schaut man sich beides - den Fragenkatalog der CDU und den AfD-Antrag zum PUA - genau an, dann stellt man fest, dass 85 % der AfD-Fragen direkte oder leicht umformulierte Wiederholungen aus dem Fragenkatalog der CDU sind.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das sind Sachfragen, Herr Saade!)

Reihenfolge, Wortlaut, Untergliederung - nahezu alles ist identisch. Die angeblich neuen Fragen: laut, suggestiv, unterstellend, aber allesamt ohne neue Erkenntnisse. Und auch das Muster ist klar: Es geht um den Skandal, nicht um eine Lösung, es geht um Schlagzeilen, überhaupt nicht um Sacharbeit. Die Methode der AfD ist nämlich: einen tragischen Einzelfall rausnehmen, ihn emotional aufladen und dann so tun, als stünde in Wirklichkeit der Staat am Pranger - und nicht der Täter.

Wie die AfD in Wirklichkeit arbeitet, können wir an dem Antrag ganz gut ablesen, in dem es entsprechende Beispiele gibt:

Das erste Beispiel aus ihrem Fragenkatalog: Die AfD fragt, inwieweit die Öffentlichkeit möglicherweise vorsätzlich desinformiert wurde. Kernbotschaft: Behörden und Regierungen täuschen den Bürger bewusst.

(Klaus Wichmann [AfD]: Machen sie ja!)

Das ist keine Frage, die Sie formulieren, das ist eine Anschuldigung im Frageformat. Dafür gibt es keinen Beleg, keinen Fakt - reine Suggestion! Und so wird aus einer offenen Frage ein Vorwurf gegen den Staat, ein ganz klarer Angriff auf unseren Rechtsstaat.

Das zweite Beispiel: Die AfD fragt, aus welchen Gründen die Staatsanwaltschaft den Tod nicht als Mordsache bewertete. Kernbotschaft: Die Justiz urteilt aus politischer Rücksichtnahme vielleicht nicht nach dem Recht. Aber: Die Staatsanwaltschaft handelt nach objektivem Recht und nicht nach politischem Auftrag - ob Sie es wollen oder nicht. Ihre Suggestion diskreditiert Justiz und Rechtsstaat.

Das dritte Beispiel: Die AfD fragt, welche politischen Weisungen oder Versäumnisse dazu führten, dass der Tatverdächtige nicht außer Landes gebracht wurde. Natürlich gibt es keine politische Weisung! Rückführungsentscheidungen werden nach Recht und Gesetz getroffen - und nicht nach Parteibuch. Ihnen geht es aber auch gar nicht um Zuständigkeiten, sondern um pauschale Schuldzuweisungen gegenüber unseren Ministerien.

(Stephan Bothe [AfD]: Das ist eine Behauptung von Ihnen!)

Das vierte Beispiel - dabei belasse ich es dann auch -: Die AfD fragt, warum der Tatverdächtige am Tattag nicht sofort als Täter erkannt wurde - wohl wissend, dass es keine Zeugen und keine Videoaufnahmen gibt. Der Tatverdächtige selbst hatte sich als Zeuge zur Verfügung gestellt.

(Stephan Bothe [AfD]: Aggressiv und betrunken!)

In einem Rechtsstaat darf aber niemand sofort als Täter behandelt werden. Dafür wird ein hinreichender Tatverdacht gebraucht, das wissen Sie. Aber wer so fragt wie Sie, will gar nicht verstehen, wie eine rechtsstaatliche Ermittlung funktioniert - er will den Rechtsstaat delegitimieren. Sie wollen die Polizei und die Ermittlungsbehörden damit angreifen, nichts anderes. Ihr Ziel ist Misstrauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel der AfD ist nicht, Lösungen zu finden. Das Ziel ist, ein übergeordnetes Narrativ zu bedienen. Sie wollen das Bild einer Staatskrise zeichnen, Sie wollen Regierung, Polizei, Justiz und Verwaltung als unfähig oder korrupt darstellen.

Wer sich den Antrag anschaut, findet keinerlei Vorschläge, keine Reform- oder Verbesserungsideen, nur Schuldzuweisungen, Misstrauen und Stimmungsmache. Sie wollen Vertrauen zerstören - das Vertrauen in Behörden, Polizei, Justiz und den Rechtsstaat. Und genau das werden wir Ihnen hier nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Meine Damen und Herren, ein Untersuchungsausschuss ist ein scharfes Schwert. Er ist gerechtfertigt, wenn er der Aufklärung dient. Als Werkzeug einer Inszenierung, die nur Misstrauen säen will, ist er nicht geeignet und auch nicht gerechtfertigt.

Vertrauen wächst nicht aus Misstrauen, und Sicherheit entsteht nicht durch Lärm, sondern durch Klarheit, Zusammenarbeit und Haltung.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Durch Transparenz!)

Der Landtag ist auch kein Tribunal. Demokratische Kontrolle erfolgt durch Verfahren und nicht durch Skandalisierung. Wir stehen für Aufklärung und nicht für Aufregung. Wir stehen für Verantwortung und nicht für politische Show. Deswegen lehnen wir den heute vorliegenden Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vor dem nächsten Wortbeitrag möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das Filmen von den Rängen nicht erlaubt ist. Ich bitte Sie, das zu unterlassen.

Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Lühmann, kommen Sie bitte nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Michael Lühmann (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Um es so deutlich wie möglich voranzustellen: Jedes Opfer grausamer Verbrechen verdient den gleichen Respekt und die gleiche sachliche Aufarbeitung. Diese sachliche Aufarbeitung der Umstände im Fall der in Friedland getöteten jungen Frau ist und bleibt der rot-grünen Landesregierung ein zentrales Anliegen. Wir reden hier über eine schreckliche Tat, die nicht zu relativieren ist. In Gedanken sind wir bei der Familie des Opfers, und wir arbeiten zugleich intensiv politisch weiter.

Wer nun aber, wie die Fraktion rechts außen, auf Basis des vorliegenden Kenntnisstands bereits jetzt nach einem Untersuchungsausschuss ruft, obwohl das Verfahren zur Akteneinsicht erst anläuft und die Ermittlungen nicht abgeschlossen sind, überzieht vollkommen, und das aus rein populistischem Kalkül. Das ist so unangemessen wie beschämend zugleich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Als ich 2002 an die Universität kam, thematisierte meine erste Vorlesung bei Peter Lösche die Frage von Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung. Es ging darum, dass es eine logische Verknüpfung von regierungstragenden Fraktionen und Regierungen gibt. Deswegen sind das Kontrollrecht der Opposition und das Fragerecht als Minderheitenrechte ungemein wichtig. Das hat uns auch der Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Wilhelm Mestwerdt, ins Stammbuch geschrieben.

Das Zusammenspiel von parlamentarischen Mehrheiten auf der einen und der parlamentarischen Kontrolle auf der anderen Seite ist das, was durch belastbare Verfahren das Vertrauen in und die Zustimmung zur Demokratie sichert. Aber diese Kontrolle - und das ist entscheidend - bedarf auch eines verantwortungsvollen Umgangs. Und daran scheitern Sie wissentlich und willentlich.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ein wichtiges und ernst zu nehmendes Instrument der Kontrolle - aber kein Schauplatz für die Propaganda gesichert Rechtsextremer. Die AfD instrumentalisiert mit ihrer Forderung dieses parlamentarische Werkzeug, statt die Rechte der Opposition verantwortungsvoll zu nutzen.

Ihre Fragen im Innenausschuss, Herr Bothe, waren dünn oder dürr, die Antwort meist vorwegnehmend. Ihre Nachfragen waren eher unverschämt als aufhellend, Ihr Interesse an Aufklärung fiel weit hinter plumpe Angriffe zurück. Und als zweiter Vertreter Ihrer Fraktion kam dann Ihr Finanzpolitiker und nicht Ihr Rechtspolitiker. Ihr Interesse an Aufklärung nehme ich Ihnen an der Stelle nicht ab.

Anstatt umfassende Anfragen zu stellen, fordern Sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und kopieren dabei ein bisschen bei der CDU, statt erst mal die Antworten auf deren Fragen abzuwarten: nicht, weil es Ihnen um Aufklärung geht, sondern weil es Ihnen um Aufmerksamkeit geht - aber auf Kosten des Opfers!

(Stephan Bothe [AfD]: Nein!)

Der Kampf um die Parlamente - das von Ihnen übernommene zentrale Strategieelement der NPD - verlangt nun mal nach "dem Parlament als Bühne für die öffentlichkeitswirksame Verbreitung eigener Inhalte, für Provokation und nicht zuletzt als verlässliche Geldquelle".

Es bleibt schlichtweg ein unwürdiges Spiel mit Aufmerksamkeit, das Sie hier betreiben, auch um die Union vor sich herzutreiben, die sich an dieser Stelle schon die Frage gefallen lassen muss, ob die

von ihr angestoßene Dynamik sachangemessen war und ist. Kurzum: Es ist entlarvend, was die AfD hier versucht.

Um mit Umberto Ecos großem Vortrag zum 50. Jahrestag der Befreiung Italiens zu schließen: Es ist unsere Pflicht, das, was Sie hier strategisch und rhetorisch versuchen, zu entlarven, mit dem Finger darauf zu zeigen, jeden Tag und überall.

Bei allem Streit in der Sache sind wir uns unter den demokratischen Fraktionen im Landtag einig: Wer den tragischen Tod eines Mädchens nutzt, um zu fordern, dass man die Brandmauer einreißt, der sollte sich schämen!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Die nächste Wortmeldung ist von der Fraktion der CDU. Frau Abgeordnete Hermann, kommen Sie bitte nach vorne! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

## Carina Hermann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 11. August ereignete sich in Friedland eine Tragödie, die uns tief erschüttert hat. Ein 31-jähriger Iraker, vollziehbar ausreisepflichtig, soll eine 16-jährige Ukrainerin gegen einen Zug gestoßen haben. Die junge Frau verstarb; Eltern, Familie und Freunde sind fürs Leben gezeichnet. Das darf - das ist gesagt worden - nicht folgenlos bleiben. Einfach weiterzumachen, verbietet sich. Die Landesregierung muss diesen Fall lückenlos aufklären und Missstände abstellen.

Denn was in Friedland geschehen ist, wirft weiterhin gravierende Fragen auf. Wie konnte es passieren, dass ein Mann, der seit März ausreisepflichtig war, mehrfach auffällig wurde und in Haft saß, dennoch frei herumlief? Warum dauerte es so lange, bis ein Antrag auf Abschiebungshaft gestellt wurde, und warum wurde dieser Antrag dann so mangelhaft begründet, dass das Amtsgericht ihn ablehnen musste? Warum wurde gegen diese Entscheidung des Amtsgerichts keine Beschwerde eingelegt, und warum hat niemand den Überblick behalten, als dieser Mann offenbar mehrfach unter- und wieder auftauchte? Hier geht es am Ende um politisches Handeln und auch um politische Verantwortung - und diese Verantwortung trägt Frau Innenministerin Behrens!

Meine Damen und Herren, seit Bekanntwerden des schrecklichen Falls von Friedland fordert die CDU-Fraktion lückenlose Aufklärung. Doch die Landesregierung ist dieser Forderung bislang unzureichend nachgekommen.

Wir haben gefordert, dass sich die Innenministerin unverzüglich persönlich im Innenausschuss erklärt. Sie kam aber nicht persönlich, sondern hat die Fachebene geschickt. Wir haben also im Ausschuss statt der Ministerin die erschienenen Fachbeamten hartnäckig befragt. Dabei fiel auf, dass einiges ungeklärt blieb.

Wir haben das Thema dann im September-Plenum in einer Aktuellen Stunde zum Gegenstand der Beratung des Landtags gemacht. Dort hat sich die Innenministerin erstmalig öffentlich erklären müssen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben dann den Ministerpräsidenten hier dazu befragt. Aber am Ende sind nach wie vor viele Fragen offengeblieben.

Das akzeptieren wir so nicht, meine Damen und Herren! Deshalb haben wir am 18. September eine Kleine Anfrage mit knapp 150 Fragen eingereicht. Zusätzlich haben wir eine Aktenvorlage beantragt, um uns selbst ein eigenes Bild nach Aktenlage machen zu können. Damit haben wir viele parlamentarische Instrumente eingesetzt, um diesen Fall sachgerecht aufzuklären.

Frau Innenministerin, Sie müssen sich fragen: Wo haben Einzelne versagt, wo waren Abläufe unklar, und wo war das System auch schlicht strukturell überfordert? Wenn individuelles Versagen durch Überlastung entsteht, dann ist eben auch das am Ende systematisches Versagen. Und für systematisches Versagen trägt auch die Landesregierung Verantwortung - niemand sonst, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir geben der Landesregierung letztmalig die Chance, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Wir erwarten eine vollständige, nachvollziehbare Antwort auf unsere Anfrage, ohne unnötige Verzögerung. Wir erwarten, dass die Akten dem Landtag zügig und vollständig vorgelegt werden. Und wir erwarten, dass die Aufklärung oberste Priorität im Innenministerium und auch in dieser Koalition hat. Denn wer jetzt noch mauert, schönredet oder vertröstet, ist für weiteren Vertrauensverlust in unsere staatlichen Stellen mitverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Untersuchungsausschuss ist kein Selbstzweck, sondern das schärfste Schwert des Parlamentarismus. Dieses Instrument setzen wir dann ein, wenn andere Wege zur Aufklärung versagen. Dort sind wir schlichtweg jetzt noch nicht angelangt. Aber sollte die Landesregierung unsere Fragen nicht oder ausweichend beantworten, sollte sie die Aktenvorlage verzögern oder die Verantwortung zerreden, dann behalten wir uns als CDU-Fraktion vor, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

Was wir allerdings nicht mitmachen, ist die politische Show der AfD-Fraktion. Das Parlament verfügt derzeit nicht über die notwendigen Informationen, um die Frage nach der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses seriös beantworten zu können. Das ist der Unterschied, Herr Wichmann, zwischen echter Aufklärungsarbeit und einer bloßen politischen Instrumentalisierung eines schrecklichen Falls durch die AfD: Wir müssen die Antworten der Landesregierung kennen, bevor wir über weitere Schritte entscheiden.

Die AfD überspringt am Ende diesen Punkt, wie so oft, um sich selbst zu inszenieren. Denn von der AfD kam bisher rein gar nichts - das will ich ganz deutlich sagen -: keine Kleine Anfrage, kein Antrag auf Akteneinsicht, keine wirkliche inhaltliche Befassung mit diesem Fall. Aber jetzt unmittelbar mit dem schärfsten Schwert des Parlaments kommen - das ist typisch für die AfD, aber das passt schlichtweg nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kollegen von der SPD und den Grünen haben gesagt, dass Ihr Einsetzungsantrag große Teile der Themenstruktur und der Fragen unserer umfassenden Anfrage übernimmt.

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Das ist doch logisch!)

Das sei hier nur als Randnotiz genannt. Abschreiben ist keine Aufklärung, und das ist auch keine Übernahme von Verantwortung, Herr Wichmann. Diese Art der AfD-Politik mag sich für Ihre Social-Media-Arbeit immer wieder nutzen lassen, aber den Interessen des Landes dient sie nicht.

Herr Ministerpräsident, Frau Innenministerin, ich appelliere an Sie, die Sache jetzt schonungslos aufzuklären und die Fehler in diesem Fall klar zu benennen. Denn wer Verantwortung trägt, der muss sie auch übernehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr.in Tanja Meyer:

Vielen Dank, Frau Hermann.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Fraktion der AfD hat für ihren Antrag in der Drucksache 19/8538 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Der Landtag kann die sofortige zweite Beratung beschließen, sofern nicht gemäß § 39 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 27 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung mindestens 20 Mitglieder des Landtags für eine Überweisung des Antrags in einen Ausschuss stimmen.

Entsprechend unserer Geschäftsordnung frage ich daher, ob von jemandem eine Ausschussüberweisung beantragt wird. - Das ist nicht der Fall. Eine Ausschussüberweisung wird nicht von der erforderlichen Zahl von Abgeordneten verlangt.

Dann können wir zur abschließenden Beratung kommen. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass die abschließende Beratung jetzt sofort durchgeführt werden soll. Eine Berichterstattung ist naturgemäß nicht vorgesehen.

Ich frage vorsichtshalber: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer den vorliegenden Antrag annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU. Wer enthält sich? - Das ist das fraktionslose Mitglied. Der Antrag wurde abgelehnt.

Wir kommen nun zur Mittagspause und setzen die Sitzung um 15:15 Uhr fort. Ich wünsche Ihnen eine schöne Pause.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:48 Uhr bis 15:16 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir treten in unsere Nachmittagssitzung ein und machen weiter mit:

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Vertrauen in den Rechtsstaat stärken - Strafjustiz entlasten! Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens nach §§ 417 ff. StPO besser nutzen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5311 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechtsund Verfassungsfragen - Drs. 19/8244

Zu Wort hat sich gemeldet: von der Fraktion der CDU der Kollege Christoph Plett. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Christoph Plett (CDU):

Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für den Zuspruch.

"Vertrauen in den Rechtsstaat stärken - Strafjustiz entlasten! Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens nach §§ 417 ff. StPO besser nutzen" - liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist das Ziel dieses Antrags? Die Zahl der beschleunigten Verfahren soll erhöht werden!

Dass sich die Koalition aus SPD und Grünen gegen unseren Antrag ausgesprochen hat, geht vielleicht auf diesen alten Reflex zurück: Der Antrag kommt von der Opposition und muss also gleich abgelehnt werden.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Quatsch!)

Ob das alles im Sinne eines zukünftig schnellen Rechtsstaats sinnvoll ist, haben wir im Ausschuss diskutiert und können das jetzt vielleicht noch intensivieren.

Ich will gerne zugestehen, dass insbesondere die erste Forderung durch das Ministerium, durch die Ministerin schon umgesetzt worden ist. Darin geht es um die Konzentration der "Zuständigkeit für die Durchführung beschleunigter Verfahren" gemäß §§ 417 ff. StPO "auf Amtsgerichte …, die ihren Sitz am Standort von Staatsanwaltschaften haben".

Zur Abfolge: Wir haben den Antrag am 17. September 2024 eingebracht. Im September 2024 ist er

dann im Landtag behandelt worden. Schon damals ist uns gesagt worden, dass diese Forderung umgesetzt wird. So sollte es dann auch sein! Das ist also ein Antrag, der eine schon laufende Sache beschleunigt. Das können wir natürlich nur begrüßen. Ich will mich hier jetzt nicht darüber streiten, ob diese Maßnahme durch das Ministerium schon vor diesem Antrag eingeleitet worden ist oder später - Hauptsache, hier schreitet etwas Sinnvolles voran.

Dass von den Staatsanwaltschaften gemäß § 417 StPO ein beschleunigtes Verfahren schriftlich oder mündlich beantragt werden kann, "wenn die Sache auf Grund des einfachen Sachverhalts oder der klaren Beweislage zur sofortigen Verhandlung geeignet ist", ist unter anderem Inhalt dieser Paragrafen. Das beschleunigte Verfahren ist auf Fälle beschränkt, in denen lediglich eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr in Betracht kommt. Es gibt auch bei der Beweisaufnahme Erleichterungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, andere Länder haben schon Erfahrungen mit diesem Instrument gesammelt, unter anderem Baden-Württemberg. Dort verfügt man bereits über fundierte Praxiserfahrungen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens besser nutzen zu können.

In einem Evaluationsbericht der baden-württembergischen Landesregierung berichten die dortigen Justizbehörden von einer wahrnehmbar stärkeren spezialpräventiven Wirkung des beschleunigten Verfahrens, da eine Vielzahl der Straftäter von der unmittelbar nach der Tat durchgeführten Hauptverhandlung und der nachfolgenden Verurteilung sichtlich beeindruckt seien. Zudem würden die verhängten Strafen zu einer hohen Akzeptanz führen.

Das Justizministerium resümiert, dass das beschleunigte Strafverfahren ein wirksames strafverfahrensrechtliches Instrument sei, um die unter spezial- und generalpräventiven Aspekten besonders wünschenswerte rasche Sanktionierung von Straftaten im konkreten Einzelfall zu ermöglichen. Gleichzeitig würden den Straftätern durch die zügige Bearbeitung von Strafverfahren frühzeitig Grenzen aufgezeigt und potenziellen Straftätern die Folgen einer konsequenten Anwendung des Strafrechts vor Augen geführt.

Daneben sei das beschleunigte Verfahren ein geeigneter Ansatz, um das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat zu stärken. Schließlich könnten schnelle Strafverfahren im beschleunigten Verfahren dazu beitragen, nicht nur

Staatsanwaltschaften und Gerichte, sondern auch Opfer, Zeugen und Täter zu entlasten.

Diese Beschleunigung sollte auch vor dem Hintergrund mancher Bereiche des Strafrechts genutzt werden. Das ist in diesem Hause, glaube ich, unstrittig.

Ich glaube aber auch, dass wir Folgendes zu überlegen haben - auch das war ein Punkt unseres Antrags -:

"Ein regelmäßiger, anlassunabhängiger Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der Justiz- und der Polizeibehörden ist zu organisieren, um zukünftig in der Praxis erkannte Hindernisse und Probleme bei der Durchführung beschleunigter Verfahren frühzeitig zu erkennen und abstellen zu können. So können auch positive Erfahrungen bei der Organisation und im Ablauf von beschleunigten Verfahren möglichst schnell kommuniziert und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt werden."

Das sind nach unserer Auffassung gute Argumente für diesen Antrag.

Man kann immer wieder darüber streiten, dass Dinge schon umgesetzt worden sind oder andere Dinge schon in der Pipeline sind. Aber ein solches Signal aus dem Plenum des Landtages wäre gut, indem sich alle Parteien hierzu äußern und sagen, dass alles getan werden soll, was im beschleunigten Verfahren möglich ist. Das sind Fälle mit geringerer Beweislast und auch mit geringerer Strafe. Außerdem ist die Justiz entsprechend auszustatten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist es jetzt, glaube ich, nicht sinnvoll, sich darüber auszulassen, welche dieser Bereiche - ich erwähnte es eingangs schon - bereits umgesetzt worden sind. Uns ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Justiz so ausgestattet wird, dass sie dieses beschleunigte Verfahren schnell umsetzen kann.

In diesem Sinne werben wir, werbe insbesondere ich noch einmal dafür, diesem Antrag zuzustimmen.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Camuz. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Evrim Camuz (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Auf den ersten Blick mag es überzeugend klingen: Strafverfahren sollen schneller abgeschlossen werden, um Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen zu entlasten, Straftäter sollen rasch verurteilt und das Vertrauen in den Rechtsstaat soll gestärkt werden. In einfach gelagerten Fällen ist dies eine gute Möglichkeit, schnell für Rechtsfrieden zu sorgen.

Was hier allerdings als Effizienzgewinn verkauft wird, bedeutet in Wahrheit eine massive Einschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien. Das beschleunigte Verfahren ist kein Allheilmittel gegen überlastete Justizbehörden. Es wurde vom Bundesgesetzgeber bewusst als Ausnahmefall für einfach gelagerte Sachverhalte mit eindeutiger Beweislage geschaffen. Es soll nach dem Willen des Bundesgesetzgebers gerade nicht die Regel werden.

Der vorliegende Antrag strebt hingegen nichts Geringeres an, als die systematische Ausweitung dieses Ausnahmeverfahrens auf breiter Front - mit landesweiten Vorgaben, verpflichtenden Kriterien und organisatorischem Umbau der Strafjustiz. Das halte ich für gefährlich. Denn Beschleunigung darf niemals auf Kosten von rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgen. In einem Verfahren, das unter dem Deckmantel der Effizienz geführt wird, drohen die Rechte von Beschuldigten ausgehöhlt zu werden. Und das, sehr geehrte Abgeordnete, lassen wir nicht zu!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unter anderem entfällt beispielsweise das Zwischenverfahren. Das bedeutet ganz konkret, dass keine unabhängige gerichtliche Prüfung mehr erfolgt, ob tatsächlich ein hinreichender Tatverdacht besteht. Auch eine Anklageschrift, die dem oder der Beschuldigten normalerweise eine präzise Orientierung über die konkreten Vorwürfe gibt, ist nicht erforderlich. Gerade weil diese Verfahrensschritte aber zentrale rechtsstaatliche Funktionen erfüllen, muss das beschleunigte Verfahren die Ausnahme bleiben und darf eben nicht die Regel werden.

Vor allem lehne ich auch den Versuch ab, die Anwendung des beschleunigten Verfahrens auf sogenannte Klimakleber oder auch auf politische Straftaten auszuweiten. Wer hier auf schnelle Verurteilung drängt, schürt den Eindruck, dass die Strafjustiz zur Durchsetzung politischer Interessen instrumentalisiert wird. Genau das beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Gerade in politisch aufgeladenen Fällen brauchen wir sorgfältige Verfahren, in denen alle Seiten angehört werden und ihnen zugehört wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einige Verfahren - ich muss zugeben, ich habe die Übersicht verloren -, insgesamt neun, gegen AfD-Abgeordnete. Neun Strafverfahren! Einige wurden eingestellt, aber manche - - -

(Zuruf von der AfD: Alle eingestellt!)

- Nein, wurden sie nicht!

Zum Beispiel das Verfahren gegen Abgeordnete Vanessa Behrendt. Ihr wird vorgeworfen, mutmaßlich personenbezogene Daten weiterverbreitet zu haben, und sie wird auch wegen Volksverhetzung beschuldigt.

(Zuruf von der AfD: Ach was!)

- Mutmaßlich! Es gilt wie immer: In dubio pro reo. Doch wir müssen da gucken.

Es gibt auf Bundesebene beispielsweise Fälle wie den der Bundestagsabgeordneten Frau von Storch, die angeblich auf der Maus abgerutscht ist. Auch so etwas muss man berücksichtigen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir auch Ihre Verfahren sorgfältig prüfen und im Zweifel Anklage gegen Sie erheben.

Es gibt auch ein weiteres Verfahren wegen illegaler Parteienfinanzierung. Es sind wirklich viele. Ich entschuldige mich dafür, dass ich sie jetzt nicht alle runterrattern kann.

Aber genau da brauchen wir eine ordentliche Prüfung und eben kein beschleunigtes Verfahren, wie es die CDU fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Klaus Wichmann [AfD])

Wenn wir das Vertrauen in den Rechtsstaat wirklich stärken wollen, müssen wir bei den Ursachen ansetzen - und das kostet. Wir von Rot-Grün sind uns einig: Das bedeutet mehr Personal, bessere Ausstattung und mehr Digitalisierung. Kostengünstige Schnellschüsse, so sie die CDU fordert, helfen niemandem und auch nicht unserer Justiz.

In diesem Sinne sagen wir Nein zu einer voreiligen Ausweitung beschleunigter Verfahren und Ja zu einer starken, unabhängigen und sorgfältig arbeitenden Justiz.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: aus der Fraktion der AfD der Kollege Moriße. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD - Der Redner fährt das Redepult herunter)

### Thorsten Paul Moriße (AfD):

Gott, was ist das klein hier!

(Heiterkeit bei der AfD - Jörn Domeier [SPD]: Wahre Größe entsteht im Charakter!)

#### - Absolut!

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Der CDU-Antrag zur Beschleunigung von Verfahren ist grundsätzlich richtig. Straftäter müssen schnell und konsequent die Härte des Rechtsstaates spüren. Das ist auch wichtig für die Gerechtigkeit und das Vertrauen in unsere Institutionen. Deshalb stimmen wir dem zu.

Doch die Realität in Niedersachsen, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Unsere Justiz ist überlastet, unterbesetzt und strukturell vernachlässigt - ein Resultat jahrzehntelanger Fehlpolitik von der CDU, den Grünen und der SPD. 73 800 offene Verfahren, 150 fehlende Staatsanwälte und 170 % Belastung allein in Hannover - das ist kein funktionierender Rechtsstaat, meine Damen und Herren, sondern eine Justiz im Würgegriff.

Beschleunigte Verfahren allein helfen nicht ohne echte Reformen, Personalaufstockung und eine klare Struktur. Die Hauptursache der Probleme ist bekannt: Das ist der starke Anstieg der Straftaten, vor allen Dingen bei Messerangriffen, Rohheitsdelikten und auch häuslicher Gewalt. Besonders alarmierend ist der hohe Anteil an Straftaten durch Jugendliche - überwiegend migrantisch - und Asylbewerber. Das muss man auch mal ehrlich und offen sagen.

Mein Kollege Stephan Bothe fordert seit Jahren mehr Personal, bessere Ausstattung bei Polizei und Justiz und klare Zuständigkeiten. Doch unsere Warnungen werden - das hat man ja heute Morgen wieder erfahren - weiterhin ignoriert. Aber unsere Zeit wird kommen, das verspreche ich Ihnen.

Zudem kritisieren wir die CDU noch zusätzlich, die im Fall des Mordes an der 16-jährigen Ukrainerin einen Untersuchungsausschuss blockiert und so Transparenz verweigert. Das ist nach meiner persönlichen Meinung politische Feigheit und schwächt das Vertrauen der Bürger. Aber das werden Sie zur nächsten Wahl zu spüren bekommen. Denn wer sich hier verweigert, die Hintergründe eines solchen Verbrechens offenzulegen, der hat jedes moralische Recht verspielt, ansatzweise vom Schutz der Bürger zu sprechen. Von der rot-grünen Mehrheit habe ich nichts anderes erwartet - aber von Ihnen, verehrte CDU-Fraktion, schon.

Ich sage es jetzt hier und in aller Deutlichkeit: Nur die AfD - Volkspartei, Arbeiterpartei, Rechtsstaatspartei - steht für echte Aufklärung und konsequente Strafverfolgung.

(Beifall bei der AfD - Volker Bajus [GRÜNE]: Oh! - Carina Hermann [CDU]: Das haben Sie sich vorher schon so auf den Zettel geschrieben! - Veronika Bode [CDU]: Das haben wir ja in Seesen gesehen!)

Unser Rechtsstaat wird nur mit der AfD erst handlungsfähig werden - und das mit Ehrlichkeit, Konsequenz und Verantwortung. Verantwortung weisen Sie ja von sich. Das haben wir heute Morgen erfahren.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Aus der Fraktion der SPD hat nun das Wort: der Kollege Schröder. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Jan Schröder (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch einmal kurz zur AfD: In der Schule würde ich sagen: Thema verfehlt! Sorry, aber etwas anderes kann ich dazu wirklich nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Zuruf von der AfD: Wir sind hier nicht in der Schule! - Weitere Zurufe von der AfD - Marcus Bosse [SPD]: 6, setzen!)

Ich komme jetzt auf den Antrag der CDU-Fraktion zu sprechen.

Schon im September 2024 habe ich im Plenum deutlich gemacht, warum dieser Antrag nicht trägt. Im November 2024 hat die Landesregierung im Rechtsausschuss ausführlich dargelegt, dass die Forderungen der CDU an der Realität vorbeigehen. Im August dieses Jahres hat die CDU mit der Forderung nach einer erneuten Länderabfrage versucht, das Thema wieder aufzuwärmen - ein Ansinnen, das wir zu Recht abgelehnt haben.

Denn die Unterrichtung durch die Landesregierung im November hat klar gezeigt: Beschleunigte Verfahren sind einfach kein Allheilmittel. Ja, sie können in einfachen, klar gelagerten Fällen sinnvoll sein. Aber sie sind keineswegs geeignet, die Strafjustiz insgesamt zu entlasten. Im Gegenteil, häufig entsteht zusätzlicher Aufwand, weil Polizei und Staatsanwaltschaft in kürzester Zeit Zeugen laden, Dolmetscher organisieren und Verhandlungen vorbereiten müssen.

Meine Damen und Herren, während ein Strafbefehlsverfahren oft innerhalb einer Stunde erledigt ist, bindet ein beschleunigtes Verfahren einen halben bis ganzen Arbeitstag. Das ist Realität, und diese bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

Ich halte es für falsch, die beschleunigten Verfahren als Lösung für alle Probleme zu verkaufen. Die Prioritätensetzung ist entscheidend. Wollen wir wirklich, dass Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ihre Zeit mit Verfahren verbringen, die auch schneller erledigt werden könnten? Oder wollen wir ihre Kapazitäten auf die wirklich komplexen Fälle konzentrieren - auf schwere Kriminalität, auf organisierte Strukturen, auf die Bekämpfung von Extremismus? Ich sage ganz klar: Es kommt auf das Wesentliche an!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Die Landesregierung hat in ihrer Unterrichtung außerdem deutlich gemacht: Viele der von der CDU genannten Beispiele, etwa die sogenannten Klimakleber, eignen sich überhaupt nicht für beschleunigte Verfahren. Vielfach handelt es sich in Wahrheit um juristisch komplexe Fälle: Wann liegt eine

Nötigung vor? Wie ist physische und psychische Gewalt zu bewerten? Welche Zeugen müssen gehört werden? Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, solche Fragen lassen sich nicht im Eilverfahren klären, und in vielen Fällen ist das bewährte Strafbefehlsverfahren nicht nur schneller, sondern auch effektiver.

Die Unterrichtung im Ausschuss hat sehr deutlich gemacht, dass es keine Abkürzung geben kann, wenn die Rechtslage schwierig ist. Jede Abkürzung würde nur dazu führen, dass die Verfahren später aufgehoben oder zurückverwiesen werden, mit noch mehr Aufwand für alle Beteiligten. Wollen Sie das, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wirklich?

Und, meine Damen und Herren: Große Teile der Forderungen im CDU-Antrag sind längst umgesetzt. Die Konzentration auf bestimmte Amtsgerichte gilt seit Dezember 2024. In vielen Regionen, ob in Braunschweig, Göttingen oder Oldenburg, gibt es feste Ansprechpartner, regelmäßige Absprachen und klare Handreichungen. Fast alles, was Sie fordern, ist längst Praxis. Wer sich die Realität in unseren Gerichten anschaut, weiß: Die niedersächsische Justiz arbeitet schnell, effizient und zuverlässig.

Aus meiner Sicht besonders problematisch bleibt Ihr Gedanke, landesweit verbindlich festzulegen, in welchen Fällen beschleunigte Verfahren zwingend anzuwenden sind. Auch hier hat die Landesregierung in der Unterrichtung eindeutig Stellung bezogen. Solche starren Vorgaben sind einfach nicht zielführend, weil die Kriminalitätslagen in den Regionen unterschiedlich sind.

Meine Damen und Herren, die Städte haben andere Fallkonstellationen als das Land. Deshalb funktionieren regionale Absprachen - maßgeschneidert, flexibel und erfolgreich. Eine starre Landesvorgabe würde dieses System nur behindern. Und sie würde vor allem die richterliche Unabhängigkeit untergraben, weil sie den Gerichten politische Vorgaben macht, die mit ihrer verfassungsrechtlichen Rolle schlicht nicht vereinbar sind. Daher noch einmal die Frage an die Kolleginnen und Kollegen der CDU: Wollen Sie das wirklich?

Sie fordern außerdem mehr Austausch zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten. Aber dieser Austausch findet längst statt - regelmäßig, mit festen Ansprechpartnern in allen Landesteilen. Ihre Forderung läuft ins Leere.

Und schließlich zur Evaluation, die Teil Ihres Ursprungsantrags war: Schon 2024 hat die Landesregierung klargemacht, dass die Zahl beschleunigter Verfahren überhaupt nichts darüber aussagt, ob die Justiz wirklich entlastet wird. Denn oft ist - noch einmal - das Strafbefehlsverfahren die bessere Wahl. Eine Evaluation würde Ressourcen binden, ohne neue Erkenntnisse zu bringen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im August 2025 dann Ihr nächster Versuch: die Forderung nach einer Länderabfrage. Doch auch das bringt keinen Mehrwert, denn Niedersachsen nimmt bereits eine Spitzenposition ein. 2023 entfielen 15,6 % aller beschleunigten Verfahren in Deutschland auf Niedersachsen bei einem Anteil von nur 8,8 % an den Gesamtverfahren. Das sind 180 % des Bundesdurchschnitts. Wir sind bereits Vorreiter. Unsere Justiz setzt das Instrument dort ein, wo es sinnvoll und angemessen ist. Eine Länderabfrage hätte daran nichts geändert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Die Unterrichtung durch die Landesregierung hat Punkt für Punkt gezeigt: Die Forderungen der CDU laufen ins Leere. Fast alles ist entweder schon umgesetzt, nicht praktikabel oder schlicht kontraproduktiv. Beschleunigte Verfahren sind sinnvoll, aber nur für klar gelagerte Einzelfälle. Sie sind nicht die Regel, und sie dürfen schon gar nicht von der Politik erzwungen werden.

Die Menschen in Niedersachsen erwarten von uns keine Symbolpolitik, sondern eine Justiz, die fair, gründlich und unabhängig arbeitet. Genau dafür steht die rot-grüne Regierungskoalition. Und deshalb lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet: die Justizministerinnern Dr. Wahlmann. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin ein großer Fan davon, Verfahren zügig und stringent durchzuführen, und ich bin auch ein großer Fan davon, dass Straftäter eine deutliche Reaktion auf ihre Straftat zu spüren bekommen. Dort, wo es möglich

ist, sollte das schnell passieren. Deshalb führen wir in Niedersachsen auch an allen Amtsgerichten beschleunigte Verfahren in den dafür geeigneten Sachen durch.

Zusätzlich - das ist heute bereits angesprochen worden, und das war, wie Sie wissen, schon auf dem Weg, bevor dieser Entschließungsantrag letztes Jahr ins Plenum eingebracht wurde - habe ich per Verordnung angeordnet, dass beschleunigte Verfahren in Bezug auf bereits vorläufig festgenommene oder inhaftierte Personen beim Amtsgericht am Sitz des Landgerichts oder bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die den Antrag stellende Zweigstelle der Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat, konzentriert werden. Das schafft Synergieeffekte und bietet die Voraussetzung dafür, dass noch mehr beschleunigte Verfahren als bisher schon in Niedersachsen durchgeführt werden.

Das, was der Entschließungsantrag im Kern fordert, ist also schon umgesetzt gewesen, bevor Sie den Antrag überhaupt eingebracht haben. Sie wollen Zuständigkeiten konzentrieren, die längst konzentriert sind.

Ich will aber an dieser Stelle auch mit zwei Fehlvorstellungen aufräumen, denen Sie offensichtlich unterliegen.

Die erste ist: Ihr Antrag suggeriert, dass Niedersachsen in Sachen beschleunigte Verfahren hinterherhinkt. Das ist mitnichten der Fall! Im Gegenteil: Niedersachsen ist bundesweit ganz vorne dabei, was beschleunigte Verfahren angeht. Wir sind sogar ein Vorbild für andere. Die Präsidentin des Amtsgerichts Hannover hat mir im letzten Jahr berichtet, dass eine Delegation aus einem anderen Bundesland am Amtsgericht war, um sich anzugucken, wie man beschleunigte Verfahren, die da ganz hervorragend laufen, am besten organisiert und bearbeitet.

Im Jahr 2024 haben unsere Amtsgerichte rund 8,7 % aller amtsgerichtlichen Strafverfahren in Deutschland erledigt. Von allen beschleunigten Verfahren in Deutschland waren es dagegen 13,3 %. Der Anteil der beschleunigten Verfahren, die wir hier in Niedersachsen behandeln, liegt, mit anderen Worten, ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Ja, es gibt vereinzelt Staatsanwaltschaften und Gerichte, die hier noch Luft nach oben haben, aber übers Land gesehen sind wir überdurchschnittlich gut. Daher möchte ich mich auch im Namen der Landesregierung ganz herzlich bei allen bedanken, die diese Verfahren so energisch betreiben.

Die zweite Fehlvorstellung, mit der ich aufräumen möchte, ist die, dass nur beschleunigte Verfahren gute Strafverfahren sind. Zum einen können Sie ein beschleunigtes Verfahren schon nach dem Gesetz nur dann durchführen, wenn der Sachverhalt unkompliziert ist und die Beweise alle präsent sind. Die Fälle, die die Boulevardpresse am liebsten per Sofortgericht entschieden haben möchte - nämlich zum Beispiel eine Discoschlägerei-, sind für beschleunigte Verfahren gerade ungeeignet, weil die Beweislage oft sehr unübersichtlich ist, oft eine Vielzahl von Menschen als Zeugen aussagen muss und diese Zeugen zum Teil erst von der Polizei ermittelt und vernommen werden müssen. Die Vorstellung, dass die Polizei einfach alle in oder vor der Disco Anwesenden direkt mitverhaftet und bis zum nächsten Tag in einer Zelle einsperrt, ist zum Glück mit unserem Rechtsstaat nicht vereinbar.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

In komplizierten Fällen sind beschleunigte Verfahren also gerade nicht gesetzlich vorgesehen. Das bedeutet aber nicht, dass die Verfahren nicht trotzdem schnell gehen können. Und das bedeutet auch nicht, dass die Strafe am Ende nicht genauso wirkungsvoll ist.

Denn mal ehrlich: So schön der Satz "Die Strafe muss auf dem Fuße folgen" auch klingt - wir haben es hier mit erwachsenen Menschen zu tun, nicht mit Kindern, die noch erzogen werden müssen. Erwachsene, die in der Regel zumindest in gewissem Ausmaß vernunftgesteuerte Menschen sind, wissen auch Wochen oder Monate nach einer Straftat noch, was sie getan haben, wofür sie vom Staat bestraft werden und was sie daraus lernen sollen. Das verdeutlichen unsere Richterinnen und Richter im Rahmen der Urteilsbegründung regelmäßig ganz explizit. Auch reguläre Strafverfahren mit regulär vollstreckten Strafen erfüllen den Zweck der Strafe also in der Regel sehr gut.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich betonen, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Justiz im Allgemeinen und hier insbesondere in der Strafjustiz eine ganz hervorragende Arbeit mit oft überobligatorischem Einsatz leisten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

und zwar sowohl in Materien aller Art als auch in Verfahren aller Art. Um das zu unterstützen und Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen zu schaffen, haben wir nicht nur in den vergangenen zwei Jahren neue Stellen in einem Ausmaß geschaffen, wie das Land Niedersachsen es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesehen hat, sondern wir werden die Strafjustiz wie auch den gesamten Geschäftsbereich auch im kommenden Jahr mit viel Geld und vielen neuen Stellen unterstützen.

Wir sorgen auch im kommenden Jahr für Rechtssicherheit, für Rechtsfrieden und für Gerechtigkeit!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Beratung ist abgeschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/5311 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen der CDU und der AfD sowie der fraktionslose Kollege. Somit wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

a) Neuer Zukunftsplan für Schloss Marienburg ein einzigartiges kulturelles Erbe erhalten und touristisch nachhaltig nutzen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6107 - b) Masterplan Marienburg 2030 - kultur- und landesgeschichtliche Bedeutung bewahren und erschließen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6281 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 19/8367

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert anzunehmen und den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir steigen in die Beratung ein. Als Erstes hat sich zu Wort gemeldet: die Kollegin der Fraktion der CDU, Martina Machulla. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

#### Martina Machulla (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Das Schloss Marienburg ist ein außergewöhnlicher Ort, ein Stück niedersächsischer Geschichte, das weit über seine Mauern hinausstrahlt, und für viele Menschen in unserem Land ein Symbol für Handwerk, für Baukunst, für das Bewahren kultureller Identität. Gerade weil dieses Erbe so bedeutsam ist, müssen wir es mit Klarheit, Sorgfalt und Verantwortung behandeln. Und genau darum geht es heute.

Die Landesregierung und die Regierungsfraktionen haben ihren Antrag "Masterplan Marienburg 2030" vorgelegt. Er beschreibt die Bedeutung des Schlosses, verweist auf die Förderzusage von Bund und Land über 27,2 Millionen Euro und auf die laufende Sanierungsplanung. All das ist unbestritten. Aber was dieser Antrag nicht leistet, ist das, was jetzt dringend gebraucht würde, nämlich eine ehrliche Bestandsaufnahme und eine klare Steuerung für den weiteren Verlauf.

Die SPD und die Grünen bekräftigen, dass die Sanierung fortzuführen sei. In dem Antrag wird die Landesregierung gebeten, die Stiftung weiter zu unterstützen, über den Fortschritt zu berichten und Teilöffnungen zu prüfen. Das klingt zunächst vernünftig, ist aber, wenn man genau hinsieht, im Wesentlichen nichts anderes als eine Fortschreibung des Status quo. Er stellt keine einzige der entscheidenden Fragen: Warum hat sich das Verfahren über Jahre verzögert? Warum ist die Zuständigkeitsstruktur zwischen Stiftung, Land, Region und Ministerium so unübersichtlich geblieben? Und vor allem: Woher wissen wir, dass die gewählte Sanierungsstrategie tatsächlich die richtige ist?

Ich sage es ganz offen. Wir haben hier einen Fall, in dem die Faktenlage selbst von Fachleuten unterschiedlich bewertet wird. Die Landesregierung spricht von massivem Befall durch Hausschwamm und einer gefährdeten Statik. Andere Architekten und Restauratoren halten die Schäden für sanierbar und die getroffenen Maßnahmen für überzogen. Ich maße mir selbst kein Urteil darüber an, wer dabei jetzt recht hat, aber gerade deshalb brauchen wir eine unabhängige Überprüfung.

Denn wenn Millionen Euro öffentlicher Mittel in die Hand genommen werden, dann reicht es nicht, sich auf eine Darstellung zu verlassen,

(Beifall bei der CDU)

sondern dann müssen Zahlen, Gutachten und Entscheidungen auch nachvollziehbar auf den Tisch gelegt werden.

Der Entschließungsantrag von SPD und Grünen bleibt hier viel zu vage. Er sagt, man solle fortfahren, aber nicht wie. Er will die Stiftung unterstützen, sagt aber nicht, wer die Verantwortung trägt. Er bekräftigt die Bedeutung des Schlosses, aber er benennt keine Instrumente, mit denen diese Bedeutung abgesichert werden kann. Kurz gesagt: Der Antrag beschreibt, aber er steuert nicht. Genau deshalb können wir ihn nicht mittragen.

Unser eigener Antrag, der Entschließungsantrag "Neuer Zukunftsplan für Schloss Marienburg" geht viel weiter. Wir wollen nicht einfach hinnehmen, dass sich Zuständigkeiten überlagern und Entscheidungswege unklar bleiben. Wir fordern einen verbindlichen Zukunftsplan, der Zeitplan, Kosten und Verantwortlichkeiten offenlegt. Wir fordern eine unabhängige Überprüfung des tatsächlichen Sanierungsbedarfs und eine klare Definition dessen, was während der Bauphase tatsächlich möglich ist.

Wir wollen, dass geprüft wird, ob eine Teilöffnung unter Sicherheitsauflagen realisierbar ist, damit das Schloss nicht über Jahre hinaus aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet. Außerdem wollen wir ein Nutzungskonzept, das das Schloss nicht nur als Denkmal, sondern als kulturellen und wirtschaftlichen Standort sichert, mit Angeboten, die tragen, statt auf Dauer Zuschüsse zu benötigen.

Deshalb machen wir nichts weniger als das, was eine seriöse Landespolitik leisten muss. Wir verbinden den Schutz des kulturellen Erbes mit der Pflicht zu Kontrolle, Transparenz und Wirtschaftlichkeit.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, das ist der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Anträgen. Der Antrag von SPD und Grünen ist eine politische Begleitmusik. Unser Antrag ist ein Steuerungsinstrument.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nicht den Fortschritt beschreiben, sondern wir wollen ihn organisieren. Wir wollen, dass die Landesregierung endlich Verantwortung übernimmt, statt sie auf eine Stiftung zu delegieren, deren Handlungsfähigkeit in der Vergangenheit schon mehrfach infrage stand. Und wir wollen, dass diese

Sanierung kein Selbstzweck wird, sondern zu einer echten Perspektive für die Region, für den Tourismus und für die kulturelle Bildung in Niedersachsen führt.

Das Schloss ist ein Schatz, ja, aber ein Schatz verpflichtet auch. Es genügt nicht, ihn zu bewundern. Man muss ihn auch richtig verwalten. Wir wollen, dass die Marienburg künftig als Ort der Begegnung, der Kultur und der Wirtschaftskraft funktioniert. Damit das gelingt, braucht es keine neuen Überschriften, sondern klare Zuständigkeiten, belastbare Zahlen und einen Plan, der hält, was er verspricht.

Ich bitte Sie daher, den Entschließungsantrag von SPD und Grünen abzulehnen; nicht, weil wir das Ziel des Erhalts der Marienburg nicht teilen würden, sondern weil Ihr Weg dorthin unzureichend ist. Mit politischer Verantwortung würden Sie das tun, was hier notwendig ist, nämlich unserem Antrag, der deutlich weitergeht, zustimmen.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der CDU-Fraktion nicht einfach wegzudrücken, sondern in sich zu gehen und aus reiner Vernunft diesem Antrag zuzustimmen, weil er nämlich das leistet, was im Moment fehlt: Klarheit, Kontrolle und Verantwortung.

Wenn wir das schaffen, dann sichern wir nicht nur ein Baudenkmal, sondern zeigen, dass Kulturpolitik in Niedersachsen handlungsfähig ist, dass sie Prioritäten setzt und dass sie Ergebnisse liefert.

(Beifall bei der CDU)

Auch eine vernünftige und eine bessere Kulturpolitik in Niedersachsen ist machbar.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

(Unruhe)

- Es herrscht ein leichtes Grummeln im Saal, die Geräuschkulisse ist hoch. Ich finde es schön, wenn Kollegen sich untereinander etwas zu sagen haben, aber das stört ein bisschen unsere Aufmerksamkeit im Präsidium.

Jetzt haben wir als Nächstes die Kollegin der Fraktion der AfD hier vorne. Frau Schülke, bitte sehr!

(Beifall bei der AfD)

#### Jessica Schülke (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Herren und Damen! Das Schloss Marienburg stellt uns Parlamentarier vor eine Gewissensfrage: Wie erfüllt die Politik ihre Verantwortung, wenn unser einzigartiges Kulturerbe und öffentliche Staatsfinanzen gleichermaßen zu schützen sind?

Das Schloss Marienburg ist ein Herzstück niedersächsischer Kulturgeschichte. Wie also berücksichtigt die Landesregierung die Wünsche der Niedersachsen, die Kulturgeschichte zu erleben? Für die AfD-Fraktion ist ein zukunftsfester Plan für Schloss Marienburg das Gebot der Stunde.

Unser Blick gilt auch dem Kulturerbe im Ganzen. Dies geht perspektivisch über die beiden Anträge von Rot-Grün und CDU, die wir heute abschließend beraten, hinaus.

Da mir nur eine begrenzte Redezeit zur Verfügung steht, fasse ich kurz zusammen:

Die CDU fordert einen klaren Finanzrahmen, einen Nutzungsplan für den Geschäftsbetrieb des Schlosses. Sie denkt an die Angestellten und die Besucher, die wieder in die Marienburg kommen sollen.

Der Antrag von SPD und Grünen wiederum richtet sich auf die Umsetzung eines Masterplans Marienburg 2030. Nur schade, dass weder dem Ausschuss noch dem Parlament etwas Schriftliches zu diesem Masterplan vorliegt!

Liebe Parteien zur Linken, die Marienburg versinkt im Märchenschlaf, und Ihr Antrag ist dunstiger Nebel im Leinetal.

Die zur Sanierung veranschlagten 27 Millionen Euro werden innen und außen nicht ausreichen. Gerade musste die Stiftung Schloss Marienburg rund 150 Gemälde für 540 000 Euro an das Landesmuseum Hannover verkaufen, um die eigene Liquidität zu sichern. Das Geld hätte die Stiftung auch mit Eintrittsgeldern und Merchandising verdienen können, statt ihr Tafelsilber zu verkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Und noch ein Punkt: Immer wieder erfahren wir Abgeordnete wie auch die betroffenen Bürger von den neuesten Entwicklungen zuerst aus der Presse. Auch hier brauchen wir endlich eine offene Informationspolitik seitens der Landesregierung und des Ministeriums. Denn transparente Kommunikation ist demokratische Pflicht.

Da sich Rot-Grün nicht in den CDU-Antrag einbringen wollte, sondern mit einer eigenen Variante aufwartet, müssen wir heute über zwei Anträge entscheiden. Die AfD steht hier im Parlament - im Plenum wie auch im Ausschuss - zu ihrem Votum und stimmt dem Antrag der CDU zu.

Liebe Kollegen, lassen Sie uns weiterhin nach gemeinsamen Lösungen für den Erhalt unseres kulturellen Erbes suchen, beispielsweise auch über die Einrichtung einer niedersächsischen Schlösserverwaltung, wie wir, die AfD, es in einem unserer Anträge fordern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Viehoff. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Eva Viehoff (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Marienburg - das ist jetzt schon mehrfach erwähnt worden - ist ein Wahrzeichen des Landes. Sie ist ein Ort einer tatsächlich sehr kurzen, aber doch gelebten Geschichte. Sie ist touristisch von überregionaler Bedeutung. Und das Schloss scheint endlich auf dem Weg zu einer Zukunft als Besuchsort zu sein.

Wir haben in den letzten Jahren - auch anhand der hier in Rede stehenden Anträge - viel über die Marienburg diskutiert. Die Planungen und Vorbereitungen für die Erhaltungssanierung haben nun begonnen. Der Stiftungsrat ist endlich in ruhigem Fahrwasser angekommen und handlungsfähig. Ein Plan für die Erhaltungssanierung ist bekannt. Es kann also losgehen.

Wir wissen - das ist eben schon mehrfach erwähnt worden -, dass die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen werden. Wer ein denkmalgeschütztes Gebäude sanieren will, der weiß, dass solche Sanierungen komplex und sensibel sind. Bei der Größenordnung war abzusehen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen werden. Aber es wäre jetzt gut, Sanierungsbeginn und -fortschritt abzuwarten, anstatt wieder in nicht dienliche Diskussionen einzutreten.

Erste Ergebnisse sind sichtbar. Ziel muss sein, dass sich die Tore der Marienburg sukzessive, mit einem klugen Konzept und großer Sorgfalt wieder öffnen. Denn nur so kann die Stiftung Einnahmen generieren, die sie dringend braucht, wenn eine vollständige Sanierung des Schlosses geplant ist. Es fehlen noch 12,7 Millionen Euro, wenn die Gesamtkosten auf 40 Millionen Euro geschätzt werden. Nur mit zusätzlichen Einnahmen, ob durch Filmrechte, ob durch Eintrittsgelder, ist es möglich, dass das Schloss tatsächlich irgendwann in alter Schönheit wiederersteht.

Was die Marienburg allerdings jetzt braucht, ist Ruhe. Das möchte ich mit Nachdruck betonen. Sie braucht Ruhe, damit die notwendigen Arbeiten geordnet und effizient umgesetzt werden können, Ruhe, damit das Erreichte nicht durch neue Debatten und politische Unruhe gefährdet wird, Ruhe, damit der Fokus da bleibt, wohin er gehört: auf der Erhaltungssanierung der Marienburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne verabschieden wir heute die vorliegenden Anträge: Wir lehnen den Antrag der CDU ab und stimmen unserem Antrag zu, der - so empfinde ich das - zudem deutlich macht, welches Potenzial in der Marienburg steckt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Aus der Fraktion der SPD hat nun das Wort: der Kollege Penno. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Sebastian Penno (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute dürfen wir uns also mit der abschließenden Beratung zum Thema Schloss Marienburg befassen. Am Ende der Debatte, so fürchte ich, sind wir damit aber noch lange nicht.

In der Plenardebatte im Januar habe ich unseren Antrag bereits vorgestellt. Ich will aber heute noch einmal darlegen, warum unser rot-grüner Antrag deutlich zielführender ist als der Antrag der CDU.

Der Masterplan Marienburg 2030 ist eben kein abstraktes Konzept. Er ist ein konkreter, fachlich fundierter Fahrplan für die kommenden Jahre, der auch

jetzt schon greift. Als SPD und Grüne wollen wir unsere Landesregierung beim Masterplan Marienburg 2030 unterstützen: bei der denkmalgerechten Sanierung, bei einem modernen Museumskonzept, bei der Sicherung des Inventars und bei der zukünftigen Nutzung als Lern- und Veranstaltungsort.

Wenn wir über die Marienburg reden, reden wir über ein Projekt, das Wissenschaft, Bildung, Kultur und Tourismus verbindet und damit genau das tut, was kulturelle Infrastruktur heute leisten muss.

Aber die Herausforderungen sind groß, ganz klar. Die Schäden an der Bausubstanz und am Tragwerk sind dramatisch. Wir hören das in den schon zur Regelmäßigkeit gewordenen Unterrichtungen des Ausschusses und lesen es in den wiederkehrenden Kleinen Anfragen zur Marienburg. Deshalb haben wir an dieser Stelle keinerlei Informations- oder Erkenntnisdefizit.

Wir alle kennen doch die Situation: Die öffentliche Nutzung ist derzeit weitgehend nicht möglich. Gleichzeitig laufen die Betriebskosten weiter, während die Einnahmen fehlen. Deshalb braucht die Marienburg, braucht die Landesregierung, braucht die Stiftung Schloss Marienburg unsere Unterstützung. Diese Unterstützung muss gezielt, verlässlich und von klarem politischen Willen getragen sein.

Und so kommen wir wohl zu dem in der letzten Zeit am häufigsten diskutierten Punkt: der Nutzung auch während der Sanierung. Die Frage ist doch: Wie machen wir die Marienburg trotz allem weiterhin erlebbar? Den Stillstand sollten wir uns weder kulturell noch finanziell leisten.

Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, Zwischennutzungen zu ermöglichen, Teilbereiche frühzeitig wieder zu öffnen, wo es baulich möglich ist, und neue Einnahmequellen zu prüfen. Das können nicht nur Einnahmen aus Dreharbeiten für Filme und Serien wie "Maxton Hall" sein, das können auch temporäre Öffnungen wie am Himmelfahrt-Wochenende sein, an dem der Innenhof der Marienburg jeweils von 10 bis 17 Uhr geöffnet war und in einem der ehemaligen Pferdeställe im Nordflügel eine Station mit Informationen zur Sanierung des Schlosses besucht werden konnte. Durch die virtuelle Erkundung der Marienburg mit der Digitalführung "Zeitreise um die Marienburg" kann die Marienburg schon vor einer auch teilweisen Öffnung und unabhängig von künftigen Öffnungszeiten mithilfe von 360-Grad-Panoramen und Filmsequenzen virtuell erkundet werden.

Denn es sollte doch eines klar sein: Kultur, die nicht sichtbar ist, verschwindet. Das darf mit der Marienburg nicht passieren.

> (Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Warum darf das nicht passieren? Die Marienburg ist weit mehr als ein schönes Fotomotiv für Nostalgiker, Adelsfans oder Film- bzw. Serienfans. Die Marienburg ist ein Ort, an dem Geschichte sichtbar wird, an dem Baukunst, Landesidentität und europäische Zeitgeschichte aufeinandertreffen. Genau deshalb ist es richtig und notwendig, dass wir heute mit unserem rot-grünen Entschließungsantrag ein starkes Zeichen der Unterstützung des Masterplans Marienburg 2030 setzen - für den Erhalt, für die Erschließung und für eine kulturell wie touristisch zukunftsfähige Nutzung dieses besonderen Ortes.

Es wäre aber auch einfach viel zu kurz gedacht, die Marienburg nur als Ausflugsziel zu sehen. Natürlich sind die Besucherinnen und Besucher, die Veranstaltungen und die Gastronomie wichtig, auch für die Region. Aber die Marienburg ist weit mehr: Sie ist zum einen ein Symbol niedersächsischer Landesgeschichte und zum anderen mit den vorhandenen Kunst- und Kulturgütern ein Schatz an materieller wie immaterieller Kulturgeschichte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kultur ist nicht nur nice to have. Kultur ist ein Standortfaktor, ein Identitätsanker und ein Bildungsort. Deshalb wollen wir, dass Kinder und Jugendliche aus ganz Niedersachsen in Zukunft an diesem historischen Ort über unser Land, unsere Geschichte und unsere Demokratie lernen können. Darum wollen wir prüfen, ob die Marienburg in Zukunft als außerschulischer Lernort entwickelt werden kann. Warum ist uns das so wichtig? Die Marienburg wurde in einer anderen Zeit für eine andere Gesellschaft gebaut. Aber heute liegt es in unserer Verantwortung, diesen Ort demokratisch zu öffnen, wissenschaftlich zu erschließen und kulturell zu beleben.

Ich danke ausdrücklich allen Beteiligten, insbesondere der Stiftung Schloss Marienburg, den Fachleuten der Denkmalpflege, dem Landesmuseum Hannover, der Bundesebene und Minister Mohrs mit seinen Fachleuten im Ministerium für ihr Engagement. Mit dem Masterplan Marienburg 2030 haben wir die Chance, ein echtes Vorzeigeprojekt für ganz Niedersachsen und weit darüber hinaus zu schaffen. Diese Chance dürfen wir nicht durch Vorwürfe, Anschuldigungen und dem ewigen "Ich weiß es besser" verstreichen lassen. Die SPD-Fraktion unterstützt deshalb den Masterplan Marienburg 2030

aus Verantwortung für unsere Geschichte und für die Zukunft unserer kulturellen Infrastruktur ausdrücklich.

Deshalb werbe ich weiterhin für unseren rot-grünen Antrag. Denn unser Antrag ist im Gegensatz zum CDU-Antrag keine Anklageschrift durchsetzt von Vorwürfen, Unterstellungen und Vergangenheitsbewältigung. Dazu habe ich aber auch schon etwas im Rahmen der Einbringung unseres Antrages im Januar-Plenum gesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass aus einem sanierungsbedürftigen Denkmal ein lebendiger Ort der Erinnerung, Bildung und Begegnung wird! Stimmen Sie für unseren rot-grünen Antrag!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun das Wort: der Minister für Wissenschaft und Kultur. Herr Minister Mohrs, bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

**Falko Mohrs**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich fange einmal mit dem Positiven aus dieser Debatte an. Ich glaube, dass man insgesamt festhalten kann, dass die Marienburg als ein wichtiges, kulturelles und auch zeitzeugenrelevantes Bauwerk in Niedersachsen und als ein Ausgangspunkt gesehen wird, an dem und mit dem man viel über unsere Landesgeschichte lernen kann.

Jetzt allerdings komme ich zu ein paar Dingen, die nicht mehr so ganz im Konsens waren. Frau Schülke, man kann an der Marienburg manches komplex finden. Aber die Frage, ob es gerechtfertigt ist, mit öffentlichen Mitteln solche kulturellen Schätze zu bewahren und in Zukunft zu entwickeln, ist, wie ich finde, nicht komplex. Das geht wunderbar zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Schauen wir einmal auf das, was bisher gelungen ist - Frau Machulla, ich werde gleich noch auf ein paar der Dinge zurückkommen, die Sie angesprochen haben -: Es war in der Tat notwendig, diverse

Strukturen, Vertragskonstellationen und vielleicht auch Persönlichkeiten gut zu sortieren. Das findet, wie Sie sicherlich alle wahrnehmen, nunmehr statt, seitdem Herr Dr. Ohle als Stiftungsvorstand die Stiftung Marienburg führt, damit die Verantwortung für die Stiftung übernommen hat und den Bau konzentriert und effizient vorantreibt. Sie sehen das daran, dass der erste Bauabschnitt, nämlich die Sicherung des Laubengangs, abgeschlossen ist, dass der zweite Bauabschnitt, bei dem es darum geht, die Notsicherung des Kapellendachs fortzuführen und die Voraussetzung für das Aufstellen des Baugerüsts zu schaffen, läuft und dass im Jahr 2026 sozusagen in einem dritten Bauabschnitt die weiteren Sanierungsmaßnahmen stattfinden werden.

Frau Machulla, wenn Sie und die CDU sagen, man müsste hier steuern, dann frage ich mich: Wohin denn? Sie sagen, es braucht Gutachten. Aber das würde bedeuten, dass man mehr Geld ausgeben und Zeit verlieren würde. Insofern würde ich sagen, das wäre keine gute Steuerung. Sie sagen, wir brauchen an dieser Stelle klare Strukturen. Ich habe Ihnen eben gesagt, dass genau diese Strukturen geschaffen worden sind. Insofern ist das längst erledigt.

Der Entschließungsantrag von Rot und Grün macht deutlich, dass neben einer klaren und strukturierten Vorgehensweise im Bau die Marienburg auch weiterhin erlebbar sein muss. Das fand beispielsweise zu Himmelfahrt statt, das findet seit Sommer - der Abgeordnete Penno hat es erwähnt - über die digitale App statt, und das wird im Weiteren auch genau mit der Rückendeckung, die hier ausgesprochen wurde, Ende November mit dem Marienburg-Marathon stattfinden. Auch für nächstes Jahr sind weitere Öffnungen auf der Grundlage von Sondererlaubnissen bereits geplant.

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete: Genau das, was hier gefordert ist, nämlich eine klare, strukturierte Vorgehensweise bei der Sanierung in Kombination mit einem Nutzungskonzept während der Sanierungsphase und danach, findet statt. Diese Rückendeckung, die hier aus dem Parlament und mit diesem Entschließungsantrag ausgesprochen wird, ist wichtig.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt sagen! Wir haben hier im Plenum und im Ausschuss über das Thema Marienburg nun wirklich intensiv informiert und beraten. Ich glaube, der Abgeordnete Uli Wartermann ist von den diversen Fragen im Rahmen einer, ich glaube, zwei Stunden langen Unter-

richtung von mir im Ausschuss immer noch traumatisiert. Und danach gab es unzählige weitere Fragen.

Also: Die Fakten liegen vor, und nun geht es darum, auf diesem Weg weiterzumachen. Deswegen kann man, glaube ich, deutlich sagen: Dem Entschließungsantrag ist so, wie es der Ausschuss empfohlen hat, zuzustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Minister Mohrs.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zunächst zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Das ist der Antrag der regierungstragenden Fraktionen.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6281 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen der AfD und der CDU und das fraktionslose Mitglied. Dann stelle ich das Ergebnis fest: Der Nr. 1 der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/6107 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen, möchte dem Antrag also zustimmen? - Das sind die Fraktionen der AfD und der CDU und der fraktionslose Kollege. Ich stelle das Ergebnis fest: Der Nr. 2 der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu Nr. 3 der Beschlussempfehlung.

Wer der Nr. 3 der Beschlussempfehlung folgen und damit die dort aufgeführte, in die Beratung einbezogene Eingabe 914 für erledigt erklären und den Einsender über die Sach- und Rechtslage unterrichten möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Wer ist dafür? - Das sind alle; das ist einstimmig. Ich frage noch: Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Gibt es keine. Ich stelle das Ergebnis fest, dass der Nr. 3 der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Lehrkräfteausbildung praktisch und vernetzt denken - Qualität stärken, Fachkräftemangel bekämpfen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6807 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/8368

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir steigen in die Beratung ein. Zu Wort hat sich gemeldet: der Kollege Meyn von der Fraktion der FDP. Bitte schön!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Entschuldigung, SPD!

(Christian Fühner [CDU]: FDP, jawoll! - Colette Thiemann [CDU]: Wiard, ich hab's geahnt! - Christian Fühner [CDU]: Sie sind wieder da!)

- Ich hatte vorhin schon angedeutet, dass diese Geräuschkulisse zu Unaufmerksamkeit zumindest meinerseits führt. Ich wäre dankbar, wenn ein bisschen mehr Ruhe im Plenarsaal wäre. - Vielen Dank.

(Wiard Siebels [SPD]: Wenn man einen Schuldigen hat, hat der Tag Struktur! - Heiterkeit - Christian Fühner [CDU]: Ich hab's schon immer gewusst, dass du ein Liberaler bist!)

## Philipp Meyn (SPD):

Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

(Zuruf: Das ist die Präsidentin!)

Da haben sich alle gefreut, dass jetzt eine liberale Stimme kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich muss das nicht lernen, das macht ChatGPT für mich". Diesen Satz hören Lehrkräfte immer häufiger. Doch dahinter steckt keine Bequemlichkeit oder Faulheit der Schülerinnen und Schüler. Wenn KI auf alles eine Antwort weiß, dann ist das einfach eine sehr effiziente Form, zu arbeiten. Genau hier beginnt die

neue Aufgabe von Schule: Lernen neu zu begründen, Neugier und Begeisterung zu wecken und Schülerinnen und Schüler zum eigenständigen Denken zu befähigen. Dazu reicht ChatGPT nicht aus.

Wir müssen also die Inhalte setzen und auch das nötige Rüstzeug dazu bereitstellen. Insofern war es ein Pfund, dass in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Olaf Lies ganz deutlich wurde: Die Tablets ab Jahrgang 7 kommen, sodass wir das alles zusammendenken und Schule innovativ aufbauen können.

Viele junge Lehrer und Lehrerinnen berichten - das ist ein weiteres Thema, mit dem wir uns in diesem Antrag befassen -, dass sie vor einer Klasse stehen und sich nicht bereit fühlen. Das gilt besonders für das gymnasiale Lehramt. Dieses Gefühl der Überforderung ist kein Einzelfall. Diesen Praxisschock gehen wir an. Praxis muss von Anfang an systematisch und verlässlich integriert werden. Studierende brauchen Selbstvertrauen, Urteilsvermögen und praktische Kompetenzen nicht erst im Referendariat, sondern bereits im Studium.

Die berufliche Orientierung haben wir in diesem Punkt sehr gut vorangebracht. Da haben wir gesagt: Das kommt jetzt ins Gesetz: Raus aus der Schule, rein in die Betriebe! Im übertragenen Sinne könnte man zu den Studierenden sagen: Raus aus den Hörsälen, rein in die Schulen!

Man muss ergänzen: Rein in die virtuellen Trainingsräume! Denn virtuelle Realität schafft sichere Lernräume für Elterngespräche, Klassenführung oder Konfliktsituationen. Das zeigen auch Studien: VR-Trainings stärken die Selbstwirksamkeit und senken Ängste. Das ist ein konkreter Beitrag zur Professionalisierung und zur Vermeidung des Praxisschocks. Man muss dieses Feld also auf mehreren Ebenen beackern.

Dieser Antrag - "Lehrkräfteausbildung praktisch und vernetzt denken - Qualität stärken, Fachkräftemangel bekämpfen!" - setzt genau hier mit fünf ganz konkreten Schwerpunkten an:

Erstens: den Praxisbezug bereits im Studium erhöhen, wie das bereits beim Grund-, Haupt- und Realschullehramt sehr erfolgreich angegangen wurde. Daran arbeiten wir weiter - auch mit innovativen universitären Mitteln, wie ich eben dargelegt habe.

Zweitens: Quereinstieg erleichtern - ein neuer Masterstudiengang an bis zu zwei Hochschulen. Und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll

verbessert werden. Damit schaffen wir dringend notwendige zusätzliche Wege ins Lehramt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Drittens: Ein dualer Masterstudiengang im Lehramtsstudium an berufsbildenden Schulen soll modellhaft eingerichtet werden.

Viertens - das ist ein Lieblingspunkt von mir in diesem Antrag -: Das Lehramt der Sekundarstufe I soll eingeführt werden. Wir wollen das Lehramt an Haupt- und Realschulen zu einem Lehramt der Sekundarstufe I weiterentwickeln.

(Christian Fühner [CDU]: Einheitslehrer!)

Die bisherige Schwerpunktsetzung entfällt. Absolventinnen und Absolventen erhalten einen Zugang zu Haupt-, Real-, Ober- und auch Gesamtschulen. Dadurch entstehen mehr Flexibilität und mehr Einsatzmöglichkeiten.

Ich prognostiziere: In Kombination mit A 13 werden wir in diesem Bereich, im Sekundarstufe-I-Lehramt, mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger gewinnen, denn in genau diesem Bereich drückt der Schuh aktuell am meisten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herr Kollege Meyn, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fühner zu?

# Philipp Meyn (SPD):

Den hören wir ja gleich noch.

(Christian Fühner [CDU]: Nee, nee, stimmt nicht!)

Ich möchte kurz zu Ende ausführen.

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Den hören Sie leider nicht. - Okay, Sie möchten das nicht. Danke.

(Dr. Marco Mohrmann [CDU]: Dann lieber keine Debatte!)

#### Philipp Meyn (SPD):

Fünftens: Basiskompetenzen gilt es, landesweit zu bündeln. Das ist ein ganz zentraler Punkt, wir brauchen nämlich Fachkräfte in den Kollegien für Punkte wie Inklusion, Vielfalt, Förderdiagnostik. Es wird nicht ausreichen, Lehrkräfte im Bereich Inklusion

ausschließlich durch Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge in Hannover und Oldenburg zu gewinnen, sondern das muss als ein zusätzliches Profil angeboten werden. Genauso kann auch ein zusätzliches Profil für digitales Lehren und Lernen oder sprachliche Bildung angeboten werden. Das ist etwas, woran wir arbeiten.

Das ist ein innovativer Weg, die Kollegien in unserem auch ländlich geprägten Bundesland mit dieser Kompetenz zu versehen, damit es Experten gibt, die im Klassenraum direkt nebenan und ansprechbar sind, und diese Basiskompetenzen im regulären Lehramt eingeführt werden. Das ist ein ganz zentraler Schritt zu mehr und erfolgreicherer, besserer Inklusion in Niedersachsen.

Mit diesem Antrag machen wir das Lehramtsstudium attraktiver, praxisnäher und zukunftsorientierter.

Der nächste Schritt - das kündige ich schon mal an - wird das Referendariat betreffen. Auch dort wollen wir ansetzen, es modernisieren und die entsprechenden Phasen weiter verknüpfen.

Wir handeln hier kraftvoll, pragmatisch, innovativ. An der Bildung unserer Kinder sparen wir nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion der AfD hat nun das Wort: der Kollege Rykena. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

# Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einerseits ist der Antrag, den wir jetzt besprechen, ein typischer Schaufensterantrag der regierungstragenden Fraktionen. Im ersten Teil begrüßt er, was ohnehin schon stattfindet. Im zweiten Teil bittet er die Landesregierung, das zu tun, was sie ohnehin tun will.

Sicherlich sind es eine Menge Punkte, insgesamt 15 an der Zahl. Ich habe drei Hauptanlässe für diesen Antrag identifiziert - ich folge einer etwas anderen Strukturierung als Herr Meyn -:

Erstens. Es fehlen Lehrer. Das Lehramtsstudium soll daher attraktiver werden. Dazu mehr am Schluss meiner Rede.

Zweitens. Es sollen nicht mehr so viele angehende Lehrer während ihrer Ausbildung abbrechen. Der Praxisschock beim Eintritt in das Referendariat soll vermindert werden. Daher will man nun mehr Praxis und Hochschulbildung miteinander verzahnen. An dieser Stelle will ich jedoch mit einem Mythos aufräumen: Herr Meyn meinte in den Beratungen im Ausschuss, Gymnasiallehrer wünschten sich eher 24 Monate Referendariat, um mehr lernen zu können, angeblich fühlten sie sich schlecht auf die Aufgabe vor der Klasse vorbereitet.

(Philipp Meyn [SPD]: Das habe ich nie gesagt!)

Tatsächlich ist das aber anders. Alle Referendare sind nämlich heilfroh, wenn das Referendariat nach 18 Monaten endlich vorbei ist. Sie empfinden diese Zeit mitnichten als wertvoll, um den Beruf zu erlernen. Sie empfinden diese Zeit überwiegend als Qual. Der Grund ist - genau das versuchen Sie mit dem vorliegenden Antrag auch noch zu verstärken - der Eingriff der pädagogischen Theorie in die Praxis.

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Entschuldigung, Herr Kollege Rykena! Es gibt eine Wortmeldung, wahrscheinlich zu einer Zwischenfrage: des Kollegen Meyn. Lassen Sie sie zu?

## Harm Rykena (AfD):

Nein, ich möchte gerne weiter ausführen.

Wir sind immer noch beim Referendariat. Weitere Gründe sind die Pflicht zum Verfassen ellenlanger didaktischer Analysen, die Berücksichtigung praxisferner Vorgaben aus Kreisen der Hochschulen, der ständige Prüfungsdruck, der sie von der täglichen Arbeit mit Schülern sogar abhält.

Prinzipiell halte ich einen früheren Einschub von Praxiserfahrungen in die Lehrerausbildung für dringend notwendig. Problematisch ist dabei jedoch das offensichtlich angestrebte Primat der Hochschulen.

Als dritten Anlass sehe ich die neue Grundausrichtung der Lehrerausbildung. Ziel ist der Einstieg in den Einheitslehrer, passend zur angestrebten Einheitsschule.

(Thore Güldner [SPD]: Immer die gleiche Leier! - Pascal Mennen [GRÜNE]: Das ist falsch!)

- Es ist ja auch immer dasselbe, was Sie hier vortragen und anstreben.

Doch dazu denkt man auch in diesem Antrag die Lehrerausbildung nicht neu, man nimmt nur das bisherige System und sattelt weitere Inhalte und Ausbildungsschritte obendrauf. Dabei ist es einfach unmöglich, Experte in allem zu sein: Fachwissenschaft so wie bisher, aber neben ursprünglich schulformbezogener Pädagogik nun Pädagogik für alle Schulformen in der Sek I. Hinzu sollen noch Kenntnisse als sonderpädagogische Fachkraft für alle möglichen Förderbedarfe kommen - und daneben noch solche als Fachkraft für Digitalisierung, was neu ist, und Berufsorientierung. Auch wenn wir nun vorgeben, dafür auszubilden - unmöglich bleibt das immer noch.

Und so geschieht in der Lehrerausbildung das Gleiche wie in den Schulen selbst: Das Curriculum wird immer weiter aufgebläht, die Lehrerausbildung dauert aber genauso lange wie früher. Aber sie enthält nun wesentlich mehr Inhalte - nichts wird gestrichen. Das nenne ich Planwirtschaft: Wir planen mal, dass das gelernt wird. Stattfinden wird das trotzdem nicht.

Als Ergebnis kommt dann eben nicht eine Stärkung der Qualität der Lehrerausbildung heraus. Im Gegenteil! Das Ergebnis sind noch weiter überlastete und trotzdem nur oberflächlich gebildete Studenten, die zwischen praxisfernen Anforderungen der Hochschulen einerseits und dem immer schwieriger werdenden Umfeld an den Schulen andererseits zerrieben werden.

Ob man so den Fachkräftemangel wird bekämpfen können, darf zumindest bezweifelt werden. Attraktiv ist ein solches Studium nicht. Wir werden den Antrag daher ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Herr Kollege Rykena, es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Meyn. Herr Kollege Meyn, Sie haben anderthalb Minuten. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

#### Philipp Meyn (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - In der Schule und im Parlament ist man ja verpflichtet, wahre Fakten zu bringen.

Erstens wurde gesagt, ich hätte 24 Monate Referendariat gefordert. Das war mal eine Diskussion,

die - Herr Fühner und ich haben das mitbekommen - von den Philologen angedacht bzw. überdacht wurde, weil man mit der aktuellen Ausgestaltung des Referendariats nicht zufrieden ist. Das war niemals meine Aussage. Deswegen ist es nicht schön, wenn Sie hier solch eine falsche Aussage tätigen. Das muss vielmehr ein Weckruf sein, das Referendariat in diesen anderthalb Jahren vorher durch das Studium zu entlasten und nicht noch zwei Jahre Referendariat folgen zu lassen. Letzteres war nie die Aufforderung.

Zweitens haben Sie die Profile, die gebildet werden sollen, nicht ganz verstanden. Es soll also nicht immer mehr Inhalt reingepackt werden, sondern Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sollen die Möglichkeit haben, sich bereits im Studium für Profile - beispielsweise digitale Lehrer oder Inklusion - zusätzlich zu schulen, sodass man dieses Know-how dann in den Kollegien hat.

Das noch einmal zur Klarstellung.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der Kollege Rykena möchte Stellung nehmen. Auch Sie haben anderthalb Minuten. Bitte schön!

## Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Meyn, vielleicht haben wir uns an dieser Stelle tatsächlich falsch verstanden.

(Alexander Saade [SPD]: Wie immer!)

Ich hatte im Protokoll und auch in meiner Erinnerung gefunden, dass Sie gesagt haben, dass viele Referendare sich das gewünscht hätten, und nicht, dass Sie das gemeint haben.

Zu dem anderen Punkt: Ja, Sie haben mit den Schwerpunkten recht. Aber selbst diese Schwerpunkte kommen zu den bisherigen Inhalten neu hinzu. Das heißt, vom Prinzip her ist meine Ausführung doch zutreffend, dass mehr Inhalte als bisher in das Studium hineingestopft werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Jetzt hat das Wort: aus der Fraktion der CDU der Kollege Reinken. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

#### Lukas Reinken (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was braucht Niedersachsen eigentlich für eine zukunftsfähige Bildungslandschaft? Der Bildungsforscher John Hattie hat zwar nicht für Niedersachsen, sondern ganz generell in seinen Studien gezeigt: Entscheidend sind motivierte, gut ausgebildete und engagierte Lehrkräfte, die eine Selbstwirksamkeit erfahren und diese an die Kinder, an die Schülerinnen und Schüler, weitergeben. Kein anderer Parameter stärkt den Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler so stark wie dieser. Das zeigt, wie wichtig eine gute Lehrkräfteausbildung tatsächlich ist.

In der ersten Beratung des Antrages waren wir uns fraktionsübergreifend durchaus einig, dass eine bessere und praxisnähere Lehrkräfteausbildung ein wichtiges Ziel ist und bleibt. So hat Herr Meyn zum Beispiel ausgeführt - das hat er auch heute gemacht -, dass der oft erlebte Praxisschock durch mehr Praxis im Lehramtsstudium verhindert werden sollte. So weit, so richtig.

In Wahrheit mussten wir im Ausschuss dann allerdings lernen: Mit dem vorliegenden Antrag soll es gar nicht mehr Praxis geben, sondern die bestehenden Praxisphasen sollen nur neu organisiert werden. So sieht aus unserer Sicht wirklich kein Aufbruch aus. Denn wirkliche Praxisnähe entsteht nicht durch Modulhin- und -herschieberei, sondern durch mehr Zeit im Klassenzimmer mit erfahrenen Lehrkräften, mit Feedback und mit Verantwortungsübernahme.

## (Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Lehrkräfte stärken will, der muss mehr Praxis ermöglichen und nicht nur organisieren. Was es wirklich braucht, ist eben echte Praxis, etwa durch duale Lehramtsstudiengänge, wie sie auch andere Bundesländer bereits erproben. Das wäre eine wirkliche Erneuerung in der Lehrkräfteausbildung anstelle eines Hin- und Herschiebens von Praxiszeiten.

Auch die zweite Phase der Lehrerausbildung, also das Referendariat, bleibt in Ihrem Antrag leider ein blinder Fleck. Sie haben zwar die Forderung aufgestellt, die zweite Phase zu innovieren und an zeitgemäße Schulentwicklung anzupassen. Aber das war

es dann auch schon. Denn nach der Ausschussberatung ist klar: Mehr als diese Überschrift bleibt dann nicht übrig. Die zweite Phase wird bei Ihnen nur kursorisch erwähnt. Gerade ist angesprochen worden, man möchte das jetzt zukünftig machen. Ich glaube, ein vernünftiger Antrag hätte diese beiden Reformvorschläge miteinander verzahnt. Alles andere ist an dieser Stelle aus unserer Sicht überhaupt nicht zielführend.

Dabei wissen wir doch alle: Gerade im Referendariat entscheidet sich, ob jemand dauerhaft im Schuldienst bleibt oder entnervt das Handtuch wirft. Genau an dieser Stelle, an dieser Schnittstelle zwischen Studium und Berufsalltag, braucht es Reformen. Es braucht da ein besseres Mentoring, eine vernünftige Feedback-Kultur in den Schulen, Entlastung von Bürokratie und Hinführung an den wirklichen Arbeitsalltag. Zu alledem schweigt der vorliegende Antrag leider komplett.

Worin wir mit Ihnen einer Meinung sind - das darf man auch herausstellen -, ist die Forderung nach einem Quereinstiegs-Masterstudiengang. Das Thema Quereinstieg - das wissen alle Kultuspolitiker - beschäftigt uns im Kultusausschuss immer wieder, auch wenn die tatsächlichen Zahlen der Quereinsteiger noch hinter den Erwartungen zurückbleiben. Insofern ist es natürlich richtig, neue Möglichkeiten zu bieten, wie qualifizierte Menschen über den Quereinstieg in den Lehrerberuf geraten können. Das Ministerium hat in den Ausschussberatungen ausgeführt, es arbeite längst daran. Ihren Antrag hat es dafür nicht gebraucht.

Ein Hebel ist auch die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Ich glaube, wir alle kennen diese Fälle aus der Praxis in unseren Wahlkreisen. Es ist einfach unendlich schwer, als ausländische Lehrkraft an niedersächsischen Schulen tätig zu werden, sogar über den Weg des Quereinstiegs.

Ihre Antwort in den Ausschussberatungen lautete: Man möchte auf ein bundesweit einheitliches digitales Antragsverfahren warten. Das ist aus meiner Sicht kein Konzept. Das ist Arbeitsverweigerung. Auch Niedersachsen könnte im eigenen Rechtskreis längst eigene Akzente setzen.

#### (Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt, der in Ihrem Antrag wirklich schmerzlich zu kurz kommt, sind die Themen Integration und Inklusion. Beides sind wirklich zentrale Themen für den Schulalltag an allen Schulen in Niedersachsen. Wer mit Lehrkräften spricht, hört immer wieder, dass gerade diese beiden Themen

für viel Frust in den Lehrerzimmern sorgen, weil sich Lehrer damit allein und sich nicht gut genug vorbereitet fühlen, um mit Integration und Inklusion im Klassenzimmer umzugehen.

Wir sprechen in diesem Tagungsabschnitt an anderer Stelle noch sehr intensiv über das Thema Inklusion. Ich kann Sie nur einladen: Nehmen Sie das Thema in den Schulen endlich ernst! In Ihrem Antrag wollen Sie lediglich prüfen, ob die digitalen Module zur Inklusion landesweit gebündelt werden können, also ob Lehrkräfte die Module, die es schon gibt, dann selbstständig abrufen können. Das ist bei diesem Thema doch kein Aufbruch, das ist eine Mangelverwaltung!

(Beifall bei der CDU)

Das Thema Digitalisierung ist gerade schon angesprochen worden. Es hat in der Rede von Herrn Meyn viel Raum eingenommen. Ich hätte mir gewünscht, dass es auch im Antrag, der heute vorliegt, Raum einnimmt. Dort wird lediglich davon gesprochen, dass man das Lehramtsstudium durch digitale Module bereichern will. Im Lehramtsstudium digitale Module anzubieten, heißt aber noch lange nicht, dass die Lehrkräfte anschließend auf eine digitale Schule vorbereitet sind. Zu diesem Thema schweigt Ihr Antrag vollständig. Das ist nicht ausreichend.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wollen das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen in ein Sekundarstufe-I-Lehramt umwandeln. Alle Verbände, von der GEW bis zum VNL, sagen Ihnen, das bringt überhaupt keine Verbesserung. Sie schaffen im Grunde nur ein neues Etikett. Sie reiten weiter auf Ihrem toten Pferd Stufenlehramt. Selbst Ihr eigener grüner Finanzminister ist mittlerweile abgestiegen, und auch im Haushaltsentwurf 2026 ist nicht ein Euro dafür eingestellt. Hören Sie auf, hier diese Unwahrheiten zu erzählen!

(Beifall bei der CDU)

Denn eines ist sicher: Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulen brauchen nun wirklich keine neuen Schulstrukturdebatten.

Das Fazit der Beratung ist also: Viele schöne Worte, aber wenig Wirkung. Sie wollen keine zusätzlichen Praxisanteile. Sie wollen bei der Anerkennung ausländischer Lehrkräfte abwarten. Sie wollen neue Schulstrukturdebatten aufmachen. Wenig davon hilft in der Zukunft dabei, die Lehrkräfte auf einen

Schulalltag vorzubereiten. Denn das, was die Lehramtsstudenten wirklich bräuchten, wären mehr Praxiszeit, eine zusammengedachte Reform der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung und einen Fokus auf komplexe Themen wie Inklusion, Integration und Digitalisierung.

#### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Bitte holen Sie einmal kurz Luft! Es gibt nämlich den Wunsch nach einer Zwischenfrage, und die Zwischenfrage muss während des Redebeitrags gestellt werden. Lassen Sie die Zwischenfrage des Kollegen Meyn zu?

## Lukas Reinken (CDU):

Gerne.

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Bitte schön!

(Cindy Lutz [CDU]: Keine Zwischenfrage beantworten, aber welche stellen wollen!)

#### Philipp Meyn (SPD):

Das mache ich beim nächsten Mal. Touché!

Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Herr Kollege Reinken, wo sehen Sie in diesem Antrag, dass eine Schulstrukturdebatte aufgemacht wird? Das ist unter keinem Punkt der Fall.

(Christian Fühner [CDU]: Doch!)

Es geht lediglich darum, das Sekundarstufe-I-Lehramt zu gründen, um darin auch die Gesamtschulen einzubinden. Deswegen meine ernsthafte Frage: Wo lesen Sie das heraus? Oder wollen Sie einfach nur etwas in den Raum blasen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN - Wiard Siebels [SPD]: Im Zweifel das!)

## Lukas Reinken (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Meyn, für die Zwischenfrage.

Sie haben es schon ausgeführt: Sie möchten bei der Lehramtsausbildung die Haupt- und Realschulen in einem Sekundarstufe-I-Lehramt zusammenführen. Die Absolventen möchten Sie dann an diesen Schulformen einsetzen.

Für uns ist ganz klar, dass das der erste Schritt auf Ihrem Weg ist, ein Stufenlehramt, einen Einheitslehrer einzuführen.

(Wiard Siebels [SPD]: Das steht da nicht drin, aber Sie wissen das!)

Das ist für jeden aus dem Text, den Sie vorlegen, und aus den Äußerungen, die Sie in den vergangenen Jahren hier vorgebracht haben, zu entnehmen.

Oder wollen Sie mir jetzt sagen, dass Sie nicht mehr hinter dem Konzept Stufenlehramt stehen? Dann wäre ich sehr glücklich. Immerhin haben Sie es für diese Legislaturperiode schon abgeschafft. Vielleicht kommen Sie noch darauf, dass das für Sie auch in der nächsten Legislaturperiode kein Weg in die Zukunft sein kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich habe ausgeführt, was die Lehramtsstudenten tatsächlich brauchen. Was die Lehramtsstudenten allerdings nicht brauchen, sind rot-grüne Überschriften wie in diesem Antrag, rot-grüne Entschließungsanträge, die keine Wirkung zeigen, und eine rotgrüne Bildungspolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Ich gebe Herrn Meyn noch die Information, dass er noch eine Restredezeit von einer Minute hätte. Sie können also noch einmal in sich gehen.

(Uwe Schünemann [CDU]: Er hat aber nichts mehr zu sagen!)

Jetzt haben wir erst mal die Rednerin aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: die Kollegin Nzume. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Lena Nzume (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Zum Wesen der Demokratie gehört, dass man eine Analyse vornimmt und zu unterschiedlichen Ergebnissen kommt. So sind wir bei gleicher Analyse zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen.

Die Lehrkräftebildung ist natürlich auch für uns das Herzstück der niedersächsischen Bildungspolitik und entscheidet maßgeblich über die Bildungsqualität in unserem Land. Der Lehrkräftemangel ist die größte Herausforderung. Deshalb haben wir verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es braucht keine neuen Schlagworte. Wir brauchen Lösungen - und wir handeln. Genau das tut auch unser Antrag: Er verbindet nämlich eine Strukturreform mit konkretem Handeln.

(Lukas Reinken [CDU]: Ah, also doch eine Strukturreform!)

- Ja, eine Strukturreform insofern, als wir in einem neuen Lehrkräfteamt ausbilden, und zwar eine Sek-I-Lehrkraft. Es geht nicht um die Schulstruktur. Denn innerhalb der bisherigen Möglichkeiten - ich war an vielen Schulen in Niedersachsen - gibt es schon die Möglichkeit, individuell Unterricht zu erteilen und die Kinder an verschiedene Bildungsziele heranzuführen. Dafür muss man gar nicht differenzieren. Insofern brauchen wir keine Schulstrukturdebatte. Wir verändern die Lehrkräfte und die Lehrkräfteausbildung.

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Liebe Kollegin Nzume, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Fühner. Lassen Sie diese zu?

# Lena Nzume (GRÜNE):

Sehr gerne.

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

## Christian Fühner (CDU):

Vielen Dank, Frau Kollegin Nzume, für die Gelegenheit zur Zwischenfrage.

Sie sagen, dass Sie keine Schulstrukturdebatten wollen und auch die Schulstrukturen nicht anpassen wollen. Daher meine Frage: Haben Sie schon den Entwurf des Kabinetts zum neuen Schulgesetz gelesen? Wenn Sie ihn gelesen haben, ist meine Frage, ob Sie wissen, welche Pläne für die Oberschulen darin vorgesehen sind, und ob das dann nicht doch etwas mit Schulstrukturdebatten zu tun hat.

#### Lena Nzume (GRÜNE):

Den Entwurf habe ich noch nicht gelesen. Ich kenne aber die Pläne zur Oberstufenreform.

(Christian Fühner [CDU]: Zur Oberschule!)

- Ich kenne den Entwurf nicht, ich habe ihn noch nicht gelesen. Wir können daher gerne im Anschluss darüber diskutieren.

(Christian Fühner [CDU]: Dann würde ich das auch nicht abstreiten, wenn ich das noch nicht gelesen habe!)

Es ist keine Schulstrukturdebatte vorgesehen, und auch jetzt führen wir keine Schulstrukturdebatte. Vielmehr wollen wir die Lehrkräfteausbildung reformieren und verändern. Das machen wir mit unserem Antrag!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Während andere vielleicht in alte Muster zurückgehen wollen, gehen wir die Herausforderungen mit einem zukunftsorientierten Blick an. Wer die Probleme von morgen mit Rezepten von gestern lösen will, der lässt unsere Schulen im Stich.

Schauen wir uns doch an, was bereits passiert ist, denn es ist schon einiges passiert!

Wir haben den Impuls gegeben, und die Ministerien - Wissenschaftsministerium und Kultusministerium - haben gehandelt. Ich will nur einige Punkte herausstellen, sonst reicht meine Zeit leider nicht: die Masterverordnung, die auf den Weg gebracht worden ist, das schon viel diskutierte Lehramt Sekundarstufe I, aber auch die Erhöhung und Verzahnung der Praxisanteile. Beides gehört dazu: Natürlich ist es wichtig, die bestehenden Praxisphasen aufeinander abzustimmen und eine reflektierte Praxis zu ermöglichen. Es geht nicht immer nur um ein Mehr, sondern auch darum, wie sie aufeinander aufbauen. Das machen wir gemeinsam mit den Universitäten, die sehr viel Positives beigetragen haben.

Zum Thema Quereinstieg: Wir schaffen einen neuen Quereinstiegs-Master und ermöglichen dadurch neue Wege ins Lehramt, besonders für Fachkräfte im MINT-Bereich, aber auch in den Gesellschaftswissenschaften. Das ist wichtig. Auch dabei gehen wir einen dialogischen Weg. Die Ministerien diskutieren mit den Universitäten in einer Arbeitsgruppe über einen Quereinstiegs-Master. Der Start soll dann an den Hochschulstandorten in Mangelregionen sein. Somit stärken wir die Regionen

und öffnen das System, ohne Qualitätsstandards aufzugeben.

Das nächste Thema, Herr Fühner, ist ein Herzensthema von mir: Es geht darum, die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse zu verbessern. Wir haben Stellen geschaffen, um das zu erleichtern.

(Christian Fühner [CDU]: Da gibt es aber bisher noch keinen Erfolg!)

Wir wissen, dass das nicht einfach ist. Aber wir gehen diesen Weg. Auch Vorgaben der Bundesebene sind umzusetzen, etwa hinsichtlich der Digitalisierung. Auch das Thema Bürokratieabbau gehen wir an. Begleitende Anpassungslehrgänge und Online-Sprachkurse sollen Hürden senken. Ich finde, da gehen wir einen großen Schritt.

Wie Herr Meyn schon gesagt hat: Unser Antrag ist kein Endpunkt, er ist ein Anfang. Wir stoßen Reformen an, die Schritt für Schritt Wirkung zeigen: an den Hochschulen, an den Seminaren und an den Schulen. Wir wollen, dass unsere Reformen auch in den Klassenräumen ankommen. Deshalb werden wir diese Umsetzungsphase natürlich weiterhin begleiten und weiterhin schauen, wie wir es hinbekommen, dass die guten Sachen, die wir hier entschieden haben, tatsächlich bei den Kindern und bei den Klassen ankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

- Danke schön.

Natürlich gehört das Referendariat dazu, wir haben es schon gehört. Ich bin in vielen Schulen unterwegs, in denen es um individuelles Lernen geht. Sie wünschen sich mehr Coaching-Aspekte, mehr Individualisierung und andere Prüfungsformate. Das greifen wir natürlich auf. Wir haben das als einen Punkt, und ja, wir werden es diskutieren.

Ich mache jetzt mal - wie sagt man? - einen Teaser: Wir kommen noch mit einem Antrag. Natürlich können wir auch gemeinsam arbeiten. Viele Themen eignen sich natürlich auch dafür, gemeinsam zu arbeiten. Unser Kultusausschuss hat sich ja intensiv damit beschäftigt. Wie gesagt, ich versichere Ihnen: Es kommt noch mehr, und wir werden die weitere Umsetzung begleiten. Wir machen eine Kombination aus Strukturreform im Bereich Lehrkräftebildung und praktischer Umsetzung.

Deshalb: Bitte nehmen Sie diesen Antrag an, damit Niedersachsen beim Thema Lehrkräftebildung einen Schritt vorangehen kann!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun das Wort: die Kultusministerin Frau Hamburg. Bitte schön!

#### Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, und insofern entwickeln sich auch die Anforderungen an Schule immer weiter. Die Lehrkräfteausbildung ist dafür in der Tat ein grundlegender Schlüssel.

Ich bin den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehr dankbar für diesen Antrag, denn es ist ganz entscheidend, dass wir unsere Lehrkräfte für die Gegenwart, aber auch für die Zukunft fit machen. Insofern finde ich es auch gut und wichtig, dass der Antrag gerade die Fragen "Wie finden wir zusätzliche Lehrkräfte? Wie können wir das Studium für neue Zielgruppen öffnen?" so explizit in den Blick nimmt.

In der Tat arbeiten wir als Landesregierung gerade unter Hochdruck an der Konzeption eines Quereinstiegs-Masters. Ich freue mich zu hören, dass in diesem Hause sehr breit unterstützt wird, dass wir solche Angebote in Niedersachsen brauchen.

(Christian Fühner [CDU]: Daran arbeiten Sie schon seit drei Jahren!)

Auch die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist für uns ein wichtiges Anliegen. Herr Reinken, ich muss Sie korrigieren: Wir warten nicht auf den Bund, sondern wir machen. Wir als Land Niedersachsen sind Teil der Pilotphase und sind schon mittendrin, um das als Pioniere für den Bund zu innovieren. Insofern sind wir ganz vorne mit dabei, wenn es an dieser Stelle um die Einführung von digitalen Verfahren geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Darüber hinaus - Frau Kollegin Nzume hat es gesagt - prüfen wir gerade auch sehr intensiv, wie wir neben der Verfahrensbeschleunigung durch zu-

sätzliches Personal auch noch Anpassungslehrgänge und berufsfeldbezogene Sprachkurse verbessern und anbieten können - weil das bei der Anerkennung vielfach der Flaschenhals ist. Darüber reden wir hier alle miteinander immer wieder. Insofern sind wir auch an diesem Thema dran.

In der Tat prüfen wir mit Blick auf den Entschließungsantrag auch die Einführung eines Lehramts für die Sekundarstufe I. Das führt nämlich am Ende dazu, dass die Kolleginnen und Kollegen, also die Lehrkräfte, sich erst später entscheiden müssen, an welche Schule sie wollen, welche Schulform sie wählen wollen. Insofern ist auch ein flexiblerer Einsatz möglich und damit womöglich auch eine höhere Attraktivität dieses Lehramts gegeben.

Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass wir hier Schulstrukturdebatten führen wollen, sondern es ist einfach ein pragmatisches Vorgehen, um noch mehr angehende Lehrkräfte für dieses Studium zu begeistern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will deutlich betonen, dass das Stufenlehramt auch keine Schulstrukturdebatte mit sich gebracht hätte. Als wir das mit den Universitäten geplant und innoviert haben, war dort wirklich eine sehr positive Stimmung ob der Möglichkeiten gegeben, die sich durch dieses Lehramt an den Universitäten entwickeln. Es ist äußerst bedauerlich, dass die wirtschaftliche Situation und die nicht steigenden Steuereinnahmen dazu führen, dass wir dafür kein Geld haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber wir können es weder drucken noch von den Bäumen ernten. Insofern müssen wir an dieser Stelle warten.

Ich finde es sehr wichtig, dass der Entschließungsantrag das Thema Praxisschock adressiert. Denn in der Tat erzählen viele Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, dass die ersten Jahre sehr herausfordernd für sie waren.

Insofern prüfen wir auf der einen Seite durchaus, wie wir Praxisanteile erhöhen können. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass wir in Niedersachsen einen Fachkräftemangel haben. Zusätzliche Anrechnungsstunden für ganz gleich welches Thema bedeuten weniger Unterricht, und auch das ist nicht in unser aller Interesse. Insofern schauen wir gerade parallel mit den Universitäten, wie wir durch zusätzliche Qualitätsstandards und vielleicht auch durch Umorganisation die Praxisphasen intensivieren und weiterentwickeln können. Denn unser Ziel muss es doch sein, eine stärkere

Praxisorientierung in allen Studiengängen zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Antrag spricht auch das Thema Basiskompetenzen an: Inklusion, heterogene Schülerschaft, Berufsorientierung, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung. Uns fallen auch noch Tausende andere Themen ein, die Schule und Lehrkräfte mitbringen müssen. Insofern ist es ganz entscheidend, zu schauen, wie wir diese Angebote besser aufstellen können. Ich bin dem Kollegen Falko Mohrs sehr dankbar, dass er mit den Universitäten intensiv über Kooperationen in diesem Bereich und darüber nachdenkt, wie wir auch digitale Möglichkeiten nutzen können, um das Angebot noch einmal breiter und attraktiver aufzustellen.

Darüber hinaus werden wir die Bildungsforschung in diesem Bereich stärken, damit wir noch mehr Daten zum Thema Studienverläufe und Übergänge bekommen. Denn das ist am Ende natürlich die Basis für die Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung.

Ich möchte auch betonen, dass wir gerade sehr intensiv prüfen - das haben Sie ja auch gefordert -, wie wir einen dualen Masterstudiengang im Bereich der berufsbildenden Schulen als Modell innovieren können. Denn natürlich wäre es sehr spannend, auch Erfahrungen zu sammeln, wie mit dieser Verzahnung mehr Praxisnähe und vielleicht ein Mehrwert für nachhaltige Fachkräftegewinnung gegeben sein könnte.

Ich möchte Ihnen ganz herzlich für diesen Entschließungsantrag danken, der den Fokus auf ein wirklich wichtiges Thema legt. Ich hoffe, ich konnte deutlich machen, dass wir den Ball gerne aufnehmen, um dann auch in Ihrem Sinne weiterzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6807 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? -

Die AfD-Fraktion, die Fraktion der CDU und der fraktionslose Kollege. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Ich nehme jetzt einen Wechsel mit meiner Kollegin vor.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 10, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt hier noch keine Wortmeldung vor. Das nur als Hinweis.

# (Vizepräsidentin Sabine Tippelt übernimmt den Vorsitz)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Derjenige, der jetzt noch einen Wortmeldezettel abgegeben hat, hatte Glück, dass ich noch nicht hier oben gesessen habe.

Ich rufe also auf:

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

a) EU-Entwaldungsverordnung: Die Kohärenz der Regelungen und Politiken sicherstellen, die Umsetzung erleichtern und ein "Bürokratiemonster" vermeiden - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4565 - b) EU Deforestation Regulation (EUDR): Mit einer praxistauglichen und anwendungsfreundlichen EU-Entwaldungsverordnung den weltweiten Waldschutz vorantreiben - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7632 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Drs. 19/8454

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert anzunehmen und den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Herr Dannenberg von der AfD-Fraktion hat sich gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

## Alfred Dannenberg (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich bin froh, dass ich durch das schnelle Einreichen meines Redezettels diesen Tagesordnungspunkt gerettet habe. Dankesbekundungen nachher gern zu mir! Ich nehme gerne Schokolade oder Ähnliches.

Meine Damen und Herren, diese Debatte hier betrifft eines der unnötigsten Probleme, die mir in meinen knapp drei Jahren hier im Niedersächsischen Landtag über den Weg gelaufen sind: die EU-Entwaldungsverordnung. Sie sieht vor, dass für jedes Stück Holz und alle daraus hergestellten Produkte durch die beteiligten Unternehmen nachgewiesen werden muss, dass es dadurch nicht zur Entwaldung, Waldschädigung oder Verletzung der Rechte indigener Völker gekommen ist.

Was sich erst mal nach einem hehren Ziel anhört, bedeutet in der drohenden Anwendung auf Deutschland jedoch verkorkste EU-Politik von ihrer schaurig-schlimmsten Seite. Willkommen im Gruselkabinett! Ein dickes, neues Bürokratiemonster steht vor der Tür.

Jeder, der hier in Deutschland aus seinem Wald Holz vermarktet, muss dann Sorgfaltserklärungen ausfüllen, sich mit Kodierungen für das Holz befassen, Geodaten zur genauen Lage des Herkunftswaldstückes angeben, sogar den Zeitpunkt dokumentieren, wann gesägt worden ist. Das alles soll dann in ein EU-Informationssystem eingegeben werden, woraufhin es eine Referenznummer gibt, die entlang der Lieferkette weitergereicht werden muss. Halleluja!

Wie konnte unsere heimische Forstwirtschaft eigentlich überhaupt in den Verdacht geraten, sich gegenüber völlig aus der Luft gegriffenen Raubbauverdächtigungen rechtfertigen zu müssen? Die Wirklichkeit sieht bei uns nämlich ganz anders aus. Und das kann ich sehr anschaulich schildern, da ich selbst Forstwirtschaft betreibe. Waldbauer Alfred Dannenberg bewirtschaftet seinen Wald nachhaltig, genau wie all die Generationen zuvor, denn sonst stünde da ja heute gar kein Wald mehr.

Meine Vorfahren wussten, wie das geht. Ich weiß, wie das geht. Ich werde meinen Kindern zeigen, wie das geht. Und meine Nachbarn wissen auch, wie das geht: Dass man nur so viel Holz entnimmt, wie zeitnah wieder zuwachsen kann, wie man das Holz schonend aus dem Wald bekommt, auf welche Baumarten man bei der Weiterentwicklung des Waldes setzt. Ich erfreue mich an Habitatbäumen und betrachte meinen Wald ganzheitlich, zum Beispiel auch als Lebensraum für Tiere.

Und, Überraschung! Indigene Völker vertreibe ich mit meiner Holzernte 50 km nördlich von Hannover auch nicht. Kahlschlag, also alle Bäume zu fällen, mache ich ebenfalls nicht. Käme mir auch nie in den Sinn! Das wäre über 1 ha Fläche sowieso nur mit behördlicher Genehmigung erlaubt und kommt hier

bei uns in Deutschland eh nur in Ausnahmefällen vor - wenn zum Beispiel eine Windhose durch das Waldstück gefegt ist oder ein Bestand insgesamt so arg kränkelt, dass ein Neustart mit anderen Baumarten erfolgen soll.

Meine Damen und Herren, hier bei uns wird bei der Waldbewirtschaftung kein Schindluder getrieben. Wir haben in Deutschland weltweit herausragende Waldgesetze und verschiedene Zertifizierungssysteme. Wozu also noch ein drittes Mal die eh schon verbotene Entwaldung untersagen? Bürokratieabbau - war da was?

Ich habe eine Frage an SPD, CDU und Grüne - so, und jetzt wird es lustig -: An welcher Stelle ist Ihre EU-Versessenheit eigentlich so aus dem Ruder gelaufen, dass es so weit kommen konnte? Ich kann es Ihnen sagen: am 19. April 2023. Da haben bei der Abstimmung über die Entwaldungsverordnung im EU-Parlament - und jetzt kommt's! - alle Grünenund alle SPD-Abgeordneten für dieses Bürokratiemonster gestimmt. Alle! Und von der Union haben mehr Abgeordnete dafür als dagegen gestimmt.

(Zurufe von der AfD: Aha!)

- Aha!

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Aus guten Gründen!)

Und jetzt kommt von Ihnen das große Klagegeheul! Meine Damen und Herren, was ist das denn? Peinlicher geht es doch gar nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Sie kommen hier mit Lösungsversuchen für Probleme an, die wir ohne Ihr Tun überhaupt nicht hätten. Werte Altparteien, was war denn da los? War es Blindheit oder fahrlässiges Laufenlassen nach dem Motto: "Wird schon nicht so dicke kommen!"? Und jetzt haben wir den Salat! Nun versuchen SPD, CDU und Grüne, die Geister irgendwie wieder einzufangen, die Sie bzw. Ihre Parteigenossen auf EU-Ebene aus der Flasche gelassen haben.

Beiden vorliegenden Anträgen sieht man den Hilfeschrei regelrecht an: Bitte, bitte, wir brauchen hier für uns eine Null-Risiko-Variante! Bitte, bitte, wir brauchen Unterstützung bei der Umsetzung! Bitte, bitte, verschlankt die Dokumentationspflichten! Bitte, bitte, ganz schnell! Und bitte, bitte, verlängert noch mal die Frist!

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Schreien Sie doch nicht so!)

Wissen Sie, was der gesunde Menschenverstand sagt? Bitte lasst uns diese unsägliche EU-Entwaldungsverordnung in Bezug auf Deutschland einfach streichen! So weit können die Forderungen der Altparteien natürlich nicht gehen. Wie auch, sie haben unser Land jahrelang systematisch in entsprechende rechtliche Verbindlichkeiten geführt.

(Christian Schroeder [GRÜNE]: Zum Glück!)

- Ja, "zum Glück", sagen Sie.

Ich sage: Zwickmühlen, aus denen wir uns einzig mit der AfD werden befreien können. Und bis es so weit ist, werte Kollegen von SPD, CDU und Grünen, haben Sie jetzt einen einzigen glasklaren Auftrag: Ziehen Sie den Karren unverzüglich aus dem Dreck, in den Sie und Ihre Parteikollegen ihn hineinmanövriert haben! Unseren Segen haben Sie. Wir von der AfD werden hier gleich Ihren beiden hilferufenden Anträgen zustimmen: sowohl der CDU-Version als auch - ausdrücklich! - der rot-grünen Version, in der Hoffnung, dass das Schlimmste noch abgewendet werden möge.

Und denken Sie daran: Auch wenn das Inkrafttreten der Entwaldungsverordnung vielleicht kurzfristig doch noch mal vertagt wird - aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Herr Penno, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

#### Sebastian Penno (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie es mich gleich zu Beginn meiner Rede sagen, damit es im weiteren Verlauf nicht untergeht: Als SPD-Fraktion unterstützen wir das Grundziel der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten - kurz: EUDR - ausdrücklich. Die EUDR an sich ist ein entscheidender Baustein im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel, gegen den Verlust von Biodiversität und gegen die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Es sollte doch klar sein, dass wir, wenn wir es mit dem Pariser Klimaabkommen, mit dem Schutz unserer Wälder und mit dem Ziel einer gerechteren und auch nachhaltigeren Weltwirtschaft ernst meinen, in Europa nicht weiter die Augen davor verschließen dürfen, wo und wie etwas produziert wird. Das gilt für Kaffee, das gilt für Kakao, das gilt für Soja, das gilt für Palmöl, das gilt für Rindfleisch, und das gilt auch für Holz.

Mit der EUDR soll ein Instrument entstehen, das helfen kann, Regenwälder zu schützen, indigene Lebensräume zu bewahren und klimaschädliche Praktiken in Lieferketten zu unterbinden. Das wäre ein großer Fortschritt.

Wir wollen, dass dieses Ziel nicht an der Praxis scheitert, denn - das ist der zweite Teil dieser Wahrheit - die EUDR muss auch rechtssicher, faktisch umsetzbar und praxistauglich sein. Sie darf kleine Betriebe nicht überfordern, Verwaltungen nicht lähmen und nicht zu einem Bürokratiemonster werden, das gut gemeint, aber schlecht gemacht ist.

Mit dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen unterstützen wir unsere Landesregierung, die sich bereits aktiv in Berlin und Brüssel für eine realistische, faire und zielorientierte Umsetzung der EUDR eingesetzt hat und zukünftig auch einsetzen wird.

Konkret bedeutet das: Wir sprechen uns für eine Null-Risiko-Einstufung für Länder wie Deutschland aus, die bereits heute hohe Waldschutzstandards einhalten und funktionierende Kontrollsysteme haben. Denn warum sollten unsere waldbesitzenden, ob staatlich oder privat, oder holzverarbeitenden Betriebe die gleichen Dokumentationslasten wie Betriebe tragen, die in Regionen mit massiver illegaler Abholzung liegen?

Außerdem dürfte auch klar sein, dass die Kleinwaldbesitzerin oder der Kleinwaldbesitzer aus Niedersachsen nicht den gleichen bürokratischen Aufwand schultern kann wie beispielsweise ein internationaler Agrarkonzern. Deshalb sollte durch die Einführung von Bagatellgrenzen für Kleinstproduzenten verhindert werden, dass kleine Betriebe vom Markt gedrängt werden. Denn alles andere wäre nicht nachhaltig, sondern einfach nur ungerecht.

Der absolut zentrale Punkt ist aber: keine Umsetzung ohne Vorbereitung. Das ist doch auch der wesentliche Punkt, warum die Umsetzung der EUDR bereits einmal um ein Jahr verschoben wurde und, wenn es nach der EU-Kommission geht, noch ein weiteres Mal um ein Jahr verschoben werden soll.

Das war gut und wäre gut, aber das reicht nicht aus, wenn wir auf nationaler Ebene nicht rechtzeitig die nötige Infrastruktur schaffen können. Wir brauchen klare rechtliche Leitlinien, digitale Schnittstellen, Schulungen und Beratung, und das so schnell wie möglich.

Ein weiterer Punkt ist mindestens genauso wichtig: die Kohärenz mit anderen EU-Vorgaben. Niemandem ist geholfen, wenn die Regelungen der EUDR in Konflikt mit der Lieferkettenrichtlinie oder der geübten Praxis der bisherigen EU- Holzhandelsverordnung stehen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass Melde- und Nachweispflichten gebündelt werden und nicht mehrfach erbracht werden müssen. Denn doppelte Bürokratie schützt keinen einzigen Baum mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz der Wälder ist ein globales Menschheitsanliegen. Aber nachhaltiger Waldschutz gelingt nicht durch Symbolpolitik, sondern durch kluge Regulierung, soziale Rücksicht und realistische Umsetzung. Mit unserem rot-grünen Antrag senden wir ein klares Signal nach Berlin und Brüssel: Niedersachsen steht hinter den Zielen der EUDR, aber wir bestehen auf Augenmaß, Praxisnähe und Fairness. Wir wollen die Transformation, und wir wollen, dass sie gelingt. Wir wollen Verantwortung übernehmen - aber nicht auf dem Rücken der Falschen. Und wir wollen Europas Vorreiterrolle beim Klimaschutz - aber bitte nicht durch neue bürokratische Hürden, sondern durch vertrauenswürdige und machbare Lösungen.

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen.

Ich danke für die konstruktiven Rückmeldungen der Verbände und Institutionen im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum CDU-Antrag, die in unseren rot-grünen Antrag eingeflossen sind.

Ich bedanke mich außerdem bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, die sich im Gegensatz zu den Mitgliedern der anderen Fraktionen auch inhaltlich zu unserem Antrag äußern konnten - auch wenn ich nicht ganz so weit gehen würde wie der Kollege Baatzsch, der unseren Antrag - ich zitiere - so ziemlich über jeden Zweifel erhaben fand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das schon im vergangenen Jahr zu einem Antrag gesagt, und es gilt immer noch. Aber anders als im letzten Jahr, als ich das folgende Zitat gebracht habe, liegt dieses Mal immerhin ein zweiter Antrag vor. Im Jahr 2020 hat mein Vorgänger als forstpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Karl-Heinz Hausmann, seine Rede wie folgt geschlossen:

"Unser Antrag ist sehr gut. Wir haben ihn gemeinsam mit den Fachverbänden und Organisationen bei der Anhörung noch einmal ergänzt. Er ist der bessere Antrag. Darum kann ich nur dafür werben, dass Sie ihm alle zustimmen. Die anderen Anträge lehnen wir ab, weil wir uns immer für das Bessere entscheiden."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, besser kann man nicht schließen. Deshalb: Lehnen Sie heute den Antrag der CDU ab, und stimmen Sie unserem rot-grünen Antrag zu, denn er ist der bessere!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der CDU-Fraktion. Herr Dorendorf, bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

#### **Uwe Dorendorf** (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir gerade gehört haben, beraten wir heute über zwei Anträge zur EU-Entwaldungsverordnung: einen Antrag der CDU-Fraktion und einen Antrag von SPD und Grünen.

Dass dieses Thema gleich doppelt auf der Tagesordnung steht, zeigt, dass die EU-Entwaldungsverordnung ein Schlüsselthema für den globalen Klimaschutz ist, lieber Kollege von der AfD, für die Artenvielfalt, aber eben auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in Niedersachsen.

Die Umsetzungsfrist der Entwaldungsverordnung wurde ursprünglich für große Unternehmen sowie Betriebe der Forstwirtschaft unabhängig von ihrer Größe auf das Ende letzten Jahres und für die kleinen Unternehmen auf Juni dieses Jahres festgesetzt. Doch schnell wurde deutlich, dass die praktische Umsetzung in diesem engen Zeitrahmen kaum möglich sein würde.

Deshalb hat die Europäische Kommission die Fristen um jeweils ein Jahr verschoben: auf den 30. Dezember dieses Jahres für große Unternehmen und

auf den Juni 2026 für kleine und mittlere Betriebe. Diese Verschiebung war dringend notwendig, denn die Anforderungen sind komplex, die Rechtslage ist an vielen Stellen unklar, und die Umsetzungsvoraussetzungen sind teilweise noch gar nicht geschaffen. Auch die neue Umsetzungsfrist läuft bald ab. Gleichzeitig wird damit aber auch deutlich: Die Verordnung verlangt Unternehmen wie Verwaltung eine enorme Kraftanstrengung ab.

Meine Damen und Herren, das Ziel dieser Verordnung ist zweifellos richtig. Wir wollen, dass Produkte wie Holz, Kaffee oder Kakao, Soja oder Rindfleisch nicht mit Entwaldung oder Waldschädigung in Verbindung stehen. Das ist ein starkes Signal und eine Frage der globalen Verantwortung Europas und Deutschlands. Wälder sind nicht nur Kohlenstoffspeicher, sie sind auch Heimat für unzählige Tier- und Pflanzenarten, sie sichern die Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen weltweit. Wenn wir Entwaldung verhindern, dann leisten wir einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz und zur Biodiversität. Das betrifft natürlich auch uns hier in Deutschland, weil wir durch unseren Konsum und unsere Lieferketten einen direkten Einfluss darauf haben, wie Wälder in anderen Weltregionen bewirtschaftet werden.

## (Beifall bei der CDU)

Aber - und das ist der entscheidende Punkt - so richtig die Zielsetzung ist, so groß ist auch die Gefahr, dass die Umsetzung in einem bürokratischen Monster endet. Gerade kleine und mittlere Unternehmen stehen davor, an überzogenen Anforderungen zu scheitern. Wenn unsere Betriebe aber durch immer neue Nachweispflichten, durch unklare Zuständigkeiten oder durch schwer erfüllbare Handlungsregeln überfordert werden, dann verlieren sie im internationalen Wettbewerb - und das kann nicht Sinn einer europäischen Regelung sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

#### (Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir diesen Antrag bereits im Juni 2024, im letzten Jahr, eingebracht - zu einem Zeitpunkt, als SPD und Grüne noch abgewartet haben. Uns ist es wichtig, rechtzeitig deutlich zu machen, wo die Probleme liegen und wie man sie lösen kann.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass eine Null-Risiko-Kategorie für Produkte, die nachweislich ausschließlich positive Auswirkungen auf die Umwelt haben, eingeführt wird und die Unternehmen, die diese Produkte herstellen oder vermarkten, von

der Verordnung ausgenommen werden. Denn warum sollen Hersteller solcher Produkte mit denselben Nachweispflichten belastet werden?

Ebenso wichtig ist es, dass innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten ein Grundvertrauen bestehen muss. Solange keine gegenteiligen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, sollten die Beteiligten davon ausgehen dürfen, dass von diesen Ländern nur ein maximal geringes Risiko ausgeht. Alles andere wäre eine Misstrauenserklärung gegenüber den Mitgliedstaaten selbst.

Darüber hinaus braucht es ein ganzes Bündel weiterer Maßnahmen, um eine Vereinbarkeit zwischen Waldschutz und Unternehmensschutz zu erreichen. Die Unternehmen brauchen klare Leitlinien, die ihnen zeigen, wie sie die Verordnung konkret umsetzen können. Es reicht nicht, schöne Ziele zu formulieren. Es braucht Handreichungen, die in der Praxis funktionieren.

Es hat darüber hinaus auch keinen Mehrwert für den Wald, wenn am Ende jeder Händler in der Lieferkette dieselben Nachweise führen muss. Die Verantwortung muss beim Erstinverkehrbringer liegen, also bei dem Unternehmen, das die Ware zuerst auf den europäischen Markt bringt. Alle anderen Beteiligten dürfen nicht mit doppelter Bürokratie belastet werden. Im Gegenteil: Die Nachweispflicht muss Verlässlichkeit schaffen. Zusätzliche Nachweise sind unnötig und tragen nicht dazu bei, dass die Wälder besser geschützt werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Frage der Zertifizierung. Es ist schlicht unverständlich, dass international anerkannte Standards wie FSC für Holz oder RTRS für Soja nicht automatisch als Nachweis gelten sollen. Wenn Betriebe nachweislich mit solchen Zertifikaten arbeiten, dann muss das reichen. Alles andere wäre eine doppelte und unnötige Belastung.

(Beifall bei der CDU und von Pascal Leddin [GRÜNE])

Schließlich braucht es eine sogenannte Safe-Harbour-Regelung. Das bedeutet, dass ein Unternehmen, das nachweislich mit zertifizierten Lieferanten zusammenarbeitet, nicht auch noch die volle Haftung für mögliche Verstöße seiner Partner tragen darf. Ohne eine solche Regelung werden viele Betriebe ein unkalkulierbares Risiko tragen müssen. Das schreckt nicht nur Investitionen und den Handel ab, sondern kann die Betriebe in letzter Konsequenz in die Insolvenz führen.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, ein digitales Meldesystem einzuführen. Damit könnten viele Abläufe automatisiert werden, die heute noch mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden sind.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, viele dieser Punkte finden sich heute, ein Jahr später, im Antrag von der SPD und den Grünen wieder. Ich stelle fest: Sie haben unsere Forderungen übernommen, und das ist grundsätzlich erfreulich. Aber Sie haben eben nicht alle entscheidenden Punkte berücksichtigt: Die Safe-Harbour-Regelung fehlt, die Anerkennung von Zertifikaten bleibt zu vage, und von einigen digitalen Meldesystemen ist in Ihrem Antrag keine Rede. Mit anderen Worten: Sie haben mal wieder von uns abgeschrieben, aber erneut nicht vollständig.

Im September-Plenum habe ich über Agri-Photovoltaik gesprochen. Diesen Antrag haben wir zwei Jahre vorher eingereicht. Sie brauchten zwei Jahre, um den abzuschreiben und dann einzubringen. Jetzt haben Sie ein Jahr gebraucht. Wenn man positiv denkt, dann könnte man sagen: Sie haben die Hälfte der Zeit gespart. Aber es ist halt schade: Wenn Sie das in sechs oder acht Wochen machen würden, dann hätten wir die Entscheidungen schon viel eher. Warum Sie immer so lange brauchen, ist mir nicht verständlich.

Wir stimmen Ihrem Antrag natürlich nicht zu. Denn trotz manch inhaltlicher Überschneidung bleiben zentrale Punkte offen, insbesondere mit Blick auf die fehlende Safe-Harbour-Regelung, die unzureichende Anerkennung bestehender Zertifikate und das Fehlen eines digitalen Meldesystems, das Bürokratie abbauen würde. Solange diese entscheidenden Aspekte nicht berücksichtigt werden, kann die CDU-Fraktion dem Antrag von SPD und Grünen nicht zustimmen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die EU-Entwaldungsverordnung in der Praxis umsetzbar, rechtssicher und wirtschaftsverträglicher gestaltet wird, zum Schutz unserer Wälder, aber auch zum Schutz - und das ist ganz wichtig - unserer Unternehmen hier in Niedersachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von Bündnis 90/ Die Grünen. Herr Schroeder, bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Christian Schroeder (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Entwaldungsverordnung - kurz: EUDR - ist ein entscheidender Schritt im globalen Kampf gegen Entwaldung und Klimakrise. Sie soll sicherstellen, dass Produkte wie Kaffee, Soja, Kakao, Rindfleisch und eben Holz, die auf unseren Märkten landen, nicht zur Zerstörung von Wäldern beitragen.

Herr Penno, Sie haben es angedeutet: Die Europäische Kommission erwägt jetzt eine Verschiebung um ein Jahr. Diese Entscheidung zeigt uns sehr deutlich: Es geht nicht grundsätzlich darum, das Ziel des Schutzes der Wälder infrage zu stellen, sondern darum, die Umsetzung praxistauglicher zu gestalten. Genau das ist auch Kern des Anliegens im gemeinsamen Antrag der SPD und der Grünen und natürlich auch im Antrag der CDU, was ich ausdrücklich begrüße. Wir sagen ganz klar: Waldschutz bleibt unverzichtbar, aber er muss funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland und andere Mitgliedstaaten die zusätzlichen Monate nutzen, um Rechtssicherheit zu schaffen, Unterstützungsangebote aufzubauen und Bürokratie zu vermeiden, wo sie nicht nötig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dorendorf, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken, weil Sie ein paar wichtige Punkte erwähnt haben, die die AfD - ich denke mal, bewusst - weglässt. Sie haben von Klimaschutz gesprochen, Sie haben von CO<sub>2</sub> gesprochen, Sie haben von Lebensräumen gesprochen. Herr Dannenberg sieht den Wald anscheinend ausschließlich als Forst, als Nutzobjekt. Wir sehen das nicht so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wälder sind eben nicht nur CO<sub>2</sub>-Speicher, sie sind nicht nur Lebensräume, sie sind Klimaregulatoren und, ja, auch eine Grundlage unserer Wirtschaft. Und sie verdienen Schutz, und zwar echten Schutz, und nicht nur schöne Worte. Doch Schutz funktioniert nur, wenn die Menschen ihn auch umsetzen können, wenn sie mitgenommen werden.

Darum fordern wir in unserem Antrag ein paar Punkte, die hier auch schon von vielen genannt wurden: Es geht um die Einstufung Deutschlands als Null-Risiko-Gebiet, es geht um die Einbeziehung bestehender Zertifizierungssysteme - auch da, Herr Dorendorf, sind wir einer Meinung; natürlich ist eine FSC-Zertifizierung ein Garant dafür, dass vernünftig mit einem Wald umgegangen wird -, und es geht um faire Regeln für Kleinst- und Kleinbetriebe, damit niemand vom Markt ausgeschlossen wird.

Eine Verschiebung darf aber kein Vorwand sein, das Ziel der EUDR aufzuweichen. Sie muss eine Chance sein, die Verordnung besser zu machen: für Umwelt, Wirtschaft und Verbraucher\*innen gleichermaßen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir wollen, dass Niedersachsen dabei eine aktive Rolle übernimmt. Denn beim Klimaschutz, bei den Erneuerbaren zeigt Minister Meyer zum Beispiel, dass ein unbürokratischer, praxistauglicher Umgang mit solchen Dingen möglich ist.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag, damit eine Entwaldungsverordnung mit Augenmaß und Klarheit statt mit Chaos möglich ist und Waldschutz zwar etwas verschoben, am Ende aber umgesetzt wird.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Schroeder, auf Ihre Rede gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Dannenberg. - Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

#### Alfred Dannenberg (AfD):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, das geht auch ganz schnell.

Sehr geehrter Herr Kollege Schroeder, ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen, die Sie hier formuliert haben.

Erstens weise ich entschieden die Unterstellung zurück, ich würde meinen Wald zu Hause lediglich als Nutzobjekt betrachten. Das ist völlig aus der Luft gegriffen. Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie auch gemerkt, dass ich davon geschwärmt habe, ihn ganzheitlich zu betrachten, ausdrücklich zum

Beispiel auch als Lebensraum für Tiere usw. usf. Also, die Nummer kann ich Ihnen gleich vom Brot nehmen.

Und das andere ist: Ich finde es ja immer witzig, wenn die Grünen hier behaupten, sie seien für den Schutz des Waldes zuständig. Gucken Sie mal, was Sie dem Wald im Moment zum Beispiel mit den ganzen Schneisen antun, die für Windkraft reingeschlagen werden! Ich weiß, Sie hören das nicht gerne. Aber gucken Sie sich doch mal die Beispiele an und was da los ist!

(Beifall bei der AfD)

Und dass Sie so verlegen lächeln, sagt vieles. Ich bin gespannt auf Ihre Entgegnung. Na los!

(Beifall bei der AfD - Delia Klages [AfD]: Kahlschlag!)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Da Herr Schroeder sitzen bleibt, gehe ich davon aus, dass er nicht zu erwidern wünscht.

Die nächste Wortmeldung kommt von unserer Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Frau Staudte, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Miriam Staudte**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in der Debatte ist deutlich geworden, dass es einen sehr breiten Konsens zwischen den demokratischen Parteien darüber gibt, dass die Ziele der EUDR wirklich wichtig sind.

Die weltweite Entwaldung, die Brandrodung sind wirklich riesengroße Probleme, die den Klimawandel, den die AfD ja leugnet - zumindest den menschengemachten -, irre anheizen. Das führt zu einem Problem für die hiesige Land- und Forstwirtschaft, und deswegen müssen wir uns selbstverständlich mit diesen Fragestellungen befassen.

Ich höre von der rechten Seite hier immer nur, was alles nicht geht. Aber es gibt nie Vorschläge, wie Probleme angegangen werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist natürlich richtig: Die Verordnung stellt viele Unternehmen und auch staatliche Stellen vor große Herausforderungen in der Umsetzung, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieaufwand, Datenverfügbarkeit, aber auch Rechtsklarheit. Deswegen haben wir uns als Landesregierung an den verschiedensten Stellen dafür eingesetzt, dass es zu Vereinfachungen kommt.

Wenn man Niedersachsen betrachtet, stellt man fest, dass nicht nur die Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette betroffen sind, die Handel mit den in den Rechtstexten genannten Rohstoffen und Produkten betreiben, sondern es sind eben auch ca. 100 000 Waldbesitzende in Niedersachsen sowie sämtliche Kälber produzierende Betriebe und Betriebe, die Soja erzeugen und in Verkehr bringen.

Für alle diese Betriebe muss es EU-weite Erleichterungen bei der Umsetzung der Dokumentations-, Melde- und Aufzeichnungspflichten geben. Diese Forderungen hatten wir Länder bereits frühzeitig gegenüber dem Bundeslandwirtschaftsministerium vorgetragen. In dem Antrag steht die sehr richtige Forderung, sich weiter für die Null-Risiko-Variante für diejenigen Mitgliedstaaten einzusetzen, die nachweislich kein Problem mit dem Thema Entwaldung haben. Zuletzt haben wir das am 28. März auf der AMK in Baden-Baden gemacht. Wir brauchen wirklich spürbare Entlastungen.

Ich finde es auch richtig, dass in dem Antrag die Bagatellgrenzen für die Kleinstproduzierenden genannt werden. Die Regelungen führen ansonsten dazu, dass diese vom Marktgeschehen ausgeschlossen werden.

Deswegen vielen Dank für den Antrag! Er stärkt uns bei unserem Handeln den Rücken. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass wir die Augen nicht vor den Problemen verschließen dürfen, die es weltweit gibt. Und das heißt, man muss immer mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung ein. Das ist der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/7632 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das ist die CDU-Fraktion. Der Nr. 1 der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Das ist der Antrag der Fraktion der CDU.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/4565 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Der Nr. 2 der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen jetzt zu:

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Machtmissbrauch und sexueller Belästigung in der Filmbranche entgegentreten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5326 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 19/8477

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Es hat sich gemeldet: von Bündnis 90/Die Grünen Herr Schulz-Hendel. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sexismus, Machtmissbrauch und sexuelle Übergriffe in der Filmbranche gibt es auch hier bei uns in Niedersachsen. Es wurde in der Vergangenheit zwar viel über Missstände gesprochen, aber die Frage ist: Was hat sich strukturell verändert?

Eine aktuelle Befragung im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zeigt: Fast jede zweite befragte Person aus der Branche war in den letzten drei Jahren von sexueller Belästigung betroffen. Und das sind keine Einzelfälle. Die Branche leidet unter einem systemischen Problem, geprägt von Abhängigkeiten,

Machtgefällen und dem Schweigen vieler Beteiligter. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Häufig sind Frauen die Betroffenen.

Wir dürfen das nicht länger hinnehmen. Mit diesem Antrag bringen wir drei wichtige Punkte auf den Weg: erstens die Verknüpfung der Filmförderung mit einem verbindlichen Verhaltenskodex gegen sexualisierte Grenzüberschreitung und gegen Machtmissbrauch, zweitens die Einrichtung einer unabhängigen Anlauf- und Vertrauensstelle für Betroffene und drittens klare Schutzkonzepte und Vertrauenspersonen am Set als Förderkriterien des Landes Niedersachsen.

Es geht hier keineswegs nur um Symbolpolitik, sondern um konkrete Maßnahmen, die helfen können, das bestehende Machtungleichgewicht am Filmset auszugleichen. Filmproduktionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen klar frei sein von Angst, Übergriffen und Machtmissbrauch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden mit diesem Maßnahmenpaket natürlich nicht alle Probleme lösen, aber es sind ein wichtiger erster Schritt. Wir brauchen mehr Sensibilisierung. Mehr Mut zur Verantwortung und ein Umfeld der Zivilcourage verhindern, dass die Opfer bestraft werden und ein Schutzraum für Täter entsteht.

Als Land haben wir die Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Filmförderung darf nicht bedingungslos erfolgen, sondern muss gezielt dazu beitragen, Strukturen sexueller Grenzüberschreitung und Machtmissbrauch abzubauen.

Abschließend möchte ich mich insbesondere bei der CDU für die konstruktive Debatte im Ausschuss und für die Unterstützung bedanken. Gerade an dieser Stelle ist dies, wie ich finde, ein wichtiges Signal, ein gutes Signal, dass alle drei demokratischen Parteien im Landtag hier an einem Strang ziehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und von Barbara Otte-Kinast [CDU])

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von der CDU-Fraktion. Frau Thiemann, bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

#### Colette Thiemann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute abschließend mit dem Antrag zum Schutz von Beschäftigten in der Filmbranche vor Machtmissbrauch und sexueller Belästigung.

Wir als CDU-Fraktion haben diesen Antrag im Ausschuss intensiv begleitet und die Beratung konstruktiv geführt. Ich hatte schon im Zuge der Einbringung deutlich gemacht, dass es sich hierbei um ein ernstes und zugleich sensibles Thema handelt. Es geht um faire Arbeitsbedingungen, um Schutz vor Übergriffen, aber auch um die Verantwortung der gesamten Branche, eine Kultur des Respekts zu unterstützen und zu fördern.

Im Zuge der Einbringung hatte ich weitere Punkte angesprochen. Im Laufe der Ausschussberatungen haben wir einen Blick darauf geworfen, dass es vor allem darauf ankommt, vorhandene Mechanismen zu verzahnen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Denn wir müssen immer prüfen, ob neue Strukturen wirklich einen Mehrwert bringen oder ob sie am Ende nur Bürokratie auflasten, den administrativen Aufwand erhöhen, ohne den tatsächlichen Schutz zu verbessern. In Niedersachsen existieren bereits Instrumente, die in diese Richtung wirken. Über die Nordmedia-Filmförderung gibt es schon Standards zu Compliance, Ansprechstellen und Verhaltenskodizes, die bundesweit abgestimmt sind.

Aber es war uns im Ausschuss wichtig, dass es nicht zu Parallelstrukturen zwischen Landesförderung, Bundeseinrichtungen und Brancheninitiativen kommt. Wir sagen klar: Es geht nicht darum, möglichst viele neue Regelwerke zu schaffen, sondern darum, die bestehenden Mechanismen zu stärken, zu vernetzen und praxistauglich zu gestalten. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg.

Die vorgesehenen Maßnahmen - ein gemeinsamer Verhaltenskodex, Schutzkonzepte, Vertrauenspersonen und eine unabhängige Anlaufstelle - sind inhaltlich sinnvoll, aber sie müssen auf jeden Fall mit den bereits bestehenden Strukturen abgestimmt werden, damit sie wirksam bleiben und die Branche nicht mehr belasten, als sie ihr nutzen.

(Beifall bei der CDU)

- Danke.

Wir als CDU-Fraktion stimmen dem Antrag deshalb zu. Er ist besser als nichts, und er ist nicht falsch. Er greift ein reales Problem auf. Seinen Nutzen werden wir aber erst sehen, wenn die Umsetzung in die Praxis geht. Wir werden aufmerksam beobachten, ob er wirklich zu mehr Schutz führt oder ob er am Ende neue Verwaltungswege schafft.

Für uns bleibt eigentlich eines entscheidend: Respekt und Verantwortung entstehen nicht durch Papier, sondern durch Haltung, durch Bewusstsein, Prävention und Eigenverantwortung in der Branche. Gerade in der Medien- und Filmförderpolitik gilt: Wir müssen den Spagat zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Schutz und Kreativität schaffen. Nur wenn diese Balance gelingt, kann Niedersachsen als Film- und Medienstandort stark bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜ-NEN)

Ich wünsche mir, dass alle demokratischen Fraktionen bei diesem Thema geschlossen bleiben. Hier geht es nicht um Parteipolitik, sondern um ein gemeinsames Bekenntnis zu Würde, Respekt und Verantwortung in der Kultur- und Medienlandschaft unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von der AfD-Fraktion. Herr Brockmann, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

# Jens-Christoph Brockmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute einen Antrag, der sich mit einem hochsensiblen und zugleich wichtigen Thema befasst: Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung in der Filmbranche.

Allein schon die zahlreichen Studien, Berichte und erschütternden Einzelfälle der letzten Jahre zeigen deutlich, dass es sich hier nicht um Bagatellen, sondern um strukturelle Probleme handelt, die Leid verursachen und Karrieren zerstören können. Dass die Antragsteller dieses Thema auf die Agenda setzen, verdient Anerkennung. Der Schutz von Beschäftigten, insbesondere in kreativen Berufen mit unsicheren Arbeitsverhältnissen, wird von mir und meiner Fraktion äußerst ernst genommen.

In den Beratungen haben wir genauer hingesehen. Dabei wurde klar, dass es auf Bundes- und auch bereits auf Landesebene eine Reihe von Maßnahmen und Anlaufstellen gibt, die genau die im Antrag

geforderten Funktionen abdecken. Auch Nordmedia, die gemeinsame Fördergesellschaft von Niedersachsen und Bremen, arbeitet bereits mit Verhaltenskodizes und Ansprechstellen.

Die Frage, die wir uns daher stellen müssen, lautet: Dienen zusätzliche eigene Strukturen tatsächlich den Betroffenen? Oder besteht die Gefahr, dass wir Doppelstrukturen aufbauen, die am Ende mehr Verwirrung stiften als Orientierung bieten? Wer Hilfe sucht, braucht Klarheit, wohin man sich wendet, und nicht eine noch komplexere Landschaft paralleler Zuständigkeiten.

Ein weiterer Punkt, den wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen, sind natürlich die Kosten, die dabei entstehen können. Auch gut gemeinte Maßnahmen belasten den Landeshaushalt. Vor dem Hintergrund begrenzter Mittel muss immer geprüft werden, ob bestehende Strukturen nicht gestärkt und sichtbarer gemacht werden können, anstatt neue Strukturen zu schaffen.

Aus diesem Grund werden wir uns bei diesem Antrag enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Frau Lansmann, bitte! Sie haben das Wort.

#### Kirsikka Lansmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute abschließend über unseren Antrag, mit dem wir Machtmissbrauch und sexueller Belästigung in der Filmbranche entschieden entgegentreten wollen. Ich freue mich sehr, dass wir mit der CDU über Fraktionsgrenzen hinweg zusammenstehen und dass auch die CDU diesen Antrag unterstützt. Das zeigt: Wenn es um den Schutz von Menschen geht, ziehen wir an einem Strang. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Bereits in der ersten Beratung haben wir deutlich gemacht, warum dieser Antrag so wichtig ist. Die MeToo-Bewegung liegt inzwischen einige Jahre zurück, und trotzdem hören wir immer wieder von Übergriffen, Einschüchterungen und Grenzverletzungen am Filmset. Es geht dabei nicht um Einzelfälle oder um einzelne schwarze Schafe, sondern

um Strukturen, die Machtmissbrauch ermöglichen. Es wurde zu lange weggeschaut.

Die bereits erwähnte Studie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zeigt deutlich, dass fast die Hälfte der Filmschaffenden in Deutschland angab, in den letzten drei Jahren sexuelle Belästigung erlebt zu haben. Zum Vergleich: In anderen Branchen liegt dieser Wert bei nur 9 %. In fast 90 % der Fälle waren die Täter Männer, meist in höheren Positionen als die Betroffenen. Und viele Betroffene haben geschwiegen, aus Angst, ihre Karrieren zu gefährden oder weil sie keine vertrauliche Anlaufstelle kannten.

Diese Zahlen sprechen für sich, und sie zeigen, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Deshalb ist unser Antrag richtig und notwendig. Wir schaffen damit klare Regeln, um Sicherheit und Respekt in der Filmbranche zu gewährleisten. Konkret heißt das: Wer öffentliche Filmförderung in Niedersachsen erhält, muss sich an einen Verhaltenskodex gegen Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung halten. Es wird eine unabhängige Anlaufstelle für Betroffene geben, an die man sich ohne Angst wenden kann. Und Schutzkonzepte für Vertrauenspersonen am Set werden zur Bedingung für Förderung.

Damit bekommt die Branche Orientierung und Sicherheit, und wir machen deutlich: Wer mit Steuergeld gefördert wird, trägt auch Verantwortung für faire und sichere Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Es gibt zum Glück bereits einige gute Entwicklungen, zum Beispiel den neuen Respect Code Film und die Vertrauensstelle bei der Nordmedia. Das zeigt deutlich: Das Bewusstsein wächst.

Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt, verbindliche Strukturen zu schaffen. Denn bisher sind diese Maßnahmen freiwillig, und Freiwilligkeit funktioniert leider zu oft nur dort, wo es ohnehin schon gut läuft.

Mit unserem Antrag geben wir ein klares politisches Signal: Wir schauen nicht weg. Wir sorgen dafür, dass Betroffene ernst genommen werden und Täter Konsequenzen spüren. Und wir fördern die, die mit gutem Beispiel vorangehen. Viele Filmschaffende, gerade auch in Niedersachsen, haben sich längst auf den Weg gemacht. Diese Menschen verdienen unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Filmbranche steht für Kreativität, Inspiration und Vielfalt. Diese Werte können aber nur dann gelebt werden, wenn es ein respektvolles Miteinander gibt. Stimmen Sie daher dem Antrag zu!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung hat unser Ministerpräsident, Olaf Lies. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Olaf Lies, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über ein Null-Toleranz-Thema, welches unumstritten verstärkte Aufmerksamkeit erfordert. Deswegen bedanke ich mich für den Antrag, für die wertvolle Debatte und - ich glaube, das darf man nach den Reden hier sagen - für die breite Zustimmung, die dieser Antrag hier erfährt.

Er betrifft ein zentrales Thema, über das an vielen Stellen gar nicht gesprochen wird. Ich will einmal sagen: Ein respektvoller Umgang in der Arbeitswelt ist nicht nice to have, sondern muss ein unverhandelbarer Anspruch sein, egal in welcher Branche.

Die Folgen von Machtmissbrauch und sexueller Belästigung sind für die Betroffenen höchst belastend, und oft sind sie damit allein. Machtmissbrauch zerstört Vertrauen und nimmt den Beschäftigten Sicherheit. Ich glaube, wir sind uns einig: Niemand sollte Angst haben müssen, am Arbeitsplatz Grenzen setzen zu müssen, weil ein Mensch seine Position ausnutzt. Arbeit muss ein Raum der Würde sein. Hierzu braucht es Verantwortung und sichere Strukturen. Es braucht klare, verbindliche Regeln, die die Betroffenen schützen, und eine vertrauliche, unabhängige Anlaufstelle.

Genau darum geht mit Blick auf die Filmbranche. Man sollte eigentlich denken: Das ist doch eine kreative Branche, in der es solche Probleme gar nicht gibt. Aber viele öffentlich gewordene Fälle machen deutlich, dass hier besonderer Handlungsbedarf besteht. Ich glaube, wir alle haben, wenn wir einen Film sehen, den Anspruch, dass die Produktion unter Regeln erfolgt ist, wie wir sie erwarten. Deswegen ist es vollkommen richtig, sich diesem Thema ganz gezielt zu widmen.

Ich bin daher sehr froh, dass sich die Filmschaffenden in Niedersachsen an der bundesweiten Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt "Themis" in Berlin orientieren, die 2018 im Zuge der MeToo-Debatte eingerichtet wurde. An diese Stelle wenden sich Betroffene, sie erwarten von uns, dass wir uns kümmern. Die niedersächsische Filmförderung steht für ein diskriminierungsfreies Umfeld und begrüßt die vertrauensvolle Arbeit der Themis ausdrücklich.

Ich finde es richtig, dass wir uns mit der Frage beschäftigen: Wir sorgen wir eigentlich dafür, dass dort, wo wir Filmförderung gewährleisten, die Regeln und Standards eingehalten werden? Das muss unser Anspruch sein. Deswegen ist es gut, dass wir die "Themis" haben, dass die Beratung stattfindet. Sie berät juristisch und psychologisch, kostenlos, vertraulich und unabhängig. Sie begleitet auch, wenn es darum geht, sich gegenüber Unternehmen durchzusetzen. Wenn Fälle sexueller Belästigung aufgetreten sind, berät sie auch die Arbeitgebenden, Zeuginnen, Vertrauenspersonen und Gleichstellungsbeauftragte.

Aber wir sind uns doch einig darüber, dass es so weit gar nicht kommen dürfte. Deswegen ist es richtig, dass aus der Branche heraus ein Respect Code Film entwickelt wurde. Es handelt sich um ein breit aufgestelltes Regelungswerk, welches alle möglichen Arten unangemessener Handlungen am Set aufführt. Wahrscheinlich gibt es in der Filmbranche eben eine besondere Situation, die wir explizit betrachten müssen und für die wir Regeln brauchen.

Ziel des Respect Code ist, ein professionelles und von gegenseitigem Respekt geprägtes Arbeitsumfeld für die in Film- und Fernsehproduktionen Beschäftigten - ungeachtet dessen, ob sie frei oder abhängig beschäftigt sind - sicherzustellen, ein angstfreies und unterstützendes Arbeitsumfeld zu fördern, ein positives Arbeitsklima herzustellen und trotz der Hierarchien, die es bei der Arbeit am Set gibt, Kommunikation auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Es ist also gut, dass wir einen solchen Respect Code haben. Es ist, glaube ich, von Vorteil, dass der Code aus der Branche heraus entwickelt wurde, gerade auch von den Beschäftigten und ihren Vertretern sowie von den Unternehmen selber. So stößt er bei denjenigen, die ihn am Set anwenden sollen, auf Akzeptanz. Der Code ist bei allen Filmförderungen auf große Anerkennung gestoßen.

Wie prüfen gerade, wie in einem Prozess sichergestellt werden kann, dass er immer Anwendung findet. Diejenigen, die diesen Respect Code anwenden, unterstützen wir. Wenn ich eine Produktion sehe, würde ich, ehrlich gesagt, gerne wissen, ob dieser Respect Code eingehalten wurde. Ich glaube, das ist ein wichtiges und starkes Merkmal.

Ich bin zuversichtlich, dass sich diese Agenda bundesweit durchsetzt und der Respect Code am Ende dazu führt, dass er breite Unterstützung findet und alle sich ihm anschließen. Es ist gerade schon einmal gesagt: Würde, Respekt und Verantwortung sind für uns in der Filmbranche und überall in der Arbeitswelt unverhandelbar.

Herzlichen Dank für den Antrag und die breite Zustimmung.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/5326 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist die AfD-Fraktion. Der Beschlussempfehlung wurde damit gefolgt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Vorreiterrolle für Niedersachsen: Jetzt Grundlagen für "autonome Zukunftsprojekte" legen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5194 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung - Drs. 19/8518

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen damit zur Beratung. Von der AfD-Fraktion hat sich gemeldet: Herr Najafi. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

## Omid Najafi (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dann werde ich mal den Antrag der CDU verteidigen. "Vorreiterrolle für Niedersachsen: Jetzt Grundlagen für 'autonome Zukunftsprojekte' legen!" ist der Titel. Ich habe absichtlich meine Redezeit gestutzt, weil es nicht viel zu diesem Antrag zu sagen gibt, außer dass er zustimmungswürdig ist.

Sie wollen das Testfeld Niedersachsen - sprich: das Netz der Straßen und Autobahnen, welche für die Datenerhebung über das autonome Fahren herangezogen werden - ausweiten, Sie wollen die grundsätzliche Zusammenarbeit mit dem DLR - also dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt - und den Hochschulen sowie die Kooperation über die Landesgrenzen hinaus verstärken - alles zustimmungswürdige Punkte.

Die SPD und die Grünen werden sich jetzt ordentlich ins Zeug legen müssen, um zu erklären, warum sie diesen Antrag ablehnen.

Alles in allem ist der Antrag zustimmungswürdig. Autonomes Fahren ist die Zukunft. In den USA wird es bereits angewendet, in China auch. Wir dürfen uns nicht abhängen lassen.

Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Sachtleben, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der CDU)

- Wir sind in der abschließenden Beratung, und die Wortmeldungen werden in der Reihenfolge aufgerufen, in der die Zettel hier abgegeben wurden.

#### Heiko Sachtleben (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg\*innen! Die CDU stellt einen Antrag, der mit Paketdrohnen und autonomen Traktoren beginnt. Wir alle sind dabei, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Wir haben dabei aber unterschiedliche Visionen. Um einen großen deutschen Ökonomen zu zitieren: Es wird darauf ankommen, es zu verändern.

Einigkeit herrscht darin, dass in Zukunft einiges autonom geschehen wird, wir weniger Personal zum Fahren von Fahrzeugen benötigen werden und wir

dadurch Zeit und Kosten sparen werden. Allerdings liest sich gerade der Beginn Ihres Antrags wie ein Science-Fiction-Roman aus dem letzten Jahrhundert

Um unsere Zukunft zu gestalten, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Gegenwart passt. Da bringt es wirklich wenig, die Zukunft im autonomen Fahren zu sehen und in der Gegenwart ein Abrücken vom Verbrenner-Aus zu fordern.

Unsere Industrie braucht Verlässlichkeit, Innovation und Energiesicherheit. Diese erreichen wir nicht, indem wir neue Gasfelder erschließen und fossile Brennstoffe verbrennen, als gäbe es kein Morgen. Denn offensichtlich hat ja auch die CDU ein Interesse daran, das Morgen zu gestalten.

Wir brauchen jetzt ein Bekenntnis zur Elektromobilität. Anderenfalls rennt uns die chinesische Automobilindustrie weiterhin den Rang ab.

Wir brauchen jetzt den Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Anderenfalls steigen die Energiepreise weiter.

Wir brauchen jetzt effektiven Klimaschutz. Sonst müssen wir die Rechnung später bezahlen, aber das können wir uns dann nicht mehr leisten.

Die CDU nennt hier als Erstes die selbstfahrenden Autos. Wenn ein Auto autonom fahren kann, wieso brauche ich dann noch ein eigenes? Wenn wir den Stand erreicht haben, dass Autos autonom fahren, dann wird doch niemand mehr ein eigenes Auto besitzen wollen. Man ruft sich schlichtweg ein Fahrzeug und lässt sich zum Zielort bringen. Im besten Fall haben wir dann aber autonome, gute und flächendeckende ÖPNVs - ganz nach dem Beispiel der Ameise, das Sie gebracht haben. Ganz nebenbei: Es gefällt uns natürlich wirklich gut, dass Sie solch ein grünes Projekt, gefördert durch einen grünen Verkehrsminister, so loben und herausstellen.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg\*innen, lasst uns zunächst ein gemeinsames Verständnis für die gegenwärtigen Aufgaben schaffen und dann die Innovation hin zum autonomen Fahren überlegen! Oder soll ich mir etwa vorstellen, dass ein 2-Liter-TDI-Passat autonom über die Autobahn flitzt? Wohl eher nicht. In Baden-Württemberg sind die autonom fahrenden Autos alle vollelektrisch.

Genau so sieht die Zukunft aus: vollelektrisch mit Strom aus erneuerbaren Energien und damit unabhängig von Dritten und krisenfest. Wenn wir diesen gemeinsamen Nenner erreicht haben, dann können wir gemeinsam weiter diskutieren. Bislang sehe ich dafür allerdings keine Grundlage.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von der CDU-Fraktion. Herr Scharrelmann, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

## Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hilft ja eine geänderte Reihenfolge auch, die Sicht zu verändern. Bei den Vorrednern habe ich nicht wahrgenommen, dass sie über die Inhalte dieses Antrags doch noch einmal etwas tiefer nachdenken.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass es in der Automobilbranche mehrere Megatrends gibt. Die Elektromobilität ist sicherlich einer davon. Aber auch das autonome Fahren gehört genauso wie die Vernetzung der Fahrzeuge zu den Zukunftsbranchen, die wir auch in Niedersachsen gemeinsam angehen müssen.

Insofern helfen hier, lieber Kollege, nicht weitere Diskussionen, Beratungen und Runde Tische - das erinnert mich ganz stark an einen ehemaligen Wirtschaftsminister, der heute eine andere Funktion hat -, sondern es helfen Taten und die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft - die wir mit unserem Antrag angehen wollen, meine Damen und Herren!

# (Beifall bei der CDU)

Wir diskutieren über einen Antrag, der bereits vor einem Jahr, am 3. September 2024, eingebracht wurde. Seit diesem Zeitraum hat sich die Lage in der Automobilbranche dramatisch zugespitzt. Das haben wir bereits heute Morgen in mehreren Redebeiträgen gehört. So lässt Volkswagen mit der IG Metall vereinbaren, bis 2030 über 35 000 Stellen sozialverträglich abzubauen. Dabei sollen etwa 4 000 Stellen alleine in der Technischen Entwicklung entfallen. NiedersachsenMetall warnt: In Niedersachsen droht der Industrie ein Wegfall von 50 000 Arbeitsplätzen, wenn die gegenwärtige Entwicklung weitergeht.

Wenn ich die Redebeiträge meines Vorredners höre, dann scheint es genauso weiterzugehen. Dass bundesweit bereits ca. 50 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, seit wir diesen Antrag geschrieben haben - das sind 7 % der Beschäftigten in dieser Branche -, scheint dabei keine Rolle zu spielen.

Die Zahlen sind also kein Szenario von morgen, sie sind leider bereits bittere Realität. Dennoch sitzt diese rot-grüne Landesregierung mit verschränkten Armen da. Wo sind die konkreten Initiativen, um Zehntausende Arbeitsplätze in der Kernbranche unseres Landes zu sichern?

Ich erinnere daran: Olaf Lies, damals noch Wirtschaftsminister, heute Ministerpräsident, war einer der Wegbereiter des Verbrennerverbots. Im Bundesrat hat er damals diesem radikalen Einschnitt zugestimmt, wohlwissend, was das für unsere Schlüsselindustrie in der Automobilbranche bei der Herstellung von Motoren, aber auch für die gesamte Branche bedeutet. Und heute, was haben wir heute Morgen erlebt? Da spielt derselbe Olaf Lies den großen Befürworter der Technologieoffenheit. Jetzt, da die Zahlen so massiv einbrechen und Kunden wieder zum Verbrenner greifen, fällt ihm plötzlich ein: Ein striktes Verbot ist vielleicht doch etwas unrealistisch.

Meine Damen und Herren, nicht dass Sie uns falsch verstehen: Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Ministerpräsident inzwischen erkannt hat, dass es ohne Technologieoffenheit nicht geht. Aber wir hätten uns gewünscht, dass er deutlich früher in der Realität angekommen wäre.

## (Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst schreiben in Ihrem Zukunftspakt Mobilität 2035 auf Seite 3, das autonome Fahren gehöre zur klimafreundlichen Mobilität der Zukunft. Aber wo sind denn die Maßnahmen dahinter? Ich habe mir das Papier angeschaut und noch einmal vor- und zurückgeblättert. Ich habe selbst die Suchfunktion genutzt. Aber ich habe nichts gefunden. Dabei wäre es doch so einfach gewesen, aus unserem Antrag die inhaltlichen Punkte zu übernehmen.

"Lassen Sie uns doch über Inhalte reden!", haben Sie, Herr Ministerpräsident, heute Vormittag noch gefordert. Aber in Ihrem Papier finden sich kein einziger Hinweis auf das Testfeld Niedersachsen und keine neuen Forschungsinitiativen. Meine Damen und Herren, mit schönen Worten wird kein Fahrzeug autonom.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Mit Ihrer Rede wahrscheinlich auch nicht!)

Unser Antrag übersetzt genau diese Sonntagsrhetorik in praktische Politik mit konkreten Projekten, Partnern und Zielen.

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne - so habe ich bisher die Reden vernommen - werden diesen Antrag heute wohl ablehnen. Was Sie heute ablehnen, wird morgen zu massiven Standortverlusten führen: kein klarer Rahmen für autonomes Fahren, kein Ausbau von Testflächen, keine Innovationsanreize, kein Schutz für Beschäftigte, kein Konzept, wie wir den Wandel aktiv gestalten wollen, statt passiv darüber hinwegzurollen. Stattdessen wortreiche Mobilitätsstrategien, Runde Tische, Absichtserklärungen - aber keine Taten! Meine Damen und Herren, das ist gerade angesichts der aktuellen Krise verantwortungslos.

Ich wiederhole: Der Antrag liegt seit dem 3. September 2024 vor. Über ein Jahr ist vergangen. Und was hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang geliefert? Nichts! In dieser Zeit wurden aber Stellen gestrichen, Entwicklungsvorhaben zurückgestellt und Innovationen zurückgeschoben. Wir riskieren, dass Niedersachsen nicht mitgestaltet, sondern abgehängt wird. Wenn wir heute nicht handeln, wird sich später niemand wundern, dass Betriebe in andere Bundesländer oder sogar, noch schlimmer, ins Ausland abwandern.

Meine Damen und Herren, unser Antrag ist kein Wunschkonzert. Er ist ein klarer Fahrplan für Testflächen, für Pilotprojekte und für Straßeninfrastruktur - automatisierte Mobilität muss sichtbar werden -, für Kooperationen von Industrie und Forschung, gerade in Niedersachsen mit seiner starken Automobil- und Zulieferbranche, für neue Impulse, um Umbruch nicht als Schrumpfen zuzulassen, sondern als Chance zu sehen.

Gerade in einem Land mit solch starker Automobilpräsenz wie Niedersachsen darf Mobilitätspolitik nicht Verbotspolitik sein. Sie muss Innovationspolitik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist ja ganz etwas Neues!)

Wir als CDU-Fraktion lehnen Stillstand ab. Wir lehnen Vertrösten ab. Wir setzen uns ein für Arbeitsplätze, für Technologieoffenheit, für eine Wirtschaftspolitik, die nicht rückwärtsgewandt ist, sondern vorwärtsdenkend die Trends aktiv aufnimmt.

Und wir erwarten, dass diese Landesregierung endlich beginnt zu handeln: für ein zukunftsorientiertes Niedersachsen und für die Mobilität von heute und morgen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Herr Bratmann, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

## Christoph Bratmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Scharrelmann, auch wir von der SPD-Fraktion halten das Thema autonomes Fahren für entscheidend wichtig.

Wir glauben aber zwei Dinge nicht: Zum einen glauben wir nicht, dass es dem autonomen Fahren gerecht wird, wenn wir in diesem Zusammenhang schon wieder die rückwärtsgewandte Antriebsdebatte aufmachen.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben zum Zweiten auch nicht, dass ein längst von der Wirklichkeit überholter Antrag auf einen Prüfauftrag - der auch deswegen so lange im Ausschuss liegt, weil Sie ihn selbst immer wieder geschoben haben - den Standort Niedersachsen entscheidend voranbringt und zugleich Zehntausende Arbeitsplätze rettet. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, streuen Sie den Leuten wirklich Sand in die Augen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich will mich etwas näher mit dem Antrag und mit dem Thema autonomes und vernetztes Fahren auseinandersetzen, als Sie das eben gemacht haben, lieber Kollege Scharrelmann.

Das ist ein Thema, das uns in vielfältiger Hinsicht begegnet. Ich bin ja nun auch schon ein bisschen älter. Wenn man älter wird, dann hört man zwangsläufig auch häufiger NDR 1.

(Heiterkeit)

NDR 1 Niedersachsen - ein guter Sender! Da gab es neulich einen sehr interessanten Beitrag zum Thema Fahrassistenzsysteme. Viele Menschen haben sich telefonisch beim Sender gemeldet; es waren, glaube ich, auch viele ältere Leute dabei. Es ging um die Frage: Notbremsassistent, Spurhalteassistent, Verkehrszeichenerkennung, Einparkhilfen - braucht man das alles in Autos? Ich war überrascht, wie gering die Nutzerakzeptanz teilweise war. Es gab Nutzerinnen und Nutzer, die in Abrede gestellt haben, dass man so etwas beim Fahren überhaupt braucht, dass es das Auto sicherer macht und dass es den Verkehrsfluss besser macht.

Klar ist: Assistenzsysteme, von denen ich gerade gesprochen habe, sind Schritte auf dem Weg zum autonomen Fahren. Es geht auf dem Weg zum vollautonomen Fahren um die Level 1 bis 6. Die Level 1 und 2 sind in neu zugelassenen Fahrzeugen längst Standard. Die möchte auch keiner mehr missen, weil sie die Verkehrssicherheit exorbitant erhöhen. Level 6 ist technisch längst möglich. Das vollautonome Verfahren ist in Erprobung und auch in Umsetzung, auch international; das wurde hier schon gesagt.

Klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Automatisierung und Vernetzung werden den Verkehr sicherer, effizienter und ökologischer machen - und das ist gut so. Deswegen müssen wir dieses Thema voranbringen. Das passiert in Niedersachsen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig: Bus, Shuttle, Taxen, Feldbearbeitung in der Landwirtschaft. Aber auch im Bereich der Pkws wird das autonome Fahren die Zukunft sein.

#### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Bratmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Scharrelmann zu?

## Christoph Bratmann (SPD):

Bitte, gerne!

# Marcel Scharrelmann (CDU):

Herr Kollege Bratmann, vielen Dank für das Zulassen dieser Zwischenfrage.

Wenn wir, wie ich Ihren bisherigen Ausführungen entnommen habe, in der grundsätzlichen Idee, das autonome Fahren zu stärken, gar nicht weit auseinanderliegen, wo ist dann in den letzten zwölf Monaten Ihre Initiative geblieben, konkrete Forderungen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um diese Technologie in Niedersachsen weiter zu forcieren? Sie erzählen fleißig, was Sie alles gut finden, und kritisieren auch noch, dass die Hörer von

NDR 1 - deren Aussagen ich durchaus nachvollziehen kann - sagen, dass sie bestimmte Dinge nicht brauchen. Es gibt viele Studien, auch solche des BMWi, die sagen, dass das einer der großen Trends der Zukunft ist. Wo sind Ihre konkreten Forderungen für dieses wichtige Zukunftsfeld in Niedersachsen?

(Beifall bei der CDU)

## Christoph Bratmann (SPD):

Lieber Kollege Scharrelmann, wir haben einen umfangreichen Antrag zur Zukunft der Automobilindustrie auf den Weg gebracht. In diesem Antrag sind auch das autonome Fahren und die Forderung einer Unterstützung des autonomen Fahrens enthalten.

(Beifall bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: So ist es! Vielleicht mal durchlesen! Ich schicke Ihnen den zu!)

Wie genau das aussehen wird und was die Landesregierung dazu macht, darauf werde ich gleich noch eingehen.

Gerade als Abgeordneter aus Braunschweig ist es mir eine große Freude, dass das Testfeld Niedersachsen beim DLR in Braunschweig entstanden ist. Es ist eine ausgezeichnete Forschungsinfrastruktur, die dort durch das DLR aufgebaut wurde. Die Kooperationspartner waren zur Anhörung im Ausschuss und fühlten sich durch die Niedersächsische Landesregierung unterstützt.

Das Testfeld Niedersachsen ist ein sehr erfolgreiches Testfeld im Bereich des autonomen und vernetzten Fahrens. Es genießt nicht nur nationale, sondern internationale Anerkennung. Dieses Testfeld wird weiter betrieben und unterstützt durch die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Allein das ist schon ein wichtiges Zeichen der Unterstützung des autonomen Fahrens. Eine Fortführung und Verstetigung der Aktivitäten im Testfeld stärkt die Innovationskraft unseres Standorts Niedersachsen.

Wir sind uns - das kann ich ganz klar sagen, lieber Kollege Scharrelmann - durchaus einig in dem Willen, das autonome Fahren voranzubringen. Es ist nicht so, dass es da ein Dissens gibt. Wir sind nur der Meinung, es braucht diesen Antrag nicht mehr, weil er Dinge fordert, die bereits in Umsetzung sind oder bei denen in der Anhörung der Expertinnen und Experten klar geworden ist, dass wir sie so nicht brauchen.

Dieser Antrag fordert im Kern nämlich die Prüfung von Kooperationsanliegen - die bereits beschlossen oder in Umsetzung sind. Ich will das mal auflisten:

Es geht um den Ausbau und die Nutzung des niedersächsischen Testfelds autonomes Fahren. Das passiert bereits und ist in Umsetzung durch die Landesregierung. Es geht um eine länderübergreifenden Koordinierung der Aktivitäten zum autonomen Fahren. Auch das passiert bereits, auch das ist bereits in Umsetzung durch die Landesregierung. Es geht um modellhafte Projekte bis hin zum Regelbetrieb im ÖPNV. Auch das gibt es bereits in Niedersachsen, auch diese Forderung ist erledigt. Und es geht um das Zusammenspiel von Wissenschaft und Industrie. Auch das passiert bereits im Bereich autonomes Fahren, lieber Kollege Scharrelmann. Wenn man es positiv nimmt, könnten Sie sich also zurücklehnen und sagen: Vieles von dem, was wir in dem Antrag fordern, passiert längst. Wir hätten den Antrag deshalb zurückziehen können.

Wie gesagt, es geht nicht um einen Dissens. Es geht darum, dass wir das autonome Fahren gemeinsam voranbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu müssen wir das Rad nicht neu erfinden, wir müssen es nur entschieden weiterdrehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Kurzum kann man sagen: Niedersachsen geht beim autonomen und vernetzten Fahren voran: mit Verantwortung, Standards und echtem Nutzen für die Menschen. Wir bleiben dabei auf Kurs. Es geht um Use Cases, es geht um Evaluation und Regelbetrieb. Es geht darum, Schritt für Schritt zur verlässlichen und sicheren Mobilität zu kommen, auch mit allen rechtlichen Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden, und allen technischen Voraussetzungen.

Es ist klar geworden - auch in Abgrenzung zur Rede meines Vorredners -: Mobilität ist mehr als nur der Antrieb. Die Zukunft fährt digital, vernetzt und teilweise auch autonom. Diese Zukunft muss in Niedersachsen gemacht werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von unserem Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen. Herr Tonne, bitte! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Grant Hendrik Tonne**, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns in dieser Runde einig, dass wir das Thema, über das geredet wird, als ein wichtiges und auch zukunftsträchtiges Thema einschätzen, auf das es sich lohnt, einen genauen Blick zu werfen.

Gerade deshalb glaube ich allerdings auch, dass es sehr hilfreich ist, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Dass dieser Antrag abgelehnt wird, passiert nicht, weil man sich dem Thema nicht widmen wollte, sondern weil man feststellen muss, dass die Punkte, die in dem Antrag gefordert werden, entweder bereits umgesetzt werden oder dass die geforderte Form der Umsetzung - übrigens auch ausweislich der Anhörung, die durchgeführt worden ist, und der Unterrichtung - nicht zielführend ist. Deswegen muss man sich etwas detaillierter damit auseinandersetzen.

Ich will eingangs sagen: Automatisierte Fahrzeuge sind zunehmend das Rückgrat der Mobilität von morgen. Sie steigern unsere Sicherheit. Erst am gestrigen Tag fand ein hoch spannendes ADAC-Forum statt, wo auch Best-Practice-Beispiele vorgestellt wurden und gezeigt wurde, was in diesem Bereich möglich ist, um ein Mehr an Sicherheit zu bieten. Ich empfehle jedem, sich das mal anzugucken - übrigens auch auf dem Testfeld, unter realen Bedingungen. Es ist wirklich bemerkenswert, was da gemacht wird.

Diese Fahrzeuge schaffen neue Mobilitätsangebote. Damit sichern sie übrigens auch Arbeitsplätze und Innovationen in unserem Land. Für all das lohnt die Anstrengung beim Thema autonomes Fahren und zu fragen: Wie können wir das vermehrt umsetzen?

Ich will in der Kürze der Zeit zumindest zwei, drei Punkte ansprechen:

Es wird gesagt, wir müssen das Testfeld erweitern. Das ist nicht nötig, und zwar deshalb, weil das Testfeld bereits heute alle Straßenkategorien abbilden kann. Der sogenannte Digital Twin, der digitale Zwilling, sowie mobile Messstationen stellen sicher, dass die Datenerfassung je nach Forschungsbedarf flexibel erweitert werden kann. Die grundsätzliche Erweiterung, die hier gefordert wird, ist in der Sache

und fachlich auch schon jetzt vollumfänglich möglich.

Wir legen bereits jetzt einen besonderen Fokus auf Kooperation mit dem DLR, der TU Braunschweig, der Leibniz-Universität, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig und zahlreichen Partnerinnen und Partnern aus der Industrie. Wir können bereits jetzt sicherstellen und legen Wert darauf, dass es einen niedrigschwelligen Zugang zu Testdaten für Forschung, auch im Nachwuchsbereich, gibt. Die Universitäten können für nicht kommerzielle Zwecke schon heute umfangreich auf Datenpakete des niedersächsischen Testfeldes zugreifen, um Innovation und Talente zu fördern. Auch das geht bereits alles.

Ich will unbedingt noch den Hinweis geben: Projekte im öffentlichen Nahverkehr können wir machen, aber wir müssen dafür nicht Baden-Württemberg schauen. Ich empfehle dringend: Schauen Sie um die Ecke, nach Burgdorf, schauen Sie nach Geestland! In Burgdorf fährt bereits der ALBUS, ein großer Linienbus, vollautomatisiert. In Geestland gibt es ein weiteres Projekt.

Auf der Schiene geht Niedersachsen mit dem Forschungsprojekt "Automatisierter Regionaltriebzug mit European Train Control System" voran mit dem Ziel, die Digitalisierung und den Energieverbrauch im Schienennahverkehr nachhaltig zu verbessern.

Sie sehen, beim Thema Entwicklung/Einführung von autonomen und automatisierten Mobilitätssystemen stehen wir hier in Niedersachsen mitten auf dem Spielfeld. Und das ist richtig! Wir brauchen keinen Antrag, der suggeriert, wir müssten das alles machen - wenn wir es bereits jetzt machen! Wir werden genau diese Maßnahmen beständig fortführen, überprüfen und dort, wo es sinnhaft ist, auch erweitern. Damit sind wir dann auf einem guten Weg, übrigens ganz im Sinne dessen, was der Antrag vom Titel her suggerieren möchte. Aber wir machen das schon.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Minister.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/5194 ablehnen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Der Beschlussempfehlung wurde damit gefolgt.

Wir nehmen jetzt schnell einen Sitzungswechsel vor.

# (Vizepräsident Marcus Bosse übernimmt den Vorsitz)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen somit zum vorletzten Tagesordnungspunkt für heute, zu:

Tagesordnungspunkt 13:

Abschließende Beratung:

**Bürokratieabbau für Niedersachsen - Effizienz fördern, Handwerk stärken** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6543 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung - Drs. 19/8519

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Zu Wort hat sich gemeldet: aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Heiko Sachtleben. Bitte schön, Herr Sachtleben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Heiko Sachtleben (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg\*innen! Bürokratieabbau - ja! Auch wir hören das Stöhnen der kleinen und mittelständischen Unternehmen unter der Last der Bürokratie. Wir haben die Rufe nach Entlastung gehört, und wir nehmen sie wirklich ernst. Etwas pathetisch formuliert: Ja, wir hören die Signale!

Und dennoch möchte ich ganz zu Beginn meiner Rede eines klarstellen: Bürokratie ist an sich nichts Schlechtes. Bürokratie hilft, unsere Systeme am Laufen zu halten. Wichtig ist, dass wir dafür sorgen, dass Bürokratie funktioniert.

Es muss uns darum gehen, überflüssig gewordene oder überflüssig aufgebaute Bürokratie wieder abzubauen. Es geht uns darum, dem selbständigen Dachdecker seinen Feierabend zu gönnen, Sonntage als freie Tage zu begreifen und das Büro nicht

als Folterkammer wahrzunehmen. Bislang sieht es nämlich so aus: Bei vielen Selbständigen und Freiberuflern ist der Feierabend der Beginn der Arbeit, um über Anträge und Verwaltung zu brüten. Da müssen wir entschlacken.

Noch in Bundesverantwortung haben wir bereits das Bürokratieentlastungsgesetz IV verabschiedet und somit dafür gesorgt, dass wir weiter digitalisieren - ich nenne zum Beispiel den digitalen Steuerbescheid -, die Aufbewahrungsfristen für Buchungsunterlagen verkürzen und einiges mehr.

Jetzt machen wir auf Landesebene weiter und vereinfachen die Prozesse. Dazu gehört, dass wir das Once-only-Prinzip stärken und damit dafür sorgen, dass Daten effektiver genutzt werden und doppelte Datenerfassung vermieden wird. Darüber hinaus werden wir Berichts- und Nachweispflichten reduzieren und zu bestimmten Zeiten aussetzen. Das Vergaberecht wird vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert.

Wir als Niedersächsischer Landtag und die Landesregierung sind aber nicht so arrogant, zu glauben, die Probleme hier ließen sich von alleine und alleine durch uns lösen. Aus diesem Grund haben wir in unserem Antrag einige Forderungen an den Bund mitgegeben, zum Beispiel: ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz, bei EU-Richtlinien dafür zu sorgen, dass wir keinen darüber hinausgehenden bürokratischen Aufwand betreiben müssen, und auch im Bund die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, das Once-only-Prinzip konsequent umsetzen zu können.

Liebe Kolleg\*innen, wir müssen unsere Industrie und unsere Unternehmen stärken. Während unser Bundeskanzler davon spricht, dass Menschen mehr arbeiten sollen, kann ich nur den Kopf schütteln und sagen: Sie sollen einfach ihre eigentliche Arbeit machen können. Besagter Dachdecker gehört aufs Dach und nicht nur ins Büro, die Tischlerin in die Werkstatt und nicht immer nur vor die Formulare. Und beiden gehört eine Auszeit, eine Ruhezeit, und das mit Recht, weil: Sie müssen wieder Kraft tanken, um dann wieder unsere Wirtschaft voranzubringen. Mehr Arbeit bedeutet nur, mehr Menschen zu verschleißen.

Wir brauchen Wertschätzung. Ein Bürokratieabbau sorgt nicht nur für produktivere Arbeit, sondern auch genau für diese Wertschätzung, für Ausgleich in der gewonnenen Freizeit und für mehr Kraft im Job.

Danke schön.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Kollege Sachtleben. - Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der AfD der Abgeordnete Najafi.

(Beifall bei der AfD)

#### Omid Najafi (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diesen Antrag werde ich jetzt nicht verteidigen.

Was hier vorgestellt wird, ist so etwas wie ein Schildbürgerstreich. Ich erinnere mich noch an die erste Beratung im Februar-Plenum. Da sagte ich Ihnen, dass dieser Antrag nicht wirklich sinnvoll und auch nicht wirklich umsetzbar sei. Dann brach ein bisschen Tumult aus, eine Kurzintervention wurde bemüht.

Dann kam die Ausschussberatung. Es gab eine Unterrichtung durch die Landesregierung, und in dieser Unterrichtung kristallisierte sich heraus, dass dieser Antrag nicht wirklich sinnvoll und auch nicht wirklich umsetzbar sei. Ich möchte die Punkte hier auch nennen - ich habe mir das Protokoll wirklich genau angeschaut -:

Sie verlangen unter Punkt 5, dass "praktikable Lösungen für das Handwerk" entwickelt werden, "um das Lieferkettensorgfaltsgesetz sinnvoll und zielgerecht anwenden zu können". Nur hat das Lieferkettengesetz gar keine Berührungspunkte mit dem Handwerk, sondern ist an die Großunternehmen und die Lieferanten der Vorprodukte gerichtet. Insofern führt diese Forderung ins Leere. Es ist irrational, so etwas zu fordern.

Unter Punkt 3 wollen Sie "Berichts- und Nachweispflichten in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Statistik ... reduzieren". Auch das führt ins Leere. Die Unterrichtung durch die Landesregierung hat ergeben - das ist wirklich ein Zitat -, dass das "Landesamt für Statistik ... im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung ausschließlich Statistiken für den Bund erstellt". Also auch hier gibt es nicht die Berichts- und Nachweispflichten, auf die Sie hier versuchen zu zielen.

Unter Punkt 6 wollen Sie "sogenannte Praxis-Checks im Rahmen der Rechtsetzung durchführen, um systematisch Belastungen, vor allem für Mittelstand und Handwerk, zu reduzieren". Auch das wird bereits getan. Es ist also nicht mehr wirklich sinnvoll, diese Forderungen hier aufzustellen.

Das gilt auch für die Forderung an die Landesregierung, sich auf Bundesebene einzusetzen, dass "unmittelbar zu Beginn der neuen Wahlperiode ein fünftes Bürokratieentlastungsgesetz ... auf den Weg gebracht wird". Wir brauchen nicht wirklich ein Bürokratieentlastungsgesetz, sondern wir brauchen Bürokratieentlastung! Das erwirken Sie, indem Sie bürokratische Gesetze tatsächlich streichen, zum Beispiel das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder das Hinweisgeberschutzgesetz, das Entgelttransparenzgesetz, das Tariftreue- und Vergabegesetz. Ich habe diese ganzen Gesetze schon mehrfach aufgezählt. Das sind Bürokratiemonster, die Sie in den vergangenen Regierungszeiten, auch in der Ampelregierung, auch in der letzten Merkel-Regierung, vorangetrieben haben.

Ich habe es schon einmal an anderer Stelle gesagt: Für gewöhnlich weiß ich zumindest den Versuch, vernünftige Vorschläge einzubringen, zu würdigen. Aber das hier ist einfach nichts. Es ist, wie gesagt, nicht wirklich sinnvoll und auch nicht wirklich umsetzbar. Daher lehnen wir ab.

Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsident Marcus Bosse:**

Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der SPD der Kollege Frank Henning.

(Beifall bei der SPD)

#### Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Beste kommt immer zum Schluss - Bürokratie-abbau! Wir als regierungstragende Fraktionen wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen sichern, wir wollen die Effizienz steigern, wir wollen die Verwaltung modernisieren. Und ein Bestandteil dieser Maßnahmen ist der Bürokratieabbau, weil gerade kleinere und mittlere Unternehmen, aber auch das Handwerk, unter der Bürokratielast ächzen. Das betrifft die Kosten, das betrifft aber auch die vielen Personalstellen, die sozusagen für bürokratische Hemmnisse aufgewendet werden.

Aber die Landesregierung ist auf einem sehr guten Weg. Im Gegensatz zu dem Kollegen der AfD, der unseren Antrag nicht gelesen hat, kann ich nur sagen: Wir unterstützen mit diesem Entschließungsantrag zum Bürokratieabbau die Landesregierung

auf dem Weg, alles einfacher, schneller und günstiger zu machen.

Wir begrüßen insbesondere die Erweiterung der Kompetenzen und den Ausbau, aber auch die finanzielle Absicherung der Clearingstelle. Wir haben ihr durch einen Rahmenvertrag mit dem Wirtschaftsministerium ein Initiativrecht gegeben; das hat die Clearingstelle immer eingefordert.

Ich verweise aber gleichzeitig darauf, dass die IHKen und Handwerkskammern, die im Beirat der Clearingstelle sitzen, damit mehr Verantwortung zugewiesen bekommen haben. Denn: Wenn ich ein Initiativrecht habe - die IHKen und die Handwerkskammern fordern von der Politik immer ein, Bürokratie abzubauen -, dann sitze ich in diesem Beirat in der gleichen Verantwortung und muss natürlich initiativ tätig werden, um zusammen mit der Clearingstelle bürokratische Vorschriften zu identifizieren und zu streichen.

Die Initiative der Landesregierung "Einfacher, schneller, günstiger" hat viele Facetten. Eine wesentliche Facette haben wir hier schon mehrfach diskutiert: die NBauO, die bundesweit einmalig ist und bundesweit sehr große Resonanz gefunden hat. Mit der NBauO haben wir ein Instrument zum Bürokratieabbau geschaffen, um Bauen kostengünstiger, schneller und vor allen Dingen bürokratieärmer zu gestalten. Ich will hier jetzt nicht wieder ein Koreferat zur NBauO halten, aber: Bei allem, was wir hier tun, bei allen entlastenden Gesetzen, die wir schaffen, bei aller Bürokratie, die wir abbauen wollen: Wenn die Menschen draußen in den Betrieben, in den Verwaltungen nicht mitspielen, dann werden wir uns an diesem Thema möglicherweise verheben.

Was wir brauchen, ist eine neue Fehlerkultur.

(Christian Calderone [CDU]: Da hat er recht!)

Wir brauchen ein Umdenken innerhalb der Verwaltung. Es ist nicht allein damit getan, Gesetze zu ändern oder zu streichen, sondern man muss auch mal die Möglichkeiten, die man in den Baubehörden, in den kommunalen Verwaltungen unstreitig hat, wahrnehmen und sich damit auch zugestehen, dass man Fehler machen kann. Gleichzeitig müssen diese Fehler aber auch toleriert werden.

Das heißt, wir brauchen eine andere Fehlerkultur in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN) Ich will das kurz erläutern. Nehmen Sie beispielsweise den Gebäudetyp E, der in der NBauO gut gemeint als Experimentierklausel drinsteht, aber in der Praxis noch nicht zu laufen scheint. Aber daran ist nicht die Politik schuld, sondern das hat etwas mit den DIN-Normen zu tun. Die DIN-Normen wiederum legt nicht die Politik fest - abweichend von den anerkannten Regeln der Technik -, sondern ein Beirat des jeweiligen Normenausschusses. Und in dem ist nicht die Politik vertreten, sondern Verbände, Kammern und Wirtschaftsunternehmen. Diese DIN-Normen müssten herabgesetzt oder auch mal ausgesetzt werden. Aber auch das ist nicht Aufgabe der Politik, sondern derjenigen, die in den DIN-Normenausschüssen sitzen.

Oder nehmen Sie § 85 a NBauO, mit dem wir das Mitteilungsverfahren eingeführt haben. Ich höre, dass das in der Praxis nur zögerlich umgesetzt wird - weil die Entwurfsverfasser zögern, Verantwortung zu übernehmen! Wenn wir entschlacken, wenn wir als Staat loslassen und man beispielsweise baugenehmigungsfrei bauen kann und nur noch im Mitteilungsverfahren arbeiten muss, dann bedeutet das eben auch eine höhere Verantwortung für andere. Wenn aber die andere Seite nicht bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen, dann geht so etwas ins Leere. Ich bin gespannt, wie sich das weiter entwickelt.

Oder nehmen Sie unsere letzte NBauO-Novelle, mit der wir eine Vielzahl von verfahrensfreien Baumaßnahmen eingeführt haben! Ich habe von Unternehmern gehört: Nee, das will ich gar nicht, ich will lieber eine Baugenehmigung haben, weil ich dann abgesichert bin, dass ich auch nichts falsch mache. Das meine ich mit "Fehlerkultur", das meine ich mit Umdenken innerhalb der Gesellschaft! Mit dem Abschaffen von Gesetzen ist es nicht getan.

Letztens habe ich mich mit einem Investor unterhalten, der drei Lidl-Märkte gebaut hat, alle in unterschiedlichen Landkreisen in Niedersachsen. Es war abenteuerlich, wie unterschiedlich die jeweiligen Baubehörden die Vorschriften auslegen. Die Lidl-Märkte waren baugleich, aber er bekam drei verschiedene Anforderungen der jeweiligen Genehmigungsbehörden. Das hat etwas damit zu tun, dass das Ermessen unterschiedlich ausgelegt wird. Da müssen wir ran! Deshalb fordern wir in unserem Entschließungsantrag vom Land, Berichts- und Nachweispflichten zu reduzieren oder sie im Rahmen eines Moratoriums für einen bestimmten Zeitraum auszusetzen.

Wir wollen das Vergaberecht vereinfachen und sind dabei auch schon erfolgreich. Übrigens, Herr Najafi: Wir haben unseren Entschließungsantrag im Februar eingebracht. Die Landesregierung hat ihn zur Kenntnis genommen. Wir haben ihn noch nicht mal beschlossen, aber er wird trotzdem schon umgesetzt, indem die Vergabevorschriften angepasst werden: Die Wertgrenzen wurden angehoben. Damit befindet sich ein Teil unseres Entschließungsantrags, schon bevor er überhaupt beschlossen wurde, in der Umsetzung durch die Landesregierung. Ein Erfolg dieses Entschließungsantrags!

Das Gleiche gilt für das Tariftreuegesetz, lieber Kollege. Wir fordern in unserem Entschließungsantrag ein möglichst bürokratiearmes Tariftreuegesetz: Nur noch die Unternehmen, die Tariflohn zahlen, sollen öffentliche Aufträge erhalten. Auch das befindet sich in der Umsetzung. Ich habe gehört, wir werden noch dieses Jahr ein Tariftreuegesetz bekommen - bürokratiearm umgesetzt. Auch das ist Ausfluss unseres Entschließungsantrags!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Selbst die Koalitionäre in Berlin haben unseren Entschließungsantrag gelesen und sich Gedanken über das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz gemacht. Allein das Wort "Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz"! Ich wundere mich, dass ich das unfallfrei aussprechen konnte. Es ist doch Unsinn, dass sowohl mit der EU-Lieferkettenrichtlinie als auch dem darauf basierenden deutschen Gesetz diese Problematik doppelt aufgegriffen wird. Die Koalitionäre im Bund haben das im Februar in unserem Entschließungsantrag gelesen, das aufgegriffen und in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt - man höre und staune! -, dass die im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz enthaltenen richts- und Dokumentationspflichten nicht mehr erforderlich sind.

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Kollege Henning, ich darf Sie kurz unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hilbers zu?

#### Frank Henning (SPD):

Immer, Herr Hilbers! Wie in alten Zeiten, das finde ich gut.

## Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Kollege, vor dem Hintergrund, dass offensichtlich alle Akteure ihren Entschließungsantrag schon

gelesen haben und alles umsetzen, was Sie aufgeschrieben haben: Kann es sein, dass Sie einem Irrtum unterliegen und nur das aufgeschrieben haben, was sowieso schon passiert?

(Beifall bei der CDU - Jörn Domeier [SPD]: Auf keinen Fall!)

## Frank Henning (SPD):

Lieber Herr Kollege, wir schreiben nur das auf, was sinnvoll ist. In diesem Antrag haben wir dokumentiert, wie unsinnig es beispielsweise ist, die EU-Lieferkettenrichtlinie umsetzen zu müssen und dann mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz noch einen draufzusetzen. Da uns das aufgefallen war, haben wir es in den Antrag aufgenommen, und die Koalitionäre in Berlin haben sich uns angeschlossen.

Ich finde, wir befinden uns schon sehr gut in der Umsetzung dieses Antrags. Der Antrag entfaltet seine Wirkung.

(Beifall bei der SPD)

- Vielen Dank.

Eines möchte ich noch hinzufügen: In dem Antrag steht übrigens auch, dass wir eine Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien fordern. Wir müssen nicht immer besser sein als das, was in der EU gefordert wird. Wir brauchen keine deutschen Bürokratiegesetze, die noch oben aufgesattelt werden. Deswegen fordern wir von den Koalitionären in Berlin sehr deutlich eine Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien - ohne noch etwas aufzusatteln, meine Damen und Herren. Auch das ist wesentlicher Bestandteil dieses Antrags.

Wie gesagt, die Bundesregierung hat reagiert und will die Berichts- und Dokumentationspflichten aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz gänzlich streichen. Das haben wir alles gefordert.

Aber auch die Landesregierung hat reagiert: Wir haben diesen Antrag im Februar eingebracht. Am 12. August, noch vor der Beschlussfassung unseres Entschließungsantrags, hat die Landesregierung beschlossen, dass alle Ressorts bis Ende Oktober jeweils fünf Vorschläge für ein Moratorium, also für eine Aussetzung der Nachweis- und Dokumentationspflichten, unterbreiten sollen.

(Glocke der Präsidentin)

Sie hat bereits jetzt einen Arbeitsauftrag an alle Ressorts vergeben. Auch das ist eine Auswirkung unseres Antrags! Meine Damen und Herren, meine Redezeit läuft ab. Zusammengefasst: Wir sind auf einem guten Weg. Wir erreichen weniger Bürokratie und werden einfacher, schneller und kostengünstiger.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Kollege Henning. - Die nächste Wortmeldung: aus der Fraktion der CDU der Kollege Frölich. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

## Christian Frölich (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Henning, das war jetzt aber doch ein Koreferat zur NBauO. Aber am Ende haben Sie ja doch noch die Kurve gekriegt.

Meine Damen und Herren, nur noch 20 % der Meisterkursabsolventen, wollen sich selbstständig machen. Auf die Frage, was der größte Hinderungsgrund für eine Selbstständigkeit ist, führte die Mehrheit der Befragten die überbordende Bürokratie an. Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen "Bürokratieabbau für Niedersachsen - Effizienz fördern, Handwerk stärken" ist vom Titel her soweit gut, auf jeden Fall zu unterstützen und scheinbar auch ein Lichtblick für die Meisterkursabsolventen.

Doch in der Beratung im Ausschuss - gerade während der Unterrichtung von Frau Albowitz - stellte sich heraus: Das ist gar kein Antrag, sondern es ist eine Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema Bürokratieabbau. Es sollte einfach mal aufgezeigt werden, welche Aktivitäten die Landesregierung in diesem Bereich aktuell schon entfaltet.

(Frank Henning [SPD]: Da wart ihr schwer beeindruckt!)

Das ist auch nicht verwunderlich, da die Entschließungsanträge der regierungstragenden Fraktionen immer detailliert mit den Ministerien abgestimmt werden müssen.

Insofern ist es logisch, dass wir als CDU-Fraktion dem Antrag nicht zugestimmt haben, da eine Unterrichtung lediglich zur Kenntnis genommen wird. Das ist nun mal so.

(Beifall bei der CDU)

Das Ministerium führt einleitend aus: Der Antrag greift wichtige Themen und Forderungen, insbesondere die verschiedenen Gesetzgebungsebenen, auf und ist daher sehr zu begrüßen. - Wow!

(Frank Henning [SPD]: Da kannst du mal sehen!)

Betrachtet man die Unterrichtung dann im Detail, lässt sich Folgendes feststellen. Erstens: Der Handlungsdruck zum Bürokratieabbau ist bekannt. Zweitens: Das Kabinett hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Und drittens ist ein Paradigmenund Mentalitätswechsel in der Verwaltung erforderlich, der nicht von heute auf morgen zu schaffen ist. Das sind Feststellungen, die bereits vor 10, 20 oder eventuell auch 30 Jahren exakt so getroffen worden sind. Das lockt zumindest keinen Meisterkursabsolventen hinter dem Ofen hervor.

Bezüglich der sechs landesspezifischen Bitten teilt die Landesregierung mit: Beim Once-Only-Prinzip sitzt sie mit konkreten Projekten in den Startlöchern und wartet auf den Bund. Welche Projekte das sind, bleibt im Ungewissen.

Zur Expertise der Stabstelle Transformation der Wirtschaft und der Zusammenarbeit mit dem MI sagt die Landesregierung, das sei gelebte Praxis; ein hervorragendes Beispiel sei der Digitalcheck. Welche konkreten Erleichterungen dabei bislang herausgekommen sind, bleibt im Ungewissen, ebenso, wann das eingekaufte Wirtschafts-Service-Portal zur digitalen Abwicklung von Verwaltungsleistungen für das Handwerk ausgerollt werden soll.

Bei den Berichts-, Nachweis- und Statistikpflichten sowie einem Bürokratiemoratorium wird auf Berlin, auf die Koalition und darauf verwiesen, dass das Landesamt für Statistik - das haben wir schon gehört - da eher ausführendes Organ ist. Warum aber trotz eines vereinbarten rotierenden Verfahrens immer dieselben Unternehmen vom Landesamt für Statistik zur Abgabe bestimmter Statistiken aufgefordert werden und wie es um die generelle Verlängerung der Abfrageperioden steht, hinterfragt der Antrag nicht. Dies zu ändern, wäre jedoch eine deutliche Entlastung der betroffenen Unternehmen.

Zum Vergaberecht fordert der Antrag eine Vereinfachung. Die Landesregierung antwortet hierauf mit der Novellierung des Tariftreue- und Vergaberechts. Nach den Aussagen der betroffenen Stakeholder geht das Ganze nach den zwei Anhörungen, die gelaufen sind, und entsprechenden Eingaben, was die Tarifbindung angeht, zumindest in die rich-

tige Richtung. Hier muss jedoch aufgepasst werden, dass diese Regelungen auch für die kommunalen Eigenbetriebe als Auftraggeber Anwendung finden

Aber damit ist es im Vergabebereich ja nicht getan. Gerade die Entrümpelung der Vorbemerkungen öffentlicher Ausschreibungen inklusive einer deutlichen Reduzierung der zu erbringenden Nachweise könnte die Teilnahme für kleinere regionale Betriebe wieder attraktiv machen.

Eine zumindest landesweit einheitliche Vergabeplattform für niedersächsische öffentliche Ausschreibungen als extrem nützliche Sofortmaßnahme wurde leider auch nicht gefordert. Stattdessen führt die Landesregierung aus, dass die geforderten Praxischecks als Kabinettsbeschluss längst auf dem Weg sind. Der angekündigte Praxischeck "Junge Unternehmen im Handwerk" würde den anfangs erwähnten Meisterkursabsolventen wahrscheinlich helfen, aber auch dort sind wir im Ankündigungsmodus.

Letztlich muss man feststellen, dass alle sechs Bitten an die Landesregierung bereits in der Bearbeitung oder im Ankündigungsmodus sind. Die fünf Forderungen auf Bundesebene werden aktuell durch die schwarz-rote Koalition unter der Leitung von Bundeskanzler Friedrich Merz nach den Ergebnissen der Klausurtagung der letzten Woche allesamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat bearbeitet.

Als betroffener Unternehmer würde ich mir wünschen, dass im Hinblick auf die ausufernde Bürokratie aus Brüssel, wie vom Kanzler angemerkt, dort tatsächlich mal ein Stöckchen in die Speichen geschoben wird.

Letztlich lässt sich somit feststellen, dass der vorliegende Antrag tatsächlich nur als ein Unterrichtungswunsch ohne eigene konkrete Forderungen aus den Fraktionen zu werten ist.

Aus unserer Sicht geht es um die Low-Hanging Fruits, die jetzt zu heben sind. Dazu gehört ein sofortiges Bürokratiemoratorium. Dazu führte die Landesregierung in der Unterrichtung aus: Sie ist gespannt, was aus Berlin dazu kommt. Das hört sich richtig engagiert an.

Dazu gehören die Abschaffung der Bonpflicht, die Rücknahme der telefonischen Krankschreibung, die Bringschuld der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung durch die Krankenkassen, die Aufhebung des Sonntagsbackverbots, die Freiwilligkeit

beim betrieblichen Beauftragtenwesen, die Hinterfragung des jährlichen E-Checks und die Aussetzung der anstehenden Nachhaltigkeitsberichterstattung aus Brüssel. Das alles sind Punkte, die man heben könnte.

Die Abschaffung der jährlichen Dokumentation von Ausweis- und Führerscheingültigkeit der Mitarbeiter, die Abschaffung der Reisegewerbekarte, die Abschaffung der niedersächsischen Garagenverordnung - das alles sind Punkte, die gut hätten in dem Antrag stehen können. Die haben wir aber nicht gefunden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

In der Summe bleibt aus meiner Sicht zu sagen: Tatsächlich ist das ein Unterrichtungswunsch. Wenn wir in einem Jahr die Landesregierung fragen, welchen konkreten Bürokratieabbau dieser Antrag bewirkt hat, werden wir sehr wahrscheinlich feststellen müssen, dass dieser Antrag nichts geändert hat. Vor allem hat er keinen Meisterkursabsolventen in die Selbstständigkeit gebracht. Denn das ist wirklich zu wenig gewesen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Marcus Bosse:

Vielen Dank, Kollege Frölich. - Für die Landesregierung hat sich der Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Grant Hendrik Tonne, zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Tonne!

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Haben Sie alles das, was sie Ihnen aufgeschrieben haben, wirklich gemacht?)

**Grant Hendrik Tonne**, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will herzlichen Dank sagen für den Entschließungsantrag, der hier zur abschließenden Beratung vorliegt. Ich finde, dass dieser Antrag ein wichtiges Thema aufgreift, es mit vielen Themenkomplexen unterfüttert und dabei nicht nur Bitten um notwendige Maßnahmen an die Landesebene richtet, sondern ebenso an die Bundesebene und an die europäische Ebene.

Die Frage, wo wir miteinander Bürokratie zurücknehmen und Abläufe vereinfachen können, begegnet uns in jedem Gespräch. Man kann es sich dann einfach machen, indem man - wie hier gerade gelegentlich zu hören war - in Überschriften redet. Oder man macht sich die Mühe und sagt, wie man das tatsächlich konkret umgesetzt bekommt, und suggeriert hier nicht, dass das alles schrecklich einfach wäre. Denn wir sehen: In dem Moment, in dem es konkret wird, wird es unfassbar kompliziert, tatsächlich Vereinfachungen hinzubekommen. Hier trotzdem Kurs zu halten und zu sagen, dass man genau das auch weiterhin umsetzen will, ist, finde ich, genau die richtige Botschaft.

Ich bin, ehrlich gesagt, überrascht, wie hier bei einem solch wichtigen Thema versucht wird, erwiesene Erfolge, die stattgefunden haben, kleinzureden. Ich finde, das müssen wir so nicht stehen lassen. Wir sind hier auf einem guten und richtigen Weg. Er darf nur auf gar keinen Fall beendet sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir die Niedersächsische Bauordnung als Beispiel, weil sie ganz hervorragend verdeutlicht, wie das Zusammenspiel es dann deutlich komplizierter macht.

Wir haben uns hier in Niedersachsen dazu entschieden, bei der Reform der Niedersächsischen Bauordnung einen mutigen Schritt zu gehen. Kein anderes Bundesland hat das vor uns gemacht. Etliche sind jetzt in Beratungen darüber, ob sie Teile davon adaptieren wollen.

Dann ist diese Veränderung da, und dann stellen wir fest, dass es mindestens zwei Hürden gibt.

Die erste hat der Kollege Henning, wie ich finde, völlig korrekt beschrieben. Wir erleben nämlich, dass es daneben auf einmal DIN-Normen gibt, andere Abläufe und interne Abläufe, die das, was wir an Freiheit geben, um schneller, einfacher und günstiger zum Ziel zu kommen, wieder behindern. Deshalb müssen wir jetzt zusehen und miteinander dafür ringen, das Bürgerliche Gesetzbuch auf Bundesebene zu ändern, damit der Gebäudetyp E in Niedersachsen Anwendung finden kann und auch in Umsetzung kommt.

Zweitens brauchen wir eine Veränderung des Mindsets. Das steckt ebenso mit dahinter. Wir können hier noch so viel streichen und vereinfachen die Freiheiten, die damit gewährt werden, müssen auch angewendet werden. Es muss auch gewollt sein, dass sie in Anwendung kommen. Es muss klar sein, dass, wenn sich der Staat dort zurücknimmt,

es nicht ausreicht, darauf zu setzen, dass dann andere wieder entscheiden, sondern diese Entscheidungsfreiheit ist auch auszufüllen.

Deshalb werbe ich auch auf Basis dieses Antrags dafür, dass wir das in die Köpfe aller Beteiligten hineinbekommen. Wenn das funktionieren soll, wenn wir - Landesebene, Bundesebene, europäische Ebene - das gemeinsam hinkriegen wollen, dann müssen wir in die Köpfe aller Beteiligten hineinbekommen, diese Möglichkeiten bitte auch zu nutzen und zu entscheiden. Es ist gewollt, dass dann auch einfacher entschieden wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dazu ein letztes Stichwort, das hier auch schon gefallen ist: Fehlerkultur. Wenn das in die Köpfe aller Beteiligten kommen soll, dann ist es auch unsere Aufgabe, neben dem, was wir gesetzlich und auf dem Verordnungswege machen, zu sagen: Wir stehen an eurer Seite, und wir stärken euch den Rücken, wenn ihr schneller und einfacher entscheidet. Auch diese Verantwortung müssen wir dann wahrnehmen. Wir müssen auch klarmachen: Ja, bei solchen Prozessen kann es zu Fehlern kommen, das kann immer passieren. Gegen das letzte Risiko werden wir uns mit keinem Gutachten und mit keiner weiteren Umdrehung absichern können. Auch das ist Teil des Ganzen.

Wenn wir entbürokratisieren wollen, müssen wir dazu weiterhin Maßnahmen, die wir hier konkret formulieren, umsetzen. Wir müssen es mit einer Änderung des Mindsets hinbekommen. Und wir müssen eine Veränderung der Fehlerkultur erreichen. Nur dann werden wir unter dem Strich erfolgreich sein. Es lohnt sich, mit allem Nachdruck dafür zu kämpfen, weil wir sehen, dass wir damit bessere Ergebnisse erzielen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

## Vizepräsident Marcus Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir treten somit in die Abstimmung ein.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6543 unverändert annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Die

Fraktionen der CDU und der AfD sowie der fraktionslose Kollege. Ich frage trotz alledem nach Enthaltungen. - Diese liegen nicht vor. Damit wurde der Beschussempfehlung gefolgt.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt für heute:

Tagesordnungspunkt 14:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8211 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 19/8552 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/8595

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Daher lasse ich gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Schlussabstimmung unverändert annehmen möchte, den bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der AfD. Ich frage trotz alledem nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt.

Somit sind wir am Schluss der Tagesordnung für heute. Ich danke Ihnen für die Disziplin. Viel Spaß und Interesse an den Parlamentarischen Abenden oder einen schönen Feierabend! Wir sehen uns morgen um 9:00 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 18:37 Uhr.